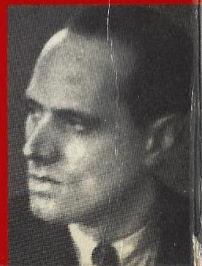
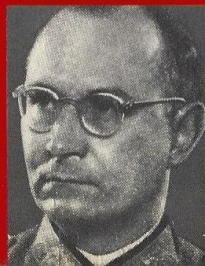
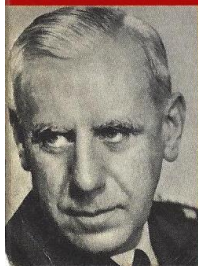
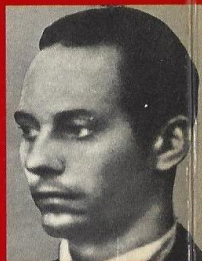
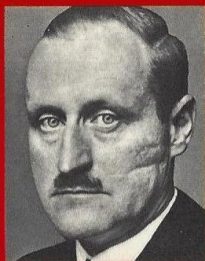
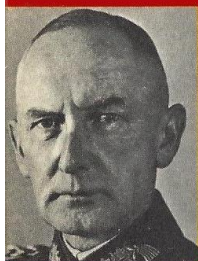
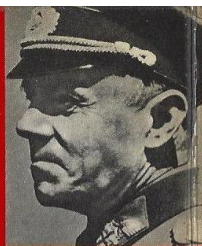
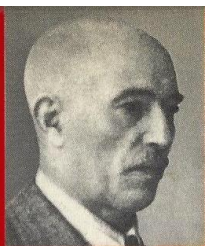
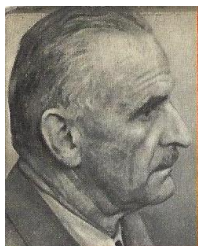




# 20. JULI 1944.



Ein Drama  
des Gewissens  
und  
der Geschichte  
Dokumente  
und Berichte



Die Sondermeldung vom Fehlschlag des Bombenattentats auf Hitler am Nachmittag des 20. Juli 1944 traf die deutsche Öffentlichkeit wie ein gänzlich unvermuteter Donnerschlag. Niemand mehr hatte bei dem bis ins letzte durchorganisierten Überwachungs- und Machtsystem noch mit der Möglichkeit eines Umsturzversuches gerechnet. Von den Gewalthabern des Dritten Reiches wurde er als das Komplott einer kleinen Clique verbrecherischer, ehrgeiziger Offiziere hingestellt; der Reichsrundfunk und die Parteipresse überboten sich in Schmähungen gegen die «Verräter» und ihr «Verbrechen». Reportagen der Illustrierten zeigten dann hervorragende Generäle und Zivilisten als Angeklagte vor dem gnadenlosen Volksgerichtshof.

Aus welchen Antrieben handelten nun aber wirklich die Männer des 20. Juli? Welche Volkskreise und geistigen Kräfte waren am Aufstand und an den Plänen zur Neugestaltung des Reiches beteiligt? Wie verliefen die Vorbereitungen, Ausführung und Niederlage des Staatsstreiches? Mit diesen Fragen befasst sich das vorliegende Buch. In ihm kommen die Handelnden und die Dokumente selbst zu Wort. Es formt sich daraus ein fesselnder Bericht über die gesamte deutsche Widerstandsbewegung mit den tragischen Begebnissen des 20. Juli 1944 als Kernpunkt.

Aus den zahlreichen mitveröffentlichten Quellen spürt der Leser das schwere innere Ringen um die Verantwortung, den persönlichen Einsatz, die auf das Ganze gerichtete sittliche Tat der Widerstandskreise. Die lebens- und geschichtsnahen Darbietung, die ethische, politische und militärische Begründung des wagemutigen Unternehmens sowie die Beweisführung an Hand der wichtigsten Zeugnisse machen das Buch zu einem wertvollen und erschütternden Beitrag zur Zeitgeschichte.

**20. Juli 1944**

**Ein Drama des Gewissens und der Geschichte**

Dokumente und Berichte

HERDER-BÜCHEREI

Veröffentlicht als Herder-Taschenbuch  
Von der  
BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST, BONN  
genehmigte Lizenzausgabe (gekürzt und teilweise überarbeitet)  
der Publikation «20. Juli 1944»

*Abbildungen auf der Rückseite des Einbandes (von links nach rechts):*

Karl Goerdeler (Ullstein-Bilderdienst)  
Wilhelm Lcuschner (Süddeutscher Verlag – Bilderdienst)  
Ludwig Beck (dpa-Bild)  
Erwin von Witzleben (Ullstein-Bilderdienst)  
Ulrich von Hassell (Ullstein-Bilderdienst)  
Peter Graf Yorck von Wartenburg (Süddeutscher Verlag – Bilderdienst)  
Alfred Delp S.J. (Ruth Wilhelmi, Berlin-Steglitz)  
Dietrich Bonhoeffer (Ullstein-Bilderdienst)  
Claus Graf Schenk von Stauffenberg (Bundeszentrale für Heimatdienst)  
Wilhelm Canaris (Ullstein-Bilderdienst)  
Friedrich Olbricht (Ullstein-Bilderdienst)  
Helmuth Graf von Moltke (Bundeszentrale für Heimatdienst)

Alle Rechte vorbehalten – Printed in Germany

HERDER FREIBURG • BASEL • WIEN

Herder Druck Freiburg im Breisgau 1961

Bestellnummer 01596

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

## INHALT

### I. Widerstandskreise zur Wiederherstellung eines Rechtsstaates

1. Aus der Rede des SPD-Abgeordneten Wels im Deutschen Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933
2. Die Militäropposition .....
  - a) Vortragsnotiz Ludwig Becks (16. Juli 1938) .....
  - b) Aus einem Aufsatz Ludwig Becks: Deutschland in einem kommenden Kriege (November 1938) .....
3. Kirchliche Opposition .....
  - a) Katholische Kirche .....
    - aa) Aus dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 20. August 1935 .....
    - bb) Aus dem Weltrundschreiben Papst Pius' XI. vom 4. März 1937 .....
    - cc) Aus den Predigten des Bischofs von Münster, Grafen v. Galen
  - b) Evangelische Kirche .....
    - aa) Kundgebung der Vorläufigen Kirchenleitung am 24. Februar 1935 .....
    - bb) Aus dem «Wort an die Gemeinden» vom 4. u. 5. März 1935
    - cc) Der Präses der Bekenntnissynode über die Stellung des Christen zum staatlichen Gehorsamseid, am 14. Juli 1935 .
    - dd) Kanzelabkündigung der Vorläufigen Kirchenleitung vom 23. August 1936 .....
4. Katholische Arbeiterschaft im Widerstand, von Verbandspräses Dr. Hermann Joseph Schmitt .....
5. Der Goerdelerkreis .....

Aus der Niederschrift Goerdelers: «Gedanken eines zum Tode Verurteilten – September 1944 im Gefängnis» .....
6. Der Kreisauer Kreis, von D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestages .....

Grundsätze für die Neuordnung Deutschlands (Entwurf des Kreisauer Kreises vom 9. August 1943).....

Die deutsche Widerstandsbewegung: Vorgesehene Minister und

7. Widerstand der studentischen Jugend. Aus einem Flugblatt der Weissen Rose.....	41
<b>II. Pläne und vorbereitende Aktionen .....</b>	<b>43</b>
1. Aus der Denkschrift des Generalobersten Ludwig Beck vom 16.7.1938 gegen Hitlers Kriegspolitik .....	43
2. Hitlers eigene Worte .....	46
3. Friedensplan Goerdelers, zur Übermittlung an die britische Regierung bestimmt, vom 30. Mai 1941 .....	46
4. Memorandum des Bischofs von Chichester vom Juni 1942 über ein Gespräch mit Pastor Schönfeld und Dietrich Bonhoeffer.....	47
5. Brief Anthony Edens vom 17. 7. 1942 an den Bischof von Chichester . .....	52
6. Der misslungene Befreiungsversuch vom 13. März 1943 . .	52
7. Geheime Denkschrift Goerdelers vom 26. März 1943, für die Generalität bestimmt, über die Notwendigkeit eines Staatsstreiches .....	55
8. Bedingungen Stauffenbergs, mit der Feindseite zu verhandeln, vom Mai 1944 .....	75
9. Rommels Schicksalsstunde .....	76
10. Rommels Ultimatum an Hitler vom 15. Juli 1944 ....	85
11. Die militärische Lage am 20. Juli 1944, Gutachten von Prof. P. E. Schramm .....	86
<b>III. Das Attentat vom 20. Juli 1944 .....</b>	<b>100</b>
1. Der Donnerschlag in der «Wolfsschanze» und die Vorgänge in der Bendlerstrasse, nach einem Bericht v. Schlabrendorffs . .	100
Kartenskizze des Führerhauptquartiers Rastenburg «Wolfsschanze» * am 20. Juli 1944	103
2. Das Attentat im Spiegel des SS-Berichts vom 26. Juli 1944 .	109
3. Die Fernschreiben der Bendlerstrasse vom 20. Juli 1944 . .	114
Innere Unruhen .....	114
Vollziehende Gewalt.....	115
Standrechtverordnungen 1-5 .....	117
Massnahmen gegen die Partei und ihre Organisationen . . .	120
Durchführung von Verhaftungen .....	121

4. Zeitplan der Bendiergruppe mit vorbereiteten Befehlen . . . . .	122
5. Der Remer-Bericht vom 22. Juli 1944 .....	122
6. Die letzte Runde – in Paris, von Walter Bargatzky . . . . .	130
7. Das amtliche Kommuniqué des Grossdeutschen Rundfunks vom 24. Juli 1944 .....	135
8. Vorbereiteter Erlass der Bendiergruppe über die vorläufige Kriegsspitzengliederung.....	135
9. Aufrufe an das deutsche Volk .....	137
10. (Vorbereitete) Rundfunkansprache (Entwurf von Goerdeler)	141
11. Entwurf einer Regierungserklärung.....	145
12. Aufrufe (Becks und Witzlebens) an die Wehrmacht . . . . .	156
13. Die Reden Hitlers, Görings und Dönitz' vom 21. Juli 1944 gegen 1 Uhr.....	160

#### **IV. Verfolgung, Prozess, Hinrichtung** ..... 165

1. Aus den ersten «Sprachregelungen» der Partei- und Staats- dienststellen .....	166
Ansprache Jodls .....	166
2. Vernehmungsmethoden der Gestapo.....	169
a) Aus einer Anweisung des Gestapochefs Müller vom 12.6.1942	169
b) Die Aussage Fabian v. Schlabrendorffs .....	171
3. Sippenhaft .....	171
4. Die Prozesse vor dem Volksgerichtshof .....	172
a) Freislers Verhandlungsführung.....	172
b) Augenzeugenbericht des Stenographen Peter Vossen . . . . .	175
c) Weitere Erlebnisberichte .....	176
d) Das Urteil des Reichsjustizministers Thierack .....	177
5. Das «Mordregister» .....	177
6. Ihre letzten Stunden, von Peter Buchholz .....	178
7. Das Schauspiel des Entsetzlichen (Berichte der Kamera- männer) .....	180
Ehrentafel der Toten des 20. Juli 1944 .....	182

#### **V. Vom Geist der Widerstandsbewegung** ..... 187

Aufzeichnungen und Abschiedsbriefe .....	187
a) Generalmajor v. Tresckows geistiges Vermächtnis ....	187
b) Alfred Delp S.J.: Tagebuchfragmente, Rechenschaft und Abschied .....	187
c) Helmuth Graf v. Moltkes letzter Brief an seine Frau . . . . .	192
d) Max Ulrich Graf v. Drechsel: Abschiedsbrief an seine Eltern	196



e) Nikolaus Gross: Abschiedsbrief an seine Familie .....	197
f) Peter Graf Yorck v. Wartenburg an seine Mutter und an seine Frau .....	199

## **VI. Widerstandsrecht und Widerstandspflicht .....** 201

1. Rechtsgutachten über das militärische Widerstandsrecht, von Hermann Weinkauff, ehem. Präsident des Bundesgerichtshofes	201
2. Moraltheologisches Gutachten über das Widerstandsrecht nach katholischer Lehre, von Prof. Dr. Rupert Angermair .	219
3. Evangelisch-theologisches Gutachten zur Frage des Widerstandsrechts, von Prof. D. Hans-Joachim Iwand .....	226
4. Widerstand und Eidverpflichtung, von Prof. D. Ernst Wolf .	232
5. Gutachten über die Stellung des Offizierskorps zum 20. Juli 1944, von Generalleutnant a. D. Helmut Friebe .....	235

## **VII. Geschichtliche und ethische Würdigung.....** 247

1. Der deutsche Widerstand – seine Motive und seine geschichtliche Bedeutung, von Prof. Dr. Hans Rothfels ....	247
2. Erklärung Churchills im britischen Unterhaus 1946 . . .	256

## **VIII. Aus der Chronik des deutschen Widerstandes gegen Hitler .....** 257

## **IX. Literaturverzeichnis.....** 263

## **X. Personenverzeichnis .....** 269

## WIDERSTANDSKREISE ZUR WIEDERHER- STELLUNG EINES RECHTSSTAATES

### Geschichtlicher Überblick

«Es ist müßig, zu fragen, zu welchem Zeitpunkt der aktive politische Widerstand gegen Hitler tatsächlich begonnen hat. In manchen der Erscheinungsformen des Anfangs handelte es sich um bloße Fortsetzung der Kämpfe, die der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten vorangegangen waren.»

Träger dieser frühen Opposition waren vor allem linksgerichtete Kreise. Militärische, kirchliche und bürgerliche Gruppen traten aber bald hinzu. Besonders seit 1937, als die abenteuerliche und verbrecherische Seite der nationalsozialistischen Politik immer offener zutage trat, setzte sich bei verantwortungsbewussten Menschen in steigendem Masse die Auffassung durch, dass die nationalsozialistische Herrschaft nur mit einer Katastrophe für Deutschland enden könne, und man warf die Frage auf, wie es möglich sei, diese-verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern. Übereinstimmung herrschte ferner in der wachsenden Empörung über die Beseitigung fast aller Formen der rechtsstaatlichen Ordnung, insbesondere der persönlichen und politischen Freiheit, über den dauernden Terror der Partei und ihrer Organisationen, über die brutalen Gewalttaten und Verbrechen an weltanschaulichen und politischen Gegnern jeder Richtung. Es reifte die Erkenntnis heran, dass der Widerstand gegen eine so unmenschliche Willkürherrschaft nicht nur natürliches Recht sei, sondern unter allen Umständen höchste sittliche Pflicht werden könne.

Im weitesten Sinne stellt die deutsche Widerstandsbewegung die Gesamtheit der Einzel- und Gruppenaktionen gegen das herrschende System dar, an denen Tausende, wenn nicht Zehntausende von Menschen beteiligt gewesen sind. In diesem Sinne hat man auch von einem «lautlosen Aufstand» gesprochen.

Weil eine alle Bezirke des Lebens erfassende und streng überwachende politische Polizei jede offene Opposition im Keime brutal erstickte, konnten sich zunächst nur geheime Widerstandszellen bilden, von denen jede örtlich und landschaftlich isoliert für sich arbeitete. Sie erhielten jedoch allmählich voneinander Kenntnis und stellten eine gegenseitige Verbindung her. Zwischen 1936 und 1940 wuchsen kleinere Gruppen zu festeren Kreisen zusammen. Den Mittelpunkt bildeten Persönlichkeiten, bei denen der Widerstands-

wille gegen die totalitäre Gewaltherrschaft besonders leidenschaftlich ausgeprägt war.

So kann man schon vor 1939 einen sozialistisch-gewerkschaftlichen, einen militärischen, einen religiös-kirchlichen und einen bürgerlichen Kreis innerhalb der deutschen Opposition unterscheiden. Führende Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie waren Wilhelm Leuschner und Julius Leber. Als geistiges Haupt des militärischen Widerstandes trat sehr bald der von Hitler im Sommer 1938 verabschiedete Generaloberst Ludwig Bede hervor. Wegen der Unerschrockenheit ihres religiös-kirchlichen Widerstandes sind auf katholischer Seite vor allem bekannt geworden der Münchener Kardinal Michael Faulhaber, der Bischof von Münster, Clemens August Graf v. Galen, und später der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber; in der evangelischen Kirche Deutschlands haben sich bleibende Verdienste erworben u.a. der württembergische Landesbischof Wurm sowie die Pfarrer Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller. Mittelpunkt der hauptsächlich aus Männern der Diplomatie, der Verwaltung, der Wissenschaft und der Wirtschaft sich zusammensetzenden bürgerlichen Oppositionen war der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler.

Als die wohl bedeutendste Gruppe bildete sich während des Krieges der «Kreisauer Kreis», genannt nach dem schlesischen Gut des Grafen Helmuth James v. Moltke. Hier trafen sich Männer aus allen Kreisen der Opposition von radikalen Sozialisten bis zu Konservativen preussischer Prägung, um grundsätzliche Fragen einer Neugestaltung Deutschlands und Europas zu besprechen.

Die einzelnen Kreise überschneiden sich teilweise durch persönliche Bekanntschaften und Begegnungen, es fehlt auch nicht an Unstimmigkeiten und Gegensätzen. Alle aber finden sich zusammen in dem Gedanken an ewige und unveräusserliche Werte im Leben der Menschen und Staaten, wie Freiheit und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Wahrheit.

Die folgenden Quellen sollen die Intensität, die geistige Schärfe, den tiefen sittlichen Ernst und die unerschütterliche Überzeugungstreue der Widerstandskreise, aber auch die Mannigfaltigkeit ihrer Zielsetzungen veranschaulichen.

## **1. Aus der Rede des SPD-Abgeordneten Wels im Deutschen Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933**

### **Aus den Reichstagsprotokollen**

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); im Innern erst recht nicht. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine wirkliche Volksgemeinschaft lässt

sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmässig und unparteilich geschieht, und wenn man es unterlässt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt . . . Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Masse ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muss sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten – Lachen bei den Nationalsozialisten.) Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüssen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüssen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Be-

wunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht -----  
(Lachen bei den Nationalsozialisten – Bravo bei den Sozialdemokraten) verbürgen eine hellere Zukunft. (Wiederholter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten – Lachen bei den Nationalsozialisten.)

## 2. Die Militäropposition

### *a) Notiz Ludwig Becks für den Vortrag beim Oberbefehlshaber des Heeres, Walter v. Brauchitsch, am 16. Juli 1938*

Der Führer hält anscheinend eine gewaltsame Lösung der sudeten-deutschen Frage durch Einmarsch in die Tschechei für unabwendbar. Er wird in dieser Auffassung bestärkt durch eine Umgebung verantwortungsloser radikaler Elemente. Über die Einstellung von Göring ist man geteilter Auffassung. Die einen glauben, dass er den Ernst der Lage erkennt und versucht, auf den Führer beruhigend einzuwirken. Die anderen meinen, dass er, wie in dem Falle Blomberg und Fritsch, ein doppeltes Spiel treibt und umfällt, wenn er vor dem Führer steht.

Die höchsten Führer in der Wehrmacht sind hierzu in erster Linie berufen und befähigt, denn die Wehrmacht ist das ausübende Machtmittel des Staates in der Durchführung eines Krieges.

Es stehen hier letzte Entscheidungen über den Bestand der Nation auf dem Spiele. Die Geschichte wird diese Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbietet.

Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten. Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. Sie haben damit ihr Vaterland vor dem Schlimmsten, vor dem Untergang bewahrt.

Es ist ein Mangel an Grösse und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewusst zu werden. Aussergewöhnliche Zeiten verlangen aussergewöhnliche Handlungen!

Andere aufrechte Männer in staatsverantwortlichen Stellungen ausserhalb der Wehrmacht werden sich auf ihrem Wege anschliessen. Wenn man die Augen und Ohren offenhält, wenn man sich durch falsche Zahlen nicht selbst betrügt, wenn man nicht in dem Rausch einer Ideologie lebt, dann kann man nur zu der Erkenntnis kommen,

dass wir zurzeit wehrpolitisch (Führung, Ausbildung und Ausrüstung), wirtschaftspolitisch und stimmungspolitisch für einen Krieg nicht gerüstet sind.

(Nach Wolfgang Foerster: Generaloberst Ludwig Bede, Sein Kampf gegen den Krieg, München 1953, S. 122 f.)

*b) Aus einem Aufsatz Ludwig Becks: «Deutschland in einem kommenden Kriege», verfasst im November 1938*

Bei dem Charakter eines kommenden Krieges, der Plötzlichkeit, mit der er ausbrechen, und der Eigenart, mit der er geführt werden kann, bei der oft nicht abzusehenden Möglichkeit seiner räumlichen und zeitlichen Ausdehnung und angesichts schliesslich der Tatsache, dass es sich in einem Zukunftskriege für Deutschland um die Existenzfrage handeln wird, gehören heute Staatsmann und Feldherr enger zusammen als je. Ehe Fragen eines kommenden Krieges ihren Niederschlag in strategischen Weisungen und Entwürfen finden, sollte eine einheitliche Auffassung zwischen Staatsmann und Feldherr ... erzielt sein . . .

Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung sowie fehlender Ausgleich zwischen den politischen Ansprüchen und Zielen und der militärischen Leistungsfähigkeit eines Staates können der erste und vielleicht entscheidende Schritt zum Verlust eines Krieges sein. Nicht umsonst weiss die Geschichte von Kriegen zu berichten, die gewonnen oder verloren waren, ehe sie begonnen hatten. Die Ursache war fast allemal Verdienst oder Schuld der Politik . . . Kein menschliches Genie reicht aus, einen grossen Krieg der Zukunft militärisch und politisch, wie noch Friedrich der Grosse und Napoleon I. es getan, erfolgreich zu leiten. Keine Staatsführung, welcher Art sie auch sein möge, könnte sich ungestraft dieser Tatsache verschliessen. Der Dualismus Staatsmann/Feldherr ist also eine Gegebenheit, mit der man sich abzufinden hat. Wohl dem Staate, in dem zwischen beiden Männern etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten ihren sachlichen Ausgleich in den Entscheidungen eines Kriegsherrn finden, der zwar persönlich, aber unter einflussreicher Mitwirkung des leitenden Staatsmannes und des Feldherrn die Oberleitung hat. Zwischen den erstgenannten beiden Persönlichkeiten bleibt aber immer erforderlich, dass in der politischen Leitung Verständnis für die militärischen Aufgaben der Kriegführung, in der militärischen Leitung politisches Verständnis herrscht und beide unter fortwährender wechselseitiger Orientierung und in beständigem Einvernehmen miteinander, aber unter strenger Einhaltung der Grenzen ihrer Tätigkeitsbereiche harmonisch Zusammenwirken . . .

(Nach Wolfgang Foerster: Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg, München 1953, S. 148 f., 52)

### 3. Kirchliche Opposition

#### a) *Katholische Kirche*

##### *aa) Aus dem Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 20. August 1935 gegen den Unglauben und über den Gehorsam zum Staat*

Die Zahl der Feinde des christlichen Glaubens und der katholischen Kirche ist Legion geworden. Jugendliche Geister, die niemals oder nur oberflächlich den Katechismus der Glaubenslehre kennenlernten, fühlen sich berufen, über alles Katholische zu Gericht zu sitzen. Männer und Frauen, die niemals die Schönheit unserer Liturgie und den Seelenfrieden nach einer heiligen Kommunion empfunden haben, machen sich daran, mit allen Mitteln der Propaganda zum Austritt aus der Kirche und zum Abfall vom Christentum aufzurufen. Schriftsteller, die niemals Kirchengeschichte und Kirchenrecht aus reinen Quellen studierten, verwirren mit grossen Worten urteilslose Geister. Die Heiligen Schriften des Alten Bundes und sogar die Evangelien und Paulusbriefe sollen nicht mehr gelten. Jesus Christus, unser Herr und Heiland, soll nicht mehr der Weg, die Wahrheit und das Leben sein, und mit dem von Christus eingesetzten Primat soll jede Verbindung gelöst und dafür eine sogenannte romfreie Nationalkirche errichtet werden. Unter sich sind diese Todfeinde des Christentums in Gegensätze gespalten wie die Völker beim babylonischen Turmbau. Nur darin sind sie einig, dass es ihnen nicht mehr um einzelne Glaubenswahrheiten geht wie in früheren Glaubenskämpfen, sondern um das Wesen und die Fundamente der christlichen Religion, und auch darin stimmen sie überein, dass ihr Vernichtungskampf in erster Linie sich gegen Rom und den römisch-katholischen Glauben richtet.

In dieser ernsten, entscheidenden Stunde unseres Volkes ermahnen wir unsere geliebten Diözesanen: «Steht fest im Glauben!» (1 Kor. 16,13), «Brüder, werdet stark im Herrn! Legt die Rüstung Gottes an!» (Eph. 6, 10 13)... Dieser Glaube ist die Grundlage der sittlichen Weltordnung. Die heidnische Weltanschauung, die ohne Gottes Gebot, ohne Gottes Gnade die Welt ordnen will, bietet für eine Volksgemeinschaft keinen sittlichen Halt. Ohne Gottesglauben müssen Gewissenhaftigkeit und Edelmenschentum, Gemeinschaftssinn und Opfergeist, soziale Gerechtigkeit und Liebe mit der Zeit verkümmern ...

Der christliche Glaube verkündet ein objektives, göttliches Sittengesetz, das in den Zehn Geboten Gottes den kürzesten Ausdruck gefunden und dem Wechsel der Zeiten und der Willkür der Völker entrückt ist. Im vierten dieser Zehn Gebote wird die Ehrfurcht vor der staatlichen Obrigkeit und der Gehorsam gegen ihre Gesetze gefordert. Wenn aber die Gesetze des Staates mit dem Naturrecht und

den Geboten Gottes in Widerspruch geraten, gilt das Wort, für das die ersten Apostel sich geisseln und in den Kerker werfen liessen: «Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen» (Apg. 5, 29) ..

Wir sind nicht in Sorge um unsere Kirche. Wir sind aber in grosser Sorge um unser Volk und Vaterland. Unsere Kirche hat das alte Heidentum überwunden und wird auch vom neuen Heidentum nicht überwältigt werden. Wohl aber kann von einzelnen Ländern, die in der Stunde der Prüfung versagen, der Leuchter des Glaubens weggerückt werden (Offb. 2, 5). Darum seid beharrlich im Gebete für unser Volk!

(Nach: Zeugnis und Kampf des deutschen Episkopats, hrsg. von K. Hofmann, Freiburg 1946)

*bb) Aus dem Weltrundschreiben «Mit brennender Sorge» von Papst Pius XI. vom 4. März 1937 über die Lage der katholischen Kirche im Deutschen Reich*

Habet acht, Ehrwürdige Brüder, dass vor allem der Gottesglaube, die erste und unersetzbare Grundlage jeder Religion, in deutschen Landen rein und unverfälscht erhalten bleibe. Gottgläubig ist nicht, wer das Wort Gottes rednerisch gebraucht, sondern nur, wer mit diesem hehren Wort den wahren und würdigen Gottesbegriff verbindet . . . Wer nach angeblich altgermanisch-vorchristlicher Vorstellung das düstere unpersönliche Schicksal an die Stelle des persönlichen Gottes rückt, leugnet Gottes Weisheit und Vorsehung, die «kraftvoll und gütig von einem Ende der Welt bis zum andern waltet» (Weish. 8, 1) und alles zum guten Ende leitet. Ein solcher kann nicht beanspruchen, zu den Gottgläubigen gerechnet zu werden.

Wer die Rasse oder das Volk oder den Staat oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung – die innerhalb der irdischen Ordnung einen wesentlichen und ehregebietenden Platz behaupten – aus dieser ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge. Ein solcher ist weit vom wahren Gottesglauben und einer solchem Glauben entsprechenden Lebensauffassung entfernt.

Nur oberflächliche Geister können der Irrlehre verfallen, von einem nationalen Gott, von einer nationalen Religion zu sprechen, können den Wahnversuch unternehmen, Gott, den Schöpfer der Welt, den König und Gesetzgeber aller Völker, vor dessen Grösse die Nationen klein sind wie Tropfen am Wassereimer (Is. 40, 15), in die Grenzen eines einzelnen Volkes, in die blutmässige Enge einer einzelnen Rasse einkerkern zu wollen ... In Jesus Christus, dem



menschgewordenen Gottessohn, ist die Fülle der göttlichen Offenbarung erschienen. Die heiligen Bücher des Alten Bundes sind ganz Gottes Wort, ein organischer Teil seiner Offenbarung. Nur Blindheit und Hodimut können ihr Auge vor den heilserzieherischen Schätzen verschliessen, die das Alte Testament birgt. Wer die biblische Geschichte und die Lehrweisheit des Alten Bundes aus Kirdie und Schule verbannt sehen will, lästert das Wort Gottes, lästert den Heilsplan des Allmächtigen, macht enges und beschränktes Menschendenken zum Richter über göttliche Geschichtsplanung. Er verneint den Glauben an den wirklichen, im Fleische erschienenen Ghristus, der die menschliche Natur aus dem Volke annahm, das ihn ans Kreuz schlagen sollte. Der im Evangelium Christi erreichte Höhepunkt der Offenbarung ist verpflichtend für immer. Diese Offenbarung kennt keine Nachträge durch Menschenhand, kennt erst recht keinen Ersatz und keine Ablösung durch die willkürlichen «Offenbarungen», die gewisse Wortführer der Gegenwart aus dem sogenannten Mythos von Blut und Rasse herleiten wollen.

Wer in sakrilegischer Verkennung der zwischen Gott und Geschöpf, zwischen dem Gottmenschen und den Menschenkindern klaffenden Wesensunterschiede irgendeinen Sterblichen, und wäre er der grösste aller Zeiten, neben Christus zu stellen wagt, oder gar über ihn und gegen ihn, der muss sich sagen lassen, dass er ein Wahnprophet ist, auf den das Sprichwort erschütternde Anwendung findet: «Der im Himmel wohnt, lachtet ihrer» (Ps. 2, 4) ...

Die Kirche Christi kann nicht erst anfangen zu trauern und zu klagen, wenn die Altäre verwüstet werden, wenn sakrilegische Hände die Gotteshäuser in Rauch und Flammen aufgehen lassen . . .

Er, der Herz und Nieren durchforscht (Ps. 7, 10), ist Unser Zeuge, dass Wir keinen innigeren Wunsch haben als die Wiederherstellung eines wahren Friedens zwischen Kirche und Staat in Deutschland. Wenn aber – ohne Unsere Schuld – der Friede nicht sein soll, dann wird die Kirdie Gottes ihre Rechte und Freiheiten verteidigen im Namen des Allmächtigen, dessen Arm auch heute nicht verkürzt ist.

(Nach: Mit brennender Sorge, hrsg. von S. Hirt, Freiburg 1946)

*cc) Aus den seinerzeit im geheimen in ganz Deutschland, seihst im Feld und im Ausland verbreiteten Predigten des Bischofs von Münster, Grafen v. Galen*

*a) Predigt in Xanten vom 6. Sept. 1936:*

Nur als Gottes Dienerin, also im Einklang, in Unterordnung unter den Willen Gottes, hat menschliche Obrigkeit Befehlsgewalt. Wie sollte sonst der Mensch, der obrigkeitliche Gewalt innehat, es fordern

können, dass ein anderer, von Natur gleich ihm mit Freiheit ausgestatteter Mensch seinen Willen ihm beuge? Nur weil er mehr Macht hat? Nur weil er «das Schwert trägt» und die rohe Übermacht, ihn zu peinigen, zu strafen, wenn er widersteht? Das hiesse: die Gerechtigkeit vernichten, die Menschenwürde verhöhnen und die menschliche Gesellschaft auf die Stufe einer Räuberbande herabdrücken. Wenn in einem Lande so unter Verachtung des göttlichen Willens, unter Beiseitesetzung der von Gott gewollten Gerechtigkeit, von der Obrigkeit Gehorsam verlangt und durch Gewalt und Furcht erzwungen würde, dann würde von ihm das Wort des heiligen Augustinus gelten: «Nimm die Gerechtigkeit hinweg, was sind dann die Reiche anderes als grosse Räuberbanden? Denn sind diese nicht auch kleine Reiche? Wächst eine solche Rotte übler Gesellen so ins Grosse, dass sie Land besetzt, feste Sitze gründet, Städte unterwirft, Länder erobert, so nimmt sie vor aller Welt den Namen ‚Reich« an, nicht als hätte die Raubsucht aufgehört, sondern weil sie straflos schalten kann. – Fein und wahr sagte dies ein erwischter Seeräuber jenem Alexander, den man den Grossen nennt, als dieser ihn zur Rede stellte, was er sich unterstehe, das Meer unsicher zu machen; da gab er ihm trotzig und freimütig zur Antwort: Ich tue dasselbe, was du dich unterstehst, der du den Erdkreis unsicher machst. Aber freilich, weil ich es mit einem kleinen Schiffchen tue, schilt man mich Räuber; aber dich mit deinem grossen Heere nennt man Imperator» (De civitate Dei IV 4, 15).

Ein Gehorsam, der die Seelen knechtet, der in das innerste Heiligtum der menschlichen Freiheit, in das Gewissen greift, ist roheste Sklaverei. Das ist schlimmer als Mord; denn es ist eine Vergewaltigung der menschlichen Persönlichkeit; das ist der Versuch, das Ebenbild Gottes im Menschen zu zerstören; das ist ein Angriff gegen Gott selbst, der jede Menschenseele nach seinem Ebenbild erschaffen und zur Teilnahme an seiner Herrlichkeit berufen hat – und vor dem Herrscher und Beherrschte in gleicher Schuld und Verantwortung stehen.

### *ss) Predigt in Verden vom 17. November 1937:*

Heute wagt man es zu sagen und zu schreiben: Wer als Deutscher dem angeblich artfremden Christenglauben, dem Glauben der römischen Kirche anhängt, der handelt gegen deutsche Art, der übt Verrat am deutschen Blut! Wer zu Gott betet: «Vergib uns unsere Schuld, führe uns nicht in Versuchung zur Sünde, erlöse uns von dem Übel», der verleugnet das rassische Erbgut seiner deutschen Ahnen, die Schuld und Sünde und Vergebung und Erlösung nicht kannten!

Also Widukind war ein Verräter am deutschen Blut, als er die Christentaufe nahm und die Gnadenmittel der katholischen Kirche empfing? als er in Glauben und Leben sich als Christ bewährte? Und Wigbert, sein Sohn, und Walbert, sein Enkel, die hier Stift und Kirche bauten, die hier den Altar errichteten für das Opfer des Neuen Bundes über den Reliquien der römischen hl. Felicitas, sie waren entartete Schwachköpfe? oder Feiglinge? und Verräter an ihrem Volk, an ihrer Rasse, an deutscher Art? Und eure Vorfahren, ihr Männer und Frauen von Verden, einst Schildknappen und Schwertgenossen dieser edlen Sachsenherzöge, und deren Kinder und Enkel bis auf eure Grossväter und eure Väter, die hier gebetet und gearbeitet haben, die hier gestorben sind, mutig und stark im Vertrauen auf Christi Blut und Erlösung, alle Verdener die seit elfhundert Jahren auf eurem Gottesacker beigesetzt sind, sie haben ihr deutsches Blut, ihre deutsche Art verraten, indem sie einem artfremden Glauben sich hingaben im Leben und im Sterben?

Wahrhaftig, meine Christen, ein heiliger Zorn erfüllt mich, ein heiliger Zorn muss jeden von euch, muss jeden ehrliebenden deutschen Mann erfüllen, wenn er Tag für Tag solche Beschimpfungen und Schmähungen seiner Väter und seiner Vorfahren lesen und über sich ergehen lassen muss!

Es ist nicht mein Verdienst, sondern Gottes Fügung, und es liegt mir fern, mir etwas darauf einzubilden, dass ich einer Familie des westfälischen Uradels entstamme. Aber wenn jemand aufsteht und behauptet, dass deutsches Blut aus ihm spreche: Hier stehe ich, und ich behaupte dasselbe von mir. Ich weiss nicht, ob jene, die sich heute anmassen, allein entscheiden zu dürfen, was deutscher Art entspricht und deutsches Blut verlangt, gleich mir es nachweisen können, dass deutsche Art seit Jahrhunderten treu gehütetes Erbe ihrer Familie ist, dass kein Tropfen fremdrassigen Blutes in ihren Adern rinnt. Und wenn sie es können: ich weiche nicht vor ihnen zurück. Ich verbitte es mir, dass man meine Vorfahren, meinen Vater, meine Mutter, verlästert, ihren Glauben, ihr christliches Leben als undeutsch, als artfremd beschimpft!

Wir lassen uns unsere Helden und Heiligen, unsere Vorfahren und Voreltern, unsere Väter und Mütter nicht beschimpfen. Und wenn wir es nicht hindern und jene Lästerungen nicht zum Schweigen bringen können, dann soll es doch einmal offen gesagt sein: eine sogenannte Weltanschauung, die uns zu Lästerern und Verächtern unserer treudeutschen Vorfahren, unserer Eltern und Voreltern machen würde, die uns zu dem Bekenntnis nötigen wollte, dass unsere Vorfahren deutsche Art verraten, deutsches Blut verleugnet haben, eine solche Weltanschauung lehnen wir ab. Wenn das die nationalsozialistische Weltanschauung ist, dann lehnen wir die nationalsozialistische Weltanschauung ab!

*y) Predigt in der Lambertikirche zu Münster vom 13. Juli 1941:*

Der physischen Übermacht der Gestapo steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. Völlig wehrlos und schutzlos! Das haben viele deutsche Volksgenossen im Laufe der letzten Jahre an sich erfahren; so erfahren es jetzt unsere Ordensleute, die gestern und heute plötzlich aus ihrem Eigentum, aus Stadt und Land vertrieben werden. Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewusst sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewusst sein, dass er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Gestapo eingesperrt wird.

Ich bin mir darüber klar: das kann auch heute, das kann auch eines Tages mir geschehen. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, darum will ich heute öffentlich sprechen, will ich öffentlich warnen vor einem Weiterschreiten auf einem Wege, der nach meiner Überzeugung Gottes Strafgericht auf die Menschen herabruft und zu Unglück und Verderben für unser Volk und Vaterland führen muss.

Wir haben es in den letzten Jahren leider immer wieder beobachten müssen, dass mehr oder weniger schwere Strafen, meistens Freiheitsstrafen verhängt und vollzogen wurden, ohne dass den Bestraften in einem ordnungsmässigen Gerichtsverfahren eine Schuld nachgewiesen wäre, und ohne dass ihnen Gelegenheit gegeben würde, ihr Recht zu verteidigen, ihre Schuldlosigkeit nachzuweisen. Wie viele deutsche Menschen schmachten in Polizeihaft, in Konzentrationslagern, sind aus ihrer Heimat ausgewiesen, die niemals von einem ordentlichen Gericht verurteilt sind, oder die nach Freispruch vor Gericht oder nach Verbüßung der vom Gericht verhängten Strafe erneut von der Gestapo gefangengenommen und in Haft gehalten werden! Wie viele sind aus ihrer Heimat und aus dem Ort ihrer Berufsarbeit ausgewiesen!

Da wir alle keinen Weg kennen, der für eine unparteiische Kontrolle der Massnahmen der Gestapo, ihrer Freiheitsbeschränkungen, ihrer Aufenthaltsverbote, ihrer Verhaftungen, ihres Gefangenhaltens deutscher Volksgenossen in Konzentrationslagern gegeben wäre, so hat bereits in weitesten Kreisen des deutschen Volkes ein Gefühl der Rechtlosigkeit, ja feiger Ängstlichkeit Platz gegriffen, das die deutsche Volksgemeinschaft schwer schädigt. Die Pflicht meines bischöflichen Amtes, für die sittliche Ordnung einzutreten, die Pflicht meines Eides, in dem ich vor Gott und vor dem Vertreter der Reichsregierung gelobt habe, nach Kräften «jeden Schaden zu verhüten, der das deutsche Volk bedrohen könnte», drängen mich, angesichts der Taten der Gestapo diese Tatsache öffentlich warnend auszusprechen.

Meine Christen! Man wird mir vielleicht den Vorwurf machen,

mit dieser offenen Sprache schwäche ich jetzt im Kriege die innere Front des deutschen Volkes. Demgegenüber stelle ich fest: Nicht ich bin die Ursache einer etwaigen Schwächung der inneren Front, sondern jene, die ungeachtet der Kriegszeit, ungeachtet der Schreckenswoche schauriger Feindesangriffe, schuldlose Volksgenossen ohne Gerichtsurteil und Verteidigungsmöglichkeit in harte Strafe nehmen, ihres Eigentums berauben, auf die Strasse setzen, aus dem Lande jagen. Sie zerstören die Rechtssicherheit, sie untergraben das Rechtsbewusstsein, sie vernichten das Vertrauen auf unsere Staatsführung. Und darum erhebe ich im Namen des rechtschaffenen deutschen Volkes, im Namen der Majestät der Gerechtigkeit und im Interesse des Friedens und der Geschlossenheit der inneren Front meine Stimme, darum rufe ich laut, als deutscher Mann, als ehrenhafter Staatsbürger, als Vertreter der christlichen Religion, als katholischer Bischof: Wir fordern Gerechtigkeit.

Bleibt dieser Ruf ungehört und unerhört, wird die Herrschaft der Königin Gerechtigkeit nicht wiederhergestellt, so wird unser deutsches Volk und Vaterland trotz des Heldentums unserer Soldaten und ihrer ruhmreichen Siege an innerer Fäulnis und Verrottung zugrunde gehen.

### *8) Predigt in der Lamhertikirche zu Münster vom 3. Aug. 1941:*

Seit einigen Monaten hören wir Berichte, dass aus Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke auf Anordnung von Berlin Pflinglinge, die schon länger krank sind und vielleicht unheilbar erscheinen, zwangsweise abgeführt werden. Regelmässig erhalten dann die Angehörigen nach kurzer Zeit die Mitteilung, die Leiche sei verbrannt, die Asche könne abgeliefert werden. Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, dass diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden, dass man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sogenanntes «lebensunwertes Leben» vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert. Eine furchtbare Lehre, die die Ermordung Unschuldiger rechtfertigen will, die gewaltsame Tötung der nicht mehr arbeitsfähigen Invaliden, Krüppel, unheilbar Kranken, Altersschwachen grundsätzlich freigibt.

Deutsche Männer und Frauen! Noch hat Gesetzeskraft der § 211 des Reichsstrafgesetzbuches, der bestimmt: «Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Überlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.» Wohl um diejenigen, die jene armen Menschen, Angehörige unserer Familien, vorsätzlich töten, vor dieser gesetzlichen Bestrafung zu bewahren, werden die zur Tötung bestimmten Kranken aus der Heimat ab-

transportiert in eine entfernte Anstalt. Als Todesursache wird dann irgendeine Krankheit angegeben. Da die Leiche sofort verbrannt wird, können die Angehörigen und auch die Kriminalpolizei es hinterher nicht mehr feststellen, ob die Krankheit wirklich vorgelegen hat und welche Todesursache vorliegt. Es ist mir aber versichert worden, dass man im Reichsministerium des Innern und auf der Dienststelle des Reichsärztesführers Dr. Conti gar kein Hehl daraus mache, dass tatsächlich schon eine grosse Zahl von Geisteskranken in Deutschland vorsätzlich getötet worden ist und in Zukunft getötet werden soll.

Das Strafgesetzbuch bestimmt in § 139: «Wer von dem Vorhaben . . . eines Verbrechens wider das Leben . . . glaubhafte Kenntnis erhält und es unterlässt, der Behörde oder dem Bedrohten hier- von zur rechten Zeit Anzeige zu machen, wird . . . bestraft.» Als ich von dem Vorhaben erfuhr, Kranke aus Marienthal abzutransportieren, um sie zu töten, habe ich am 28. Juli bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Münster und dem Herrn Polizeipräsidenten in Münster Anzeige erstattet durch eingeschriebenen Brief mit folgendem Wortlaut:

«Nach mir zugegangenen Nachrichten soll im Laufe dieser Wodie (man spricht vom 31. Juli) eine grosse Anzahl Pflinglinge der Provinzialheilanstalt Marienthal bei Münster als sogenannte unproduktive Volksgenossen» nach der Heilanstalt Eichberg übergeführt werden, um dann alsbald, wie es nach solchen Transporten aus anderen Heilanstalten nach allgemeiner Überzeugung geschehen ist, vorsätzlich getötet zu werden. Da ein derartiges Vorgehen nicht nur dem göttlichen und natürlichen Sittengesetz widerstreitet, sondern auch als Mord nach § 211 des STGB mit dem Tode zu bestrafen ist, erstatte ich gemäss § 139 des STGB pflichtgemäss Anzeige und bitte, die bedrohten Volksgenossen unverzüglich durch Vorgehen gegen die den Transport und die Ermordung beabsichtigenden Stellen zu schützen und mir von dem Veranlassten Kenntnis zu geben.»

Nachricht über ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft oder der Polizei ist mir nicht zugegangen.

Ich hatte bereits am 26. Juli bei der Provinzialverwaltung der Provinz Westfalen, der die Anstalten unterstehen, der die Kranken zur Pflege und Heilung anvertraut sind, schriftlich ernstesten Einspruch erhoben. Es hat nichts genutzt. Und aus der Heil- und Pflegeanstalt Warstein sind, wie ich höre, bereits 800 Personen abtransportiert.

So müssen wir damit rechnen, dass die armen, wehrlosen Kranken über kurz oder lang umgebracht werden. Warum? Nicht weil sie ein todeswürdiges Verbrechen begangen haben, nicht etwa, weil sie ihren Wärter oder Pfleger angegriffen haben, so dass diesem nichts anderes übrigblieb, als dass er zur Erhaltung des eigenen Lebens in gerechter Notwehr dem Angreifer mit Gewalt entgegentrat, sondern

darum, weil sie nach dem Urteil irgendeines Amtes, nach dem Gutachten irgendeiner Kommission «lebensunwert» geworden sind, weil sie nach diesem Gutachten zu den «unproduktiven Volksgenossen» gehören.

Man urteilt: sie können nicht mehr Güter produzieren, sie sind wie eine alte Maschine, die nicht mehr läuft, sie sind wie ein altes Pferd, das unheilbar lahm geworden ist, sie sind wie eine Kuh, die nicht mehr Milch gibt. Was tut man mit solch alter Maschine? Sie wird verschrottet. Was tut man mit solch einem lahmen Pferd, mit solch einem unproduktiven Stüde Vieh? – Nein, ich will den Vergleich nicht bis zu Ende führen, so furchtbar seine Berechtigung ist und seine Leuchtkraft. Es handelt sich hier ja nicht um Maschinen, es handelt sich hier nicht um Pferd und Kuh, deren einzige Bestimmung ist, dem Menschen zu dienen, für den Menschen Güter zu produzieren. Nein, hier handelt es sich um Menschen, unsere Mitmenschen, unsere Brüder und Schwestern. Arme Menschen, kranke Menschen, unproduktive Menschen meinetwegen. Aber haben sie damit das Recht auf das Leben verwirkt? Hast du, habe ich nur so lange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von andern als «produktiv» anerkannt werden? Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, dass man den «unproduktiven» Mitmenschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir alt und altersschwach werden! Wenn man die unproduktiven Menschen töten darf, dann wehe den Invaliden, die im Produktionsprozess ihre Kraft, ihre gesunden Knochen eingesetzt, geopfert und eingebüsst haben! Wenn man die unproduktiven Mitmenschen gewaltsam beseitigen darf, dann wehe unseren braven Soldaten, die als Schwerekriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren. Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher. Irgend eine Kommission kann ihn auf die Liste der «Unproduktiven» setzen, die nach ihrem Urteil «lebensunwert» geworden sind. Und keine Polizei wird ihn schützen und kein Gericht seine Ermordung ahnden und den Mörder der verdienten Strafe übergeben. Wer kann dann noch Vertrauen haben zu seinem Arzt? Vielleicht meldet er den Kranken als «unproduktiv» und erhält die Anweisung, ihn zu töten. Es ist nicht auszudenken, welche Verwilderung der Sitten, welche allgemeines Misstrauen bis in die Familien hineingetragen wird, wenn diese furchtbare Lehre geduldet, angenommen und befolgt wird. Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volke, wenn das heilige Gottesgebot: «Du sollst nicht töten», das der Herr unter Donner und Blitz auf Sinai verkündet hat, das Gott, unser Schöpfer, von Anfang an in das Gewissen der Menschen geschrieben hat, nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und ungestraft ausgeübt wird.

(Nach: Bischof Graf v. Galen spricht, hrsg. von H. Portmann. 1946)

## *h) Evangelische Kirche*

### *aa) Kundgebung der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche gegen das Neuheidentum am 24. Februar 1935*

... Dem deutschen Volk wird heute eine neue Religion angeboten. Ihre Verfechter nennen sie einen «neuen Lebensmythus», der «einen neuen Menschentyp schafft». Die Schaffung dieses neuen Menschentyps durch den neuen Glauben wird als «die Aufgabe unseres Jahrhunderts» bezeichnet ...

Hier ist kein Platz für den christlichen Glauben. Man will Christus nur noch, soweit auch sein Bild sich in das Spiegelbild der seelischen Urkräfte des nordischen Menschen umdeuten lässt. Man erhebt den Vorwurf: «Die christlichen Kirchen sind – eine ungeheuerliche bewusste und unbewusste Umfälschung der schlichten frohen Botschaft vom Himmelreich inwendig in uns.» Darum soll ihre Lehre von Grund auf geändert werden. «Abgeschafft werden muss – ein für alle Mal – das sogenannte Alte Testament als Religionsbuch.» Selbst aus dem Neuen Testament wird herausgestrichen, was nicht gefällt. Es wird gefordert der «Wegfall der Predigten über den Knecht und den Sündenbock als Lamm Gottes». So wird die Heiligkeit des Kreuzes Christi verhöhnt!

Diese Lehren machen sich heute auf allen Gebieten des Lebens geltend. Sie machen sich in der Presse breit. Sie werden dargestellt im Theater. Öffentliche Stellen vertreten sie in ihren Kundgebungen (Bauernkalender des Reichsnährstandes mit heidnischen Festbezeichnungen). In Schulungskursen tauchen sie immer wieder auf. Auch in die Schulen dringen sie ein ...

In Abwehr dieser neuen Religion ermahnen wir die evangelischen Christen Deutschlands: Lasst Euch nicht verführen! Es gibt keinen Frieden zwischen der christlichen Lehre und dieser neuen Religion! Vergesst nicht die Gegensätze beider Lehren: Hier schafft sich der Mensch selbst einen Gott; dort schafft Gott den Menschen. Hier ist Feindschaft gegen das Kreuz; dort lebt man aus dem Wort vom Kreuz. Hier sucht man nach Spiegelbildern seelischer Urkräfte; dort gilt das Wort, das aus dem Munde Gottes geht. Hier wird gelehrt: du bist die Ursache deiner selbst; dort wird verkündigt: du vergehst, wenn Gott seine Hand von dir abzieht. – Darum mahnen wir: Weist eure Kinder zu dem Herrn! Führt sie selbst ein in die Heilige Schrift! Lehrt sie den Katechismus! Singt mit ihnen die Lieder der Kirche! Schicht sie in den Gottesdienst! Unsere Kinder müssen gegen alle Einflüsterungen der neuen Religion gewappnet sein . . .

(Nach: Heinrich Hermelink: Kirche im Kampf, Tübingen-Stuttgart 1950, S. 246 f.)



*hb) Aus dem «Wort an die Gemeinden», beschlossen auf der Zweiten Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Altpreuussischen Union in Dahlem vom 4. und 5. März 1935*

Angesichts der Versuchung und Gefahr dieser (neuheidnischen) Religionen haben wir, gehorsam unserem kirchlichen Auftrag, vor Staat und Volk zu bezeugen:

1. Der Staat hat seine Hoheit und Gewalt durch das Gebot und die gnädige Anordnung Gottes, der allein alle menschliche Autorität begründet und begrenzt.

Wer Blut, Rasse und Volkstum an Stelle Gottes zum Schöpfer und Herrn der staatlichen Autorität macht, untergräbt den Staat.

2. Das irdische Recht verkennt seinen himmlischen Richter und Hüter, und der Staat selbst verliert seine Vollmacht, wenn er sich mit der Würde eines ewigen Reiches bekleiden lässt und seine Autorität zu der obersten und letzten auf allen Gebieten des Lebens macht.

3. Gehorsam und dankbar erkennt die Kirche die durch Gottes Wort begründete und begrenzte Autorität des Staates an. Darum darf sie sich nicht dem die Gewissen bindenden Totalitätsanspruch beugen, den die neue Religion dem Staate zuschreibt. Gebunden an Gottes Wort, ist sie verpflichtet, vor Staat und Volk die Alleinherrschaft Jesu Christi zu bezeugen, der allein Macht hat, die Gewissen zu binden und zu lösen:

Ihm ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden.

(Aus: «Zeugnisse der Bekenntenden Kirche», Heft V: «Suchet der Stadt Bestes!», 1948, S. 13)

*cc) Der Präses der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche über die Stellung des Christen zum staatlichen Gehorsamseid, am 14.7.1935*

Verlangt der Staat vom Christen die Bestätigung seiner Gehorsamspflicht durch einen Eid, also durch ein Versprechen, das unter Anrufung Gottes geschieht, so kann der Christ das im Allgemeinen nicht nur unbedenklich, sondern er wird es sogar als ein Stütze dieses Gehorsams freudig tun. Mit diesem Eid bringt der Christ zum Ausdruck, worin er, abgesehen von allen staatsrechtlichen und politischen Gründen, den eigentlichen Grund seiner Gehorsamspflicht sieht, eben in dem in der Heiligen Schrift bezeugten Gebot Gottes. Aber zugleich liegt in dem Gehorsamseid gegenüber der staatlichen Obrigkeit für den Christen auch das andere, dass nämlich die ihn verpflichtende Obrigkeit vor diesem Gott ebenfalls Rechenschaft ablegen muss. Denn der Gehorsam muss da seine Grenze finden, wo er gegen Gottes offenbaren Willen verstößt. Schwört der Christ vor

Gott der Obrigkeit Gehorsam, so sagt er damit – ob er das nun besonders ausspricht oder nicht –, dass er da, wo ein obrigkeitliches Gebot Gottes klarem Gebot widerspricht, nicht gehorchen wird. Der Christ kann in solchem Falle seinen Gehorsam und die Anerkennung des obrigkeitlichen Amtes nur darin bestätigen, dass er die Strafe für seine Weigerung ohne Widerstreben auf sich nimmt. Die Pflicht zu diesem leidenden Gehorsam muss er ohne Einschränkung ausüben. Die Pflicht zu einem aktiven Gehorsam, d.h. zur unbedingten Befolgung aller Gebote, darf er keinesfalls uneingeschränkt auf sich nehmen.

(Aus: «Zeugnisse der Bekennenden Kirche», Heft II: «Im Reiche dieses Königs hat man das Recht lieb», 1946, S. 35)

### *dd) Kanzelabkündigung der Vorläufigen Kirchenleitung vom 23. August 1936 gegen den Totalitätsanspruch des Staates*

Brüder und Schwestern!

Das deutsche Volk steht vor einer Entscheidung von grösster geschichtlicher Bedeutung. Es geht darum, ob der christliche Glaube in Deutschland Heimatrecht behalten soll oder nicht.

Mit einer Wucht und Planmässigkeit ohnegleichen wird das Evangelium von Jesus Christus heute bei uns bekämpft. Das geschieht nicht nur von solchen, die jeden Glauben an Gott verwerfen, sondern auch von solchen, die Gott nicht leugnen wollen, die aber meinen, die Offenbarung des einen lebendigen Gottes in Jesus Christus ablehnen zu können. Machtmittel des Staates und der Partei werden weithin eingesetzt gegen das Evangelium von Jesus Christus und gegen die, die sich zu ihm bekennen.

Wir haben dazu lange geschwiegen. Wir haben uns sagen lassen, es handle sich nur um das Vorgehen weniger Einzelner, die zur Ordnung gerufen werden müssen. Wir haben gewartet. Wir haben Vorstellungen erhoben. Auch dem Führer und Reichskanzler ist schriftlich vorgetragen worden, was Herz und Gewissen der evangelischen Christen beschwert (10. April 1935) ... Es klingt wie ein Schrei aus tiefer Not, wenn dieses Schreiben so beginnt: «Es ist im deutschen Volke dahin gekommen, dass die Ehre deutscher Staatsbürger in den Staub getreten wird, weil sie Christen sind. Die christliche Bevölkerung Deutschlands nimmt in starker Erregung und Empörung wahr, dass sie um ihres Glaubens an Jesus Christus willen auf jede Weise (Presse, Theater, Vortragssaal, Massenversammlungen) verspottet und verhöhnt und ihre deutsche Gesinnung und Zuverlässigkeit angezweifelt wird. Dieser Verdächtigung sind im besonderen Masse die ausgesetzt, die treu am Evangelium festzuhalten entschlossen sind. Alle Versuche, hier Wandel zu schaffen, sind vergebens ge-

wesen, zumal uns in steigendem Masse fast jede Möglichkeit öffentlicher Gegenwehr genommen wird.» ...

In den Schulungslagern wird vielfach die Weltanschauung des Rosenbergschen Mythos gelehrt, die den Menschen verherrlicht und Gott seine Ehre nimmt. Mit voller Offenheit wird stellenweise bereits verkündet, dass diese Weltanschauung unvereinbar sei mit dem christlichen Glauben und dass sie diesen christlichen Glauben abzulösen bestimmt sei ...

Der Totalitätsanspruch dieser Weltanschauung bringt ungezählte evangelische Menschen in schwere Gewissensnot und in ständige Versuchung zur Heuchelei und Lüge. Unter der Losung «Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens» wird die Kirche mehr und mehr in allen ihren Betätigungen in den Raum der Kirchenmauern zurückgedrängt ...

Gleichzeitig aber wird das junge Geschlecht an Herabsetzung, ja an Verhöhnung des christlichen Glaubens gewöhnt. In Schriften der Hitlerjugend, in Zeitungen und Zeitschriften wie dem «Schwarzen Korps» und anderen finden sich immer aufs Neue Schmähungen des christlichen Glaubens, die sich der Wiedergabe entziehen. Wer sich gegen diese Bekämpfung des christlichen Glaubens auflehnt, muss gewärtigen, dass er als Staatsfeind gebrandmarkt wird ...

Aus solcher Bedrückung der Gewissen, verstärkt durch dauernde Bespitzelung, wachsen Heuchelei und knechtische Gesinnung, und schliesslich lösen sich die echten sittlichen Bindungen überhaupt . . .

(Nach: Heinrich Hermelink: Kirche im Widerstand, S. 355ff.)

#### **4. Katholische Arbeiterschaft im Widerstand**

##### *von Verbandspräses Dr. Hermann Joseph Schmitt*

Die Katholische Arbeiterbewegung (KAB), eine sozial-religiöse Standesbewegung der Arbeiterschaft innerhalb der katholischen Kirche, zählte 1933 im alten Reichsgebiet nahezu 500'000 Mitglieder. Sofort versuchte der Nationalsozialismus, teils mit Unterstützung irregleiteter Katholiken, diese aktive Gruppe des sozialen Katholizismus gleichzuschalten. Auf einer Zusammenkunft, zu der Dr. Robert Ley im April 1933 in den Preussischen Landtag nach Berlin geladen hatte, wo der Gleichschaltungsbefehl für die KAB und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche entgegengenommen werden sollte, erklärte zum Missvergnügen des Dr. Ley Prälat Dr. Müller, er könne dieser Eingliederung in die DAF nicht Folge leisten, weil die KAB letztlich der Leitung der Bischöfe unterstehe und er deren Entscheidung entgegennehmen müsse.

Damit war für den Nationalsozialismus und für die KAB die Lage geklärt. Fast alle deutschen Bischöfe, in deren Diözesen katholische Arbeitervereine bestanden, ermunterten durch Hirten Schreiben die katholischen Arbeiter, der KAB die Treue zu halten, weil diese Organisation um der Seelsorge und des öffentlichen Lebens willen notwendig sei. Sofort setzte der offene Kampf des Nationalsozialismus gegen die KAB ein: Direktes Verbot in einigen Regierungsbezirken und Landesteilen, Verbot der Doppelmitgliedschaft in der DAF und in den Arbeitervereinen, zeitweise Verbot der Zeitung der KAB, der «Westdeutschen Arbeiterzeitung», die in «Ketteler-Wacht» umbenannt werden musste, des «St. Nikolaus-Blattes» für die Flussschiffer und die Papierentziehung für das Bildungsmaterial der KAB, schliesslich im Jahre 1938 das völlige Verbot der «Ketteler-Wacht».

### Die Gründe des Widerstandes

Die Verbandszentrale der KAB war und ist das «Ketteler-Haus» zu Köln. Hier arbeiteten in der Führung des Verbandes Dr. Otto Müller, Josef Joos, Nikolaus Gross als Redakteur der «Ketteler-Wacht» und als Verbandssekretär Bernhard Letterhaus. Im westdeutschen Gebiet waren 53 hauptamtliche Arbeitersekretäre tätig, unter ihnen auf vorgeschobenem Posten im Ruhrgebiet Gottfried Könzgen, den mit der Verbandszentrale freundschaftliche Beziehungen verbanden.

Die Leitung der KAB leistete gegen das totalitäre System Widerstand, weil sie vom Grundsatz her für die demokratische Lebens-, Staats- und Volksform eintrat. Persönliche Freiheit, Selbständigkeit der naturrechtlich gegebenen gesellschaftlichen Einrichtungen und wahre Bindung in einer Ordnung, die vor dem Gottesgesetz bestehen konnte, waren die gesellschaftspolitischen Ziele der KAB. Wahrheit, Gerechtigkeit und tätige Liebe allen Menschen und ihren Notständen gegenüber galten ihr als sozialetische Normen; politisch vertrat sie seit fast 80 Jahren die Demokratie als die dem deutschen Volke entsprechende Staatsform. Volkserzieherisch und -bildend war sie seit vielen Jahrzehnten unter der Arbeiterschaft aus dem religiösen und sozialen Lehrgut der katholischen Kirche tätig.

Der Nationalsozialismus erstrebte in allen diesen Bereichen entgegengesetzte Tendenzen; von ihnen war die KAB überzeugt, dass sie zum Ghaos führen mussten. Schon 1930 sind diese Auffassungen in der «Westdeutschen Arbeiterzeitung» vertreten worden; nach 1933 hat sie unter Nikolaus Gross ihre Haltung nicht geändert. Was Wunder, dass sie dem Verbot nicht entging.

Die KAB hielt ihre Organisation der Arbeiterschaft für ein letztes Bollwerk gegen die Bestrebungen des Nationalsozialismus, weil sie wusste, dass die religiös orientierte Arbeiterschaft den totalitären Zielen keine Sympathie, sondern Ablehnung entgegenbrachte.

## Köln und Berlin

Das Rheinland, insbesondere die Stadt Köln, waren keine Hochburgen des Nationalsozialismus. Das wussten seine Führer, besonders Hitler, sehr gut. Im «Ketteler-Haus» zentralisierte sich eine Gruppe, die aus den Persönlichkeiten der KAB und solchen aus den aufgelösten christlichen Gewerkschaften bestand. Mit Jakob Kaiser in Berlin standen Heinrich Körner, Joh. Albers und Karl Arnold in steter Verbindung. Diese hielten die Beziehungen zu Dr. Müller, Bernhard Letterhaus, Jos. Joos, Nikolaus Gross, Gronowski, Gockeln, Even und den noch tätigen oder in anderen Arbeitsstellen untergekommenen Arbeitersekretären draussen im Lande. Fast regelmässig fanden in Köln Zusammenkünfte statt; von hier gingen Fäden zum Ausland. In Holland, Belgien Frankreich, Schweiz, England und Amerika war bekannt, dass die KAB ihre Haltung zum Nationalsozialismus nicht geändert hatte und nicht ändern würde.

In Berlin hatte der Reichsverband der Katholischen Arbeitervereine seit dem Jahre 1928 ein Generalsekretariat errichtet, das bis zu seiner Auflösung durch die Nationalsozialisten 1936 auch im Sinne der Kölner Zentralstelle arbeitete und nach der Auflösung weiterhin tätig blieb.

Jakob Kaiser, der als früherer Landessekretär der christlichen Gewerkschaften mit der DAF finanzielle Angelegenheiten der entlassenen Gewerkschaftssekretäre zu regeln hatte, war dadurch Möglichkeit gegeben, zu den Kreisen in Fühlung zu kommen, die grundsätzliche Gegner des Totalitarismus waren und sich bei fortschreitender Entrechtung, Verarmung und Vernichtung des Volkes zu aktivem Widerstand entschlossen. Die Gruppe der Militärs spielte dabei eine entscheidende Rolle; denn mehr und mehr waren die Männer des aktiven Widerstandes zu der Einsicht gekommen, dass ohne militärische Hilfe das Ziel, eine neue, mit dem Ausland verhandlungsfähige Regierung zu erhalten, nicht zu erreichen war.

Im Schrifttum über den deutschen Widerstand hat die aktive Gruppe um L. Beck und Dr. Coerdeler, die bis zu den militärischen Stellen Canaris, Oster und Stauffenberg ihre Verzahnung hatte, mit Recht Wertung und Würdigung gefunden. Ihr sind auch die Männer aus dem «Ketteler-Haus» und die im Lande unter der Arbeiterschaft tätigen Sekretäre zuzurechnen. Es ist heute bekannt, dass der Plan des Attentates erst später einbezogen wurde. Ursprünglich glaubte Goerdeler mit einer Gefangennahme Hitlers und führender Nationalsozialisten auszukommen.

Dr. Otto Müller vermittelte die notwendigen Informationen und Ermunterungen an die Getreuen im Lande, zu denen insbesondere der Arbeitersekretär Gottfried Könzgen in Duisburg gehörte – Jos. Joos war bereits verhaftet und im KZ. – Sein engster Mitarbeiter,

Nikolaus Gross, war der Vermittlungsmann nach Norden und Süden. Er wagte gefährliche Reisen, die später auch der Grund seiner Verhaftung waren. Bernhard Letterhaus, 1939 als Unteroffizier eingezogen, war nach Teilnahme am Holland- und Russlandfeldzug Oberleutnant geworden und wurde 1941 an die Pressestelle des OKH Berlin versetzt. Hier hatte der kluge und politisch begabte Freund und Berater des früheren Reichskanzlers Brüning reichlich Gelegenheit, die Lage abzutasten und Winke zu geben. Mit dem früheren Generalsekretariat, Jakob Kaiser, Dr. Rudolf Pechel, Gross und Dr. Müller stand er in engster Verbindung und war aktiv an den Vorbereitungen beteiligt, die auch zu seiner Verhaftung und zu seinem Tode führten. Über die Vermittlerstelle Berlin liess Letterhaus Nachrichten an Gross gehen, der sie dem Kreis Dr. Müller zuleitete; von dort wurden weitere Stellen unterrichtet.

Im ganzen Reichsgebiet lebten Menschen aus der Katholischen Arbeiterbewegung oder solche, die mit ihr Verbindung hatten, die aus politischen und religiösen Gründen den Nationalsozialismus ablehnten. Dessen Netz, in dem er die Gegner einfing, wurde immer enger, seine Propaganda lauter und gleisnerischer; die Entbehnungen nahmen zu, und die Einsichtigen sahen das grosse Unglück mit Riesenschritten kommen. Letterhaus, Kaiser, Gross, Dr. Müller waren eingeweiht. Sie wussten um die Pläne des Widerstandes. Sie durften selbst an die engsten Freunde nicht preisgegeben werden. Aber die Getreuen im Lande mussten Hoffnung behalten. Sie sollten nicht nur später mit Aufgaben bedacht werden, sie mussten zuversichtlich bleiben und ihre Umgebung stärken, aufrechterhalten und den Funken der Hoffnung nicht erlöschen lassen. Das bedurfte sehr vorsichtiger Arbeit. Die ist von Köln mit Unterstützung des Berliner Kreises mutig und gefahrenbewusst geleistet worden. Sie hat mit dazu beigetragen, in Tausenden von Arbeitern, trotz aller schweren Tage und Nächte, die Hoffnung zu stärken, dass «der Tag» kommen würde.

## Die Opfer

Als die Stunde geschlagen, war ihr ein Erfolg nicht beschieden. Der Leidensweg des deutschen Volkes musste bis zum Ende gegangen werden. Viele der «Eingeweihten» wurden von den Nationalsozialisten dem Tod überliefert. Am 12. Oktober 1944 starb Dr. Otto Müller nach einem Martyrium mit vielen grausamen Qualen im Staatsgefängnis zu Berlin-Tegel. Am 14. November 1944 wurde Bernhard Letterhaus in Plötzensee und am 23. Januar 1945 Nikolaus Gross hingerichtet. Gottfried Könzgen wurde in den Fluten der Ostsee in den Tod geschickt.

Die Katholische Arbeiterbewegung denkt mit Ehrfurcht und Stolz an diese Männer zurück, die das Beste gewollt und mutig ihr

Leben für Wahrheit, Freiheit, Recht und Gerechtigkeit hingegeben haben. Ihre Motive waren lauter und edel. Das deutsche Volk sollte ihr Andenken ehren, weil sie aufrechte Männer und Christen waren.

(Anm.: Prälat Dr. Hermann Joseph Schmitt war von 1927 an Generalsekretär des Verbandes der Katholischen Arbeitervereine Ostdeutschlands, später Studentenseelsorger in Berlin. Im Sommer 1944 wurde er von den Nazis verhaftet, ins KZ Dachau eingeliefert und erst durch die Amerikaner befreit.)

## 5. Der Goerdelerkreis

*Aus der Niederschrift Goerdelers: «Gedanken eines zum Tode Verurteilten – September 1944 im Gefängnis»: Über den künftigen inneren Zustand Deutschlands*

... Ich müsste jetzt den europäischen Zustand schildern, den ich (als Zukunftsziel) im Auge habe und der den unseres Vaterlandes mit umschliesst. Da ich aber nicht weiss, ob mir (noch genug) Zeit zur Verfügung steht, stelle ich zunächst dar, welchen inneren Zustand Deutschland braucht, um zu gesunden und zu bestehen, denn ohne ihn wäre der aussenpolitische und lebensnötige Stand nicht zu erreichen und zu halten.

1. Das Recht muss in der Hand unabhängiger Gerichte gesichert werden. Diese dürfen nur nach dem Gesetz, nicht nach der Weltanschauung Recht sprechen. In die Gerichte müssen in allen Instanzen auch angesehene Laien, in die Richterstellen in grossem Umfange Rechtsanwälte berufen werden, um Lebensnähe in die Rechtsprechung zu bringen. Immer zwei Instanzen!

2. Die Persönlichkeitsrechte: Freiheit der Meinung, des Gewissens, der Religion, der Lehre, des Körpers müssen gegen jeden Eingriff, den nicht der Richter kraft Gesetzes verfügt, geschützt, durch Verfassung und Gesetz unter das Gemeinwohl geordnet werden.

3. Die Presse darf keine schrankenlose Freiheit erhalten, ihr ist die Pflicht zur Wahrheit aufzuerlegen. Unwahrhaftigkeit wird, auch wenn sie nicht beleidigend ist, bestraft, denn der Missbrauch der Meinungsfreiheit in der Presse ist untragbar. Ordnung der Presse durch Ehrengerichte, deren Zusammensetzung und Zuständigkeit der Staat gesetzlich bestimmt.

4. Grundlage des staatlichen Wirkens müssen Anstand und Lauterkeit sein, sie müssen auch die Beziehungen der Menschen untereinander bestimmen, auf allen Gebieten des Zusammenwirkens.

5. Der Familie gebührt besonderer Schutz als Zelle staatlichen und völkischen Aufbaus. Das geschieht durch Zuweisung der Erziehungsaufsicht an sie und durch Errichtung einer Kinder-Renten-

kasse, die kinderreichen Familien Renten zu Lasten kinderloser oder kinderarmer zuweist; ausserdem ist das Wahlrecht für Verheiratete mit mindestens drei Kindern bei dem Vater ein doppeltes.

6. Das Erziehungswesen ist zu vereinfachen: drei Jahre Grundschule, fünf Jahre Volksschule, drei Jahre Fortbildungsschule, neun Jahre höhere Schule oder sechs Jahre Mittelschule. In höheren Schulen zwecks Einheit und Erleichterung für Eltern und Kinder nur: Gymnasium der humanistischen Form und Oberrealschule.

Auf allen Schulen ab 15. Lebensjahr Volkswirtschaftskunde an Hand einfacher Fibel (schon verfasst), so dass alle Deutschen gegen die Pest der Gegenwart, gegen wirtschaftliche Illusionen, geimpft sind. Universitäten und Technische Hochschulen werden zusammengelegt, um die Einheit des Wissens und seinen umfassenden Inhalt wiederherzustellen. Sie und die Studenten erhalten das Recht der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Eine Universität (Heidelberg) wird nach englischem College-System versuchsweise eingerichtet. Die hauptamtlichen Kuratorenstellen werden zur Ersparnis eingezogen. Die Reichsstatthalter üben die Aufsicht aus. In allen Erziehungsanstalten Höchstanforderungen zur Erzielung höchster Leistungen. Religionsunterricht bis zum 14. Lebensjahr, wenn die Eltern nicht das Gegenteil wünschen, damit die Jugend wieder die Zehn Gebote lernt und beherzigt. Über den Religionsstand bestimmen die Eltern bis zum 18. Lebensjahr. Der Unterricht darf nur von den dazu bereiten Lehrern oder Geistlichen erteilt werden.

7. Die Kirchen erhalten das Recht der Selbstverwaltung und verlieren die Staatszuschüsse; sie finanzieren sich selbst.

Die evangelische Kirche erhält Steuerrecht nur, wenn sie sich vereint nach dem Synodalsystem (Mitwirkung von Laien).

Die katholische Kirche nur, wenn sie einen deutschen Primas stellt, der höhere Kirchenstellen-Besetzungen zu bestätigen hat.

Die Kirchen erhalten Freiheit der Betätigung zur praktischen Übung ihrer Lehre, insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrt, der Krankenpflege, der Erziehung. Ihre Einrichtungen stehen im Wettbewerb mit denen des Staates, der Gaue und Kreise und der Gemeinden.

8. Die Verfassung baut sich auf der Selbstverwaltung grosser Gaue, der Kreise und Gemeinden auf. Ihnen sind alle Aufgaben zuzuweisen, die nicht der Reichseinheit wegen vom Reiche wahrgenommen werden müssen.

Das Reich behält:

1. das Rechtswesen,
2. die Wirtschaftspolitik, einschliesslich Sozial- und Arbeitsrecht,
3. die Innenpolitik,
4. die Aussenpolitik,
5. die Finanzpolitik,



6. die Grundsätze des Erziehungswesens und das Kirchenwesen,
7. die Grundsätze für den Wiederaufbau, die öffentlichen Arbeiten des Reiches,
8. das Reichsverkehrswesen und die Aufsicht über den öffentlichen Verkehr einschliesslich Luftfahrt,
9. das Wehrwesen ...

Die Gemeinden verwalten alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft, soweit sie nicht von Reichsbehörden betreut werden oder von den Kreisen mit Zustimmung der Gemeinden übernommen sind.

Die Aufsicht über die Selbstverwaltung der Gaue, Kreise oder Gemeinden führt der Reichsstatthalter; diese Zusammenfassung schafft Vereinfachung. Der Statthalter soll sich zur Ausübung reisender Beamten bedienen, die an Ort und Stelle nach dem Rechten sehen und Berichtswesen vermeiden. Das schafft die zweite wesentliche Vereinfachung. Die Aufsicht beschränkt sich auf die Gesetzmässigkeit der Handlungen der Selbstverwaltung und erstreckt sich nicht auf die Zweckmässigkeit. Die deutsche Gemeindeordnung bleibt bestehen. An Stelle der Ernennung der Ratsherren durch die NSDAP tritt deren Wahl, sobald die Soldaten zu Hause sind ...

Die Kreisverordneten wählen:

1. den Landrat...
2. die Gauverordneten . . .
3. die Hälfte der 300 Reichstagsabgeordneten . . .

Die andere Hälfte der Reichstagsabgeordneten werden von den fünfundzwanzigjährigen Deutschen in 150 Wahlkreisen gewählt, auch sie müssen 35 alt und mindestens fünf Jahre in öffentlichen Ehrenämtern tätig gewesen sein. Für jeden Wahlkreis werden vier Kandidaten aufgestellt nach dem Muster für Gemeindewahlen. Gewählt ist der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, also auch hier weder Verhältnis- noch Mehrheitswahlrecht. Die Kandidaten müssen im Wahlkreise wohnen.

Neben dem Reichstag wird ein Reichsständehaus errichtet. Ihm gehören an

- a) die Leiter der Reichsgruppen (Wirtschaft),
- b) die Präsidenten der Reichswirtschaftskammern,
- c) die Leiter der sonstigen Reichsberufsgruppen (Ärzte, Anwälte, Beamte, Techniker, Künstler usw.),
- d) je drei evangelische und katholische Bischöfe,
- e) die Rektoren der Universitäten,
- f) die gleiche Zahl Vorstandsmitglieder der deutschen Gewerkschaft wie Betriebsführer zu a-c,
- g) bis zu 50 angesehene Deutsche aller Stände, die 50 Jahre alt sein müssen und vom Generalstatthalter berufen werden.

Die Reichsregierung arbeitet als Kabinett, also in Beschlussfassung mit Führung durch den Reichskanzler. Minister, die seine

Richtlinien nicht billigen, scheiden aus. Die Minister werden vom Generalstatthalter berufen. Sie bedürfen nicht des Vertrauens der Reichshäuser. Er hat sie aber abzurufen, wenn der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit oder beide Häuser mit einfacher Mehrheit dies verlangen und gleichzeitig eine neue Regierung namhaft machen.

Die Regierung kann Gesetze mit und ohne Zustimmung des Reichstages erlassen. Im letzteren Falle muss sie das Gesetz aufheben oder zurücktreten, wenn beide Häuser mit Mehrheit, davon mindestens eines mit Zweidrittelmehrheit es verlangen. So hat sie ein nicht nur auf Notzeiten beschränktes Führungsrecht und ausreichende und doch kontrollierte Führungsmöglichkeiten. Der Zustimmung der Reichshäuser bedarf sie immer

- a) für das Etatsgesetz,
- b) Steuergesetze,
- c) Verträge mit dem Ausland,
- d) Zollgesetze.

Auch die Reichshäuser können mit übereinstimmenden Beschlüssen Gesetze machen, solche mit finanziellen im Etat nicht vorgesehenen Auswirkungen aber nur mit Zustimmung der Regierung. Der Reichstag allein ist zuständig für die Kontrolle der Einhaltung des Etatsgesetzes durch die Regierung. Verweigert er die Entlastung, so ist das Ständehaus zu hören. Verweigert auch dieses, so ist die Regierung verantwortlich, der Beanstandung nachzukommen; im anderen Fall entscheidet ein Ausschuss endgültig, für den beide Häuser je die Hälfte der Mitglieder ernennen und der vom Präsidenten des Rechnungshofes ohne Stimmrecht geleitet wird . . .

An der Spitze des Staates vorläufig ein Generalstatthalter, der von der Regierung vorgeschlagen, erstmals nur vom Ständehaus gewählt wird, da Wahlen erst nach voller Demobilmachung möglich. Amtsdauer fünf Jahre. Später Wahl durch beide Häuser (Reichstag und Ständehaus) in gemeinsamer Sitzung.

Mir erscheint für unser Volk die erbliche Monarchie als beste Staatsführung. Unser wetterwendisches, unpolitisches Volk bedarf des Ballastes im Staatsschiff. Der Monarch soll nicht regieren, sondern über die Verfassung wachen und den Staat repräsentieren. Das Hohenzollernhaus und die Wittelsbacher könnten würdige Monarchen stellen, z.B. den Kronprinzensohn Prinz Friedrich. Kann die Monarchie nicht in den Sattel gehoben werden, dann muss es beim Generalstatthalter oder Reichspräsidenten verbleiben, dessen unbeschränkte Wiederwahl möglich sein muss und der bei der dritten Wiederholung seiner Wahl auch auf Lebenszeit gewählt werden kann.

(Aus: Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 553 ff.)

## 6. Der Kreisauer Kreis

*von D. Dr. Eugen Gerstenmaier, Präsident des  
Deutschen Bundestages*

«Weil Helmuth Graf v. Moltke, Alfred Delp, Eugen Gerstenmaier, Franz Reiser, Josef Ernst Fürst Fugger zu Glött und Franz Sperr verurteilt sind, müssen sie auch die Kosten tragen.» gez. Dr. Freisler, Dr. Köhler.

Mit diesem banalen Anhängsel an eine mehr als 20 Seiten umfassende Urteilsbegründung des Volksgerichtshofs 1. Senat wurden die Prozessakten über den sogenannten Kreisauer Kreis im Jahre 1945 geschlossen. Die auf dem gemeinsamen Haftbefehl und in der Anklage noch mitaufgeführten Theodor Haubach und Theodor Steltzer waren aus nebensächlichen Gründen abgetrennt und einzeln verurteilt worden. Paulus van Husen und Hans Lukaschek waren zu ihrem Glück in einen harmlosen Komplex geraten, und Graf Peter Yorck v. Wartenburg, Adam v. Trott zu Solz, Adolf Reichwein, Julius Leber und Hans v. Haeften waren bereits hingerichtet. Garlo Mierendorff war im Tod vorangegangen, eine englische Fliegerbombe hatte ihn 1943 in Leipzig getötet. In Freiheit waren geblieben Harald Poelchau – monatelang unser Betreuer im Gefängnis in Tegel – und unsere wirtschaftlichen Berater Horst v. Einsiedel und Dietrich v. Trotha.

Konservative und Sozialisten, Gutsbesitzer und Gewerkschaftler, Protestanten und Katholiken hatten sich im Kreisauer Kreis vereint. Die Aufgabe, zu der sie sich verbunden haben, galt, wie die mancher anderer Gemeinschaft im geheimen Deutschland, dem Tage X. Bis wenige Monate, ja vielleicht bis kurz vor dem 20. Juli 1944 war dabei nicht ganz klar, ob der Tag X der Tag des Staatsstreichs oder des Zusammenbruchs sein werde. Im Unterschied zu anderer Deutung meine ich, dass «die Kreisauer» eigentlich immer den Staatsstreich im Auge hatten; denn die hinterlassenen, von Theodor Steltzer publizierten Dokumente setzen zu ihrem vollen Verständnis den geglückten Staatsstreich voraus.

Immerhin zeigt schon diese Erwägung, dass die Kreisauer selber sich nahezu ausschliesslich mit den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Problemen befassten, denen sich eine neue deutsche Regierung nach dem Abgang Hitlers gegenübersehen musste. Das Militärische war nicht ihr Fach. Sie waren weder Heerführer noch besaßen sie sonst organisierte Macht. Ihr Feld war der Gedanke, ihre Aufgabe der Entwurf einer neuen rechtsstaatlichen Ordnung, ihr Wille, die Ideologie des totalen Staates zu überwältigen, ihr Ziel, Deutschland im Geist des Christentums und der sozialen Gerechtigkeit wiederaufzubauen und in ein vereintes Eurypa einzufügen.

«Wir haben nur gedacht .. .», schrieb Graf Moltke in einem Abschiedsbrief an seine Frau. «Wir sind aus jeder praktischen Handlung 'raus, wir werden gehenkt, weil wir zusammen gedacht haben.» Diese Sätze werden den Historikern noch einige Mühe machen. Denn sie sind richtig, obwohl heute erwiesene Tatbestände gegen sie stehen. Sie sind richtig, weil es weder der Voruntersuchung der Gestapo noch dem Volksgerichtshof gelungen war, gegen Moltke und seine nächsten Freunde im Verfahren wirkliche Beweise des Hochverrats zu erbringen. Sie sind auch insofern richtig, als Übereinstimmung darüber bestand, dass die Vorbereitung und die Durchführung des Sturzes Hitlers Sache der Militärs sein müsse. Ja sie sind sogar insofern richtig, als mindestens bei Moltke und Steltzer – und lange auch bei Yorck – ernste Bedenken gegen den Staatsstreich als solchen bestanden. Aber dagegen steht die Tatsache, dass der grösste Teil des Kreises den Staatsstreich immer mehr für unausweichlich notwendig hielt und sich auch demgemäss verhalten hat.

Die Opfer des Krieges starben zu Zehntausenden am Tag und bei Nacht, draussen und in den brennenden Städten der Heimat. Die Krematorien von Auschwitz, Buchenwald und vielen anderen Stätten des Grauens rauchten unablässig. Die Katastrophe wurde unabsehbar. Was wogen davor noch persönliche Bedenken? In dem kleinen Haus Graf Yorcks in der Hortensienstrasse in Lichterfelde tauchten immer häufiger Uniformen auf: Graf Fritz von der Schulenburg und bald auch die Brüder Klaus und Berthold v. Stauffenberg. Und als der Tag X da war, da standen mindestens zwei Kreisauer neben Stauffenberg in der Bendlerstrasse, und die meisten anderen standen im Auswärtigen Amt oder sonstwo in der Nähe bereit. Peter Yorck starb mit den ersten am Galgen von Plötzensee, Alfred Delp als letzter. Einige wenige entrannen seltsam dem gleichen Tod. «Der ist nicht mehr da», pflegten unsere biedereren Tegeler Justizwachtmeister zu antworten, wenn man nach einem fragte, der inzwischen zur Hinrichtung gebracht worden war. Im gleichen Sinne muss man vom Kreisauer Kreis sagen: er ist nicht mehr da.

Die paar Überlebenden sind offenbar gar nicht auf die Idee gekommen, noch einmal zu beginnen. Sie haben sich zwar wie selbstverständlich am Neuaufbau Deutschlands beteiligt. Aber keiner hat den Versuch gemacht, den Kreisauer Kreis neu zu begründen. Ohne Moltke, ohne Mierendorff, ohne Yorck, ohne Leber, ohne Haeflten, ohne Trott, ohne Haubach, ohne Reichwein, ohne Delp – nein, unmöglich!

Ausserdem hat sich das politische Klima gründlich geändert. Weit wichtiger als das einst entscheidende Wagnis sind heute wieder andere Eigenschaften: parlamentarische Routine, rednerisches Auftreten, Einfluss in Partei und Wahlkreis usw. Ausserdem hatten die Kreisauer – es muss einmal gesagt werden – nicht nur die Hitlersche

Diktatur, sondern auch die Weimarer Demokratie hinter sich gelassen. In ihren Konzepten hatten sie nicht vorgesehen, dass uns die alten Formen – seltsamerweise auf Betreiben der Russen – im Herbst 1945 von den Besatzungsmächten neu beschert würden. Der Leistung des Parlamentarischen Rates gegenüber würden sie – nach meiner Schätzung lediglich aus Respekt vor dem darin bekundeten Willen zur Rechtsstaatlichkeit – ein höfliches, vielleicht aber auch ein betretenes Schweigen an den Tag legen. Und was sie über den munteren Betrieb in und zwischen unseren heutigen Parteien dächten, wage ich kaum anzudeuten. Man kann sich deshalb nicht ernstlich fragen, ob die Kreisauer etwa unter Moltke und Mierendorff heute populär wären. Aber man kann, wenn man auch nur ein wenig über unseren politischen Alltag hinausblickt, keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, dass sie brennend notwendig wären. Sie sind es, denn ihr Problem ist die noch immer nicht voll gemeisterte europäische Demokratie. Das Problem der formalen und materialen Demokratie, die Frage des föderalistischen Staatsaufbaus und der zentralistischen Grossorganisation, die Problematik des Wahlverfahrens und der Parteibildung, der Wirtschaftsverfassung, der Ausübung und der Kontrolle der Macht – kurzum, der ganze Fragenkreis der politischen Organisation einer modernen Demokratie, das ist das Thema der Kreisauer. Heute sind vielleicht weniger die von ihnen erarbeiteten Entwürfe von Bedeutung als die Kühnheit, mit der sie aus dem Fackelzug von 1933 die Konsequenzen gezogen haben, hinter denen unser Grundgesetz weit zurückbleibt.

Es ist kein Sakrileg, wenn man das Grundgesetz nicht nur im Blick auf die Wiedervereinigung Deutschlands als ein Provisorium betrachtet, sondern auch im Blick darauf, dass es, bei allem redlichen Willen zur Rechtsstaatlichkeit und einigen beachtlichen Verbesserungen gegenüber Weimar, doch bei weitem noch nicht die Ordnung unseres staatlichen und volkhaften Lebens darstellt, die sich unzählige Deutsche vielleicht gerade deshalb so sehr wünschen, weil sie selber keine präzise Lösung dafür vorschlagen können. Die Schaffung einer deutschen Verfassung im Rahmen eines europäischen Bundespakts, zu der das deutsche Volk in der Ehrfurcht vor dem Recht und in der Liebe zum Frieden als zu seinem Eigenen, ihm Gemässen «ja» sagen kann, das ist das Vermächtnis des Kreisauer Kreises.

### *Grundsätze für die Neuordnung Deutschlands* (Entwurf des Kreisauer Kreises vom 9. 8. 1943)

Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft.

Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äusseres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Massstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden. Die innere Neuordnung des Reiches ist Grundlage zur Durchsetzung eines gerechten, dauerhaften Friedens.

Im Zusammenbruch bindungslos gewordener, ausschliesslich auf die Herrschaft der Technik gegründeter Machtgestaltung steht vor allem die europäische Menschheit vor dieser Aufgabe. Der Weg zu ihrer Lösung liegt offen in der entschlossenen und tatkräftigen Verwirklichung christlichen Lebensgutes. Die Reichsregierung ist daher entschlossen, folgende nach innen und aussen unverzichtbaren Forderungen mit allen Mitteln zu verwirklichen:

1. Das zertretene Recht muss wieder aufgerichtet und zur Herrschaft über alle Ordnungen des menschlichen Lebens gebracht werden. Unter dem Schutz gewissenhafter, unabhängiger und von Menschenfurcht freier Richter ist es Grundlage für alle zukünftige Friedensgestaltung.

2. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet. Bestehende Gesetze und Anordnungen, die gegen diese Grundsätze verstossen, werden sofort aufgehoben.

3. Brechung des totalitären Gewissenszwangs und Anerkennung der unverletzlichen Würde der menschlichen Person als Grundlage der zu erstrebenden Rechts- und Friedensordnung. Jedermann wirkt in voller Verantwortung an den verschiedenen sozialen, politischen und internationalen Lebensbereichen mit. Das Recht auf Arbeit und Eigentum steht ohne Ansehen der Rassen-, Volks- und Glaubenszugehörigkeit unter öffentlichem Schutz.

4. Die Grundeinheit friedlichen Zusammenlebens ist die Familie. Sie steht unter öffentlichem Schutz, der neben der Erziehung auch die äusseren Lebensgüter: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Garten und Gesundheit sichern soll.

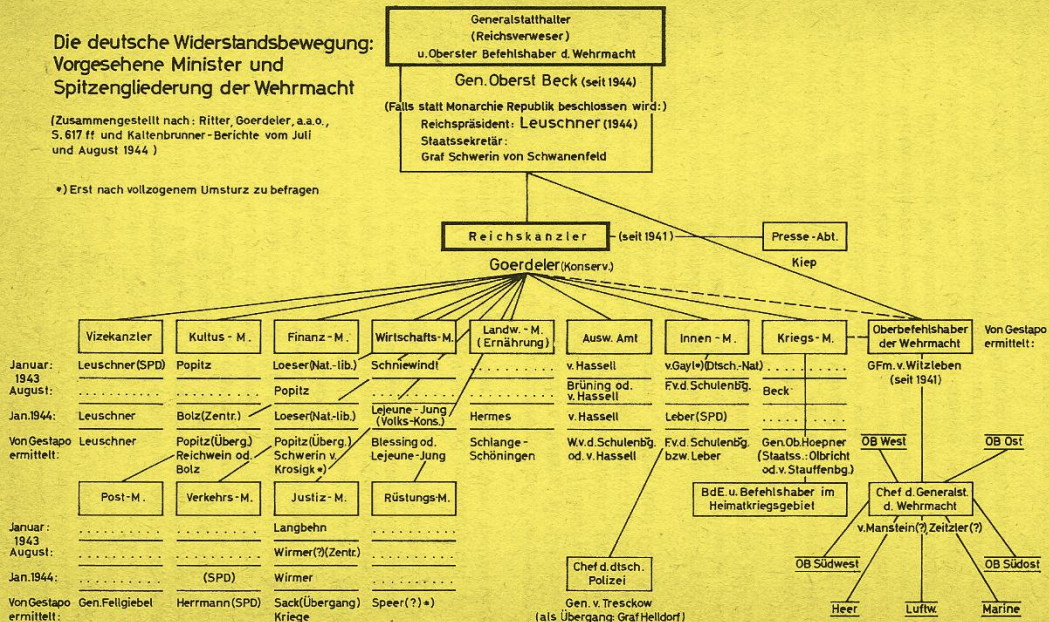
5. Die Arbeit muss so gestaltet werden, dass sie die persönliche Verantwortungsfreudigkeit fördert und nicht verkümmern lässt. Neben der Gestaltung der materiellen Arbeitsbedingungen und fortbildender Berufsschulung gehört dazu eine wirksame Mitverantwortung eines jeden an dem Betrieb und darüber hinaus an dem allgemeinen Wirtschaftszusammenhang, zu dem seine Arbeit beiträgt. Hierdurch soll er am Wachstum einer gesunden und dauerhaften Lebensordnung mitwirken, in der der Einzelne, seine Familie und die Gemeinschaften in ausgeglichenen Wirtschaftsräumen ihre organische Entfaltung finden können. Die Wirtschaftsführung muss diese Grunderfordernisse gewährleisten.

6. Die persönliche politische Verantwortung eines jeden erfordert

# Die deutsche Widerstandsbewegung: Vorgesehene Minister und Spitzengliederung der Wehrmacht

(Zusammestellt nach: Ritter, Goerdeler, a.a.o.,  
S. 617 ff und Kallenbrunner-Berichte vom Juli  
und August 1944 )

\*) Erst nach vollzogenem Umsturz zu befragen



seine mithestininimende Beteiligung an der neu zu belebenden Selbstverwaltung der kleinen und überschaubaren Gemeinschaften. In ihnen verwurzelt und bewährt, muss seine Mitbestimmung im Staat und in der Völkergemeinschaft durch selbstgewählte Vertreter gesichert und ihm so die lebendige Überzeugung der Mitverantwortung für das politische Gesamtgeschehen vermittelt werden.

7. Die besondere Verantwortung und Treue, die jeder Einzelne seinem nationalen Ursprung, seiner Sprache, der geistigen und geschichtlichen Überlieferung seines Volkes schuldet, muss geachtet und geschützt werden. Sie darf jedoch nicht zur politischen Machtzusammenballung, zur Herabwürdigung, Verfolgung oder Unterdrückung fremden Volkstums missbraucht werden. Die freie und friedliche Entfaltung nationaler Kultur ist mit der Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren. Der Friede erfordert die Schaffung einer die einzelnen Staaten umfassenden Ordnung. Sobald die freie Zustimmung aller beteiligten Völker gewährleistet ist, muss den Trägern dieser Ordnung das Recht zustehen, auch von jedem Einzelnen Gehorsam, Ehrfurcht, notfalls auch den Einsatz von Leben und Eigentum für die höchste politische Autorität der Völkergemeinschaft zu fordern . . .

(Aus: Theodor Steltzer: Von deutscher Politik, Frankfurt/M. 1949, S.156 f.)

## 7. Widerstand der studentischen Jugend

Wie stark der Widerstand auch in der deutschen studentischen Jugend war, dafür bietet das Leben und Sterben der Geschwister Hans und Sophie Scholl ein ergreifendes Zeugnis. Aus tiefster Gewissensnot und, um den Menschen ein Beispiel zu geben, schrieben und verbreiteten sie mit wenigen Freunden ihre «Flugblätter der Weissen Rose» während des Krieges. Unter dem Einsich der Katastrophe von Stalingrad warfen sie im Februar 1943 einen Ballen Flugblätter in den Lichthof der Münchener Universität. Dabei wurden sie entdeckt und verhaftet, zum Tode verurteilt und durch das Fallbeil hingerichtet. Die Flugblätter aber gingen von Hand zu Hand in Tausenden von Abschriften durch ganz Deutschland.

### *Aus einem Flugblatt der Weissen Rose*

.. . Wer hat die Toten gezählt, Hitler oder Goebbels – wohl keiner von beiden. Täglich fallen in Russland Tausende. Es ist die Zeit der Ernte, und der Schnitter fährt mit vollem Zug in die reife Saat. Die Trauer kehrt ein in die Hütten der Heimat, und niemand ist da, der die Tränen der Mütter trocknet, Hitler aber belügt die, deren teuerstes Gut er geraubt und in den sinnlosen Tod getrieben hat.



Jedes Wort, das aus Hitlers Munde kommt, ist Lüge. Wenn er Frieden sagt, meint er den Krieg, und wenn er in frevelhaftester Weise den Namen des Allmächtigen nennt, meint er die Macht des Bösen, den gefallenen Engel, den Satan. Sein Mund ist der stinkende Rachen der Hölle, und seine Macht ist im Grunde verworfen. Wohl muss man mit rationalen Mitteln den Kampf wider den nationalsozialistischen Terrorstaat führen; wer aber heute noch an der realen Existenz der dämonischen Mächte zweifelt, hat den metaphysischen Hintergrund dieses Krieges bei weitem nicht begriffen. Hinter dem Konkreten, hinter dem sinnlich Wahrnehmbaren, hinter allen sadischen logischen Überlegungen steht das Irrationale, d. i. der Kampf wider den Dämon, wider den Boten des Antichrist. Überall und zu allen Zeiten haben die Dämonen im Dunkeln gelauert auf die Stunde, da der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im Ordo eigenmächtig verlässt, da er dem Sich des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung loslöst und so, nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten und immer mehr getrieben wird mit rasend steigender Geschwindigkeit. – Überall und zu allen Zeiten der höchsten Not sind Menschen aufgestanden, Propheten, Heilige, die ihre Freiheit gewahrt hatten, die auf den einzigen Gott hinwiesen und mit seiner Hilfe das Volk zur Umkehr mahnten. Wohl ist der Mensch frei, aber er ist wehrlos wider das Böse ohne den wahren Gott, er ist wie ein Schiff ohne Ruder, dem Sturme preisgegeben, wie ein Säugling ohne Mutter, wie eine Wolke, die sich auflöst.

Gibt es, so frage ich dich, der du ein Christ bist, gibt es in diesem Ringen um die Erhaltung deiner höchsten Güter ein Zögern, ein Spiel mit Intrigen, ein Hinausschieben der Entscheidung in der Hoffnung, dass ein anderer die Waffen erhebt, um dich zu verteidigen? Hat dir nicht Gott selbst die Kraft und den Mut gegeben, zu kämpfen? Wir müssen das Böse dort angreifen, wo es am mächtigsten ist, und es ist am mächtigsten in der Macht Hitlers ...

(Inge Scholl, Die Weisse Rose, Frankfurt 1952, S. 100 ff.)

## PLÄNE UND VORBEREITENDE AKTIONEN

### 1. Aus der Denkschrift des Generalobersten Ludwig Beck vom 16.7.1938 gegen Hitlers Kriegspolitik

«Unter gewissenhafter Berücksichtigung und Prüfung aller mir seitdem bekanntgewordenen weiteren Unterlagen besteht für mich heute kein Zweifel mehr, dass ein gewaltsames militärisches Vorgehen Deutschlands gegen die Tschechoslowakei zu einem sofortigen militärischen Eingreifen Frankreichs und damit auch Englands gegen uns führen würde. Wer über die Haltung Frankreichs etwa noch im Zweifel war, den sollte im Übrigen der Passus der Rede des Ministerpräsidenten Daladier vom 12. Juli, abends, in Paris, belehrt haben. Er lautet nach dem «Temps» vom 14. Juli:

«La contribution française à l'œuvre de conciliation, qui s'imposait de part et d'autre a été d'autant plus active, d'autant plus sincère et constante, que nos engagements solennels avec la Tchécoslovaquie sont pour nous inéluctables et sacrés.»

Wir stehen also der Tatsache gegenüber, dass ein militärisches Vorgehen Deutschlands gegen die Tschechoslowakei automatisch zu einem europäischen oder einem Weltkrieg führen wird. Dass ein solcher nach menschlicher Voraussicht mit einer nicht nur militärischen, sondern auch allgemeinen Katastrophe für Deutschland endigen wird, bedarf von meiner Seite aus wohl keiner weiteren Ausführung mehr ...

1. Die Aussicht, in absehbarer Zeit die Tschechoslowakei durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, ohne sofort Frankreich und England auf den Plan zu rufen, besteht nicht. Die Aussicht, die Tschechoslowakei militärisch zu überfallen oder sie auch nur in einem geringen Bereitschaftsgrade zu treffen, ist heute noch weniger gegeben als vor anderthalb Monaten, und es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, dass diese Sachlage sich vorerst nicht ändern wird.

Die geforderten beschleunigt verwendbaren Teile des Heeres werden, da sie gleichzeitig mit dem Einflug der Luftwaffe die Grenzen überschreiten sollen, den Gegner nicht mehr überraschen, sondern in Abwehr bereit finden. Welche Aushilfen hier auch vom Oberkommando des Heeres versucht werden, die bei Heer und Luftwaffe auseinandergelassenen Interessen lassen sich auf solche Weise nicht auf einen Nenner bringen.

Es erscheint nach wie vor ausgeschlossen, in den ersten zwei bis drei Tagen eine Lage zu schaffen, die interventionslüsternen gegneri-

schen Staaten die Aussichtslosigkeit der tschechischen militärischen Lage vor Augen führt. Es muss vielmehr nochmals nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht werden, dass zwar die Tschechei der äussere Anlass zum Kriege für Frankreich-England sein wird, dass aber mit dem Augenblick, in dem diese beiden Mächte in den Krieg eintreten, es sich nicht mehr um Intervention im Interesse der Tschechei, sondern um einen Krieg auf Leben und Tod mit Deutschland handeln wird.

2. Es erscheint heute unsicherer als vor anderthalb Monaten, ob mit dem baldigen Eingreifen Ungarns gegen die Tschechoslowakei oder überhaupt mit einem Eingreifen zu rechnen ist. Das Eingreifen Polens gegen die Tschechoslowakei braucht ferner keineswegs in einem Deutschland unterstützenden Sinne zu erfolgen. Es kann sogar von der Tschechei durch freiwillige Konzessionen unter Vorbehalt späterer endgültiger Regelung herbeigeführt werden. Jedenfalls dürfte angebracht sein, Polen, selbst wenn es tschechisches Gebiet besetzt, nicht ohne Weiteres als sicheren Faktor in unserem Kräftespiel anzusehen. Auch bei Ungarn wäre eine ähnliche Haltung nicht unmöglich. '

3. Italien wird selbst bei Kriegserklärung gegen Frankreich nicht in der Lage sein, Frankreich von einem Eingreifen zugunsten der Tschechei abzubringen.

4. Eine ausreichende Rückendeckung im Westen ist selbst bei Erfüllung des vorgenommenen Ausbauprogramms nicht zu erreichen, weil zur Führung einer «Abwehrschlacht» ein gewisses Mindestmass an Kräften gehört, das nicht vorhanden ist. Untragbar ist es für das Heer angesichts der gekennzeichneten militär-politischen Lage, wenn bei Aufmarsch Süd-Ost mit dem Westaufmarsch zunächst noch gewartet wird. Schliesslich müsste das «Mindestmass der Luftwaffe an Verteidigungskräften im Westen» auf einer Höhe gehalten werden, die die Westfront des Heeres nicht einfach der französischen Luftüberlegenheit ausliefert.

5. Das Danziger Gebiet kann, wenn Deutschland in einen Mehrfrontenkrieg verwickelt wird, der polnischen Begehrlichkeit einen neuen Impuls geben. Man wird das etwaige Wegziehen von Kräften aus Ostpreussen auch unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen haben.

6. Die Wirkung des beabsichtigten Propagandakrieges dürfte gegen die Wucht der militärischen Tatsachen nicht aufkommen.»

Ursprünglich hatte Beck dem Schluss seiner Denkschrift folgende Fassung gegeben:

«Zurzeit sind die militärischen Voraussetzungen aussichtslos, und ich bin daher angesichts der gekennzeichneten militärischen Verantwortung vor Volk und Heer, die der Chef des Generalstabs des

Heeres zwar mit anderen teilt, die ihm aber in besonderem Masse obliegt, ausserstande, dem Herrn Oberbefehlshaber des Heeres der Berater zu sein, den er braucht, falls eine Sinnesänderung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht nicht zu erreichen ist.»

Beck hat aber offenbar diesen Schluss seiner Denkschrift noch nicht für wirkungsvoll genug angesehen, um den Oberbefehlshaber des Heeres zu dem unerlässlich notwendigen Kampfe anzufeuern. In seinem endgültigen Entwurf vom 16. Juli liess er daher die Drohung mit dem eigenen Rücktritt fort und erhob stattdessen scharfumrissene Forderungen zur hartnäckigen Durchführung des Kampfes gegen Hitlers Kriegspläne.

Der Schluss der Denkschrift erhielt folgende endgültige Fassung:

«Auf Grund meiner vorausgegangenen Darlegungen halte ich mich heute für verpflichtet – im Bewusstsein der Tragweite eines derartigen Schrittes, aber unter Berufung auf die mir nach meiner Dienstweisung für die Vorbereitung und Ausführung eines Krieges erwachsene Verantwortung – die dringende Bitte auszusprechen, den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht zu veranlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage so lange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen dafür grundlegend geändert haben. Zurzeit halte ich sie für aussichtslos, und diese meine Auffassung wird von allen mir unterstellten Oberquartiermeistern und Abteilungschefs des Generalstabes, soweit sie mit der Frage der Vorbereitung und Ausführung des Krieges gegen die Tschechoslowakei dienstlich befasst sind, geteilt.

Dringend erforderlich erscheint es mir ferner, in jedem Falle baldigst die Kommandierenden Generale über Geist, Stimmung und innere Festigkeit der Truppen im Hinblick auf die etwa zu erwartenden Ereignisse persönlich zu hören und mit ihnen in Fühlung zu bleiben. Der Ernst der möglicherweise zu erwartenden Entwicklung erfordert von nun ab in dieser Hinsicht eine dauernde enge Verbindung der obersten Stellen des Heeres untereinander, wenn das gegenseitige Vertrauensverhältnis erhalten bleiben soll.

Schliesslich müssen die Oberbefehlshaber und die Kommandierenden Generale in jedem Falle baldigst über die bevorstehenden Kriegsabsichten aufgeklärt, über die ihnen dabei zugeordneten Aufgaben noch einmal eingehend mündlich unterrichtet und die von ihnen beabsichtigte Durchführung mit ihnen besprochen werden. Dabei sind auch Einwände entgegenzunehmen.

Notwendig ist eine derartige Besprechung des Herrn Oberbefehlshabers des Heeres mit allen vorgenannten Herren auch deshalb, damit alle Fragen vor der vom Führer mit den Kommandierenden Generalen beabsichtigten Besprechung geklärt werden und diesem gegenüber eine klare einheitliche Auffassung vertreten werden kann.

Als letztes darf ich anregen, dass vom Oberbefehlshaber des Heeres auch eine einheitliche Auffassung über den gesamten Fragenkomplex mit den Oberbefehlshabern der anderen Wehrmachtteile herbeizuführen versucht wird.»

(Hans-Adolf Jacobsen: 1939-1945 [Göttingen 1956] S. 433ff.)

## 2. Hitlers eigene Worte

«Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht . . . Menschenrecht bricht Staatsrecht . . . Eine Diplomatie hat dafür zu sorgen, dass ein Volk nicht heroisch zugrunde geht, sondern praktisch erhalten wird. Jeder Weg, der hierzu führt, ist dann zweckmässig, und sein Nichtbegehen muss als pflichtvergessenes Verbrechen bezeichnet werden ..

(Adolf Hitler in: Mein Kampf)

Hitler äusserte kurz vor Kriegsausbruch zu seinen engsten politischen Mitarbeitern: «. .. Er selbst sei wie Friedrich der Grosse gewillt, alles auf eine Karte zu setzen und überall dort in vorderster Front zu kämpfen, wo es besonders heiss herginge. Der Krieg würde schwer, möglicherweise sogar aussichtslos; dann sei der Untergang in Ehren der Kapitulation vorzuziehen.» «Solange ich lebe, wird von Kapitulation nicht gesprochen. Wenn einer von Ihnen glaubt, dass ich nicht nur aus Liebe zu Deutschland handle, so gebe ich ihm das Recht, mich niederzuschossen . . .»

(Aus dem Tagebuch eines Abwehroffiziers vom 28.8.1939)

## 3. Friedensplan Goerdelers, zur Übermittlung an die britische Regierung bestimmt, vom 30. Mai 1941

Eine Gruppe deutscher Persönlichkeiten, der führende Männer aller Lebensgebiete angehören, ist bereit, die Verantwortung für die Bildung einer Regierung zu übernehmen, die zu gegebener Zeit die Bestätigung durch eine freie Willensäusserung des deutschen Volkes nachsuchen würde. Alle diesbezüglichen Schritte würden ausschliesslich innerdeutschen Charakter haben. Die massgebenden Persönlichkeiten wünschen indessen schon jetzt Klarheit darüber zu gewinnen, ob alsbald nach Einsetzung einer solchen, den Nationalsozialismus ablehnenden Regierung gemäss früheren Versicherungen der britischen Regierung Friedensverhandlungen aufgenommen werden können.

Folgende von der deutschen Gruppe verfolgten Friedensziele werden als Grundlage von Verhandlungen vorgeschlagen:

1. Wiederherstellung der vollen Souveränität der während des Krieges von den Kriegsparteien besetzten neutralen Länder.
2. Bestätigung der vor dem Kriege erfolgten Anschlüsse von Österreich, Sudetenland, Memelland an Deutschland.
3. Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1914 gegenüber Belgien, Frankreich, Polen.
4. Festsetzung der europäischen Ländergrenzen auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechts durch eine Friedenskonferenz sämtlicher Staaten.
5. Rückgabe der deutschen Kolonien oder gleichwertiger Kolonialgebiete unter gleichzeitiger Einrichtung eines internationalen Mandatarsystems für alle Kolonien.
6. Keine Kriegsentschädigungen, gemeinsamer Wiederaufbau.
7. Abbau der Zollgrenzen.
8. Einsetzung eines mit Vollmachten versehenen Weltwirtschaftsrates.
9. Internationale Kontrolle der Währungen.
10. Wiederaufnahme der Arbeiten des Internat. Arbeitsamtes.
11. Wiederherstellung des Rechtes, Bestrafung der Schuldigen.
12. Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.
13. Begründung einer regelmässigen Konferenz der europäischen Staaten und Zusammenschlüsse auf regionaler Basis.
14. Allgemeine Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen.
15. Internationale Kontrolle der Rüstungen und der Rüstungsindustrien.

(Gerhard Ritter: Carl Goerdeler, Stuttgart 1954, S. 569)

#### 4. Memorandum des Bischofs von Chichester vom Juni 1942 über ein Gespräch mit den Pastoren Schönfeld und D. Bonhoeffer

##### I.

Ende Mai 1942 kamen zwei deutsche Pastoren<sup>1</sup> von Berlin nach Stockholm, um dort den Bischof von Chichester zu treffen. Sie trafen unabhängig voneinander ein, und einer von ihnen blieb nur 48 Stunden<sup>2</sup>. Der Bischof sprach mit ihnen sowohl einzeln wie auch zusammen an vier verschiedenen Tagen. Beide Männer sind dem Bischof wohlbekannt und haben viele Jahre lang im Zusammenhang mit der ökumenischen Bewegung, dem Weltkirchenrat und in verschiedenen Stadien des deutschen Kirchenkampfes mit ihm zusammengearbeitet. Einer von ihnen lebt in der Schweiz, stattet Deutschland aber beständig Besuche ab. Der andere wohnt in Berlin und ist einer der Führer der Bekennenden Kirche; er hat von der Gestapo Rede- und Predigtverbot.

<sup>1</sup> Dr. Schönfeld und Dr. Dietrich Bonhoeffer. – <sup>2</sup> D. Bonhoeffer.

Ihre Absicht war:

**A.** Auskunft über eine starke, organisierte Widerstandsbewegung innerhalb Deutschlands zu geben, welche Pläne zur Vernichtung des ganzen Hitlerregimes (einschliesslich Himmlers, Görings, Goebbels' und der Hauptführer der Gestapo, der SS und der SA) und zur Errichtung einer neuen Regierung aufgestellt hat, bestehend aus:

1. Vertretern stark anti-nationalsozialistischer Kräfte in der Armee und der zentralen Staatsverwaltung.
2. Ehemaligen Gewerkschaftsführern.
3. Vertretern der protestantischen und katholischen Kirche.

Sie verpflichten sich zu folgender Politik:

**a)** Verzicht auf Angriff.

**b)** Unverzügliche Aufhebung der Nürnberger Gesetze und Zusammenarbeit zur internationalen Lösung des jüdischen Problems.

**c)** Allmählicher Rückzug der deutschen Streitkräfte aus besetzten und überfallenen Ländern.

**d)** Zurückziehung der Unterstützung für Japan und Unterstützung der Alliierten, um den Krieg im Fernen Osten zu beenden.

**e)** Zusammenarbeit mit den Alliierten, um die zerstörten oder vom Krieg beschädigten Gebiete wieder aufzubauen.

**B.** Zu fragen, ob die Alliierten unter der Voraussetzung, dass das ganze Hitlerregime vernichtet worden ist, bereit sein würden, mit einer solchen neuen deutschen Regierung über eine Friedensregelung zu verhandeln, die folgendes vorsehen würde:

1. Die Errichtung eines Systems von Gesetz und sozialer Gerechtigkeit in Deutschland, verbunden mit einer weitgehenden Aufgabenverteilung an die einzelnen Länder.
2. Die Schaffung gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Nationen Europas, was sowohl in sich selbst gerechtfertigt wie gleichzeitig die wirksamste Garantie gegen Militarismus wäre.
3. Die Errichtung einer repräsentativen Föderation freier Nationen oder Staaten, die eine freie polnische und eine freie tschechische Nation einschliessen.
4. Die Errichtung einer europäischen Armee zur Kontrolle Europas, unter zentraler Leitung, an der die deutsche Armee teilnehmen könnte.

## II. Gepräge der Opposition

Die Opposition war schon seit einiger Zeit in der Entwicklung begriffen und bestand bereits vor dem Kriege. Der Krieg gibt ihr nun eine Gelegenheit, die nur darauf wartet, ergriffen zu werden. Die Opposition kristallisierte sich im Herbst 1941 und hätte im

Dezember 1941 eine Gelegenheit ergreifen können, als viele Offiziere sich weigerten, in Russland weiterzukämpfen. Aber niemand übernahm die Führung. Hitlers letzte Rede, in der er ganz offen den Anspruch erhob, über allem Gesetz zu stehen, zeigte dem deutschen Volk immer deutlicher die völlige Gesetzlosigkeit des Regimes. Die Opposition setzt volles Vertrauen in die Stärke der deutschen Armee und ist bereit, den Krieg bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen, falls die Alliierten sich weigern sollten, mit der neuen Regierung eines von Hitler befreiten Deutschland zu unterhandeln, nach dem Umsturz des gesamten Hitlerregimes; aber sie glaubt auch, dass die Fortsetzung des Krieges in dem augenblicklichen oder noch grösserem Massstab unter derartigen Umständen noch weitere Millionen zur Vernichtung verurteilen würde, besonders in den besetzten Ländern. Sie glaubt auch, dass ein Kampf bis zur Entscheidung für Europa selbstmörderisch wäre. Daraus entspringt ihr Wunsch, zuerst Hitler und sein Regime zu vernichten und dann eine Friedensregelung zu erreichen, bei der alle Nationen Europas wirtschaftlich untereinander abhängig werden sollen, bei der sie durch den Besitz von ausreichenden europäischen Militärstreitkräften gegen eine Aggression verteidigt und auf irgendeine Art verbündet werden sollen. Obwohl die Opposition im Hinblick auf Russland einige Bedenken hegt, hofft sie doch (auf Grund von Eindrücken, die einige der höheren russischen Offiziere auf deutsche Offiziere gemacht haben) auf die Möglichkeit, zu einem Übereinkommen zu gelangen.

### III. Organisation der Opposition

Die Opposition ist gegründet auf Glieder der Staatsverwaltung, der Staatspolizei, auf frühere Gewerkschaftsführer und hohe Offiziere der Armee. Sie hat Verbindungen in jedem Ministerium, Militärbeamte in allen grösseren Städten, befehlshabende Generäle oder andere, die hohe Ämter in Schlüsselstellungen in der nächsten Umgebung der Generäle innehaben. Sie hat bewaffnete Verbindungsmänner in den Rundfunksendern, in den grossen Fabriken, in den Hauptstellen der Heeresbelieferung und der Gasversorgung. Es ist unmöglich, die Zahlen der Opposition anzugeben. Die Hauptsache ist, dass überall Schlüsselstellungen in den Händen von Mitgliedern der Opposition sind, und dass in Deutschland Schlüsselstellungen von grösster /Wichtigkeit sind.

Folgende Namen von Männern wurden angegeben, die eng mit der Widerstandsbewegung verbunden sein sollen:

Generaloberst Beck

Leiter des Generalstabs vor der tschechoslowakischen Krise 1938, 60 Jahre alt.



Generaloberst v. Hammerstein Goerdeler	Leiter des Generalstabs vor Beck. Ex-Preis-Kommissar, Oberbürger- meister von Leipzig, Leiter der Zivilen Front.
Leuschner	Ehemaliger Präsident der Ver- einigten Gewerkschaft.
Kaiser	Leiter der Katholischen Gewerk- schaft.

Alle oben Genannten sollen überzeugte Christen sein, die wichtigsten von ihnen sind Beck und Goerdeler.

Gewisse andere Personen von weniger ausgesprochen christlichem Charakter wären verfügbar, wie zum Beispiel Schacht. Die meisten der Feldmarschälle sind vertrauenswürdig, besonders von Kluge, von Bock, Kuchler und möglicherweise Witzleben. Es wurde gefragt, ob England eine Monarchie in Deutschland befürworten würde, in welchem Fall Prinz Louis Ferdinand in Betracht käme. Es wurde aber nicht gesagt, ob er Mitglied der Opposition sei oder nicht. Er war von Hitler nach dem Heldentod des ältesten Sohnes des Kronprinzen aus den Vereinigten Staaten geholt worden. Er hatte als Arbeiter in den Fordwerken gearbeitet, und er lebt jetzt auf einem Gut in Ostpreussen. Er ist ein Christ, zeigt aufrichtige soziale Interessen und ist einem der beiden deutschen Pastoren bekannt. Die Leiter der protestantischen und katholischen Kirchen stehen auch in enger Beziehung zu der ganzen Widerstandsbewegung, besonders Bischof Wurm aus Württemberg (protestantisch) und Bischof von Preysing aus Berlin, der als Wortführer der katholischen Bischöfe wirkt. (Gleichzeitig sollte noch erwähnt werden, dass viele Glieder der Opposition nicht nur mit tiefer Reue über die Verbrechen erfüllt sind, die in Deutschlands Namen begangen werden, sondern sogar sagen: «Christen wollen keiner Busse und keinem Chaos ausweichen, wenn Gottes Wille sie auf mich lädt.»)

#### **IV. Handlungsweise der Opposition**

Die Opposition weiss um die drohende Auflehnung gegen Hitler innerhalb der Nazi-Partei durch Himmler und seine Genossen; aber während ein erfolgreicher Staatsstreich Himmlers der Opposition von Nutzen sein könnte, ist doch die völlige Vernichtung Hitlers und Himmlers und des gesamten Regimes unerlässlich. Der Plan der Opposition besteht in einer Säuberungsaktion, die in der Heimat und in den besetzten Ländern so gleichzeitig wie nur möglich ausgeführt werden müsste. Danach würde eine neue Regierung aufgestellt werden. Die Opposition ist sich der Notwendigkeit einer wirksamen Polizeikontrolle überall in Deutschland und in den besetzten und überfallenen Ländern bewusst, um die neue Regierung

zu sichern; und es scheint, als ob die Hilfe der alliierten Armee als Helfer zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig und willkommen sein würde, um so mehr, wenn es möglich wäre, mit der alliierten Armee die Armee einer neutralen Macht zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu verbinden.

## V. Anfragen der Opposition an die Regierungen der Alliierten

Nachdem nun die Handlungsweise und die Pläne der Opposition dargelegt sind, ergibt sich die Frage, welche Unterstützung ihren Führern gegeben werden kann, um das Verfahren in Gang zu bringen und allen damit verbundenen Gefahren zu begegnen. Als Beispiele für eine Förderung werden Anfragen wie folgt gestellt:

1. Würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit einer neuen deutschen Regierung, die nach den Richtlinien I, A zusammengestellt ist, auf Treu und Glauben (*bona fide*) für einen Frieden zu verhandeln, wie er in Abschnitt I, B beschrieben ist?

(Die Antwort darauf könnte einem Vertreter der Opposition privat durch ein neutrales Land zugestellt werden.)

2. Könnten die Alliierten jetzt der Welt öffentlich und mit den deutlichsten Worten bekanntgeben, dass, falls Hitler und das ganze Regime gestürzt wären, sie bereit sein würden, mit einer neuen deutschen Regierung im Hinblick auf eine Friedensregelung von der Art wie in Abschnitt I, B beschrieben, zu verhandeln, welche sich von jeglicher Aggression lossagte und zu einer Handlungsweise verpflichtete, wie sie in Abschnitt I, A beschrieben ist?

## VI. Verbindungswege

Es wurden Abmachungen getroffen, durch die jede Reaktion einflussreicher britischer Stellen, von der der Bischof von Chichester erfahren sollte, durch einen neutralen Weg mitgeteilt werden könnte. Der britische Gesandte in Stockholm wurde ebenfalls über den Inhalt der Gespräche voll unterrichtet. Auf seinen Rat hin liess der Bischof von Chichester die beiden deutschen Pastoren wissen, dass notwendigerweise nicht nur die amerikanischen und russischen und anderen alliierten Regierungen davon ebenfalls betroffen sein würden, sondern dass das Foreign Office auch der Ansicht sein könnte, dass die Lage viel zu ungewiss sei, um irgendeinen Meinungsaustausch zu rechtfertigen. Wenn es jedoch andererseits für wünschenswert gehalten würde, weitere Aufklärung zu erhalten, könnte in Stockholm ein vertrauliches Treffen zwischen einem deutschen Vertreter und einem Vertreter des Foreign Office oder irgendeiner anderen geeigneten Person zustande gebracht werden.

(Dietrich Bonhoeffer: Gesammelte Schriften. Hrsg. von Eberhard Bethge, München 1958 ff., Bd. I, S. 488 ff.)

## 5. Brief Anthony Edens vom 17. 7. 1942 an den Bischof von Chichester

Persönlich und privat

Foreign-Office, S.W. 1  
17th July. 1942

Lieber Herr Bischof!

Als Sie mich am 30. Juni besuchten, waren Sie so freundlich, mir eine Denkschrift über Ihre Unterhaltungen mit zwei deutschen Pastoren zu überlassen, die Sie Ende Mai in Stockholm getroffen hatten, zusammen mit der Wiedergabe einer Darlegung von einem der Pastoren.

Diese interessanten Dokumente sind nun aufs Genaueste durchgeprüft worden. Ohne die ehrliche Überzeugung Ihrer Berichterstatter im Geringsten zu beanstanden, habe ich keinerlei Zweifel, dass es dem Interesse unserer Nation zuwiderliefe, ihnen irgendwelche Antwort zukommen zu lassen. Ich weiss wohl, dass diese Entscheidung Sie etwas enttäuschen wird, aber angesichts der heiklen und damit verbundenen Umstände kann ich nicht anders als Sie zu bitten, diese hinzunehmen, was Sie sicher verstehen werden.

Ihr ergebener Anthony Eden

(Dietrich Bonhoeffer: a. a. O.)

## 6. Der misslungene Befreiungsversuch vom 13.3.1943

Bis 1942 war Tresckow nicht untätig geblieben. Auf der einen Seite hatte er seine Bemühungen verdoppelt, seinen Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschail v. Kluge, für den Gedanken der Beseitigung Adolf Hitlers reif zu machen. Kluge als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe sollte sich – so war der Grundgedanke – von Anfang an auf die Seite des Staatsstreiches stellen. Dadurch hätte er auf alle schwankenden Befehlshaber an der Front und auf das Ersatzheer einen gewaltigen Druck ausgeübt. Gleichzeitig sollte er mit der immer wieder vom Generalstab geforderten, aber von Hitler verweigerten Rücknahme der Ostfront in eine kürzere und darum besser zu verteidigende rückwärtige Stellung beginnen, ein Unternehmen, dem sich alle anderen Heeresgruppen zwangsläufig hätten anschliessen müssen.

Ausserdem war Tresckow bemüht, auch die sachliche Voraussetzung für die von ihm geplante Initialzündung zu schaffen. Diese sachliche Voraussetzungen bestand in Folgendem: Hitler musste veranlasst werden, sein Hauptquartier in Ostpreussen zu verlassen und den Stab der Heeresgruppe Mitte zu besuchen, der damals in einem Waldlager unmittelbar westlich Smolensk untergebracht war. Tresckow wollte Hitler auf ein ihm fremdes und uns vertrautes

Parkett bringen, um vor allem dadurch die Atmosphäre zu schaffen, die der Initialzündung günstig war. Bei seinen Bemühungen kam Tresckow seine langjährige Bekanntschaft mit dem Chefadjutanten Hitlers, General Schmudt, zustatten. Schmudt war ein überzeugter Anhänger Hitlers, aber er war nicht klug genug, um zu durchschauen, dass Tresckows Bitte, er möge Hitler veranlassen, Kluge in seinem Hauptquartier zu besuchen, nur ein militärischer Vorwand war, um eine politische Tat allergrösster Tragweite in Gang zu setzen. So kam es, dass Hitler für die ersten Tage des Monats März 1943 Generalfeldmarschall von Kluge seinen Besuch in Smolensk in Aussicht stellte.

Vorerst blieb es bei der Ankündigung. Hitler machte es, wie so oft in solchen Fällen. Er kündigte seinen Besuch an, um ihn kurz vor dem verabredeten Zeitpunkt wieder abzusagen. So war es mehrere Male hin und her gegangen, bis Hitler am 13. März 1943 mit dem Flugzeug in Smolensk eintraf. Wäre Kluge damals bereit gewesen, seiner richtigen Erkenntnis folgend zu handeln, so wäre im März 1943 der Tyrann beseitigt worden. Im Einverständnis mit Kluge wäre die Beseitigung Hitlers nicht allzu schwierig gewesen. Hatte doch die Heeresgruppe ein Kavallerieregiment aufgestellt, dessen Kommandeur, Freiherr v. Boeselager, zu den unseren zählte. Das Offizierskorps war entsprechend ausgewählt, so dass Boeselager, der militärische Umsicht mit tollkühnem Draufgängertum in sich vereinigte, hätte handeln können. Aber Kluge hatte wohl die Erkenntnis, nicht aber den Willen. Mit einem Wort: Er schwankte. Immer wieder wandte er ein, weder die Welt noch der deutsche Soldat würden in diesem Zeitpunkt eine solche Tat verstehen. Man müsse warten, bis die Ereignisse die Beseitigung Hitlers von selbst nahelegten. Es war also nicht möglich, von Anfang an den Befehlsapparat der Heeresgruppe für das geplante Attentat einzusetzen.

Deshalb entschloss sich Tresckow, nicht mehr zu fackeln, sondern selbst Hand anzulegen. Wir hofften, dass nach vollzogenem Attentat Kluge sich nicht mehr weigern, sondern – vor vollendete Tatsachen gestellt – seiner im Grunde richtigen Erkenntnis Folge geben werde. Um ihm und dem gesamten militärischen Befehlsstab ihr Handeln zu erleichtern, fasste Tresckow folgenden Plan: Er wollte Hitler nicht erschiessen, sondern ihn mittels einer in sein Flugzeug geschmuggelten Bombe während des Fluges beseitigen, um dadurch das Odium des Attentats zu vermeiden und ein Flugzeugunglück vorzutäuschen ...

Nachdem wir unsere Versuche mit Erfolg abgeschlossen hatten, betrieben wir nun die unmittelbaren Vorbereitungen selbst. Hierfür hatte Tresckow folgenden Plan: Wir nahmen, um der Wirkung ganz sicher zu sein, nicht einen, sondern zwei Sprengkörper, machten aus ihnen ein Paket, das seiner Form nach zwei angeblichen Kognak-

flaschen glich. Dabei mussten wir das Paket so anfertigen, dass es möglich war, ohne die Verpackung zu zerstören, mit der Hand den Zünder zu bedienen. Das so vorbereitete Paket nahm ich am 13. März 1943 zu mir und verschloss es in einer nur mir zugänglichen Kiste. Währenddessen fuhren Kluge und Tresckow zum Flugplatz Smolensk und holten Hitler ab . . .

Während des Essens sprach Tresckow einen der Begleiter Hitlers an und fragte ihn, ob er bereit sei, ein kleines aus zwei Flaschen Kognak bestehendes Paketchen, das an General Stieff im Oberkommando des Heeres adressiert sei, auf dem Rückwege zum Hauptquartier mitzunehmen. Der Begleiter Hitlers bejahte. Am frühen Vormittag rief ich verabredungsgemäss den mir von Oster bestimmten Mitarbeiter, Hauptmann Gehre, in Berlin an und gab ihm das Stichwort, das die unmittelbar bevorstehende Initialzündung enthielt. Dieser Weg war vereinbart worden. Er lief über Gehre zu Dohnanyi und von diesem zu Oster. Beider Aufgabe war es, die für den zweiten Schritt unmittelbar notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Nach dem Mittagessen in Smolensk begab sich Hitler, von Kluge und Tresckow begleitet, zum Flugplatz zurück. Etwa zur gleichen Zeit nahm ich die Sprengbombe und brachte sie ebenfalls zum Flugplatz. Hier wartete ich, bis Hitler die Offiziere der Heeresgruppe Mitte verabschiedet hatte und im Begriff war, sein Flugzeug zu besteigen. In diesem Augenblick betätigte ich die Zündung und gab das Paket auf einen Wink Tresckows an Oberst Brandt. Auch dieser stieg in das gleiche Flugzeug wie Hitler. Kurz darauf startete das Flugzeug Hitlers und das Flugzeug seiner weiteren Umgebung in Begleitung mehrerer Jäger in Richtung Ostpreussen. Wir fuhren in unser Quartier zurück. Von dort rief ich erneut Gehre in Berlin an und gab ihm das weitere Stichwort, das Dohnanyi und Oster über die Ingangsetzung der Initialzündung in Kenntnis setzte.

Es war uns bekannt, dass das Flugzeug Hitlers eine besondere Sicherung besass. Es bestand aus mehreren abgeschlossenen Kabinen. Der Platz Hitlers war gepanzert und besass eine Vorrichtung, mit deren Hilfe ein unmittelbarer Fallschirmabsprung möglich war. Nach unserer Auffassung musste die Sprengladung genügen, um das ganze Flugzeug zu zerreißen. Sollte das wider Erwarten nicht geschehen, so musste auf jeden Fall ein so wesentliches Stück des Flugzeuges durch Explosion her<sup>u</sup>sgerissen werden, dass es abstürzte.

Nach den Zeitberechnungen erwarteten wir den Absturz des Flugzeuges, kurz bevor es Minsk erreichen würde, und wir nahmen an, dass einer der Begleitjäger den Absturz seiner Luftwaffendienststelle melden werde. Stattdessen geschah nichts.

Nach mehr als zwei Stunden traf die Nachricht ein. Hitler sei auf dem Flugplatz Rastenburg glatt gelandet und habe sein Haupt-

quartier erreicht. Damit stand fest, dass das geplante Attentat missglückt war.

Wir wussten nicht, worauf dieses Misslingen zurückzuführen war. Erneut rief ich Gehre an und gab ihm das Stichwort über das Misslingen des Attentats. Dann berieten Tresckow und ich, was zu tun sei. Wir befanden uns in einer grossen Erregung. War es schon schlimm genug, dass das Attentat selbst missglückt war, so musste durch die Entdeckung der Bombe unsere Entlarvung die Folge sein.

Nach reiflicher Überlegung entschloss sich Tresckow, Oberst Brandt anzurufen. Er bat ihn, das Paket nicht an General Stieff auszuhändigen, sondern es bis zum nächsten Tag aufzubewahren, da eine Verwechslung unterlaufen sei. Aus der Antwort ersahen wir, dass die als Kognakpaket getarnte Bombe noch nicht entdeckt war. Die Weitergabe an General Stieff mussten wir auch deswegen verhindern, weil dieser damals noch nicht Mitglied des Komplotts war.

Unter einem militärischen Vorwand flog ich am folgenden Tag in dem üblichen Kurierflugzeug zum Hauptquartier, suchte dort Oberst Brandt in der Operationsabteilung auf und tauschte das Paket mit der Sprengbombe gegen ein anderes Paket aus, das nun wirklich zwei Flaschen Kognak für General Stieff enthielt ...

(F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Fischer Bücherei, Frankfurt 1959, S. 45 u. 92 ff.)

## **7. Geheime Denkschrift Goerdelers vom 26. 3. 1943, für die Generalität bestimmt, über die Notwendigkeit eines Staatsstreiches**

### **1. Lage und Möglichkeiten**

Major Niemann, seit Februar 1918 Oberquartiermeister der Heeresgruppe Albrecht von Württemberg, richtete am 20. Juli 1918 eine Denkschrift an General Ludendorff, deren Inhalt ein würdiger Beweis für das Vertrauen ist, das die Generalstabsoffiziere im ersten Weltkrieg ihrem Chef entgegenbrachten. In der Denkschrift heisst es:

«Der Soldat muss an den Sieg glauben, und eine oberste Heeresleitung, die den Glauben und Willen nicht hätte, die Widerstandskraft des Feindes mit Waffengewalt zu brechen, würde ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein.

Der Politiker, der die Waffenerfolge in ihrer Wirkung für das zukünftige Weltbild auszuwerten hat, sieht die militärischen Erfolge unter einem andern Gesichtswinkel. Das, was dem Heerführer zum Selbstzweck wird, ist für ihn das Mittel zur Verwirklichung seines politischen Programms. Lassen sich die Waffenerfolge so steigern, dass die Hilfskräfte des Feindes erschöpft werden können, dann ist die Aufgabe des Politikers verhältnismässig einfach. Er braucht sein Konzept nur in die Reinschrift zu übertragen.

Anders und komplizierter wird die Aufgabe, wenn die Waffengewalt zur radikalen Beseitigung des feindlichen Willens nicht ausreicht. Der Waffenerfolg kann dann nicht mehr als politisches Zwangsmittel, sondern nur noch als Druckmittel gewertet werden.

Politik und Kriegführung müssen Wirklichkeitssinn genug besitzen, in kühler Erwägung festzustellen, ob die Politik auf das Zwangsmittel oder auf das Druckmittel einzustellen ist. Ist bei uns diese Auseinandersetzung zwischen Politik und Kriegführung erfolgt? Ich weiss es nicht. Mir scheint aber, dass sie nicht mit der nötigen Klarheit erfolgte. Jeder von uns, der das Wort von dem Niederrücken des Gegners mit Skeptizismus betrachtete, wurde als Schwächling gebrandmarkt. Der Unterschied zwischen militärischer Siegeszuversicht und politischer Wirkungsmöglichkeit wollte nicht in die Köpfe hinein.

Ich glaube an die Überlegenheit unserer Waffen wie an ein Evangelium, ich glaube aber nicht, dass wir mit Waffengewalt zum Diktieren eines Friedens kommen werden. Unsere militärische Kraft kulminiert, sie lässt sich nicht mehr steigern, weder zu Lande noch zu Wasser. Dauert der Krieg weiter, dann müssen wir den absteigenden Ast der Kurve betreten. Die intellektuelle und moralische Überlegenheit der Führung kann auf die Dauer die schwindenden Volkskräfte und den steigenden Rohstoffmangel nicht ersetzen.

Wer wie ich zu dieser Überzeugung gekommen ist, der wird eine andere Orientierung unserer auswärtigen Politik für notwendig halten. Das Schlagwort vom ‚Durchhalten bis zum siegreichen Ende‘ ist doch eben nur ein Schlagwort, ein euphemistischer Ausdruck für das freiwillige ‚ehrenvolle Sterben‘, das nur dem deutschen Idealismus verständlich ist. Wir müssen unsere militärischen Kräfte als Druckmittel ausnutzen, solange wir die militärische Überlegenheit noch besitzen. Treten wir im Zeichen des Abstiegs an den Verhandlungstisch, dann spielen wir ohne Atouts. Das Druckmittel wird dann von Tag zu Tag wirkungsloser.»

Oberst Bauer, ein entschiedener Vertreter rücksichtsloser Kriegführung, stimmte diesen Gedanken durchaus zu und bemerkte überdies: «Wir müssen wieder wahrheitsgetreu werden ..., das Streben, es den andern an Propaganda gleichzutun, hat uns zur Unwahrheit geführt, die unseren inneren Wesen widerspricht und infolgedessen ungeschickt und unwirksam war ... Eine wirksame Propaganda . . . ist nur erreichbar, wenn wir die Wahrheit sagen, die Öffentlichkeit rechtzeitig orientieren und so Volk und Presse tatsächlich an den Geschehnissen teilnehmen lassen . . . Auch im Ausland macht schliesslich Wahrheit und Offenheit den grössten Eindruck . . .»

General Ludendorff trat diesen Meinungen bei. Er schreibt (Meine Kriegserinnerungen, S. 547) über den 8. August 1918: «Das Kriegführen nahm damit, wie ich mich damals ausdrückte, den Charakter

eines unverantwortlichen Hasardspiels an, das ich immer für verderblich gehalten habe. Das Schicksal des deutschen Volkes war mir für ein Glücksspiel zu hoch. Der Krieg war zu beendigen.» Hierzu war es aber bereits politisch zu spät.

Für die gegenwärtige Betrachtung ist es nicht von wesentlicher Bedeutung, dass dieser Krieg vermeidbar war, dass die entscheidenden deutschen Lebensnotwendigkeiten ohne ihn hätten sichergestellt werden können. Aber wissen muss man, dass Hitler seit Mai 1938 den Krieg wollte, und dass alle seine gegenteiligen Behauptungen unrichtig sind. Auf Wunsch steht der schlüssige Beweis für diese Feststellungen in Dokumenten und Zeugen zur Verfügung.

Ebenso ist für diese Betrachtung nicht entscheidend, dass der Krieg so, wie er politisch angelegt und geführt ist, nie zu gewinnen war, wie gewaltig und erfolgreich auch die Leistungen unserer Wehrmacht sein mochten. Auf Wunsch steht der Beweis auch hierfür zur Verfügung. Als wichtig ist hier nur zu erwähnen, dass man einen Weltkrieg nicht mit einer unfähigen militärischen Oberleitung und nicht mit einer abenteuerlichen politischen Führung gewinnen kann. Entscheidend ist die Tatsache, dass jetzt die deutschen Kräfte auf allen Gebieten sich dem Zustand des Verbrauchseins nähern, dass wir uns in der absteigenden Linie befinden, während der Kräfteinsatz der Gegner noch einer erheblichen Steigerung fähig ist.

Im Inneren sind die Grundlagen von Recht, Anstand, Sittlichkeit und Ehrliche, der Sinn für Menschlichkeit und Verantwortungsbewusstsein zerstört. Diese Tatsache wird nicht dadurch gemildert, dass es noch gerechte Urteile, noch anständige Menschen, noch sittlich hochstehende Persönlichkeiten, noch freiheits- und ehrliebende Deutsche gibt. Entscheidend ist, dass jene für die Gemeinschaft unentbehrlichen Bindungen und Werte nicht mehr vom Staate geachtet, sondern von seinen Organen und Gerichten sowie von hohen Parteifunktionären täglich auf das gröblichste und dem Volke erkennbar verletzt werden. Entscheidend ist, dass die Staatsführung diesen Zustand selbst herbeigeführt hat und bewusst aufrechterhält. So wird durch sie unser Vaterland nicht nur wirtschaftlich, sondern sittlich allmählich bolschewisiert. Der russische Bolschewismus, den ich schroff ablehne und der heute in seinen Leistungen weit überschätzt wird, wird von ihr nur als Popanz zur Rechtfertigung verlustreicher Kriegsführung und zur Aufpulverung des deutschen Spiessers benutzt nach der Devise: haltet den Dieb!

Den stärksten Ausdruck findet die Erschütterung der sittlichen Grundlagen des Staatslebens in der immer weiter um sich greifenden Korruption. Sie wird immer schamloser von hohen und höchsten Würdenträgern der Partei, insbesondere von Göring, betrieben. Sie dient einer im Kriege besonders verwerflichen, geradezu unerhörten Selbstbereicherung. Sie bedeckt, auch in den besetzten Gebieten be-



gangen, den deutschen Namen mit Schande. Auch dies ist dem deutschen Volke weithin bekannt; ebenso, dass Hitler diese Korruption duldet. Seine Beteiligung am Eherverlag, der zwangsweise andere Unternehmungen sich einverleibt oder tot macht, ist nach deutschem Beamtenrecht vollkommen unmöglich. Beweise für unzählige Korruptionsfälle und für die sonst von hohen Würdenträgern begangenen Verbrechen aller Art stehen jederzeit zur Verfügung.

Die allgemeine Wehrpflicht ist in Zeiten tiefster Erniedrigung des deutschen Volkes durch kühne und mutige, besonnene und sittlich hochstehende Männer geschaffen. Mehr als ein Jahrhundert lang ist sie in diesem Geist erhalten. Trotzdem hat nicht verhindert werden können, dass sich in steigendem Masse Auseinandersetzungen zwischen militärischen Führern und Trägern politischer Verantwortung entwickelt haben. Aber alle diese Auseinandersetzungen haben den sittlichen Gehalt dieser Wehrpflicht nicht gefährden können, weil sie sich auf einer Grundlage vollzogen, die allen Beteiligten selbstverständlich und gemeinschaftlich war, nämlich der Grundlage gleichen Ehr- und Anstandsgefühls. In diesem Kriege sehen sich die militärischen Führer zum ersten Male vor einen Konflikt mit einer politischen Führung gestellt, die diese überkommenen Grundlagen von Ehre und Anstand zum alten Eisen geworfen hat. Aber sie sind kein altes Eisen, sondern enthalten gerade diejenige lebendige Kraft, die jede Gemeinschaft zu ihrem Bestände nötig braucht; insbesondere eine Gemeinschaft, die höchste Opfer verlangt. Das Volk fühlt von Woche zu Woche klarer, dass die höchste Pflicht des Mannes, für das Vaterland das Leben einzusetzen, zu selbstsüchtigen oder unsinnigen Zielen missbraucht wird. Auch in vielen Soldaten lebt diese Erkenntnis. Der Soldat aber braucht die Einheit zwischen sittlicher Forderung und gegebenem Opfer. Duldet man Spannungen in diesem Punkt, so muss sich das schwer rächen. Auch das Volk erkennt immer mehr, dass es notwendig ist, dies tragische Verhängnis abzuwehren.

## 2.

Die von Anfang an verhängnisvolle, ja sinnlose Doppelherrschaft von Staat und Partei hat die vorhersehbare Wirkung gehabt. Verantwortungsbewusstsein und Entschlusskraft sind gelähmt, Entscheidungen werden hin und her geschoben; einander widersprechende Entscheidungen lähmen die Verwaltung. Die Gauleiter erkennen die Autorität der Minister und der Reichsregierung nur insoweit an, als es ihnen passt; da Hitler auf diese Gauleiter angewiesen zu sein glaubt, lässt er ihnen zu solchem anarchischen Tun freie Hand. Ein Zerrbild geordneten Staatswesens ist in der Entwicklung. Gerade die anständigen Mitglieder der Partei, die an verantwortlichen Stellen wirken, bezeichnen bereits diesen Zustand als den Beginn der Anarchie; richtiger betrachtet, handelt es sich um Agonie.

### 3.

Hitler ist kein Feldherr; es wäre auch erstmalig in der Geschichte der Völker, dass ein Mann die Führung einer Millionenmacht meistern könnte, ohne in harter Schule sich bestimmte Grundelemente zu eigen gemacht zu haben, deren Erlernung selbst einem Moltke notwendig war. Feldherrntum ist Hitler lediglich zum höheren Ruhm der Partei durch Propaganda angedichtet worden. Wäre er ein Mann, so hätte er es von sich gewiesen und denjenigen zuerkannt, denen diese Bezeichnung gebührt. Sie aber hat er abgefunden, wie es ihm passte, hier mit Beförderungen, dort mit vorschnellen Entlassungen, ja mit Bestrafungen. Er hat sich nie gescheut, ihnen die Verantwortung für das Unglück von Moskau (Winter 1941/42) zuzuschieben und verbreiten zu lassen, dass es nur seinem persönlichen Eingreifen auf dem Schlachtfeld (er habe Generalen die Schulterstücke abgerissen, er habe Verwundeten die Pelze der Offiziere gegeben und sie verbunden!!) gelungen sei, die Katastrophe zu wenden. Jüngst hat er den Reichspressechef Dietrich auf das verletzende beschimpft, weil er nicht verhindert habe, dass es in der Presse so dargestellt sei, als ob die Südararmee unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls v. Manstein Charkow wiedererobert habe; der Rückzug in Russland sei vollkommen verfehlt gewesen. Wenn er (Hitler) nicht da gewesen wäre, wäre er noch viel schlimmer verlaufen! Er habe Charkow wiedererobert, nicht Herr v. Manstein. – Auf Hitlers Veranlassung ist im Dezember 1942 ein Werk zu Geschenkzwecken erschienen «Glückhafte Strategie». In ihm wird Hitler als der bedeutendste der bedeutenden Feldherren der Weltgeschichte dargestellt! Das Buch steht auf Wunsch zur Verfügung.

Durch die verschiedensten Massnahmen (besondere SS-Waffen- und Feldluftdivisionen, Bestimmungen über den Ersatz im Offizierskorps, über Eheschliessungen von Offizieren, Eingriffe, in die unerlässliche Selbständigkeit der Truppenführung und in die genial aufgebaute, auf Erziehung höchster Verantwortung gerichtete Einrichtung des Generalstabs, Erschwerung christlicher Stärkung des Soldaten usw.) hat er es unternommen, mitten im Kriege die Wehrmacht und ihren erfolgreichen Einsatz anzunagen.

### 4.

In der Ernährung werden wir nunmehr in kürzester Frist ebenfalls eine dauernd abfallende Linie betreten. Göring hat, um sich wieder beliebt zu machen, im Herbst 1942 wahrheitswidrig die Ernährungslage zu günstig geschildert. Die damals erfolgte Erhöhung von Rationen war unverantwortlich, wir werden sie mit um so schärferen Herabsetzungen zu bezahlen haben.

Irgendwelche Brotgetreidereserven sind nicht mehr vorhanden.

Aus der Ukraine lassen sich bei den Transportverhältnissen und angesichts des schlechten Saatenstandes nur kleine Mengen herausbringen. Balkan und Frankreich sind erschöpft. Staatssekretär Backe hat Mitte März vorgeschlagen, das Abschichten des ganzen Geflügels in Deutschland anzuordnen, um die Brotrationen zu sichern.

Die jetzige Fleischration wird aufrechterhalten durch Abschichten von Milchkühen. Je länger man sich scheut, die Lüge einzugestehen, je schlimmer muss diese Massnahme auf die künftige Milch- und Fettversorgung wirken.

In der Fettversorgung lebten wir von der Hoffnung, dass es gelinge, 50'000 Tonnen Ölsaaten aus der Ukraine oder durch Blockadebrecher hereinzubringen. Also auch hier ein Hasardspiel.

## 5.

Minister Speer, der noch im Kriege jetzt so dringend benötigte Wohnungen abgerissen hat, der ein tüchtiger Architekt sein mag, dem aber doch jede Sachkunde für sein jetziges Amt fehlt, hat bei Amtsantritt Anfang 1942 Steigerung der Rüstung um 50% versprochen. Er hat nicht verfehlt, die Verantwortung hierfür auf Industrielle abzuladen, die ihm voreilig diese Möglichkeit zugesagt haben. Um sich selbst aus der Gefahr herauszubringen, wegen nicht erfüllten Versprechens belangt zu werden, halten Speer und diese Industriellen vielfach auch heute noch an diesen Schätzungen fest. Dass sie aber unrichtig sind, ist nicht schwer nachzuweisen:

a) die Zahl der eingesetzten gelernten und ungelerten deutschen Arbeiter geht ständig wegen ihrer Einziehung zur Wehrmacht zurück;

b) die Zahl der ausländischen Arbeiter steigt zwar, ihre Leistungen sind aber sehr unterschiedlich, ausserdem sind sie eine wachsende politische Gefahr;

c) bestimmte Rohstoffe (Gummi, Kupfer, Nickel u.a.) werden immer knapper; insbesondere gilt dies für die Kohle, die unter immer ungünstigeren Verhältnissen abgebaut wird. Mit der Kohle sinken Strom, Gas, Aluminium; selbst Zellulosefabriken müssen allmählich stillgelegt werden, weil die Holzvorräte erschöpft sind und die Transportlage namentlich in der Ostsee Heranschaffung von Holz aus dem Norden erschwert;

d) die Zerstörung durch englische Luftangriffe nimmt einen immer grösseren Umfang an. Bisheriger Schaden etwa 20-30 Mrd. RM. Bekannt ist, dass die Essener Krupp-Betriebe zu rund 60%, vielleicht mehr, zerstört sind. 40'000 Häuser sind unbrauchbar, 45% der Einwohner ihres Heims beraubt, und dies in zwei Angriffen von insgesamt 70 Minuten Dauer. Ich empfehle dringend, Generalstabs-offiziere in Zivil immer wieder in die Zerstörungsgebiete des Westens zu entsenden; das nimmt nur kurze Zeit in Anspruch, gibt aber

allein klaren Einblick in die ungeheure Bedeutung, die diese Zerstörungen materiell und seelisch anrichten.

e) Die seelische Schwungkraft lässt immer mehr nach. Das ist schon deshalb nicht anders möglich, weil die Grundlage für die Entwicklung seelischer Kräfte ge- oder zerstört ist (vgl. Ziffer I). Die Wirkung dieser Tatsache wird durch die Wirkung der Luftangriffe erhöht; schon die vielen Alarmierungen tun das ihre. Aus Heim und Haushalt wird über Nacht zersetzendes, kollektivistisches Barackenleben. Für verlorenen Hausrat gibt es keinen oder kümmerlichen Ersatz: einen Löffel, ein Hemd usw. Die Bevölkerung sieht die Arbeit von Jahrhunderten und unersetzliche Kulturwerte der plötzlichen Vernichtung preisgegeben. Der Soldat kämpft zum Schutze einer Heimat, die sich immer mehr mit Trümmern bedeckt. Frauen und Kinder, für die er im Felde steht, sind fernab gleichen Gefahren ausgesetzt wie er.

Die seit Jahren im Gang befindliche Schliessung von Geschäften tut das ihre. Sie ist in Anlage und Durchführung übereilt. Es werden Menschen frei gemacht, die infolge Alters usw. unbrauchbar sind. Verwertbare Menschen werden in Fabriken geschickt, wo Rohstoffe und Maschinen für sie fehlen. Es hat den Anschein, als ob man auch noch diese Seite des totalen Krieges spielen will. Das ist um so unverantwortlicher, als mit diesen Massnahmen eine breite Schicht des Mittelstandes vernichtet wird. Dieser Mittelstand ist aber das Wertvollste, was ein Volk im Laufe der Jahrzehnte bildet. Er ist das natürliche Reservoir für die Führungsschicht, die sich aus ihm in noch längeren Zeiträumen entwickelt. Die Schliessung erfolgt vielfach nach Willkür. Alle Juweliere wissen heute, dass bestimmte, Herrn Göring nahestehende Juweliergeschäfte in Berlin ihre Werkstätten weiter in Betrieb halten können. Alle diese Tatsachen sind längst dem deutschen Volk bekannt. Der Anblick der geschlossenen Läden tut das seine. Nur wenn man die Stimmung absichtlich nach unten treiben will, kann man so verfahren.

Die Folge aller dieser Tatsachen kann nur sein, dass die Rüstungserzeugung im Ganzen dauernd zurückgeht. Mag die Panzererzeugung steigen, dann fällt die Erzeugung von Geschützen oder von Flugzeugen oder von Munition. Nimmt man dazu den Verlust an schweren und mittleren Waffen, an Fahrzeugen, der im Winter 1942/43 an der Ostfront dank der «genialen» obersten Führung entstanden ist, so kommt man zu dem harten logischen Schluss, dass dieser Verlust nicht mehr wettzumachen, geschweige denn eine Verbesserung unserer Bewaffnung zu erreichen ist.

Diese wird auch dadurch nicht verbessert, dass Hitler krampfhaft Erhöhungen der Produktion bald bei den Panzern, bald für U-Boote oder Flugzeuge, demnächst wohl für die Flak befiehlt. Jeder Sachkundige, der einen solchen Befehl entgegennimmt, weiss bei seiner

Entgegennahme, dass jeder Einzelne nicht oder erst nach Ablauf von vielen Monaten vielleicht erfüllbar ist, dass sie aber miteinander nicht nur nicht durchführbar sind, sondern dass dies Miteinander ein Durcheinander nach unten ergibt. Dies Durcheinander muss eintreten, wenn die obersten Stellen durch den Wahnsinn der obersten Führung sich gehindert glauben, schon beim Empfang solcher Befehle die Unausführbarkeit geltend zu machen. Dies geschieht nicht. Es ist zweifellos ein ungeheurerlicher Zustand, dass als unausführbar oder schädlich erkannte Befehle nach unten ungefiltert weitergegeben werden, bis sie schliesslich ganz unten ihre Unausführbarkeit erweisen, nachdem sie in allen Zwischenstellen Verwirrung angerichtet, Kräfte und Zeit überflüssigerweise beansprucht haben.

Eine Reserve allerdings haben wir noch in der Mechanik der Rüstungsproduktion: weiter fortzuentwickelnde Rationalisierung. Aber sie hat zur Voraussetzung beste Sachkunde der von oben kommenden Dispositionen und höchsten Leistungswillen von unten.

Selbstverständlich machen auch die Gegner schwere Fehler; aber vier Tatsachen sind auf ihrer Seite vorhanden:

1. eine grössere Menschenreserve,
2. eine, insbesondere nach dem Hinzutritt Südamerikas hinreichende Rohstoffreserve,
3. eine genügende Fähigkeit, sich der U-Boot-Gefahr zu erwehren und die Abwehr zu verbessern,
4. eine geradezu ungeheuer überlegene politische Führung.

Man muss England kennen, um den grossen Unterschied in englischer und deutscher Staatsführung objektiv zu begreifen. Wir haben einige Male solche Vollendung politischer Führung gehabt: beim Grossen Kurfürsten, bei Friedrich dem Grossen, bei Bismarck. Im Übrigen sind wir Deutschen zu sehr darauf aus, unsere soldatische Überlegenheit ausschliesslich ins Feld zu führen, wir lassen den Kopf nicht genug arbeiten, ausser im rein Militärischen. England aber führt seine Kriege mit dem Kopf. Es schont und spart Menschenleben, es geizt nicht mit der Zeit, es gewinnt dank seiner vorzüglichen Nerven, durch geschickte Mobilisierung und Ausnutzung aller Kräfte in der Welt schliesslich so viel Kraft, dass es auch gefährlicher Situationen Herr wird. Wir sehen diese Politik jetzt wieder am Werke, wenn wir die Vorsicht bei der Behandlung Russlands betrachten. Prestigeverluste sind England gleichgültig, solange sie den Krieg nicht entscheidend beeinflussen. Hitler aber lebt vom Prestige und wird daher dauernd zu unsachlichen, zum Teil wahnwitzigen Massnahmen verleitet.

## 6.

Im Westen und Süden Deutschlands steigt die Abneigung gegen Preussen. Das ist zwar höchst unsachlich, aber in der historischen Ent-

wicklung begründet. Ich bekenne mich als Preusse und betrachte es als eine Ehre, dass in schweren Zeiten die Verantwortung Preussens auch besonders schwer gewogen wird. Österreich hat in allen Schichten seines Volkes dem Deutschen Reich innerlich die Gefolgschaft aufgesagt. Das war bei den seit 1938 angewandten Methoden klar voraussehbar. Mit Worten ist diese Abkehr nicht mehr zu ändern.

## 7.

Unsere Verbündeten nähern sich dem Ende ihrer Kraft und sind am Ende ihres Kriegswillens. Sie glauben nicht mehr an einen Sieg Deutschlands. Voraussichtlich werden die ersten, die offen ausscheiden, Italien und Finnland sein. Die Linie der italienischen Politik weicht immer erkennbarer von der Hitlers ab. Italienische Truppen werden aus dem Osten, italienische Arbeiter aus Deutschland zurückgezogen. Seit November hat Mussolini Hitler nicht im Zweifel darüber gelassen, dass Italien sich an neuen Offensivhandlungen nicht beteiligen könne und dass der Verlust von Tunesien eine neue politische Lage schaffen werde. Es ist offenbar das Ziel seiner Politik, sich für diesen Zeitpunkt freie Hand zu sichern. Auch aus verschiedenen Verlautbarungen der «Agencia Stefani» geht klar hervor, dass Mussolini beginnt, wieder selbständige Politik zu machen. Diese ganze Haltung Mussolinis beweist letztlich, dass er keine Notwendigkeit mehr sieht, militärische Massnahmen Hitlers gegenüber Italien zu fürchten.

Finnland hat vorsichtige Fühlungen mit Russland aufgenommen. Es hat eine Koalitionsregierung einschliesslich der dort sehr starken, aber sehr gemässigten Sozialdemokratischen Partei gebildet, nicht, um sich stark für die Fortsetzung des Krieges zu madien, sondern um die Verantwortung für den unvermeidlichen Friedensschluss allen politischen Kräften aufzuerlegen. Die Lage Finnlands ist so ernst, die gesamte Weltlage so eindeutig, dass irgendwelche Zukunftsversprechungen Hitlers an dem grundsätzlichen Entschluss nichts mehr ändern können. Es wird nur dann an unserer Seite verbleiben, wenn Russland ihm die staatliche Selbständigkeit verweigert.

Japan hat im Herbst 1942 vergeblich versucht, zwischen Hitler und Stalin zu vermitteln. Als dies misslang, hat es sich mit Russland so weit verständigt, dass Russland einen Teil seiner Fernostarmee nach Europa hat werfen können. Japan ist nicht in der Lage, in China, am Malaienarchipel, in Hinterindien und gleichzeitig gegen Russland zu kämpfen. Es wird also nur den Krieg im Rahmen seines engsten Interesses führen. Es durchschaut die europäische Lage vollkommen klar; also wird es jetzt, nach dem russischen Wintererfolg, nicht etwas tun, wozu es vor diesem Erfolg sich nicht stark genug fühlte. Japanische Politiker denken durchaus an die Möglichkeit, sich mit England zu verständigen; sie wissen, dass England ein Gegengewicht

gegen Russland braucht, und sind durchaus bereit, ein solches darzustellen. Es fragt sich nur, ob England zu irgendwelchen, wenn auch billigen Konzessionen gegenüber Japan bereit ist.

Ungarn sieht seine Zukunft nach wie vor in Anlehnung an Italien. Früher fürchtete es den deutschen Druck, jetzt fürchtet es die Folgen seiner Vergrößerungspolitik gegenüber sämtlichen Nachbarn.

Bulgarien ist entschlossen, nicht in den Krieg einzutreten, und sich hierüber auch mit der Türkei einig. Das bulgarische Volk würde seinen König absetzen, falls er den Kampf gegen Russland verlangt. Die Armee ist schlecht bewaffnet. Auch ist wichtig, zu wissen, dass schon vor diesem Kriege in Bulgarien und Jugoslawien einsichtsvolle Politiker eine Union zwischen den beiden Ländern befürworteten. Diese Pläne sind wieder aufgenommen, und die dynastischen Schwierigkeiten sind in den Hintergrund getreten.

Die Türkei hat sich mit den Angelsachsen verständigt; dazu bedarf es keines schriftlichen Vertrages. Wie ich seit Jahren betont habe, ist der Hass gegen Italien die nationale Leidenschaft der Türken. Ihr Ziel ist die Wiedergewinnung des ihnen von Italien 1919 abgenommenen Dodekanes. Hieraus hat sich von vornherein auch in diesem Krieg ihre Haltung ergeben.

Schweden vertritt auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet immer stärker sein Interesse. Es gibt uns keine Kredite mehr, es macht Schwierigkeiten bei Durchtransporten, liefert desertierte deutsche Soldaten nicht aus usw. Alles Dinge, die es sich noch vor zwei Jahren nicht gestattet hätte.

In der Schweiz ist die gleiche Entwicklung vollkommen einwandfrei festzustellen.

Wir sehen also, dass sich hinter den kriegerischen Ereignissen bereits eine neue politische Orientierung vollzieht. Es fehlen nur noch einige Rückschläge auf der Seite Hitlers, und der dünne Nebel, der über diesem politischen Vorgang liegt, zerreisst zum Schrecken des deutschen Volkes, das sich dann vollkommen isoliert sehen wird. Die Welt hat ganz einfach das getan, was jeder verantwortungsbewusste Staatsführer tun muss: sie hat die Folgerungen aus der Lage Deutschlands gezogen. Alle Staaten ausserhalb Deutschlands wenden sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen von der Hitlerischen Politik ab und dem Kraftmagnet der angelsächsischen zu.

Es liegt auf der Hand, dass das Ausscheiden auch nur eines kleinen Bundesgenossen auf Stimmung und Leistung im Volke und an der Front weiter leistungsmindernd wirken muss. Verhängnisvoll erinnert diese Entwicklung an die seit Frühsommer 1918 sich vollziehende. Viel zu spät haben damals die verantwortlichen Stellen in Deutschland einer ähnlichen Entwicklung Rechnung getragen. Es wäre sehr bequem, sich damit zu trösten, dass im vorigen Weltkrieg die Kriegskraft Deutschlands von innen heraus mehr oder minder

planmässig zerstört worden sei, weil die Staatsführung nicht energisch genug destruktiven Tendenzen entgegengetreten sei. Was auf diesem Gebiete damals versäumt sein mag, wurde aufgewogen durch die sachlich richtige, tiefe Überzeugung des Volkes, dass der Krieg unvermeidbar war, und durch die ebenso berechtigte Gewissheit, dass alle führenden Männer sittlich unangreifbar waren. Dieser Glaube, diese Überzeugung und diese Gewissheit sind heute nicht nur nicht vorhanden, sondern sie können gar nicht vorhanden sein. Daraus und aus der Vernichtung von Recht und Anstand ergibt sich ein erschreckender Mangel an seelischer Schwungkraft; er ist um so verhängnisvoller, als er, durch Terror und unwahrhafte Propaganda verhüllt, sich plötzlich in aller Furchtbarkeit enthüllen wird, wenn diese Mittel gegenüber der Gewalt der offenbaren Tatsachen versagen. Ja, wenn sich zu der sittlichen Lauterkeit der deutschen Führung im ersten Weltkriege heute eine etwas härtere Faust gesellen würde als damals, dann liesse sich über die Vermeidung von 1918 sprechen; aber die Umkehrung des Verhältnisses, die harte Faust ohne Sittlichkeit, die wird sich als noch viel unglückseliger erweisen als die Mischung von 1917/18.

Keine Beschönigung, kein Einlullen unseres Gewissens enthebt eine verantwortungsbewusste Führung, rechtzeitig die Folgerungen zu ziehen, die allein das heranrückende Unheil abwenden können. 1918 lehrt uns, was rechtzeitig ist. Wenn man nach gewissenhafter Prüfung zu der Überzeugung kommt, dass man den Krieg nicht mehr gewinnen und eine günstigere Situation für Verhandlungen nicht mehr herbeiführen kann, dann muss man an die Stelle des militärischen Tuns das politische setzen, und wenn die vorhandene Staatsführung sich die Wege dazu verbaut hat, dann muss sie selbstverständlich weichen, wie das noch immer in der Geschichte jedes Volkes der Fall gewesen ist, insbesondere aber dann, wenn diese Staatsführung sich selbst so in den Vordergrund gestellt und so sehr die Verantwortlichkeit aller anderen ausgeschaltet hat. Sieht eine solche Staatsführung nicht ihre selbstverständliche Pflicht, das eigene Geschick für nichts, das des Volkes für alles zu achten, so muss ihr das beigebracht werden.

## 8.

Mit den bisher angewandten Mitteln und in dem bisher geübten Verfahren kann überhaupt kein Krieg gewonnen werden. In diesem Krieg hat sich falsche oberste Führung bereits so tiefgehend ausgewirkt, dass es nicht mehr möglich ist, mit militärischen Mitteln den Kriegswillen der Gegner zu brechen und so zu einem guten Ende zu kommen. Aber durch Zusammenwirken anständiger und verständiger politischer und militärischer Führung ist die Lage noch zu retten.



Im Herbst 1917/18 hatten einsichtige Generalstabsoffiziere und Politiker klare Erkenntnisse gewonnen. Es ist ein Verhängnis gewesen, dass Ludendorff erst im September 1918 unerschütterliche Klarheit gewann und bis dahin, wie die Urkunden beweisen, zwischen den verschiedenen Möglichkeiten militärischer Erfolgserzielung doch eben geschwankt hat; dies in Verbindung mit einer ebenfalls unschlüssigen und schwankenden politischen Führung hat dann mit Naturnotwendigkeit den Zusammenbruch herbeigeführt. Wir dürfen jetzt nicht den gleichen verhängnisvollen Fehler begehen und uns nicht durch die neuerlich sachkundig erzielte Konsolidierung der Ostfront das Gesamtbild vorübergehend verzerren lassen. Wir dürfen nicht zum zweiten Male unser ganzes Geschick dem ungewissen U-Boot-Krieg anvertrauen; er kann an den hier festgestellten Tatsachen nichts Entscheidendes ändern.

1918 war der Entschluss, rechtzeitig die Folgerungen aus der Unmöglichkeit des Sieges zu ziehen, schwer. Denn es war ungewiss, wie die Kriegsgegner sich zu weiteren Verständigungsversuchen verhalten würden. Auch sah Ludendorff sich keinem klaren und entschlossenen Politiker gegenüber. So kam es nicht zu dem notwendigen Zusammengehen zwischen militärischer und politischer Führung, die allein ermöglicht hätte, die Gunst des Augenblicks zu erreichbaren Zielen rechtzeitig zu nützen.

Heute muss der Entschluss zu richtigem Handeln ebenso leicht sein, wie er damals schwer war. Abhängig ist er von der Herstellung sachverständiger, verantwortungsbewusster politischer und militärischer Führung. Hieran ist nichts abzudingen, so hart diese Erkenntnis sein mag. Dafür ist aber klar erkennbar, wie die entscheidenden Teile unserer Gegner, nämlich die Angelsachsen, auf eine solche Wendung in Deutschland reagieren würden, ja müssen. Es wäre auch beschämend, wenn sich in der Generation mit den seit 1914 gewonnenen Erfahrungen nicht auch genügend energische und geschulte politische Köpfe fänden. Sie sind in genügender Zahl in Deutschland vorhanden, allerdings zurzeit nicht an offiziellen Stellen.

Es wäre daher für Männer, die jene bitteren Erfahrungen, jene verschiedenartigen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland seit 1914 handelnd miterlebt haben, trostlos, wenn zum zweiten Male der rechte Entschluss zur rechten Zeit versäumt würde. Wer es immer versäumt, wird es mit voller Verantwortung vor dem Volke und vor der Geschichte zu bezahlen haben. Das Schicksal der Intelligenz steht auf dem Spiele; sie hat in jedem Volke die organische Aufgabe, das Volk recht zu führen. Versagt sie, so ist sie unrettbar geliefert.

Welche Ziele sind denn noch durch richtiges Handeln erreichbar?

a) Der Bestand des Reichs in den Grenzen von 1914, vermehrt um Österreich und Sudetenland. Vielleicht wird es notwendig sein, sich mit den Franzosen auf die Sprachgrenze zu verständigen, wie sie etwa 1918 oder 1938 feststellbar ist. Durch eine solche Verständigung würde erstmalig der alte Kampfbegriff Elsass-Lothringen eliminiert werden. Das mag dem Nichtpolitiker oberflächlich erscheinen. Für eine Politik aber, die auch europäisch denken und sich daher darüber klar sein muss, dass rechtzeitige Schonung von Empfindlichkeiten Früchte bringt, sind solche Erwägungen von wesentlicher Bedeutung.

b) Auch die führende Stellung Deutschlands auf dem Kontinent kann noch erarbeitet werden.

c) Erreichbar ist sogar noch die Wiedergewinnung Südtirols. Wir wissen, dass die Entente 1919 nicht sehr freudig dieses Gebiet an Italien gegeben hat. Sie wird es heute mit Vergnügen an Deutschland zurückfallen lassen, wenn wir selbst fähig sind, es zu besetzen. Der Raub dieses Gebietes durch Italien war eine solche bevölkerungspolitische Infamie, dass wir uns nicht zu scheuen brauchen, diesen Raub wiedergutzumachen. Ich mache überdies darauf aufmerksam, dass die Wiedergewinnung Südtirols das beste Mittel wäre, um Österreich im Reichsverbande aus freien Stücken zu halten.

d) Dagegen ist der Zeitpunkt, Kolonien jetzt zu erwerben, verpasst. Das wäre wohl vor einem Jahr noch möglich gewesen. Ich habe rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht. Heute stehen wir vor der Frage, ob wir es noch verantworten können, an der Kolonialfrage einen im Augenblick noch möglichen, eben skizzierten Frieden scheitern zu lassen. Unsere Stellung ist überdies dadurch ungeheuer erschwert, dass in den besetzten Gebieten und den Juden gegenüber Methoden der Menschenbeseitigung und der Glaubensverfolgung angewendet worden sind, die niemand vor der Öffentlichkeit gutheissen kann, die öffentlich niemand verantworten wird und die dauernd als schwere Belastung auf unserer Geschichte ruhen werden. Man kann sie ebensowenig wegwischen wie die Blutspuren auf dem Schlüssel zu Blaubarts Kammer. Dagegen ist noch zu erreichen, dass man sich darauf einigt, nach einem gewissen Zeitraum im Rahmen der ostasiatischen Bereinigung und eines grösseren Weltabkommens auch über die Beteiligung Deutschlands an Verwaltung und Besitz von Kolonien sich zu verständigen. Wir müssen einmal lernen, harten Tatsachen politisch ebenso Rechnung zu tragen, wie auch der Soldat gewohnt ist, solchen Tatsachen bei der Kriegführung nicht aus dem Wege gehen zu können. Kühnheit ohne Tatsachensinn ist leichtfertig. Allmählich lässt sich bei energischer und geschickter Zielverfolgung koloniale Betätigung Deutschlands erreichen.

## 10. Weswegen sind diese Ziele noch erreichbar?

a) England und USA haben dasselbe Lebensinteresse wie Deutschland, dass Europa so bald wie möglich zur Ruhe kommt, um ihnen die überquellenden Rohstoffe und Nahrungsmittel abtauschen zu können. Ohne die Wiederingangsetzung dieses Tauschverkehrs sind die angelsächsischen Weltreiche verloren. Andere Menschen, die in gleicher Weise kaufkräftig sind wie die 350 Millionen Europäer, gibt es auf dieser Welt nicht. England und Amerika sind wie Deutschland mit Schulden schwer belastet; sie hindern diese beiden Weltreiche, die nach dem Kriege auch bei ihnen anwachsenden Arbeitslosen mit öffentlicher Unterstützung zu befriedigen. Produktive\* Arbeit ist erforderlich. Wenn also ihre Erzeugnisse keine Abnahme finden, so sind schwere soziale und politische Revolutionen eherne Folge. Um den europäischen Markt wird England sich bald nach dem Kriege mit USA streiten. Diese Interessengegensätze sind jetzt schon erkennbar. Naiv wäre es, an die Möglichkeit zu glauben, dass man sie während des Kampfes ausnützen kann.

Ein solches geordnetes, friedlich arbeitendes Europa ist aber nur zu haben, wenn sein Zentrum Deutschland befriedet und befriedigt ist.

b) Die beiden angelsächsischen Weltreiche haben wie Deutschland ein Lebensinteresse daran, dass der Bolschewismus nicht weiter nach Westen vordringt. Nur Deutschland kann den Bolschewismus aufhalten. Wenn Deutschland durch Kriegsverlust und ungünstigen Frieden geschwächt wird, dann findet der Bolschewismus leichteren, vielleicht allzu leichten Weg nach dem Westen.

c) England hat ein Lebensinteresse daran, dass kein starkes Russland aus diesem Kriege hervorgeht, denn dieses Russland kann als einzige Macht England auch ohne Flotte in Indien, in den Meerengen von Konstantinopel, also in Vorderasien und im Fernen Osten empfindlich treffen. Russland hat seit September 1942 sich diese Möglichkeit durch Verständigung mit Japan offengehalten. Russland kann, wenn Deutschland den Krieg verliert, sein Verhältnis zu Japan bis zum Bündnis gestalten. Es würde damit den Angelsachsen die Niederwerfung Japans unmöglich machen.

Der Gegensatz England-Russland ist in Casablanca erneut offenbar geworden. Es wäre kindlich, davon zu träumen, dass sich beide Mächte während des Krieges trennen werden. Dazu haben sie zu nüchterne und kluge politische Führungen. Aber ebenso töricht wäre es, die innere Notwendigkeit ihrer Gegensätze auch nur einen Augenblick zu übersehen. Sie sind auch bei den Versuchen der Finnen, mit Russland zu einem günstigen Abkommen zu gelangen, in die Erscheinung getreten. Stalin hat die Finnen wissen lassen, dass sie als Vorbedingung für jeden Waffenstillstand Petsamo und Hangö ab-

treten müssten. Für England und Schweden sind schon diese Stärkungen Russlands gefährlich. Aus ihrem politischen Rat an die Finnen ergibt sich deren auffälliges Kurtreten.

Auch die Vorsicht, die England im Errichten einer zweiten Front walten lässt, ist nicht nur ein Beweis für die menschen sparende militärisch schwerfällige Politik Englands, sondern auch dafür, dass England gar keine Veranlassung sieht, Russland den Kampf zu sehr zu erleichtern. Selbst die Luftangriffe auf Deutschland sind trotz ihrer zunehmenden und weitreichenden Wirkung doch so dosiert, dass man klar den englischen Wunsch erkennt, Deutschland nicht zu zerschlagen, es aber genügend deutlich aufzufordern, nun auch das Seinige zu tun, um rechtzeitig die Voraussetzungen zu schaffen, mit denen die Vorherrschaft eines bolschewistischen Russlands gemeinsam abgewendet werden kann.

Wir stehen aber auch hier in der letzten Phase der Ausnutzbarkeit dieser Interessenlage. Gerade jetzt wird in Washington darüber verhandelt, dass Russland als Preis für eine angelsächsische Offensive auf Europa seine Kriegsziele begrenzt. Ist diese Einigung erfolgt, verengen sich unsere politischen Möglichkeiten.

Ein klareres Spiel der gegnerischen Politik kann man wirklich nicht verlangen. Es wäre kindisch, sich eigensinnig auf den Standpunkt zu stellen, es sei ja schliesslich Sache Englands, dies alles zu verhindern. Das heisst die Notwendigkeit verkennen, die für England besteht, wie sie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts für Preussen-Deutschland bestand, ein unberechenbares, zum Wahnsinn gesteigertes System – damals das napoleonische – aus dem politischen Leben der Völker zu entfernen.

Die Durchführbarkeit der aufgeführten politischen Ziele habe ich auf meinen Vorkriegsreisen in England und USA festgestellt. Sie kann jederzeit durch Fühlungnahme mit den Angelsachsen erwiesen werden. Ich rate aber von einer vorherigen Fühlungnahme ab, weil sie nur als moralische Schwäche gedeutet würde. Es liegen auch so genügend Anhaltspunkte für die Erreichbarkeit dieser Ziele vor.

Der Verwirklichung der oben genannten Ziele steht heute keine gleich starke Rücksicht auf Frankreich gegenüber, wie sie 1918/19 die Engländer und Amerikaner bedrückte. Das Versagen Frankreichs hat in England sehr peinlich gewirkt; die Engländer sehen sehr klar, dass Frankreich kein Damm mehr auf dem Festlande sein kann, dass sie nunmehr entschlossen sein müssen, ein neues Gleichgewicht zu erstreben, das da etwa lautet: Europa mit deutscher Stärke gegen Russland.

An dieser Gestaltung sind nicht nur unsere jetzigen Verbündeten, sondern auch die Neutralen, eigenartigerweise auch Polen und Tschechen, lebensnotwendig interessiert. Sobald die politische Führung Deutschlands wieder zu denjenigen unerlässlichen Grund-

elementen menschlichen Zusammenlebens zurückkehrt, die bisher auch von einem starken Deutschland anerkannt wurden (Menschlichkeit, Ritterlichkeit, Recht, Anstand), werden wir sehen, wie schnell sich einem solchen Deutschland nicht die allgemeinen Sympathien, wohl aber die Wucht gemeinsamer Lebensinteressen zuwenden. Denn selbst Polen und Tschechen sind in ihrem Bestände davon abhängig, dass Deutschland genügend Widerstandskraft gegenüber Russland behält.

Ich kann in sichere Aussicht stellen, dass ein Deutschland, das sich ausser einer ehrenhaften, sachkundigen militärischen Führung wieder eine – einfach gesprochen – anständige politische Führung gibt, binnen 48 Stunden den Luftkrieg beendet sehen kann. Die nächsten Schritte können dann einer Entspannung mit den Westmächten gewidmet sein, die es ermöglicht, alle Kriegskräfte des deutschen Volkes auf den Osten zu konzentrieren.

## 11.

Damit komme ich zu den Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, um diese unsern Bestand und unsere Zukunft sicherstellenden Ziele zu erreichen:

a) Unsere Wehrmacht darf noch nicht (vgl. Denkschrift Niemann) unfähig erscheinen, weiter Krieg zu führen; der Sieg darf dem Gegner noch nicht in der Nähe winken. Insbesondere muss die deutsche Wehrmacht fähig bleiben, die Ostfront nicht weiter westlich als die alte Ostgrenze Polens zu halten. Dies ist wichtig, weil wir dann sowohl den Polen wie den Angelsachsen gegenüber den Schlüssel für das Geschick Polens in den Händen halten.

b) Unser Rüstungspotential darf nicht weiter durch Zerstörungen und durch Unsachlichkeit vermindert werden.

c) Deutschland braucht eine anständige, sachkundige Führung.

d) In den besetzten Gebieten ist ein rein militärisches Regime einzurichten, das nach anerkanntem Völkerrecht auf den Grundlagen des Anstandes die Ordnung aufrechterhält.

e) Gleichzeitig ist zu klären, dass Deutschland entschlossen ist, die politische Selbständigkeit dieser Gebiete schrittweise wiederherzustellen, sowie es die Entspannung der politischen Lage gestattet. Die Entspannung wird beschleunigt, wenn es möglich ist, den Gebieten je nach ihrer Verfassung ordnungsmässige selbständige Regierungen herzustellen. Dies gilt in vollem Umfang auch für Polen. Die Eingliederung Polens in Deutschland wäre auch für uns kein Segen. Ein selbständiges, richtig behandeltes Polen wird ganz von selbst wirtschaftlich und politisch Anschluss an Deutschland suchen müssen. Nach Möglichkeit ist ihm Staatsunion mit einem im Übrigen autonomen Litauen (Zugang zum Meer) zu verschaffen.

f) Über die zukünftige Gestaltung Europas sind sofort klare.

schöpferische Erklärungen abzugeben, schon damit wir wieder die Initiative gewinnen (siehe Ziffer 13 b).

## 12.

Die neue deutsche Verfassung muss sich auf die Mitarbeit aller anständigen Deutschen aller Schichten gründen. Sie darf ebensowenig die reaktionäre Wiederherstellung vergangener Zustände im Auge haben wie das Schicksal der Nation radikalen und illusionistischen Elementen anvertrauen. Sie muss entschlossen die Folgerung daraus ziehen, dass ein grosser Teil der Intelligenz Deutschlands, insbesondere in der Schwerindustrie, politisch und moralisch versagt hat. Daraus werden sich wohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet Folgerungen ergeben. Die wichtigste ist die nun wirklich volle und auf Vertrauen gegründete Eingliederung der verständigen Arbeiter in Staat und Wirtschaft auf der Grundlage voller Mitverantwortung. Ohne Verantwortung und Leistung kein öffentliches Recht und kein öffentliches Amt.

Jede Spaltung des Volkes in Partei und Nichtpartei muss vermieden werden, ebenso jede unsinnige Spaltung nach Generationen. Geschichte und Geschick eines Volkes werden durch den harmonischen Zusammenklang der die verschiedenen Lebensalter beherrschenden Kräfte bestimmt und erreicht, nicht durch das törichte Geschwätz vom Unterschied in den Generationen. Es leben ja auch dauernd sämtliche Altersstufen nebeneinander und nicht etwa klar abgegrenzte Generationen. Die einzige Spaltung, die es in Deutschland geben darf, ist die zwischen anständig und unanständig. Es stehen gerade unserer Generation genügend Erfahrungen zur Verfügung; es stehen auch genügend Männer bereit, die solche Erfahrungen besitzen, die bereits bewiesen haben, was sie leisten können, und die bereit sind, auch in schwerster Zeit und auf jede Gefahr hin sich zur Rettung des Vaterlandes einzusetzen. Die Namen stehen auf Wunsch in persönlicher Besprechung zur Verfügung. Dem Papier können sie aus naheliegenden Gründen nicht anvertraut werden. Die Träger dieser Namen gehören allen Schichten der Bevölkerung, allen deutschen Landesteilen an; es ist wesentlich, zivile und militärische Kräfte in einer Regierung zu vereinen. Recht des handelnden Soldaten ist es, den Politiker zu bestimmen, dem er Vertrauen entgegenbringt. Dieser muss sich dann im Benehmen mit jenem die geeigneten Mitarbeiter wählen.

## 13. Somit Programm:

a) Im Innern: Die verantwortliche Reichsregierung, die wieder in ordnungsmässigen Kabinettsberatungen arbeiten muss, erhält genügend Bewegungsfreiheit, um führen zu können; unerlässlich aber ist eine Kontrolle durch eine\* Vertretung des Volkes. Einstweilen nur

Beratungsorgane in Reich, Kreisen, Ländern und Gemeinden. Endgültige Verfassung nach Rückkehr der Frontsoldaten.

Sofort Wiederherstellung der alleinigen Souveränität des Staates; Wiederherstellung von Recht und Anstand, von Gewissens- und Geistes-, von Glaubens- und Religionsfreiheit . . .

Aufbau aller Verwaltungen auf Sachkunde und Verantwortungsbeusstsein;

Wiederherstellung der Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Ländern, gleichzeitig Beseitigung übertriebener Zentralisation;

Ordnung der Finanzen und der Währung . . .

Wiederherstellung eines klaren Erziehungswesens, das auf jeder Stufe Grundkenntnisse lehrt und den Blick aufs Ganze richtet. . .

Aufrechterhaltung einer genügend starken Wehrmacht, deren Offiziere und Unteroffiziere Aussichten haben müssen, vorübergehend (zwecks Fortbildung) oder dauernd in die Verwaltung, die Wirtschaft oder in das Erziehungswesen übergehen zu können.

b) Nach aussen: Zusammenfassung aller Kräfte; Bereitschaft zur Verständigung, die die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes sichert.

Einigung Europas auf der Grundlage selbständiger europäischer Staaten. Die Einigung wird stufenweise durchgeführt. Sofort wird eine europäische Wirtschaftsunion mit einem ständig tagenden europäischen Wirtschaftsrat gebildet. Erst einer solchen wirtschaftlichen Einigung kann später politisches Zusammenwirken folgen . . .

c) Alle diese Massnahmen sollen plastisch den Willen verkörpern, dass wir kein 1918, sondern Deutschland und unser Volk zu nationaler Behauptung stärken wollen. Wir müssen uns aber klar sein, dass die Wiederholung von 1918 eben nur vermeidbar ist, wenn rechtzeitig so, wie hier vorgeschlagen, gehandelt wird.

#### 14.

Es ist notwendig, zu wissen, dass man sich auch in früheren Parteikreisen darüber klargeworden ist, dass es weder persönlich noch sachlich so weitergeht. Dabei ist man sich klar, dass sowohl die politische wie militärische Führung geändert werden muss. Die Macht der Tatsachen setzt sich also wie immer als harte Lehre durch. Nur darf man nicht, wenn man nicht ungeheure Opfer bringen will, warten, bis sich dies alles von selbst vollzieht; würde man warten, so ständen für den Wiederaufbau keine materiellen und sittlichen Kräfte mehr zur Verfügung . . .

#### 15.

Ende 1918 hat das deutsche Volk, auf welchem Wege und auf wessen Einfluss auch immer, sich in dem Zusammenbruch von einem Monarchen getrennt, der unfähig war, politische und militärische

Gesichtspunkte klar und in erreichbaren Zielen zu vereinigen. Diese Trennung ist erfolgt, trotzdem Kaiser Wilhelm II. moralisch untadelig war. Heute stehen wir unter einer Führung, die sich nicht nur als unfähig erwiesen hat, sondern vermessen und wahnwitzig ist und jedes sittlichen Gehalts entbehrt, weil sie sich des Verbrechens bedient, Verbrechen anordnet, Verbrechen und Korruption duldet.

Das deutsche Volk hat in allen seinen Schichten, insbesondere in der Arbeiterschaft, dies erkannt. Stalingrad, die Zerstörungen durch Luftangriffe und die Schliessungen von Geschäften haben diese Erkenntnis wesentlich gefördert. Das Volk hat, von Teilen der Intellektuellen abgesehen, das Vertrauen zu Hitler verloren, soweit dies je wahrhaftig vorhanden und nicht durch Demagogie erschlichen war. Daran hat auch seine von Entstellungen erfüllte Rede am 21.3.1943 nichts mehr ändern können. Ein Mann kann führen entweder durch die Stärke seiner sittlichen Kraft oder durch Erfolge. Fehlt, wie hier, jene vollkommen und hören diese auf, so ist er erledigt. Das Volk ist nicht nur reif, sondern es wartet, dass eine rettende Tat geschieht. Hinter der Reife kommt immer die Fäulnis; wer die Reife nicht nützt, muss sich mit der Fäulnis abfinden.

Es ist ausser jedem Zweifel, dass seit einigen Wochen im Anschluss an die oben dargelegten Vorgänge der Radikalismus wächst. Das deutsche Volk, insbesondere der deutsche Arbeiter, selbst Kommunisten, hatten ein grosses Vertrauen zur moralischen Qualität der Generäle. Dies Vertrauen beginnt zu wanken, weil das Volk glaubt, dass sie sich, ihren Soldaten und dem Volk alles bieten lassen, was ihnen von einer unfähigen und zum Teil verbrecherischen Führung zugemutet wird. Das Volk hat lange in den Offizieren, besonders den höheren, die selbstverständlichen Hüter von Ehre und Anstand gesehen. Nunmehr fängt es an, dieses Vertrauen zu verlieren, und ich muss mit allem Ernst darauf aufmerksam machen, dass diese Bewegung schnell fortschreitet. Damit wird allmählich den verständigen und verantwortungsbewussten Männern der Arbeiterschaft die Möglichkeit aus der Hand geschlagen, noch auf die grosse Masse ordnend einzuwirken. Wir haben heute bereits, anders wie vor sechs Monaten, vier Strömungen in der Arbeiterschaft: eine bolschewistische, Russland zustrebende; eine kommunistische; eine radikal-sozialistische und eine zur Zusammenarbeit mit der Intelligenz und der Wehrmacht bereite. Diese letztere hat auch heute noch die gewaltige Mehrzahl hinter sich. Aber von Woche zu Woche verliert sie Kräfte an die radikalen Gruppen. Diese Entwicklung vollzieht sich fortschreitend mit eherner Folgerichtigkeit. Ihre Endwirkung liegt auf der Hand. Heute kann noch verbürgt werden, dass die grosse\* Mehrzahl der Arbeiter, die Beamten und eine erhebliche Mehrheit der Wirtschaft sofort bereit sind, sich hinter eine sachkundige, sittliche Staatsführung zu stellen.



Lässt man durch Untätigkeit den Radikalismus weiter fortschreiten, so wird er sehr viel schlimmere Formen annehmen als 1918. Darauf ist immer hingewiesen worden; diese Pflicht sei auch hiermit erfüllt.

## 16.

Ein Risiko sehe ich für den entschlossen Handelnden überhaupt nicht mehr. Wie ist es möglich, dass das so anständige deutsche Volk so lange ein so unhaltbares System trägt? Die Erklärung ist einfach: nur weil sich alle Verstöße gegen Recht und Anstand im Schutze der Geheimhaltung und unter dem Druck des Terrors vollziehen. Dies ändert sich mit einem Schlage, wenn das Licht der Wahrheit in aller Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände gerichtet wird. Man stelle dem deutschen Volk in klaren Worten, aber öffentlich dar, was es im Geheimen schon weiss und bespricht: nämlich die Folgen unfähiger militärischer Führung, das Übermass von Korruption, die zahllosen Verbrechen, die mit unserer Ehre nicht vereinbar sind, und richte dann öffentlich an alle die Frage, wer bereit ist, diesen Zustand gutzuheissen, und wer es für richtig hält, dass er bestehen bleibt. Ich übernehme die Bürgschaft dafür, dass niemand dann vortritt; denn es gibt in der ganzen Welt niemand, selbst keinen geborenen Verbrecher, der sich öffentlich zu einem System der Verbrechen bekennt...

Ich bin gefragt worden, ob es nicht richtiger sei, zunächst einmal erst, etwa im Winter oder Frühsommer 1944, Russland durch einen entscheidenden Schlag so weit zu schwächen, dass es als ernsthafter Kriegsgegner ausscheidet. Ich unterstelle, dass dies möglich ist. Meine Antwort muss trotzdem ein klares Nein sein. Wir haben nicht mehr so viel Zeit, um einen solchen militärischen Erfolg, selbst wenn er möglich sein sollte, abzuwarten; denn in der Zwischenzeit vollziehen sich auf allen Gebieten alle jene Entwicklungen, die oben dargelegt sind. Ihre Wirkungen, besonders die der Luftangriffe – man bedenke die Folgen, wenn auch nur 20 rüstungswichtige Städte und ihre Arbeitsstätten das Schicksal Essens erleiden – müssen einen solchen Grad erreichen, dass an eine Möglichkeit, den Krieg weiterzuführen, gar nicht zu denken ist. Wir würden also – theoretisch gedacht – bestenfalls einen Erschöpfungssieg im Osten erringen, den wir aber politisch nicht mehr ausnützen könnten, sondern den wir mit weiteren schweren Blutopfern, mit gewaltigen Zerstörungen und mit dem Versiegen aller materiellen und seelischen Kräfte bezahlt haben würden, während kein Anhaltspunkt dafür gegeben ist, dass bei unserem Gegner eine gleiche Entwicklung Platz gegriffen hat. Wahrscheinlich aber ist, dass in diesem langen Zeitraum die Angelsachsen bereits entscheidende militärische und wirtschaftliche Erfolge errungen haben dürften, zumal sie möglichst bald freie Hand im Fernen Osten gegenüber Japan brauchen. Ich muss also

pflichtgemäss vor einem solchen zuwartenden Plan dringend warnen; seine Verfolgung würde in sicheren Zusammenbruch führen.

(Gerhard Ritter: Carl Goerdeler, S. 577 ff.)

## **8. Bedingungen Stauffenbergs, mit der Feindseite zu verhandeln**

Gestapobericht vom 2. 8. 1944 über angebliche Verbindungen Stauffenbergs nach England im Frühsommer 1944

Die neuere Vernehmung des Hauptmanns Kaiser gibt eine Reihe von Hinweisen, dass Stauffenberg über Mittelsmänner zwei Verbindungen zur englischen Seite hatte. Den Zusammenhängen wird im Augenblick im Einzelnen nachgegangen. Bereits am 25. Mai hat Kaiser für Stauffenberg eine Notiz ausgearbeitet, worüber mit der Feindseite verhandelt werden sollte:

1. Sofortiges Einstellen des Luftkrieges
2. Aufgabe der Invasionspläne
3. Vermeiden weiterer Blutopfer
4. Dauernde Verteidigungsfähigkeit im Osten, Räumung aller besetzten Gebiete im Norden, Westen und Süden
5. Vermeiden jeder Besetzung
6. Freie Regierung, selbständige, selbstgewählte Verfassung
7. Vollkommene Mitwirkung bei der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, bei der Vorbereitung der Gestaltung des Friedens
8. Reichsgrenze von 1914 im Osten, Erhaltung Österreichs und der Sudeten beim Reich  
Autonomie Elsass-Lothringens  
Gewinnung Tirols bis Bozen, Meran
9. Tatkräftiger Wiederaufbau mit Mitwirkung am Wiederaufbau Europas
10. Selbstabrechnung mit Verbrechern am Volk
11. Wiedergewinnung von Ehre, Selbstachtung und Achtung

Ende Juni 1944 hat Kaiser von Goerdeler erfahren, dass von höchster englischer Stelle aus Erkundigungen über die Verschwörerclique eingezogen worden sind.

Stauffenberg hat

- a) eine Liste von Männern übermittelt, die die zukünftigen Verhandlungspartner Englands sein sollten,
- b) den Wunsch, dass Österreich beim Reich bleibt,
- c) die Bitte, dass die Abrechnung mit den Kriegsverbrechern der künftigen deutschen Regierung überlassen bleiben sollte.

Das Tagebuch Kaisers, das vom 9. Mai bis 15. Juli reicht und eine Fülle von Hinweisen enthält, wird zurzeit ausgewertet.

(Gerhard Ritter: a. a. O» S. 609)

## 9. Rommels Schicksalsstunde

«In den Tagen nach der Besprechung von Margival », so schreibt General Dr. Hans Speidel in seinem Buch: «Invasion 1944», «unterrichteten Oberbefehlshaber und Chef des Generalstabes der Heeresgruppe die Oberbefehlshaber der unterstellten Armeen, mehrere kommandierende Generale, Divisions-Kommandeure und Chefs der Generalstäbe über das Ergebnis der «Führerbesprechung» und die sich aus ihr ergebenden Folgerungen. Feldmarschall Rommel eröffnete den einzelnen Führern, je nach ihrer politischen Einstellung mehr oder weniger deutlich, dass sich im Zuge der militärischen Ereignisse ein selbständiges Handeln der Wehrmacht im Westen als notwendig erweisen könnte. Generaloberst von Salmuth, Generaloberst Dollmann und General der Panzertruppen Freiherr Geyr von Schweppenburg stimmten mit der politischen und militärischen Lagebeurteilung des Feldmarschalls überein und gaben ihrem Vertrauen zum Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Ausdruck. Sie waren bereit, die Befehle des Feldmarschalls zu befolgen, auch wenn sie sich in Widerspruch zu Führerbefehlen setzen mussten.

Der 25. Juni schien besonders bedeutsam durch den Zusammenfall politischer und militärischer Ereignisse und Besprechungen. Im Osten war der Durchbruch der Roten Armee bei der Heeresgruppe Mitte längs der Autobahn Smolensk-Minsk in Richtung auf die Reichsgrenze Tatsache geworden. An der Normandiefrent griff der Feind mit überlegenen Panzerkräften bei Tilly an und erzielte in 5 km Breite einen Einbruch bis zu 5 km Tiefe, der die Lage bei Caen bedrohlich erscheinen liess.

Im Auftrag des Generalquartiermeisters, General der Artillerie Wagner, meldete sich der neue Oberquartiermeister im Westen, Oberst im Generalstab Finckh, auf dem Gefechtsstand der Heeresgruppe und trug über die Vorbereitungen zur Beseitigung Hitlers und die geplante Staatsumwälzung zur Rettung der Heimat vor. Er berichtete von dem Fehlschlagen früherer Attentate und von den Vorbereitungen für einen neuen Anschlag, der in Berchtesgaden ausgeführt werden sollte. Rommel liess erneut seine Auffassung übermitteln, dass er aus den bekannten Gründen eine Tötung Hitlers durch ein Attentat für unzweckmässig erachte und an dessen Verhaftung und Aburteilung durch ein deutsches Gericht festhalte. Er beauftragte Oberst Finckh, mit dem Generalquartiermeister die dringend notwendige Gleichordnung aller Massnahmen im Hauptquartier und in der Heimat vorzubereiten und ihm darüber baldmöglichst Bericht zu erstatten. Nach seiner Auffassung werde diese entscheidende Frage an zu vielen Stellen gleichzeitig erwogen.

Vor allem sei es notwendig, den Zeitpunkt einer Erhebung so rechtzeitig vorauszubestimmen, dass die gründliche Vorbereitung

aller Massnahmen und damit ihr Erfolg gewährleistet sei. Er selbst beabsichtige, noch einmal zu Hitler zu fahren, um seine Forderung in ultimativer Form zu stellen.

Auch aus der Truppe wurden Stimmen laut. Der Kommandeur der 116. Panzer-Division, Generalleutnant Graf Schwerin, reichte ein Memorandum über die militär-politische Lage ein und forderte namens der Truppe Beendigung des Krieges und Änderung des nationalsozialistischen Regimes. Seine zuverlässige Panzer-Division sei auch für einen Einsatz gegen innere Feinde in seiner Hand. Dasselbe traf auf die 2. Panzer-Division unter Generalleutnant Freiherr von Lüttwitz zu.

Die Feldmarschälle von Rundstedt und Rommel waren sich in wiederholten Rücksprachen einig über die sich überstürzende Verschlechterung der Lage, nicht nur im Wesfen, sondern an allen Fronten, und erbaten erneut eine dringende Besprechung bei Hitler. Am 28. Juni wurden beide Feldmarschälle so kurzfristig zur Berichterstattung nach Berchtesgaden befohlen, dass sie teilweise die Nacht hindurch im Kraftwagen nach Oberbayern fahren mussten, da der Luftweg verboten war. Die Feldmarschälle, die am späten Vormittag des 29. Juni nach Berchtesgaden kamen, mussten aber bis zum Abend auf den Empfang bei Hitler warten. Die Besprechung fand im grossen Kreise statt.

Hitler beantwortete nicht die von den beiden Oberbefehlshabern gestellte Aufforderung, auf Grund der Gesamtlage eine Beendigung des Krieges herbeizuführen, sondern erging sich in weitschweifenden Phrasen über die Weiterführung des Krieges mit dem Einsatz neuer «Wunderwaffen». Wie der Tod der russischen Kaiserin im Siebenjährigen Krieg für Friedrich den Grossen, so liege jetzt das «Wunder der Kriegswende» in den neuen Waffen. Ihr Einsatz werde den «totalen Endsieg» einleiten. Die Ausführungen verloren sich in Hirngespinnsten. Trotz des wiederholten Verlangens liess sich Hitler von den beiden Feldmarschällen nicht allein sprechen, lud sie auch nicht zu Tisch ein, sondern verabschiedete sie kurz. Rommel trug deshalb nochmals die Lage Generalfeldmarschall Keitel vor und formulierte seine Gedanken etwa folgendermassen:

«Bei der reissenden Verschlechterung der Lage ist ein totaler Sieg, von dem Hitler heute noch sprach, absurd, die totale Niederlage ist zu erwarten. Es ist daher mit allen Mitteln und unter Verzicht auf bisher Erreichtes und unter Aufgabe aller Wunschträume anzustreben, den Krieg zunächst im Westen unverzüglich zu beenden, um die Front des Ostens zu halten, Deutschland aber vor dem Chaos, vor allem vor der völligen Zertrümmerung durch den feindlichen Luftkrieg, zu bewahren.»

Nach dem persönlichen Bericht Rommels versprach Keitel, die Lage in diesem Sinne Hitler vorzutragen, und erklärte resigniert

zum Schluss: «Auch ich weiss, dass nichts mehr zu machen ist!» Diese Erklärung scheint deshalb von besonderem Interesse, weil Keitel nach dem 20. Juli im «Ehrenhof der deutschen Wehrmacht» bei der Aburteilung und Ausstossung seiner alten Kameraden aus dem Heere die Lage wieder völlig anders dargestellt zu haben scheint.

Die Feldmarschälle fuhren unverrichteter Dinge mit schweren Sorgen und inmitten einer quälenden Folge sich widersprechender Gedanken und Gefühle auf ihre Gefechtsstände zurück.

Inzwischen war die 7. Armee führerlos geworden. Am 29. Juni früh erlag Generaloberst Dollmann, der sich Tag und Nacht unermüdlich eingesetzt hatte, einem Herzschlag. Die Forderung Hitlers auf seine Abberufung hat er nicht mehr erfahren. Vor Invasionsbeginn hatte Rommel den General der Artillerie, Erich Marchs, eine der bedeutendsten Führerpersönlichkeiten des Heeres, als Armeeführer in Vorschlag gebracht. Hitler hatte ihn aus politischen Gründen abgelehnt, da er Mareks, dem ehemaligen Ministerialdirektor im Kabinett des Generals von Schleicher, tief misstraut hat. Marchs war am 12. Juni an der Front gefallen. So wurde der Führer der 1. Armee im Abschnitt Bordeaux, General von der Chevallerie, vorgeschlagen.

Ohne weitere Rücksprache mit Rommel wurde dann der Kommandierende General des II. SS-Panzerkorps, SS-Obergruppenführer Hausser, als Nachfolger Dollmanns bestimmt. Dieser musste in dem Augenblick sein Korps verlassen, als es den Angriff zur Erschütterung der feindlichen Front bei Caen führen sollte.

SS-Obergruppenführer Hausser war aus dem Heere und dem Generalstab hervorgegangen, aber schon früh zur SS gestossen: eine soldatisch geprägte Persönlichkeit von Schwung und besonderer Tapferkeit. Politisch war er schwer deutbar, ein Januskopf. Die Ernennung dieses Oberbefehlshabers, der dienstjünger als viele Kommandierende Generale war, vor allem jünger als der Oberbefehlshaber der Panzergruppe West, wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen.

Zwei Tage nach der Rückkehr von der Führerbesprechung wurde v. Rundstedt seines Postens als Oberbefehlshaber West «aus gesundheitlichen Gründen» enthoben. Hitler hatte nicht den Mut und den Takt aufgebracht, die Abberufung dem ältesten Feldmarschall persönlich zu eröffnen, sondern er schickte seinen zweiten Adjutanten, Oberstleutnant im Generalstab Borgmann, mit einem Schreiben und dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes nach St. Germain. Am 4. Juli verabschiedete sich Rundstedt von Rommel in La Roche Guyon und äusserte, er sei dankbar, dass er die Katastrophe nicht an führender Stelle miterleben müsse. Am 5. Juli wurde der Oberbefehlshaber der Panzergruppe West, General Freiherr Gev. von Schweppenburg, ohne jede vorherige Ankündigung seines Postens enthoben und durch den General der Panzertruppe

Heinz Eberbach ersetzt. Die Panzergruppe West erhielt die Bezeichnung «5. Panzerarmee».

General Freiherr von Geyr wurde für das Misslingen des Gegenangriffes des II. SS-Panzerkorps verantwortlich gemacht. Nach fernmündlichen Mitteilungen warf ihm Hitler steigenden Defaitismus vor. Er hatte nach dem Scheitern des Angriffs eine klare Lagebeurteilung abgegeben, örtliche Räumung von Caen und des Raumes westlich der Orne vorgeschlagen und Führungsfreiheit verlangt. Er sagte in dieser Meldung zum Abschluss: «Es muss klar gewählt werden zwischen taktischer Flickarbeit, die unweigerlich mit starrer Verteidigung verbunden ist und die volle Initiative dem Gegner überlässt, und elastischem Fechten, das wenigstens zeitweise die Initiative an sich reisst. Nach Ansicht der Panzer-Gruppe ist die elastische Kampfführung der richtigere und auch stärkere Entschluss.»

Feldmarschall Rommel gab diese Meldung im Wortlaut weiter, trat ihr in vollem Umfang bei und unterstrich nochmals die Forderung nach Operationsfreiheit. Als die Abberufung bekannt wurde, setzte er sich sofort für General Freiherr von Geyr ein, wurde aber von Keitel scharf abgewiesen.

Der Nachfolger, General der Panzertruppen Eberbach, war ein tüchtiger Soldat, der über gründliche und umfassende Panzererfahrungen verfügte. Nach Charakter, Haltung und politischer Einsicht war er eine besonders wertvolle Führerpersönlichkeit. Nachfolger des Oberbefehlshabers West wurde nicht, wie von Führung und Truppe im Westen erwartet, der kampferfahrene und frontkundige Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Feldmarschall Rommel, sondern Generalfeldmarschall Günther von Kluge.

Hitlers Misstrauen gegenüber Rommel war schon zu stark geworden. Günther von Kluge war aus der Artillerie hervorgegangen und hatte alle Generalstabs-Stellungen durchlaufen. Er war im Westfeldzug 1940 als Oberbefehlshaber der 4. Armee rühmlich hervorgetreten, in seinem Verband führte Rommel den berühmt gewordenen Stoss seiner «Gespenster-Division» zum Meere. Als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte im Osten hatte sich von Kluge als Meister der Aushilfen und durch Zähigkeit bewährt. Er war nüchtern, energisch, rasch zufassend, persönlich tapfer und hart gegen sich selbst, neigte aber zur Pose. Die Truppe nannte ihn den «klugen Hans». Er forderte ohne jede Rücksicht Tag und Nacht das Letzte von seinen Untergebenen. Der kühle Blick in seinem scharf gemeisselten Kopf verbarg uneingestandene Gefühlsregungen. Das persönliche Gespräch bezeugte ein starkes Naturgefühl und hohes Interesse für militärische und neuhistorische Fragen. Er lehnte Hitler ab, fühlte sich aber doch immer wieder an ihn gebunden – vielleicht sprach das verpflichtende Gefühl mit, das ihm aus der Annahme von besonderen Ehrungen aus der Hand Hitlers erwuchs.

Er war von seinem Autounfall im Winter 1943/44 (Überschlagen des Kraftwagens auf der Rollbahn Minsk-Smolensk) genesen und machte einen frischen, spannkraftigen Einsich. Über vierzehn Tage lang war er in Berchtesgaden von Hitler nicht nur auf seine neue Aufgabe vorbereitet, sondern sogar davon überzeugt worden, dass die Ereignisse im Westen das Ergebnis von Fehlern und Versäumnissen von Führung und Truppe seien. Er erschien bereits am 5. Juli nachmittags auf dem Gefechtsstand der Heeresgruppe. Nach frostiger Begrüssung in der Salle des Gardes von La Roche Guyon führte v. Kluge etwa aus: Die Abberufung des Generalfeldmarschalls von Rundstedt sei das äussere Zeichen für die Unzufriedenheit Hitlers mit der Führung im Westen, auch Rommel geniesse nicht das uneingeschränkte Vertrauen des Führers. Man habe im Hauptquartier den Eindruck, dass Rommel wie in Afrika von der «angeblich überwältigenden Waffenwirkung des Feindes» allzusehr beeindruckt sei und deshalb zur Schwarzseherei neige. Im Übrigen lege Rommel täglich Proben seiner Eigenwilligkeit ab und führe Hitlers Befehle nicht mit ganzem Herzen aus. v. Kluge schloss wörtlich: «Sie, Generalfeldmarschall Rommel, müssen von nun an auch bedingungslos gehorchen! Ich rate Ihnen gut!» Dieser Vorwurf führte zu einer scharfen Auseinandersetzung beider Feldmarschälle, bei der Rommel wiederholt und eindringlich auf die Gesamtlage und die sich aus ihr ergebende Notwendigkeit, Folgerungen zu ziehen, hinwies. Rommel verwarnte sich mit erhobener Stimme gegen die ungerechtfertigten Angriffe Hitlers und des Oberkommandos der Wehrmacht. Während der erregten Besprechung forderte v. Kluge den bisher anwesenden Chef des Generalstabes und den la der Heeresgruppe auf, das Zimmer zu verlassen.

Rommel verlangte vom neuen Oberbefehlshaber West mündlich und schriftlich die Zurücknahme seiner Vorwürfe unter entsprechender Meldung an das Oberkommando der Wehrmacht und setzte ihm dazu eine Frist. Er empfahl Werturteile über die Lage, die Führer und die Truppe erst nach Rücksprache mit den Armeeoberbefehlshabern, Frontkommandeuren und nach Sammlung persönlicher Erfahrungen und Eindrücke an der Front zu fällen.

Eine tiefe Verstimmung herrschte nach dieser Aussprache, in der v. Kluge auf die Gesamtlage nicht eingegangen war. Rommel war tief verbittert, da er nach den vertraulichen Unterrichtungen der berechtigten Auffassung gewesen war, dass Kluge – seit Jahren mit den Widerstandskräften in Deutschland in Verbindung – den Fragen der Rettung des Reiches aus den Händen der Vernichter mehr aufgeschlossen sei. Jetzt war er als Sprecher Hitlers erschienen und hatte sich ohne» örtliche Frontkenntnis blindlings im «Berchtesgadener Stil» geäussert.

v. Kluge begab sich nun nach einem Reiseplan der Heeresgruppe

am 6. Juli für zwei Tage an die Front und sprach alle erreichbaren Kommandeure und Truppen. Aus dem Saulus wurde ein Paulus. Er hatte sich der erdrückenden Beweiskraft der Tatsachen, der einhelligen Auffassung aller militärischen Führer und nach der vorübergehenden Be-  
täubung durch die Phrasen Hitlers der zwingenden Kraft der Logik nicht entziehen können.

Er nahm alle seine Vorwürfe zurück: und entschuldigte sein Verhalten mit der falschen Unterrichtung durch Hitler und Keitel. Er bemerkte, dass Hitler trotz aller Meldungen, Berichte, Ferngespräche, Vorträge, die Lage nicht sehen wollte, wie sie sei, in Wunschbildern lebte und, wenn diese verblassten, Sündenböcke suche: eine Quintessenz auch der Osterfahrten.

Am 9. Juli 1944 meldete sich in La Roche Guyon im Auftrag des Militärbefehlshabers von Frankreich, General der Infanterie v. Stülpnagel, der Oberstleutnant der Reserve, Dr. v. Hofacker, ein Sohn des württembergischen kommandierenden Generals im ersten Weltkrieg, unter dessen Führung in Italien Rommel für die Erstürmung des Monte Matajur den «Pour le Mérite» erhalten hatte. Er war begleitet von einem Vertrauten General v. Stülpnagels, Dr. Max Horst. Hofacker war ein Vetter des Obersten im Generalstab Graf Klaus v. Stauffenberg, der seinen Besuch im Auftrage des Generalobersten Beck beim Chef des Generalstabes ebenfalls angekündigt hatte. Die Tat des 20. Juli liess aber diese Absicht nicht zur Ausführung kommen.

Cäsar v. Hofacker war ein ausgesprochen politischer Kopf, eine schwungvolle Persönlichkeit mit seltener Überzeugungskraft der Rede. Im Frieden war er an hervorragender Stelle in der Stahlindustrie in Berlin tätig gewesen, seit Jahren nunmehr der vertrauteste Mitarbeiter von Karl Heinrich v. Stülpnagel. Er sollte eine abschliessende Beurteilung der Lage an der Invasionsfront für Beck und Stauffenberg einholen. Er trug anhand einer formvollendeten Denkschrift seine und des Militärbefehlshabers Gedanken über die Notwendigkeit schnellen und entschlossenen Handelns als Ergebnis der politischen und militärischen Gesamtlage vor und schloss mit dem eindringlichen Appell aller Widerstandskräfte an den Feldmarschall, den Krieg im Westen möglichst schnell selbständig zu beenden.

Es war ein Appell zum Aufstand, der sich die Auffassung der Berliner Widerstandskräfte zu eigen machte, dass die Alliierten niemals mit Hitler oder einem seiner «Paladine» – Göring, Himmler oder Ribbentrop – verhandeln würden und dass deshalb diese Führer zugleich mit dem System beseitigt werden müssten. Auch der von Rommel bereits in die Verhandlungsgrundlagen aufgenommene Gedanke der sofortigen Einstellung des feindlichen Bombenkrieges zur moralischen und wirtschaftlichen Entlastung der Heimat war besonders betont. Cäsar v. Hofacker stellte die klare Frage, wie



lange die Invasionsfront sich noch halten könne, weil davon die Berliner Entscheidungen massgeblich beeinflusst würden. Der Feldmarschall gab ebenso klar zur Antwort: «Maximal 14 Tage bis 3 Wochen, dann ist mit dem Durchbruch zu rechnen. Wir haben ihm nichts mehr entgegenzustellen.»

v. Hofacker sollte nach Vortrag beim Oberbefehlshaber West nach Berlin fahren, Generaloberst Bede und die anderen Führer der Widerstandskräfte unterrichten und die zeitliche Gleichordnung aller Massnahmen der Staatsumwälzung vorbereiten. Nach dem 15. Juli sollte er Rommel wieder Vortrag halten.

Die technische Möglichkeit des Frontübertritts von Bevollmächtigten zur Verhandlung über einen örtlichen Waffenstillstand war von der 2. Panzer-Division durch General Freiherr v. Lüttwitz in diesen Tagen erprobt worden. Die alliierte Führung hatte auf dem Funkwege den Austausch von weiblichem Pflege- und Nachrichtenpersonal, das ihnen bei der Einnahme von Cherbourg in die Hände gefallen war, gegen Schwerverwundete an einer von ihnen bezeichneten Örtlichkeit angeboten. In einer zweistündigen örtlichen Waffenruhe wurde dieser Akt der Menschlichkeit vollzogen. Dieser Vorgang hatte den Grimm und das Misstrauen Hitlers geweckt.

Am 12. Juli kam Generalfeldmarschall v. Kluge wieder nach La Roche Guyon. Die Aussprache über die operativen und taktischen Ereignisse und die daraus entspringenden Fragen ergaben jetzt endgültige und völlige Übereinstimmung der beiden Oberbefehlshaber: v. Kluge erbat noch einmal eine gültige Feststellung, wie lange die Invasionsfront bei der absinkenden Kampfkraft und beim Fehlen jeglicher Reserven noch gehalten werden könne. Rommel erklärte sich zu einer Befragung aller Armeeführer und der Mehrzahl der Kommandierenden Generale bereit und schlug vor, das Ergebnis an Hitler zu melden und ultimative Forderungen damit zu verbinden. Er äusserte dann seine Gedanken, was bei der zu erwartenden Ablehnung Hitlers getan werden müsse. Er berichtete von der Mission des Oberstleutnants v. Hofacker, der nach Rückkehr von Berlin berichten werde. Der Generalquartiermeister werde in den nächsten Tagen persönlich über die Lage im Osten und im Hauptquartier unterrichten.

v. Kluge verhielt sich zunächst rezeptiv, billigte dann aber im Wesentlichen die Gedankengänge des Feldmarschalls Rommel und machte seine Entscheidung von dem Ergebnis der Frontbefragung abhängig. Rommel beauftragte seinen Chef des Generalstabes, General v. Stülpnagel, über die Lage und seine Absichten und die Gespräche mit v. Kluge zu unterrichten. Dabei sollte unter allen Umständen zum Ausdruck kommen, dass Rommel zum Handeln bereit sei, auch wenn v. Kluge sich nicht zur Mitwirkung entschliessen könnte. Die Orientierung erfolgte am späten Abend des 13. Juli

in Paris. Der Militärbefehlshaber hatte soeben die Nachricht von der Verhaftung der sozialistischen Führer der Widerstandsbewegung in Berlin erhalten, woraus sich ein Zwang zum eiligen Handeln ergeben konnte. Er schlug vor, die Rückkehr Hofackers abzuwarten. Die Vorbereitungen in seinem Befehlsbereich seien abgeschlossen.

Feldmarschall Rommel fuhr am 13., 14. und 15. Juli zur Front und besprach sich mit den Führern aller Grade, unter anderem auch mit den SS-Obergruppenführern Sepp Dietrich und Hausser, deren Berichte über die Situation besonders ernst klangen. Sie waren rückhaltlos offen. Rommel erwartete von der Waffen-SS im Falle selbständiger Entschlüsse im Westen keine Schwierigkeiten. Der Kommandierende General des I. SS-Panzerkorps und spätere Führer der 5. Panzerarmee, SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich, hatte bei einem Besuch auf dem Gefechtsstand der Heeresgruppe sowohl dem Oberbefehlshaber wie dem Chef des Generalstabes gegenüber seinen Unwillen über die höchste Führung bekundet und «selbständige Massnahmen im Falle eines Zerreißens der Front» gefordert. Die am Feinde gebundenen, tapfer kämpfenden Verbände der Waffen-SS waren fest in der Hand ihrer Führung, die – um der Gerechtigkeit willen sei es ausgesprochen – vom SD und seinen Methoden deutlich abrückte. Den SD in Paris und Frankreich glaubte der Militärbefehlshaber gegebenenfalls mühelos ausschalten zu können.

Rommel kam tief nachdenklich und ergriffen von der Front zurück. Die Aussprachen mit den Männern der vordersten Linie hatten das Bild der Vorträge der Oberbefehlshaber und Kommandierenden Generale bestätigt und ergänzt. Überall wurde die bange Frage an den Generalfeldmarschall gerichtet, ob nicht in letzter Stunde durch rigoroses selbständiges Eingreifen der militärischen Führer die Lage geändert werden könnte. Der Feldmarschall klärte auf, wo es ihm zweckmässig erschien, und kam mit der tröstlichen Gewissheit zurück, dass die Truppe und die Führer aller Grade seiner Führung voll vertrauten.

Nachdem alle Möglichkeiten der Klärung erschöpft waren und statt versprochener Hilfe nur kleinliche Verstimmung und böswilliges Misstrauen entstanden, dilettantische Befehle aus Oberbayern und Ostpreussen sich weiterhin häuften, erging noch einmal eine Mahnung des Feldmarschalls an Hitler, diesmal aber in unzweideutiger, scharfer, ultimativer Form. Am 15. Juli sandte er eine drei Schreibmaschinen-Seiten umfassende Denkschrift als KR-Blitzschreiben über den Oberbefehlshaber West an Hitler . . . Generalfeldmarschall v. Kluge schloss sich den Ausführungen und Forderungen Rommels an . . . Zum letzten Male hatte der Feldmarschall warnend seine Stimme erhoben; er äusserte nach Absendung des Ultimatums: «Ich habe ihm jetzt die letzte Chance gegeben. Wenn er keine Konsequenzen zieht, werden wir handeln.»

Noch standen die schönsten deutschen Städte; die vom Feldmarschall so sehr geliebte Heimat war nahezu unversehrt, der Großteil deutschen Landes vom Orkan der Vernichtung verschont. Unnötige und nicht zu verantwortende Opfer, der Tod von Abertausenden aus allen Nationen, das Grauen des letzten Todeskampfes auf deutschem Boden waren noch zu vermeiden.

Erwin Rommel war sich über die letzten Konsequenzen seines Entschlusses zu selbständiger Tat völlig im Klaren und gab sich auch über die schonungslose Härte der zu erwartenden Friedensbedingungen keinen Illusionen hin. Er hoffte aber auf ein bescheidenes Mass staatsmännischer Einsicht, psychologischer Klugheit und politischer Planung in den alliierten Überlegungen . . .

Allen durch solche Gedanken Verbundenen sollte aber in diesen Tagen sichtbar werden, dass die unerforschliche höhere Madit, in deren geheimnisvollen Händen der Menschen Schicksal liegt, ihre eigenen Wege geht. Die befreiende Tat verfiel.

Die Lage im Raum Caen war stündlich krisenreicher geworden, tiefe Einbrüche des Feindes wurden nur noch mit Mühe und unter heroischen Opfern abgeriegelt: Der entscheidende Durchbruch der Alliierten in den Grossraum Paris stand bevor.

Am 17. Juli früh fuhr der Feldmarschall an einen Brennpunkt des Kampfes, um selbst zu befehlen, selber zu ordnen, selbst zu ermuntern und die Erschöpften aufzurichten. Ausgewählte Kommandeure unterrichtete er über seine Forderung an Hitler und die zu erwartenden Folgerungen. Auf Grund eines Anrufs des Chefs des Generalstabes der Heeresgruppe wollte er frühzeitiger als sonst zurückkehren. Da erschien ihm bei einer örtlichen Gefechtskrise sein Eingreifen notwendig. Er suchte noch den Kommandierenden General des I. SS-Panzerkorps, SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich, in seinem Gefechtsstand auf und trat gegen 16 Uhr die Rückfahrt an.

Auf der Strasse Livarot-Vimoutiers in der Nähe der Ferme Montgomery erspähten feindliche Jagdbomber den allein fahrenden Kraftwagen des Feldmarschalls, der wie immer ohne Gefolge war. Sie ahnten nicht, dass sie den besten Mann der Westfront jagten, der die einzige Hoffnung auf Rettung des Reiches verkörperte. Kurz vor der rettenden Deckung, einem Pappelknick, spritzte die Geschossgarbe von drei Tieffliegern auf den Wagen. Der Fahrer wurde tödlich getroffen, der Feldmarschall so schwer verwundet, dass man zunächst an seinen Tod glaubte.

Der Feldmarschall war in Wahrheit in der Stunde ausgeschaltet, in der ihn Heer und Volk am wenigsten entbehren konnten; alle aber, die mit ihm den Weg in eine neue, bessere Welt suchten, fühlten sich schmerzlich ihrer Mitte beraubt...»

(H. Speidel: Invasion 1944, 1949, S. 125ff.)

## 10. Rommels Ultimatum

### *Feldmarschall Rommels historisches Blitzfernschreiben am 15. Juli 1944 von der Invasionsfront an Hitler*

Die Lage an der Front der Normandie wird von Tag zu Tag schwieriger, sie nähert sich einer schweren Krise.

Die eigenen Verluste sind bei der Härte der Kämpfe, dem aussergewöhnlich starken Materialeinsatz des Gegners vor allem an Artillerie und Panzern und bei der Wirkung der den Kampfraum unumschränkt beherrschenden feindlichen Luftwaffe derartig hoch, dass die Kampfkraft der Divisionen rasch absinkt. Ersatz aus der Heimat kommt nur sehr spärlich und erreicht bei der schwierigen Transportlage die Front erst nach Wochen. Rund 97'000 Mann an Verlusten, darunter 2'360 Offiziere, unter ihnen 28 Generale und 354 Kommandeure, also durchschnittlich pro Tag 2'500 bis 3'000 Mann, stehen bis jetzt insgesamt 6'000 Mann Ersatz gegenüber. Auch die materiellen Verluste der eingesetzten Truppen sind ausserordentlich hoch und konnten bisher nur in geringem Umfang ersetzt werden, z.B. von rund 225 Panzern bisher nur 17.

Die neuzugeführten Divisionen sind kampfengewohnt und bei der geringen Ausstattung mit Artillerie, panzerbrechenden Waffen und Panzerbekämpfungsmitteln nicht imstande, feindliche Grossangriffe nach mehrstündigem Trommelfeuer und starken Bombenangriffen auf die Dauer erfolgreich abzuwehren. Wie die Kämpfe gezeigt haben, wird bei dem feindlichen Materialeinsatz auch die tapferste Truppe Stück für Stück zerschlagen. Die Nachschubverhältnisse sind durch die Zerstörungen des Bahnnetzes, die starke Gefährdung der Strassen und Wege bis zu 150 km hinter der Front durch die feindliche Luftwaffe derart schwierig, dass nur das Allernötigste herangebracht werden kann und vor allem mit Artillerie- und Werfermunition überall äusserst gespart werden muss.

Neue nennenswerte Kräfte können der Front in der Normandie nicht mehr zugeführt werden. Auf der Feindseite fliessen Tag für Tag neue Kräfte und Mengen an Kriegsmaterial der Front zu. Der feindliche Nachschub wird von unserer eigenen Luftwaffe nicht gestört. Der feindliche Druck wird immer stärker.

Unter diesen Umständen muss damit gerechnet werden, dass es dem Feind in absehbarer Zeit – 14 Tagen bis drei Wochen – gelingt, die eigene dünne Front, vor allem bei der 7. Armee zu durchbrechen und in die Weite des französischen Raumes zu stossen. Die Folgen werden unübersehbar sein.

Die Truppe kämpft allorts heldenmütig, jedoch der ungleiche Kampf neigt dem Ende entgegen. Ich muss Sie bitten, die Folgerungen aus dieser Lage unverzüglich zu ziehen. Ich fühle mich

verpflichtet, als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe dies klar auszusprechen . . .

Rommel, Feldmarschall.

(Speidel, a. a. O., S. 187 f.)

## 11. Die militärische Lage am 20. 7. 1944

*Aus dem Gutachten von Prof. Percy Ernst Schramm<sup>1</sup> im Remerprozess*

Wenn ich mich zu der Frage äussere: «Wie war die militärische Lage am 20. Juli 1944?», und zwar unter dem Gesichtspunkt: «Musste der Krieg in diesem Augenblick nach menschlichem Ermessen als bereits verloren angesehen werden?», dann ist zugleich die Gegenfrage zu stellen: «Gab es damals auf Grund der allgemeinen Lage oder auf Grund besonderer Faktoren noch irgendwelche Anhalte zu der Auffassung, dass dadurch eine Wendung zum Guten anzunehmen sei?»

Um die Frage so zu beantworten, dass die Antwort schlüssig wird, muss ich verschiedene Problemkreise unter die Lupe nehmen:

1. Zunächst die militärische Lage am 20. Juli 1944, und zwar Kriegsschauplatz nach Kriegsschauplatz;
2. dann das Wehrpotential, dessen positive und negative Faktoren in einer Bilanz;
3. die Frage, ob im Hintergrund noch irgendeine Möglichkeit verborgen war, die nicht mehr ausgenutzt worden ist, die aber bei einem Einsatz vor der Schlusskatastrophe noch eine Wendung des Kriegsverlaufs hätte herbeiführen können. Dazu
4. die Gegenfrage, ob innerdeutsche Faktoren den Zusammenbruch unterstützten und dadurch beschleunigten.

### Die militärische Lage

Ich komme zu der ersten Frage: die militärische Lage am 20. Juli 1944. Ich setze in Finnland ein und gehe im Uhrzeigersinn weiter.

In Finnland war am 19. April eine Krise in den deutsch-finnischen Beziehungen zu Ende gegangen; denn im Einverständnis mit der finnischen Regierung war im Februar 1944 der damalige Staatsrat<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Schramm ist von Beruf Historiker. Zu Anfang des Krieges wurde er als Reserveoffizier eingezogen und hat dann in den verschiedenen Stäben, in denen er tätig war, nebenbei deren Kriegstagebücher geführt. Im März 1943 wurde er in den Wehrmachts-Führungsstab, d.h. in den Spitzenstab für die drei Wehrmachtsteile unter Generaloberst Jodl, kommandiert, um dort das Kriegstagebuch zu führen. Hier konnte Schramm in sämtliche Lageberichte und auch in die geheimsten Akten Einblick nehmen.

Paasikivi über Stockholm nach Moskau geflogen und hatte die Bedingungen der Sowjetunion zum Frieden mit Finnland eingeholt. Die finnische Regierung hatte Gegenvorschläge gemacht, die am 14. März von der Sowjetunion als völlig unzureichend zurückgewiesen wurden. Nach Umbildung der Regierung und geheimer Befragung des Reichstages erteilte Finnland im April eine abschlägige Antwort, genauer, eine Antwort, die so lange galt, als die finnische Front gehalten werden konnte. Das aber wurde seit dem Sommer fraglich. Am 9. Juni begannen die Russen einen Angriff mit überlegenen Kräften gegen die Karelische Landenge und durchbrachen am 19. 6. die Mannerheim-Stellung. Am 20. Juni besetzten sie Wiborg, am 29.6. waren sie in Petrosadowsk, d.h. sie waren auch in Ostkarelien eingebrochen.

In diesen Tagen, nämlich am 21., kam Ribbentrop nach Finnland und stellte deutsche Hilfe in Aussicht. Aber der Nordflügel unserer Ostfront war damals schon selbst in Bedrängnis. Und so hat Finnland damals über den Finnischen Meerbusen nur noch einen Panzerverband – und den auch nur auf Zeit – zur Verfügung gestellt bekommen; ausserdem wurde noch seine Luftwaffe verstärkt. Aber diese magere Hilfe konnte die Lage natürlich nicht mehr ändern. Die finnische Front kam noch einmal zum Stehen, und zwar an der alten Grenze von 1940, die ausgebaut war. Aber sechs Tage nach dem 20. Juli ging Narva verloren, und damit rissen die deutsche und die finnische Front auseinander. Vom 1. August an, an dem Mannerheim zu dem Oberbefehl an Stelle Rytis auch noch das Amt des Reichspräsidenten übernahm, lag offen, was kommen musste. Finnland wollte und Finnland konnte es nicht darauf ankommen lassen, dass es – ohne Aussicht auf deutsche Hilfe und den Russen in Bezug auf Panzer völlig unterlegen – von der Roten Armee überrollt wurde. Finnland fragte also am 25.8. bei der UdSSR an, ob sie die Verhandlungen über den Waffenstillstand wieder aufnehmen wollen. Dies geschah, und die Abreden waren am 3. September so weit perfekt, dass das Feuer eingestellt werden konnte. Unterschrieben ist der Waffenstillstand am 19. September.

Die Deutschen, die auf finnischem Boden standen, hatten nach den von den Finnen eingegangenen Verpflichtungen das Land in Kürze zu verlassen. Soweit es sich um Süd- und Mittelfinnland handelte, war das noch über See möglich; denn es handelte sich im Süden nur um geringe Kräfte. Aber in Nordfinnland stand eine ganze Armee, die Gebirgsjägerarmee (vormals unter Dietl, jetzt unter Rendulic). Sie konnte wegen Transportschwierigkeiten über See nicht abtransportiert und musste daher auf der einzigen Strasse am Nordkap entlang nach Nord-Norwegen herumgezogen werden. Es ist gelungen, diese ungewöhnlich schwierige Operation, bei der die Russen nachdrängten, so durchzuführen, dass sie vor Beginn des Schneefalls

zu Ende kam, ohne dass eine Kompanie abgeklemmt wurde. Von den Divisionen, die nun dicht gedrängt am Lyngenfjord in neuer Stellung standen, sind dann die überflüssigen abgezogen worden; aber sie haben sich auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen im Osten und Westen, auf die sie dirigiert wurden, nicht mehr auswirken können.

Ziehen wir die Bilanz aus der Lage im Norden, dann ist festzustellen, dass bereits im März-April 1944 ein finnischer Sonderfrieden drohte, und das bedeutete für uns eine Abschnürung einer ganzen Armee, bedeutete weiter eine Flankierung des Nordflügels der Ostfront. Diese Gefahr war wieder gebannt. Aber am 20. 7. war der Zusammenbruch sowohl an der südkarelistischen wie auch der ostkarelistischen Front deutlich, und damit war vorauszusehen, dass über kurz oder lang die Finnen die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen würden, und es fragt sich daher, ob das uns eine ganze Armee kosten und die schon bestehende Gefahr auf dem Nordflügel der Ostfront noch vermehrt werde.

### **Katastrophenfront im Osten**

Hier ging der russischen Generaloffensive der Verlust der Krim voraus, die bereits seit November 1943 im Norden abgeriegelt war und einen verlorenen Posten darstellte. Hitler hatte dazu geneigt, die 17. Armee dort stehen zu lassen, und Antonescu hat ihn leider in dem Beschluss bestärkt. Seit Mitte April wurde nur noch Sewastopol gehalten. Dass es dann noch gelungen ist, beträchtliche Teile über das Schwarze Meer wegzubringen, ist erstaunlich. Aber das, was wieder an Land gesetzt wurde, war durcheinandergebracht, und die Armee, um die es sich einmal gehandelt hatte, bestand praktisch nicht mehr; sie musste aus Atomen wieder aufgebaut werden.

Die Ostfront war dadurch benachteiligt, dass Kräfte an den Westen für die dort erwartete Landung abgehen mussten, bzw. dass sie Kräfte nicht mehr bekam, die sie sonst hätte erwarten können. Es war jetzt so, als wenn ein Mann, dem der eine Arm festgehalten wird, sich mit dem anderen nun allein weiter wehren soll. Dazu kam noch, dass die Front insofern ungünstig verlief, als sie in der Form eines Fragezeichens in den russischen Boden eingestanzte war. Sie wies in der Mitte – also zwischen Gomel und Schitomir – eine tiefe Einbuchtung nach Westen auf, sprang dann aber im Süden wieder an den Dnjpr-Bogen vor. Eine andere Kriegführung hätte zweifellos eine kürzere, Menschen einsparende Front gewählt.

Aber alle Vorschläge in dieser Richtung prallten bekanntlich bei Hitler ab, bei dem – je länger der Krieg dauerte – die Folgerungen, die er aus seinen 1918 gewonnenen Eindrücken zog, überwogen, und diese liefen darauf hinaus: sich festkrallen, wo man

stellt. Er war überzeugt, beim Krieg im freien Gelände komme die Truppe ins Rutschen, und wenn sie wisse, dass hinter ihr ausgebaute Stellungen seien, dann werde sie von diesen magnetisch angezogen.

Da wir in dieser besonders langen, fragezeichenförmigen Stellung stehenblieben, war für die russische Offensive, die am 23. 6. 1944 einsetzte, die Situation besonders günstig; denn unsere Front war überdehnt und konnte deshalb nicht überall ausreichend stark besetzt sein. Es gab keine Luftwaffe mehr, die die Nachteile auf der Erde wettgemacht hätte; sie war vielmehr durch die vorhergehenden Verluste schon so mitgenommen und dazu auch noch im Westen gebunden, so dass sie auch nicht annähernd ein Übergewicht herstellen konnte, wie es die Alliierten im Westen uns gegenüber besaßen. Ferner wurden unsere rückwärtigen Verbindungen durch die Partisanen zwar nicht unterbunden, doch dauernd empfindlich gestört.

Diese Nachteile wirkten sich besonders bei der Heeresgruppe Mitte aus, die von Busch geführt und nachher von Model übernommen wurde. Sie hatte, weil sie den Bogen von Minsk weiter halten sollte, ihren rechten Flügel so strecken müssen, dass er hinter den Pripjet-Sümpfen wieder Anschluss an die Heeresgruppe Süd nehmen konnte. Der Bogen von Minsk bedeutet, so gesehen, den oberen Bauch des Fragezeichens. Wenn man diesen Bogen abgekürzt hätte, wären Kräfte eingespart worden. Aber dazu hatte sich Hitler nicht entschliessen können. Die Front glich daher einem stark gespannten Draht, den man bekanntlich zerschlagen kann, wenn man an einer Stelle kurz und kräftig draufschlägt. Die Russen taten das gleich zweimal, so dass sie die Front doppelt aufrissen. Nun wäre es wohl noch möglich gewesen, dem stehengebliebenen Mittelteil den Befehl zu geben, sich in Eilmärschen nach Westen abzusetzen. Das geschah jedoch gleichfalls nicht. Vielmehr wurde versucht, die Löcher in der Front zu stopfen, und das war natürlich bei dem bestehenden Kräfteverhältnis unmöglich. Daher konnten sich die russischen Panzerspitzen hinter der Front der Heeresgruppe Mitte wie eine Kneifzange zusammenschliessen. Es war den Russen dann ein leichtes, einen Verband nach dem anderen niederzuringen, weil der eine keine Verpflegung, der andere keine Munition hatte und den meisten beides fehlte.

Ich glaube hier vorwegnehmen zu müssen, dass der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte nicht durch Verrat erklärt werden kann. Davon ist damals geraunt worden, weil der, der die Dinge nicht sah und nicht – wie wir – die Möglichkeit hatte, auf der Lagekarte das Vorwärtstkommen der Russen zu verfolgen, nicht zu begreifen vermochte, wo plötzlich diese ganze Front geblieben war. Denn das Zerschlagen dieser Heeresgruppe bedeutete ja, dass sich hier abermals eine Katastrophe in dem Ausmasse von Stalingrad und Tunis im Jahre 1943 vollzogen hatte. Die Einsicht, dass es bei den



vorhandenen Kräften und dem gebogenen Verlauf der überdehnten Front so kommen musste, dass keine Hilfserklärung für ihren Zusammenbruch erforderlich ist, diese Einsicht hat sich – wie ich hoffe – jetzt allgemein durchgesetzt. Und wenn gelegentlich noch geraunt wird, dass in diesem Falle doch Verrat geübt worden sei, dann ist das nunmehr eine Ungeheuerlichkeit, weil die Männer, die da beschuldigt werden, entweder tot oder aus der Gefangenschaft nicht zurückgekehrt sind. Da sie sich nicht verteidigen können, muss ich diese Gelegenheit ergreifen, ihre Schuldlosigkeit hier deutlichst zu unterstreichen.

Durch das aufgerissene Riesenloch drängte die Rote Armee unheimlich schnell vor. Ich nehme als Stichdaten: 2. 7. Minsk, 13. 7. Wilna, 16. 7. Grodno, 18. 7. Bialystok, d.h. die Russen standen jetzt vor der deutschen Grenze. Der Provinz Ostpreussen hat sich damals begreiflicherweise eine ungeheure Erregung bemächtigt. Sollte man flüchten? Es drohte zu Treckbewegungen nach Westen zu kommen. Um diese zu bannen, ist Hitler ganz kurz vor dem 20. 7. von Berchtesgaden nach Rastenburg in sein Standquartier «Wolfsschanze» zurückgekehrt. Mochte bisher vieles verschleiert worden sein, die Tatsache, dass der Feind vor den Toren Ostpreussens stand, konnte nicht mehr geheim bleiben und blieb es auch nicht. Und wer bis dahin noch auf den Endsieg gehofft hatte, dem blieb nur noch übrig, sich an die Vermutung zu klammern, dass noch etwas nicht Voraussehbares geschehen werde.

### **Wankender Südflügel**

Noch ein Wort über die Ostfront, nämlich über ihren Südflügel:

Schon im Februar 1944 hatten die Russen den Bug, im März den Dnjestr und den Pruth, im April den Sereth erreicht, d.h. sie standen in Galizien, hatten sich Bessarabien zurückgeholt und drangen schon in die Moldau ein. Am 14. 4. ging Odessa verloren, aber es blieben unheilvollerweise immer noch Teile jenseits von Bessarabien stehen, die dann nicht zurückgeholt werden konnten – eben nach jenem verhängnisvollen Prinzip: «Halten, halten.»

Es war nun die Frage: Wann begibt sich Rumänien auf den Weg, auf den Finnland im Februar eingebogen, damals allerdings noch nicht bis zum Ende geschritten war? Dieselbe Frage wie im Falle Rumänien war auch im Falle Ungarn zu stellen. Wir hatten seit Mitte Februar mancherlei Nachrichten, die darin übereinstimmten, dass in Ungarn bestimmte Kräfte am Werk waren, um einen Abfall Ungarns vorzubereiten. Deshalb wurde am 19. 3. Ungarn schlagartig von deutschen Truppen besetzt (Unternehmen «Margarethe»), nachdem Hitler in Klessheim den Reichsverweser von Horthy so unter Druck gesetzt hatte, dass er sein Einverständnis zum deutschen

Einmarsch gab. Dazu übernahm dieser die Verpflichtung, die Regierung umzubilden. So kam es zu der Regierung Sztojay.

Der Wehrmachtsführungsstab hatte in den Wochen der Vorbereitung des Falles «Margarethe» auch Überlegungen angestellt, was zu tun sei, wenn Rumänien gleichfalls abfallen würde. Als Hitler das erfuhr, verbot er ausdrücklich die Fortsetzung. Er vertraute auf den Marschall Antonescu, und er durfte das in diesem Falle auch. Nur sah er nicht und wollte auch nicht sehen, wie dessen Stellung unterhöhlt wurde. Die Warnungen, die Hitler auf verschiedenen Wegen erreichten und ihm völlig reinen Wein einschenkten, schlug er in den Wind, so dass der Sturz Antonescus nicht nur für den Marschall selbst, sondern auch für Hitler völlig überraschend kam. Die rumänische Armee kapitulierte, und die in ihren Reihen kämpfenden deutschen Verbände waren daher total verloren. Vor allem waren jene, die in Bessarabien und noch weiter östlich standen, der Vernichtung ausgeliefert, so dass es selbst heute nicht möglich ist, den Angehörigen Auskunft zu geben, was mit den einzelnen Formationen geschehen ist.

Dieser Verlust, zusammen mit dem Ausfall der rumänischen Verbände, unter denen ja viele im Kampfe sich gut bewährt hatten, bedeutete wiederum eine Katastrophe im Ausmasse jener eben charakterisierten Katastrophe bei der Heeresgruppe Mitte. Kriegsgeschichtlich bleibt es geradezu ein Wunder, wieso es dann möglich gewesen ist, dieses Doppelloch weiter rückwärts vorübergehend doch noch einmal abzudichten. Ich sehe davon ab, das hier darzulegen, da mich das zu weit vom 20. 7. wegführen würde.

### **Wandel im Südosten**

Nach dem Norden und Osten nun der Südosten. Der Wandel der Lage im Südosten ist erst nach dem 20.7. sichtbar geworden. Die Räumung der Insel Kreta, auf der 60'000 Mann standen, zu genehmigen, konnte Hitler sich erst im August – auf langes Drängen der militärischen Stellen hin – entschliessen. Am 26.8. begann die Räumung Griechenlands, die jetzt von Tag zu Tag dringender wurde, da der Abfall Rumäniens am 9.9. den Abfall Bulgariens zur Folge hatte. Es handelte sich bei der Heeresgruppe E um eine Rückverlegung um 1'400 km, zuletzt durch Schnee und Eis, durch die Partisanen gestört, in der Flanke bedroht durch die unter russischem Befehl zum Angriff gegen uns angesetzten Bulgaren, der Gefahr ausgesetzt, vor Belgrad abgeschnitten zu werden, wo sich Tito mit der Roten Armee vereinigt hatte. Dass diese Heeresgruppe trotzdem in eine neue, in Kroatien verlaufende Stellung zurückgelangte, ist in der Militärgeschichte ein noch grösseres Wunder als der Abzug der Gebirgsjäger-Armee von Finnland über das Nordkap nach Norwegen.

Allerdings war auch dies nicht das Verdienst Hitlers, der hier genauso wenig Unterstützung leisten konnte wie im Norden. Will man einem Einzelnen das Verdienst zuschreiben, dann dem von Tito erschossenen Generaloberst Löhr, einem ebenso bedeutenden Militär wie hochgebildeten, jedem Schein abholden Menschen.

Ich fasse zusammen: im Südosten war am 20.7. der in Kürze einsetzende Umschwung, der zur Preisgabe dieses ganzen Kriegstheaters führte, zwar noch nicht sichtbar; aber das wusste auch der Laie, dass die von den Alliierten und von den Russen mit vereinten Kräften hochgezogene Partisanenbewegung unsere Lage in Griechenland und Jugoslawien inzwischen so erschwert hatte, dass man fragen konnte, wer denn nun eigentlich der Sieger auf dem Balkan sei.

### Der Umschwung in Italien

Hier war es für die breite Öffentlichkeit am sichtbarsten, dass – wie Hitler es nannte – wir in eine «Pechsträhne» geraten waren, dass wir zum mindesten dem verheissenen Endsieg nicht näher kamen. Ich rufe die entscheidenden Fakten ins Gedächtnis zurück: Zunächst am 13.5.1943 die Kapitulation in Tunis; das bedeutete, dass 252'000 Mann, Deutsche und Italiener, in die Kriegsgefangenschaft gingen, zwei Monate und elf Tage nach der Katastrophe von Stalingrad. Am 10.6.1943 dann die Landung der Alliierten auf Sizilien, wo die Italiener keinen wesentlichen Widerstand mehr leisteten und in Kürze ein paar deutschen Verbänden unter General von Senger, die noch weiter kämpften, 160'000 Mann und 600 Panzer gegenüberstehen. Darauf entstand in Italien begreiflicherweise grosse Aufregung.

Auch die Spitzen der faschistischen Hierarchie begannen jetzt aufzubegehren. Daher erfolgte am 25.7., zwei Wochen nach der Landung, der Sturz Mussolinis und seine Verhaftung. Badoglio übernimmt nun die Führung und erklärt, dass er weiter mit uns Zusammenarbeiten wolle. Aber Hitler hat auf verschiedenen Wegen die Gewissheit erhalten, dass der Marschall nur den Abfall vorbereite, und hat bereits seine Gegenmassnahmen getroffen. So kommt der Abfall Badoglios am 9.9. für uns nicht unerwartet. Die vorgesehene Entwaffnung der italienischen Armee wird ohne Schwierigkeiten vollzogen. Hitlers «Pechsträhne» während der beiden letzten Jahre sind die militärischen Unternehmungen, die sich gegen unsere Bundesgenossen – also Ungarn und Italien – richteten.

Der Umschwung in Italien bedeutete, dass wir auf dem Balkan, in Italien, in Südfrankreich neue Fronten besetzen mussten, die bisher die Italiener gehalten hatten. Das ist tatsächlich, wenn auch nur notdürftig, noch möglich gewesen. Es ist auch noch verhindert worden, dass die Landung der Briten in Kalabrien und die der Amerikaner

bei Salerno sich zu einer Katastrophe auswachsen. Es gelang nämlich Kesselring, südlich Neapel eine neue Front quer über die Halbinsel zu ziehen. Daher war es nicht gleich notwendig – was zunächst ins Auge gefasst war –, auf die sog. Apenninstellung zurückzufallen.

Es ist ferner möglich gewesen, Sardinien und Korsika zu räumen, und zwar so, dass selbst das schwere Gerät mit zurückkam. Aber nachdem die Alliierten die Voltumo-Stellung eingenommen hatten, nachdem sie dann im Rücken der deutschen Front bei Anzio und Nettuno gelandet waren, drückten sie uns nordwärts zurück, und wir «setzten uns ab» und gingen schrittweise zurück auf die Apenninstellung. Am 4.6., also zwei Tage vor der Invasion, rückten die Alliierten in Rom ein und hätten nun die 14. Armee von Mackensen, die längs des Tyrrhenischen Meeres zurückging, beinahe zerschlagen; denn da wir die Tiberbrücken nicht zerstört hatten, fuhren sie mit motorisierten Kräften in die Verbände Madeensens hinein. Der Generaloberst aber fing seine Armee wieder, und da die andere Armee, die 10., die an der Adria zurückging, dasselbe Tempo hielt, blieb eine durchgehende Front erhalten. Am 26.7., also sechs Tage nach dem 20.7., wurde Pisa planmässig geräumt, am 12.8. Florenz. So ist hier die zeitweise drohende Katastrophe nicht erfolgt; im September standen wir – wie vorgesehen – in der Apenninstellung.

Wer sich noch an die Vorstellung des Endsieges klammerte, aber den Heeresbericht mit offenen Augen las, der musste sich also sagen, dass wir in Italien uns gleichfalls von diesem Ziel entfernt hatten. Würdigt man diese Entwicklung nur unter militärischem Gesichtswinkel, dann bleibt abermals erstaunlich, dass dieser komplizierte Rückmarsch und die durch ihn bedingten Räumungen durchgeführt werden konnten, ohne dass sich eine Vernichtung wie in Afrika wiederholte. Das bleibt um so mehr erstaunlich, als diese Front noch Kräfte an einzelne Fronten abgeben musste. Sie war ferner dadurch behindert, dass die Po-Brücken und Eisenbahnen vom Gegner zerschlagen wurden, dass sie an Benzin nur das Allemotwendigste erhielt und ihr an Luftwaffenkräften so gut wie gar nichts bewilligt wurde. Trotzdem hat diese Front noch gehalten bis in das Frühjahr 1945. Das ist wiederum nicht das Verdienst Hitlers, denn er hat von dieser Front immer nur Kräfte weggenommen. Will man hier wieder einen Einzelnen nennen, dann ist der Name des Feldmarschalls Kesselring anzuführen.

### **Front im Westen – auf die Dauer unhaltbar**

Wären die Alliierten bereits 1943 gelandet, so hätten sie im Westen an deutschen Kräften gefunden: Divisionen, die im Osten zerschlagen waren und hier wieder aufgefrischt wurden, sogenannte

Festungsdivisionen, die nicht im Gelände beweglich waren, Neu-aufstellungen und anderes mehr, jedenfalls sehr wenig kampffähige Verbände. Hätte die Landung im Frühjahr 1944 stattgefunden, dann wäre die Situation nicht mehr ganz so ungünstig gewesen, und von da an hat uns jede Woche weitergeholfen, da weitere Verbände einsatzbereit wurden. Dass dieses zu Lasten der Ostfront und der italienischen Front ging, habe ich bereits angedeutet.

Es war nun die grosse Frage, ob diese Landung gelingen werde oder nicht. Hier ist ein Wort des Grafen Stauffenberg vorgebracht worden, die Chance sei «fünfzig-fünfzig» gewesen. Das ist eine Wendung, wie man sie im Gespräch gebraucht. Ich kann mir nicht denken, dass Graf Stauffenberg, der ja einer unserer bestqualifizierten Generalstabsoffiziere war, sie als endgültige Formel hätte gelten lassen. Wir wussten damals nicht genügend von den technischen Möglichkeiten, die die Gegenseite für diese Landung entwickelt hatte. Wir wussten auch nicht genau, wo sie landen würden. So blieb die Errechnung der Chance ganz offen. (Auf die Frage, welche Konsequenzen sich ergaben, wenn diese Landung gelang, kommen wir nachher.)

Die Landung erfolgte am 6.6. in einem Augenblick, als das Maximum an Bereitstellung von Verbänden bei uns ungefähr erreicht war. Es hat daher einige Zeit gedauert, bis die Alliierten gleich stark waren. Aber es ist zu beachten, dass sie am 12.6., also nach sechs Tagen, bereits 326'000 Mann gelandet hatten. Die Gegner hatten den Vorteil, dass sie die Landung durch ihre Schiffsgeschütze übersichern konnten, vor allem, dass sie über Frankreich eine Luftüberlegenheit erzielten, die von da an nie wieder gebrochen worden ist. Ausserdem hatten wir den grossen Nachteil, dass im Westen noch mehr als in Italien alle rückwärtigen Eisenbahnen und alle Brücken hinter der Front zerschlagen waren, so dass nur noch im sogenannten «Inselverkehr» auf kleinen Strecken hin und her gefahren werden konnte. Immerhin ist das eine in diesen ersten Wochen gelungen: Der Gegner konnte zwar seine Landkräfte zusammenschliessen, er konnte durch die Halbinsel Cotentin durchstossen, Cherbourg einnehmen, aber ihm gegenüber hielt doch noch eine geschlossene deutsche Front quer durch die Normandie. Und diese hielt auch noch am 20.7.

Hier ist aber zu fragen: Wie stand es um die weiteren Aussichten? Das Bild, das ich schon einmal angeführt habe – das Bild von dem Draht, der zerspringt, wenn man an einer Stelle draufschlägt – ist hier noch einmal zu benutzen. Bei der Überlegenheit des Gegners in Bezug auf die Luftwaffe und das Kriegsmaterial war mit geradezu mathematischer Genauigkeit vorauszusehen, dass diese Front eines Tages zerspringen würde, zerspringen musste. Es war nur noch die Frage, wo? Bekanntlich hat am 27.7. Patton die

schwache Stelle an unserem linken Flügel bei Avranches gefunden und ist dort durchgestossen. Dieses Verhängnis ist dadurch noch vergrößert worden, dass Hitler sich wieder der Illusion hingab, dieses Loch liesse sich noch schliessen. Es blieb also der linke aufgeschlagene Flügel der Normandiefrent stehen, wo er stand, und daher konnte er von Patton von hinten umfasst werden. Da es den Engländern dann gelang, auch die Mitte der Front aufzubrechen, war am 16.8. der Kessel von Falaise geschlossen, in dem unsere wichtigsten Panzerverbände steckten. Zu den vielen rätselhaften Abläufen dieses Krieges gehört, dass nach bereits völliger Einkesselung durch Aufsprengen der Kessel wand noch Teile herausgekommen sind.

### **Landung auch an der Riviera**

Diese Entwicklung war am 20.7. noch nicht sichtbar, aber sie war bereits zu ahnen, ebenso, dass in Kürze über das Mittelmeer eine weitere Landung erfolgen werde. Denn wir besaßen genaue Nachrichten über englische, amerikanische und französische Verbände, die in Nordafrika und Süditalien bereitstanden; es waren über 23. Es war kein Zweifel, dass sie eines Tages irgendwo im Süden landen würden. Am 15.8. erhielten wir die Antwort auf diese seit Wochen gestellte Frage: es erfolgte die Landung an der französischen Riviera, die gleichfalls nicht aufgehalten werden konnte.

Eine im Westen geglückte Landung bedeutete Wiederbeginn jenes Zweifrontenkrieges, der uns in die Katastrophe von 1918 geführt hatte und der 1939 in so rätselhafter Weise nicht zustande kam, weil die Franzosen und Engländer sich auf ein «Stillhalteabkommen» geeinigt hatten. In diesem Augenblick hatte ein Zweifrontenkrieg geradezu furchtbare Konsequenzen. Man halte sich vor Augen, wie in demselben Augenblick die Gefahr in Finnland zur Katastrophe drängte, ebenso auf dem Balkan und Italien. Vor allem war die Landung deshalb so gefährlich, weil jetzt das Verhängnis bei der Heeresgruppe Mitte und bei Rumänien im Anlaufen war. Nun wäre ja noch denkbar gewesen, dass wir uns rechtzeitig auf rückwärtige Stellungen zurückzogen, und zwar auf solche Stellungen, die durch weitere Landungen nicht gefährdet waren und auch Menschen einsparten. Der Wehrmachtsführungsstab hatte solche Planungen natürlich schon seit Wochen vorbereitet, aber Hitler wollte von ihnen nichts wissen. Als er endlich im August diese Vorschläge zur Kenntnis nahm, war die Entwicklung schon über sie hinweggegangen.

### **Auch Rundstedt resignierte**

In den Wochen vorher hatte der OB-West, Generalfeldmarschall von Rundstedt, noch gehofft, dass – falls es zu einem Kampf im

freien Gelände käme – es möglich sein würde, durch geschicktes Operieren den Gegner wieder anzuhalten. Nachdem sich aber nun eine früher unvorstellbare Überlegenheit in der Luft herausgestellt hatte und sich auch zeigte, dass der Gegner auf der Erde von Tag zu Tag ein stärkeres Übergewicht durch seine Panzer gewann, auch genügend mit Treibstoff versehen war, da war die Rundstedt'sche Hoffnung an den Tatsachen zerschellt.

Demgegenüber stand Rommel als Oberbefehlshaber der am Kanal eingesetzten Heeresgruppe B auf dem Standpunkt, der Gegner müsse an der Grenzscheide zwischen Meer und Land zurückgeschlagen werden. Der Rommelsche Standpunkt hatte sich insoweit durchgesetzt, als bis in den Bereich der Ebbe die Hindernisse vorgetrieben wurden. Rommel folgte weiter, gelinge es nicht, den Gegner an der Grenzscheide zwischen Meer und Wasser zurückzuschlagen, dann sei die Landung nicht mehr zu verhindern und müsse dann zu einem Einbruch nach Frankreich hineinführen. Auf Grund seiner Kenntnisse, die Rommel von der gesamten Kriegslage besass, kam er zu der Überzeugung, dass dies den Verlust des Krieges überhaupt bedeute. Welche Folgerungen Rommel aus dieser Kenntnis zog, ist durch das Buch des Chefs seines Generalstabes, des Generals Dr. Speidel, allgemein bekanntgeworden.

Hier ist Folgendes festgehalten: Am 17. 6. kommt Hitler auf Drängen von Rundstedt und Rommel mit beiden auf einem Gefechtsstand bei Soissons zusammen; nachdem ihm die Lage sachkundig und rückhaltlos klargelegt ist, vertröstet er die Oberbefehlshaber mit der Wirkung, die die V-Waffe haben werde. (Tatsächlich haben wir 1050 V2-Geschosse in England gelandet, und bekanntlich haben sie nur lediglich wie Stecknadelstiche gewirkt, die die Engländer nur noch härter machten in ihrem Entschluss, Deutschland zu vernichten. Operativ hat der ganze Beschuss mit VI und V2 nichts bedeutet.) Als Rommel nach dieser Besprechung in kleinem Kreise auf die hoffnungslose Gesamtlage hinwies, erklärte ihm Hitler, Rommel solle sich nicht um den Weitergang des Krieges, sondern um seine Invasionsfront kümmern. Hitler wollte sich anfänglich an der Front selbst überzeugen, wie es stand; er ist aber vorher wieder weggefahren – ein verirrtes VI-Geschoss war in der Nähe seines Bunkers niedergegangen.

Am 29.6. hat dann nochmals eine Besprechung stattgefunden. Aber bei ihr liess Hitler es gar nicht dazu kommen, dass Rundstedt und Rommel ihn unter vier Augen sprechen konnten. Auch diesmal wies er auf «die Wunderwaffen» hin. Das allein greifbare Ergebnis dieser Besprechung war, dass Rundstedt am 2. 7. abgesetzt wurde. Sein Nachfolger wurde v. Kluge, der sich vorher längere Zeit in Berchtesgaden aufgehalten und hier zunächst den Eindruck gewonnen hatte, Hitler beurteile die Lage im Westen richtiger als die

Oberbefehlshaber; sie sei nicht so hoffnungslos, wie Rommel sie gesehen haben wollte. Dadurch entstand zunächst ein Konflikt zwischen Rommel und v. Kluge. Aber nachdem dieser sich an der Front ein Bild gemacht hatte, sah er sich gezwungen, der Auffassung Rommels zuzustimmen. Sie ging am 9. 7. dahin, dass die Normandie-Front maximal noch 14 Tage oder drei Wochen halten werde.

### Die Schlussfolgerungen

Von unseren Verbündeten war am 20.7.1944 Italien bereits abgefallen. Die Regierung Mussolini führte nur noch ein Schatten-dasein. Es wurden einige neue italienische Divisionen in unserem Verbände aufgestellt, aber noch mehr Divisionen auf der Badoglio-Seite. Finnland, Rumänien und Bulgarien sonderten sich unmittelbar nach dem 20. 7. ab. Die Slowakei bedeutete im grossen Rahmen gar nichts; sie hat uns nur zwei Brigaden gestellt, und die haben uns wenig genutzt. In Kroatien hielt sich noch die Regierung des sog. «Poglavnik», gestützt auf ihre fluchwürdige Ustascha, am Ruder. Hätte hier Ante Pavlowitsch, der bei der Wehrmacht keine Freunde gewonnen hatte, nicht Rückhalt an Hitler gehabt, wäre er weggefegt worden. Ungarn wurde mühsam bei der Stange gehalten.

Deutschland stand am 20. 7. also praktisch allein und hatte keinerlei Aussichten, dass ihm noch irgend jemand beispringen würde. An der Ostfront hatte sich die doppelte Katastrophe bei der Heeresgruppe Mitte und in Rumänien bereits angebahnt. In Finnland, auf dem Balkan und in Italien war mit dem Zusammenbruch der bisher gehaltenen Fronten zu rechnen. Und das Schlimmste: im Westen war den Alliierten die Landung gelungen, und der Tag, an dem die Normandie-Front zerspringen und dem Angreifer den Weg nach Frankreich freigeben werde, war in kurzer Zeit zu erwarten.

Daraus ergibt sich der zwingende Schluss: die militärische Lage war am 20. 7. bereits ausweglos. Auf der militärischen Ebene war kein Umschwung mehr zu erwarten, selbst wenn man die unwahrscheinlichsten Glücksfälle mit in Rechnung stellte.

Mitte 1944 konnte der Menschenbedarf der Wehrmacht nicht mehr ausreichend gedeckt werden, das Heer war daher der Gefahr ausgesetzt, in sich zu verbrennen. Die Wehrwirtschaft leistete zwar noch Erstaunliches, aber seit der 2. Hälfte des Jahres 1944 fing sie infolge der Bombenschäden zu schrumpfen an. Die Treibstofflage entwickelte sich im Mai 1944 so, dass die Wehrmacht eines Tages von selbst zum Stehen kommen musste. Von diesen drei Faktoren zwingt jeder Einzelne zu dem Schluss: der Krieg war unweigerlich verloren, und zwar schon Mitte 1944.

Soviel auch im letzten Kriege erfunden sein mag, soviel auch schon vorbereitet oder erprobt gewesen ist, soviel auch in den



Frontversuch gegeben werden konnte – man muss diese Unterschiede sehr genau beobachten –, nichts davon war so einschneidend, dass es damals dem Kriege noch eine andere Wendung zu geben imstande gewesen wäre.

Es ist nicht mehr möglich gewesen, die Düsenflugzeuge, wie Galland es wünschte, noch einmal zu einem Grosseinsatz zu bringen, weil die Not an der Front zu gross war. Sie wurden ihm weggenommen, bevor er genügend gehortet hatte. Die neuen U-Boote mit Walther-Antrieb haben sich auch nicht mehr auswirken können, weil die Endkatastrophen dazwischenkamen. Bei allen diesen Erfindungen spielte der Mangel an Menschen, der Mangel an Material und die immer schlimmer werdende Eisenbahnlage eine verhängnisvoll Rolle, da sich dadurch Verzögerungen in der Fertigstellung ergaben. Aber selbst wenn man einmal annimmt, dass alles noch fertig geworden wäre, so ist doch rückschauend festzustellen, dass keine dieser Erfindungen imstande gewesen wäre, alle jene negativen Faktoren wettzumachen. Die Not hat uns zwar erfinderisch gemadit, aber sie hat uns nicht auf ein Mittel geführt, das die überall weidenden Fronten, das Ausbrennen des Heeres, das Schrumpfen der Industrie, das Schwinden des Treibstoffes hätte aufhalten können.

Es gab keine Geheimwaffen, die imstande gewesen wären, dem Krieg eine andere Wendung zu geben, und es gab erst recht keine deutsche Atombombe.

Bei den Millionen von Fremdarbeitern, die in der Wehrwirtschaft beschäftigt wurden, bei der Mitbenutzung der Industrie in den besetzten Ländern waren die Voraussetzungen für eine Sabotage im grösseren Massstabe denkbar günstig. Ich stelle demgegenüber fest, dass – soweit es Sabotage gegeben hat – diese niemals einen spürbaren Umfang angenommen hat. Bei meiner Dienststelle, dem Wehrmachtsführungsstabe, dem jede Information zugänglich war, hätten solche Feststellungen natürlich grösste Unruhe ausgelöst, da ja alle unsere Berechnungen auf der Frage beruhten: Kommt denn das aus der Heimat, was in Aussicht genommen ist? Es sind uns aber in den Jahren 1943, 1944 und 1945, in denen ich diesem Stabe angehörte, immer nur kleine Fälle, die sich im Grossen gar nicht ausgewirkt hatten, bekanntgeworden. Zum Falle Verrat ist in Bezug auf die Heeresgruppe Mitte zu sagen: bei ihrer Vernichtung hat Verrat keine Rolle gespielt. Diese Feststellung ist nun dahin zu erweitern, dass die Kämpfe an den Fronten auf keinem Kriegsschauplatz und zu keiner Zeit des Krieges durch Verrat eine Änderung erfahren haben. Das gilt im Besonderen für die Zeit vor und während des 20. 7. Es haben Oberbefehlshaber sowie Generale und Stabsoffiziere in Schlüsselstellungen zu den Verschworenen gehört, aber sie haben im Osten und im Westen den Widerstand genauso nachhaltig durchgeführt wie die anderen, die nicht beteiligt waren.

Das sieht man besonders deutlich an dem Verhalten Rommels, das ergibt sich aber schon aus folgenden Überlegungen: Die Männer des 20.7. hofften zu Verhandlungen mit der Gegenseite zu kommen. Die Voraussetzung dafür war aber, dass die deutsche Front hielt, dass noch ein Damm stand; denn war der Dambruch erfolgt, dann brauchten die anderen niemanden mehr, mit dem sie sich auf Verhandlungen einliessen. Die Verschworenen hatten also dasselbe Interesse, womöglich ein noch grösseres als Hitler, die Front im Osten, im Westen, im Süden und Südosten aufrechtzuerhalten.

Das Heer war ausgebrannt, die Wehrwirtschaft trat in einen Schrumpfungsprozess ein, die Treibstofflage drohte die Wehrmacht schliesslich zum Stehen zu bringen; aussenpolitische Möglichkeiten gab es nicht mehr, solange Hitler selbst noch führte.

Wie man die Dinge auch wendet, von welcher Ebene aus, aus welchem Sektor heraus man auch den Krieg betrachten mag: der Krieg war am 20. Juli verloren. Die Schlusskatastrophe war gewiss – nur über ihr Datum konnte man noch streiten.

### III

## DAS ATTENTAT VOM 20. JULI 1944

### 1. Der Donnerschlag in der Wolfsschanze und die Vorgänge in der Bendlerstrasse

Von Fabian v. Schlabrendorff

Es war notwendig, den Attentäter in das Hauptquartier Hitlers zu bringen. Dadurch wurde von vornherein die Auswahl auf einen verhältnismässig kleinen Kreis von Menschen beschränkt, weil die grosse Mehrzahl der Mitverschworenen dort keinen Zutritt hatte oder nur schwer unter einem Vorwand dorthin gebracht werden konnte. Um die Vorfrage nach den Möglichkeiten im Hauptquartier Hitlers zu klären, flog ich zweimal dorthin und besprach das Erforderliche mit dem ortskundigen Oberstleutnant Dietrich von Bose.

Durch diesen bekam ich einen genauen Abriss über den Tagesablauf Hitlers. Erst um 10 Uhr morgens liess sich Hitler durch einen Diener wecken. Gleichzeitig wurde mittels eines Aufzuges das Frühstück in sein Schafzimmer befördert. Ausserdem wurden ihm die durch Ribbentrop ausgewählten Auszüge aus den ausländischen Zeitungen vorgelegt. Da Hitler keine fremde Sprache sprach, wurden die Auszüge ins Deutsche übersetzt. Alle Schriftstücke, die ihm unterbreitet wurden, waren auf einer besonderen Schreibmaschine geschrieben, die unnatürlich grosse Buchstaben hatte. Hitler war kurzsichtig. Es musste alles so gross geschrieben sein, dass er es ohne Brille lesen konnte. Niemand sollte an der Art, wie er das Schriftstück hielt, erkennen, dass er einen Augenfehler hatte. Zur Betrachtung einer Landkarte benützte er eine Lupe oder eine Brille. Es war streng verboten, ihn mit Brille zu photographieren. Hitler meinte, ein Diktator mit Brille müsse an Autorität verlieren.

Um 11 Uhr empfing er seinen Chefadjutanten. Dieser hatte ihm im Wesentlichen Personalien vorzutragen. Mittags um 12 Uhr begann die Lagebesprechung, in der die Chefs der Generalstäbe der Wehrmacht und des Heeres über die Lage berichteten. Andere Offiziere wurden je nach Bedarf zugezogen. Hier entschied Hitler die militärischen Fragen persönlich. Um 2 Uhr nachmittags begann das Mittagessen, das sich infolge seiner an die Tischgesellschaft gerichteten Monologe bis 4 Uhr hinzog. Dann legte sich Hitler zum Nachmittagsschlaf nieder, von dem er sich zwischen 6 und 7 Uhr erhob. Im Anschluss daran erteilte er Audienzen repräsentativen Charakters.

Das Abendessen begann um 8 Uhr und dauerte bis 10 Uhr. Danach versammelte er einen bestimmten von ihm selbst ausgewählten Kreis von Menschen um sich, um mit diesen bis 4 Uhr morgens zu sprechen, wobei er meistens das Gespräch allein führte. In diesen Nachtstunden entwickelte er im Kreise seiner Getreuen seine «völkerbeglückenden» Ideen. Um 4 Uhr morgens legte er sich dann schlafen. An den Nachtgesprächen nahmen seine beiden Sekretärinnen teil, während er sonst ihm nahestehende Frauen nicht mit ins Hauptquartier nahm. Diese hatten dagegen auf dem Obersalzberg Zutritt. An dem Tagesablauf wurde nur in ganz dringenden Fällen etwas geändert. Während seiner Schlafzeiten durfte er unter keinen Umständen geweckt werden.

Bei der Prüfung, wer sich ein solches Attentat überhaupt zutraute, stellte sich heraus, dass auch solche, die ihre Tapferkeit im Kriege mehrfach unter Beweis gestellt hatten, offen zugaben, sie glaubten nicht, einer solchen Aufgabe gewachsen zu sein. So lehnte der 30jährige Oberstleutnant Freiherr Georg v. Boeselager, der wegen Tapferkeit vor dem Feind mit Ritterkreuz, Eichenlaub und Schwertern ausgezeichnet worden war, das entsprechende Ansinnen mit dem Hinweis ab, er könne so etwas nicht, traue sich aber zu, mit dem von ihm geführten Regiment das Hauptquartier Hitlers zu nehmen. Nun lag aber das Regiment Boeselagers in Russland. Seine Verlegung nach Ostpreussen, die von uns betrieben wurde, liess sich nicht durchsetzen.

Ein anderer – Oberleutnant v. Haeften, der Ordonnanzoffizier Stauffenbergs – glaubte auf Grund christlicher Überzeugung es nicht verantworten zu können, durch ein von ihm ausgeführtes Attentat vielleicht auch Menschen aus der Umgebung Hitlers zu töten. Ein junger Hauptmann, Axel v. dem Bussche, der alle solche Bedenken in sich niedergerungen hatte, wurde schwer verwundet, kam auf lange Zeit ins Lazarett und schied so aus der Reihe der in Frage kommenden Attentäter aus. Schliesslich erbot sich General Stieff mit seinen beiden Gehilfen, Major Kuhn und Oberleutnant v. Hagen, das Attentat auszuführen. Nach einigem Überlegen schien es Stieff unmöglich, unbemerkt den Sprengstoff in das Besprechungszimmer zu bringen.

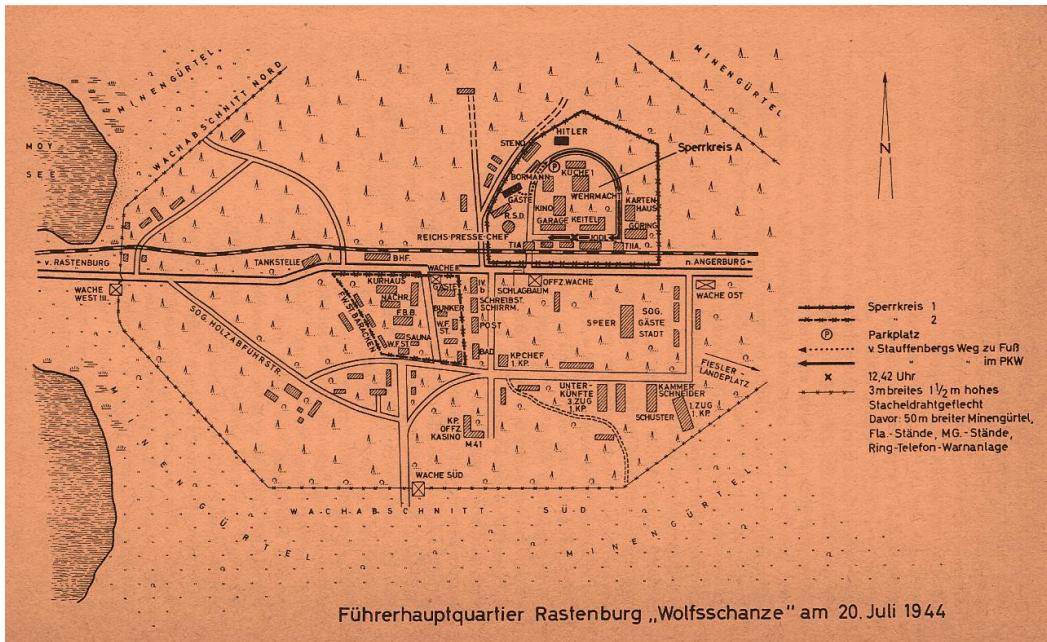
Er einigte sich nach einer Rücksprache mit General der Artillerie Wagner auf folgenden Plan: Man ging damals mit dem Gedanken um, eine neue Uniform einzuführen. Diese Uniform sollte Hitler vorgeführt werden. Bei dieser Gelegenheit sollte durch einen Offizier, der sich selbst opfern wollte, das Attentat erfolgen. Der fragliche Offizier sollte die Bombe an seinem Körper tragen, dort die Zündung betätigen, auf Hitler losspringen, ihn umarmen und sich gemeinsam mit Hitler in die Luft sprengen. Die Vorführung der Uniform ist mehrfach angesagt worden. Immer wieder sagte Hitler

ab, gleichsam als ob er das Attentat geahnt hätte. Als die Vorführung der Uniform in Berlin für den November 1943 erneut in Aussicht genommen war und gleichzeitig alle Vorkehrungen für das Attentat getroffen waren, ja sogar Aussicht bestand, Hitler werde diesmal wirklich kommen, vernichtete am Tage vorher ein Bombenangriff alle Vorkehrungen, so dass die Vorführung der Uniform abgesagt werden musste.

Auch Tresckow erklärte sich zu einem neuen Versudi bereit. Sein Vorhaben war aber an die Voraussetzung geknüpft, irgendwo mit Hitler zusammenzutreffen. Hierzu wäre es notwendig gewesen. Tresckow in eine Position zu bringen, von der aus er zu Hitler hätte gelangen können, ohne dass dies aufgefallen wäre. Tresckow versuchte auf zwei Wegen, in eine solche Position zu gelangen. Er bemühte sich, General Schmunt zu überzeugen, es müsse unter ihm, Schmunt, eine neue Stelle geschaffen werden, die damit beauftragt sei, psychologisch-politische Erfahrungen im Frontheer unmittelbar nach oben zu leiten und auszuwerten. Schmunt interessierte sich zwar für den Plan, schritt aber nicht zur Ausführung, sei es dass er Verdacht geschöpft hatte, sei es dass er einen sachlichen Gegengrund hatte. Später ergab sich noch eine weitere Möglichkeit, als General Heusinger, damals Chef der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres, einen längeren Urlaub antrat, einen Stellvertreter braudrte und die Frage erwogen wurde, seinen Stellvertreter später auch zu seinem Nachfolger zu machen. Auf vielfache Weise war immer vergeblich versucht worden, Tresckow in diese Position zu bringen.

Nun trat Tresckow selbst an Heusinger heran. Dieser war ein Nichtnazi. Es war im späten Winter des Jahres 1943. Wir lagen damals in einem kleinen Ort in den Pripjetsümpfen. Tresckow schrieb einen Brief an Heusinger, in dem er ihn beschwor, ihn zum Vertreter für die Dauer seines Urlaubs vorzuschlagen. Gleichzeitig schrieb Tresckow einen zweiten Brief an Stieff, dem er, weil bei ihm die Bombe und die Zünder lagen, auseinandersetze, welche Gesichtspunkte zu beobachten waren, um jeden technischen Fehler bei der Entzündung der Bombe auszuschliessen. Mit diesen beiden Briefen flog ich im «Storch» nach Minsk und erreichte dort den Anschluss an das Kurierflugzeug zum OKH. Zunächst meldete ich mich bei Heusinger und gab ihm den Brief. Heusinger las das Schreiben Tresckows sofort und sagte, ohne eine Miene zu verziehen: «Es bedarf keiner Antwort.» Ich hatte den Eindruck, dass Heusinger die Absicht Tresckows durchschaute und durch Nichtantwort seine Weigerung zum Ausdruck zu bringen versuchte.

Von Heusinger ging ich zu Stieff, der mich mit der bei ihm gewohnten Nonchalance und Lustigkeit empfing, den Brief Tresckows aufriss, ihn überflog, in zustimmendes Lachen ausbrach und dann



Führerhauptquartier Rastenburg „Wolfsschanze“ am 20. Juli 1944

das Schreiben in kleine Stücke zerriss. Als er im Begriff war, die Papierstücke in den Papierkorb zu werfen, erlaubte ich mir, ihm in den Arm zu fallen. Gleichzeitig bat ich ihn, mir die Briefreste zur völligen Zerstörung zu überlassen. Er willfahrte sofort und bedankte sich für den guten Ratschlag.

An die Person Stauffenbergs als Attentäter wurde damals nicht gedacht. Die Tatsache, dass er nur noch ein Auge und drei Finger besass, und die Erwägung, dass er am Tage des Umsturzes in Berlin an entscheidender Stelle unentbehrlich war, waren Umstände, die ihn für den Posten des Attentäters nicht geeignet erscheinen liessen. So kamen wir noch zu einem anderen Entschluss. Es sollte wieder versucht werden, Hitler zu einem Besuch bei der Heeresgruppe Mitte zu veranlassen. Dann sollten mehrere von uns mit der Pistole, also ohne Sprengstoff, in Form eines Gemeinschaftsattentats dem Leben Hitlers ein Ende setzen. Wir rechneten zwar damit, dass nicht alle Schüsse treffen würden, glaubten aber, dass auch die Hälfte der auf ihn abgefeuerten Geschosse genügen würde. Die Tatsache, dass wir mehrere waren, sollte es uns psychologisch erleichtern, die Last zu tragen, die jeden Menschen niederdrückt, wenn er vor einer solchen Tat steht. Alle Vorbereitungen waren getroffen, sowohl in Smolensk wie in Orscha und wiederum etwas später in Minsk. Aber Hitler liess sich durch nichts und niemanden zu einer Wiederholung seines früheren Besuches bei der Heeresgruppe Mitte bewegen.

Stauffenberg selbst war mit Wirkung vom 1. Juli Chef des Stabes bei Generaloberst Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres, geworden. Er war dazu auf Grund seiner hervorragenden organisatorischen Leistungen ernannt worden. Als Generaloberst Fromm ihm mitteilte, dass er ihn für diese entscheidende Stelle ausersehen habe, hatte Graf Stauffenberg widersprochen mit dem Hinweis, er, Stauffenberg, glaube nicht mehr, dass der Krieg gewonnen werden könne. Die Schuld an dieser Niederlage aber treffe niemanden anders als Hitler. Fromm hatte das, ohne zu widersprechen, angehört, hatte gemeint, seine, Fromms Ansicht sei nicht eben gerade sehr verschieden von derjenigen Stauffenbergs. Stauffenberg hatte den Mut, die gleichen Einwände beim Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Zeitzler, geltend zu machen. Auch dieser hörte sich die Einwände ruhig an und erwiderte, er schätze es, wenn ein Untergebener die Zivilcourage habe, offen zu sagen, was er meine.

Das Hauptquartier Hitlers in Ostpreussen war von drei Sperrzonen umgeben, die nur schwer durchschritten werden konnten, weil für jeden Sperrkreis ein besonderer Ausweis erforderlich war. Die gleiche Schwierigkeit bestand beim Verlassen des Hauptquartiers. Als Stauffenberg am 20. Juli 1944, kurz vor 12 Uhr mittags, bis in den innersten Sperrkreis gelangt war, musste er zu seiner Überraschung feststellen, dass die Lagebesprechung nicht in dem üblichen Beton-

bunker, sondern in dem sogenannten Teehaus stattfand, dessen Erdboden und Decke ohne festen Steinbelag waren. Der Besprechungsraum lag an einem langen Gang. In dem Raum selbst befand sich ein grosser Tisch, an dessen Längsseite für fünf Personen Platz war.

Hitler war anwesend. Aussei Himmler und Göring, die fehlten, war der übliche Personenkreis versammelt. Stauffenbergs Platz war unmittelbar rechts neben Hitler an der Längsseite des Tisches. Nachdem der Vortrag über die Ersatzlage bei der Truppe beendet war, konnte sich Stauffenberg durch einen vorgetäuschten Telefonanruf herausrufen lassen. Er betätigte die Zündung der Zeitbombe, die sich in seiner Aktentasche befand, stellte sie an das Tischbein, das seinen Platz und den Stuhl Hitlers trennte, und verliess das Zimmer.

Die Explosion ereignete sich, als Hitler an seinem Platz stehend sich über eine Karte auf den Tisch beugte.

Die Tatsache des fehlenden Steinbelages hatte zur Folge, dass der Luftdruck der Explosion seinen Ausweg durch die Wand nahm. Die meisten Beteiligten wurden durch die nachgebende Wand ins Freie geschleudert und kamen so mit dem Leben davon. **Vier Beteiligte fanden den Tod: der Stenograph Hitlers, Berger, der Chefadjutant Hitlers, General Schmudt, der am 1.10.1944 seinen Verletzungen erlag, der erste Generalstabsoffizier der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres, Oberst Brandt, und der Chef des Generalstabes der Luftwaffe, General Korten.** (nächstes Mal Pistole statt Bombe benutzen...)

Hitler selbst wurde aus dem Raum herausgeschleudert, erlitt ausser Prellungen und Brandwunden nur eine Verletzung an der rechten Hand. Die Szene bot nach der Explosion ein furchtbares Bild. Es hatte den Anschein, als ob die Insassen des Raumes tot oder sterbend in ihrem Blute lägen. Stauffenberg hatte sich in der Nähe aufgehalten. Er wartete, bis die Explosion die sonst im Hauptquartier herrschende Stille mit ohrenbetäubendem Krachen unterbrach. Er sah, wie die Teilnehmer der Besprechung – Hitler unter ihnen – aus dem Raum herausgeschleudert wurden und in zerfetzten Kleidern blutüberströmt dalagen. In dem festen Glauben, dass die Bombe das ihr zuge dachte Werk verrichtet habe, begab sich Stauffenberg auf den Rückweg. Aber schon war überall Alarm gegeben. Die Sperrkreise wurden geschlossen. Mit Glück und List gelang es Stauffenberg dennoch, aus dem Hauptquartier hinauszukommen. Er fuhr zum Flugplatz, flog nach Berlin und übernahm die Leitung in Berlin.

Während sich dies (im Führerhauptquartier) alles ereignete, spielte sich in Berlin in der Bendlerstrasse bei Generaloberst Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres, eine Szene ab, die mir aus Fromms Mund und aus seiner Anklageschrift bekannt ist.

Am frühen Nachmittag des 20. Juli 1944 war General Olbricht zu Fromm ins Zimmer gekommen und hatte gesagt, er müsse ihm eine



Meldung unter vier Augen machen. Fromm unterbrach darauf den militärischen Vortrag, den er gerade entgegennahm. Dann meldete Olbricht, Hitler sei einem Attentat zum Opfer gefallen. Fromm fragte zurück: «Von wem wissen Sie das?» Olbricht erwiderte, die Nachricht stamme von General Fellgiebel, der sie persönlich von seiner Dienststelle aus an den Nachrichtengeneral beim Befehlshaber des Ersatzheeres weitergegeben habe.

Olbricht fuhr fort: «Ich schlage unter diesen Umständen vor, an alle stellvertretenden Generalkommandos das Stichwort für innere Unruhen auszugeben und damit die Exekutivgewalt zu übernehmen.» Fromm erklärte daraufhin, eine so weitgehende Massnahme nur treffen zu können, wenn er sich selbst vom Tode Hitlers überzeugt habe. Er werde Generalfeldmarschall Keitel anrufen und anfragen. Olbricht nahm nunmehr selbst das Telephon bei Fromm auf und erbat die Herstellung eines Blitzgespräches mit Generalfeldmarschall Keitel. Nachdem die Verbindung hergestellt worden war, fragte Fromm Keitel, was im Hauptquartier los sei, es gingen in Berlin wilde Gerüchte um. Keitel erwiderte:

«Was soll denn los sein? Es ist alles in bester Ordnung.» Fromm bemerkte hierzu: «Mir ist eben gemeldet worden, der Führer sei einem Attentat zum Opfer gefallen.» Keitel antwortete: «Das ist Unsinn. Es hat zwar ein Attentat stattgefunden, es ist aber zum Glück fehlgeschlagen. Der Führer lebt und ist nur unwesentlich verletzt. Wo ist denn Ihr Chef, der Graf Stauffenberg?» Fromm erwiderte: «Oberst Stauffenberg ist noch nicht wieder bei mir eingetroffen.» Dieses Gespräch wurde von Olbricht mitangehört. Auf Grund der Keitelschen Äusserung entschied Fromm, dass vorerst das Stichwort für innere Unruhen nicht an die stellvertretenden Generalkommandos zu geben sei.

Nach einiger Zeit erschien General Olbricht, von Oberst Graf Stauffenberg begleitet, erneut bei Fromm. Olbricht wies Fromm darauf hin, Stauffenberg habe ihm den Tod Hitlers bestätigt. Fromm erwiderte: «Das ist doch unmöglich, Keitel hat mir das Gegenteil versichert.» Stauffenberg bemerkte: «Der Feldmarschall Keitel lügt wie immer, ich habe selbst gesehen, wie man Hitler tot hinausgetragen hat.»

In diesem Augenblick erklärte Olbricht zu Fromm: «Angesichts dieser Lage haben wir das Stichwort für innere Unruhen an die stellvertretenden Generalkommandos gegeben.» Auf diesen Satz hin sprang Fromm auf, schlug mit der Faust auf den Tisch und rief: «Das ist glatter Ungehorsam! Was heisst ‚wir‘? Wer hat den Befehl gegeben?» Olbricht erwiderte: «Mein Stabschef, Oberst Merz v. Quirnheim.» Fromm verlangte von Olbricht die sofortige Herbeiholung des Oberst Merz v. Quirnheim. Dieser erschien und gab auf Befragen von Fromm zu, ohne Fromms Bewilligung das Stichwort für

innere Unruhen an die stellvertretenden Generalkommandos gegeben zu haben. Fromm erklärte ihm daraufhin stehend: «Sie sind verhaftet. Das Weitere wird sich finden.»

In diesem Augenblick stand Oberst Graf Stauffenberg auf und erklärte eiskalt: «Herr Generaloberst, ich habe die Bombe selbst in der Lagebesprechung bei Hitler gezündet. Es hat eine Explosion gegeben, als ob eine 15-cm-Granate eingeschlagen wäre. Niemand in diesem Raum kann mehr leben.» Fromm erwiderte: «Graf Stauffenberg, das Attentat ist missglückt, Sie müssen sich sofort erschiessen.» Graf Stauffenberg: «Nein, das werde ich nicht tun.»

Wieder griff Olbricht in die Unterhaltung ein und wandte sich an Fromm: «Herr Generaloberst, der Augenblick zum Handeln ist gekommen. Wenn wir jetzt nicht losschlagen, wird unser Vaterland unter Hitler für immer zugrunde gehen.» Fromm erwiderte: «Dann sind auch Sie, Olbricht, an diesem Staatsstreich beteiligt?» Olbricht erwiderte: «Jawohl, aber ich persönlich stehe nur am Rande dieses Kreises, der die Macht in Deutschland übernehmen wird.» Fromm erwiderte: «Ich erkläre Sie hiermit alle drei für verhaftet.» Olbricht antwortete: «Sie können uns nicht verhaften, Sie täuschen sich über die wahren Machtverhältnisse, wir verhaften Sie.»

Daraufhin kam es zu einem Handgemenge zwischen Fromm und Olbricht, in das Merz und Stauffenberg eingriffen. Fromm wurde überwältigt. Ein Offizier mit Pistole betrat das Zimmer. Fromm wurde gezwungen, das Zimmer nicht mehr zu verlassen. Gleichzeitig wurde ihm erklärt, dass sein Telefonapparat ausgeschaltet sei. Generaloberst Fromm fügte sich dieser Verhaftung bis zum Abend. Es gelang aber zwei Generalen, noch im Laufe des Nachmittags in sein Zimmer zu kommen. Sie erklärten ihm, das Gerücht von dem Misslingen des Attentats habe sich blitzartig ausgebreitet. Das Offizierskorps und die Beamtschaft beim Befehlshaber des Ersatzheeres seien nicht gewillt, sich an dem Staatsstreich zu beteiligen. Es werde versucht, Truppen herbeizuholen und die Aufrührer festzunehmen. Gegen Abend bat Fromm, sich in seine Dienstwohnung innerhalb des gleichen Gebäudes begeben zu dürfen. Dies wurde ihm gestattet.

Im Anschluss an seine Festnahme wurde Fromm zunächst von dem seit 1941 aus der Wehrmacht ausgestossenen Generaloberst Hoepner aufgesucht. Dieser erklärte, er bedaure sein persönliches Schicksal, könne ihm aber sagen, es werde ihm nichts geschehen. Die Machtbefugnis des Befehlshabers des Ersatzheeres ginge hiermit auf ihn, Hoepner, über, während Generalfeldmarschall v. Witzleben die oberste militärische Leitung übernommen habe. Generaloberst Beck sei ebenfalls im Hause. Er sei das von ihnen ausersehene Oberhaupt des neuen Deutschen Reiches. Für sie sei Hitler tot, auch wenn Keitel das Gegenteil behauptete.

Währenddessen liefen in Wien, Prag, Paris und Kassel die ersten Massnahmen an. Gleichzeitig marschierten die um Berlin gelegenen Teile des Heeres auf Berlin. Der als Hitleranhänger bekannte Kommandierende General von Berlin und der Mark Brandenburg wurde zum Kriegsministerium bestellt und dort festgenommen. Als sein Nachfolger wurde General v. Thüngen eingesetzt.

Auf Befehl des Kommandanten von Berlin, des Generals v. Hase, wurden nunmehr die ersten Sofortmassnahmen eingeleitet. Er gab den Befehl, das Regierungsviertel zu zernieren. Der Kommandeur des Berliner Wach-Bataillons nahm den Befehl entgegen und führte ihn aus. Die zur Verhaftung von Goebbels und zur Besetzung des Berliner Rundfunks bestimmten Stosstruppen sammelten sich im Zeughaus Unter den Linden. Da ereignete sich ein unglücklicher Zufall. Der nationalsozialistische Führungsoffizier des Wach-Bataillons drängte darauf, Goebbels zu fragen, was los sei. Dies geschah. Goebbels rief den Kommandeur selbst zu sich, liess in seiner Gegenwart ein Gespräch mit Hitler herstellen, der dem jungen Kommandeur sagte, es handle sich bei den ihm erteilten Befehlen um eine Revolution. Die Stimme Hitlers verfehlte ihre Wirkung nicht. Das Berliner Wach-Bataillon konnte nicht mehr im Sinn der Widerstandsbewegung eingesetzt werden. Das alles aber hätte den Staatsstreich nicht misslingen lassen. Noch marschierten die Waffenschulen auf Berlin. Da aber verbreitete sich im Kriegsministerium das Gerücht, das Attentat sei misslungen und Hitler lebe. Auf diese Nachricht hin entstand eine grosse Verwirrung. Viele Offiziere wurden schwankend, andere abtrünnig und wieder andere, die bisher im Hintergrund gestanden hatten, sammelten sich zum Gegenstoss. Schüsse fielen. SS und Teile des Wadi-Bataillons rückten heran. Sie besetzten das Kriegsministerium und befreiten Fromm.

Nach seiner Befreiung setzte Fromm ein aus drei Generalen bestehendes Stand-Gericht ein, das die Anführer des Staatsstreiches zum Tode verurteilte. Mit dem Urteil ging Fromm in sein Dienstzimmer, wo Beck, Olbricht, Stauffenberg, Merz v. Quirnheim, Haeften, Hoepner und andere beisammen waren. Fromm erklärte alle für verhaftet und verlas ihnen das Todesurteil.

Hoepner bat daraufhin Fromm, mit der Exekution bei ihm abzuwarten, er hoffe, sich noch rechtfertigen zu können. Fromm willfahrte und liess Hoepner abführen. Olbricht bat Fromm nur um die Gelegenheit, noch ein paar Zeilen an seine Frau schreiben zu dürfen. Auch dieser Bitte gab Fromm statt.

Als dann Fromm von den übrigen Herren die Waffen forderte, erhol sich Beck und sagte: «An mich, Ihren alten Vorgesetzten, werden Sie diese Forderung nicht stellen wollen. Denn ich werde aus dieser verfahrenen Situation die Konsequenzen selbst ziehen.» Fromm gab sein Einverständnis zu erkennen. Hierauf setzte sich Beck in einen

Sessel, zog eine Pistole und versuchte sich, durch einen Schuss in den Kopf zu töten. Das Geschoss streifte aber nur die Schädeldecke. Daraufhin setzte Beck zum zweiten Male an, wobei Graf Stauffenberg den im Sessel sitzenden Beck stützte. Der zweite Schuss traf Beck zwar tödlich, so dass ihm die Pistole entfiel, setzte aber seinem Leben noch kein unmittelbares Ende.

Fromm liess hierauf Olbricht, Stauffenberg, Merz und Haefen einzeln durch ein Kommando der Truppe standrechtlich erschossen. Bevor die Salve abgefeuert wurde, rief Graf Stauffenberg: «Es lebe unser heiliges Deutschland!»

Als nachher Fromms Frage an einen Offizier, ob Beck inzwischen gestorben sei, verneint wurde, gab Fromm den Auftrag, ihn von seinen Leiden zu erlösen.

Generaloberst Fromm wurde im Februar 1945 vom Volksgerichtshof wegen Feigheit zum Tode verurteilt. Das Urteil traf ihn tief. Er hatte es nicht erwartet. Fromm wurde am 19. März 1945 im Zuchthaus in Brandenburg durch Beamte des Zuchthauses erschossen. Er starb mit dem Ruf: Heil Hitler!

(F. v. Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler, 1959, S. 130 ff. 144 ff.)

## 2. Das Attentat im Spiegel des SS-Berichts vom 26. 7. 1944

Reichssicherheitshauptamt – IV –  
Sonderkommission 20. 7. 1944.

Berlin, den 26. Juli 1944.

Bericht zum Attentat auf den Führer am 20. Juli 1944.

**I.** Am 20. 7. 1944 gegen 12.50 Uhr erfolgte in der «Wolfsschanze», Sperrkreis A, Gästebarracke, während der Lagebesprechung Detonation. Der Führer erlitt, obwohl in unmittelbarer Nähe des Detonationsherdes, nur leichte Verletzungen.

Schwer verletzt wurden: General Korten, Oberst Brandt und Stenograph Berger, die ihren Verletzungen inzwischen erlagen, und General Bodenschatz, Generalleutnant Schmudt, Generalmajor Scherff und Oberstleutnant Borgmann.

Leichter verletzt wurden: General Buhle, Generalleutnant Heusinger, Konteradmiral v. Puttkamer und Kapitän zur See Assmann.

Weitere Teilnehmer erlitten leichte Verletzungen.

**II.** Reichsführer-SS hat unmittelbar nach Bekanntwerden Sonderkommission Reichssicherheitshauptamt zur Aufklärung des Attentats eingesetzt, die noch am gleichen Tage nach persönlicher Einweisung Ermittlungstätigkeit aufnahm.

Reichsführer-SS gab bei Sachverhaltsschilderung bekannt, dass

Täter vermutlich Oberst Graf v. Stauffenberg, Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, ist. Dieser hatte an Lagebesprechung teilgenommen und sich noch vor Detonation ohne Abmeldung entfernt. Unmittelbar darauf ist er mit Flugzeug nach Berlin geflogen.

**III.** Engerer Tatort ist Lagezimmer, in dem die täglichen Lagebesprechungen stattfanden, 12,5 m langes und 5 m breites Zimmer, in dessen Mitte grosser Kartentisch, an rechter Seite kleinerer runder Tisch, links Schreibtisch und Musikschrank. Raum und gesamtes Mobiliar stark zerstört. Rechts vom Eingang Loch im Fussboden von 55 cm Durchmesser. Weiter im Umkreis Boden eingedrückt und Verkohlungen. Metallische Einschüsse nicht feststellbar, dagegen Einsprengungen von Holz und Lederteildien in Pressspawänden.

Sprengloch zeigt, dass Sprengkörper oberhalb des Fussbodes detonierte. Zusammengesetzte Teile des rechten der drei Tischstücke zeigen deutlich Richtung der Detonationswelle. Auf Lichtbilder und Skizzen wird hingewiesen.

Untere Druckwelle der Detonation hat sich in Hohlräumen unter Fussboden durch gesamte von Backsteinmauer und Betondecke umgebene Baracke fortgesetzt und Zerstörungen leichter Art in ihr, insbesondere durch Aufwölben des Fussbodens, verursacht. Obere Druckwelle zerstörte weitgehend Lagezimmer und fand Ausgang durch Fenster und Tür sowie Zwischenwand. Genaueste Durchsiebung der Schuttmassen führte u.a. zur Auffindung kleiner und kleinster Leder- u. Metallteile, offenbar von Aktentasche herrührend, von Blechstücken und 2 Druckfedern, die von englischen chemisch-mechanischen Zeitzündstiften stammen, sowie eiserner Flachzangenbacke. Alle anderen Funde offenbar in keinem Zusammenhang mit Sprengkörper.

An Strasse vom Ausgang «Süd» zum Flughafen bei Suchaktion unter Einspannung Pioniereinheit wurden gefunden:

975 g schwerer Sprengstoffklumpen mit 2 Initialzündkörpern je 20 g und 1 englischer chemisch-mechanischer Zeitziindstift für 30 Minuten Verzögerung mit aufgesetzter englischer Sprengkapsel. Sprengstoff war in Packpapier gewickelt.

Ärztlicher Befund: Ausschliesslich auf Detonationsdruck zurückzuführende Verletzungen und Zerreibungen. Ausserdem erhebliche Verbrennungen. In verschiedenen Wunden Holzteile, Stroh und vermutlich zerfetztes Leder. In Röntgenbildern insgesamt nur 2 vermutlich von Aktentaschenverschluss herrührende kleine Metallsplitter.

**IV.** Aufgefundene Lederteile als zu Aktentasche Stauffenbergs gehörig durch Zeugen anerkannt. Am Tatort gefundene Zünderteilchen stammen von 2 dem an der Strasse aufgefundenen englischen chemisch-mechanischen Zeitziindstift gleichartigen Zündern. Da am

Tatort 2 Sichfedern derartiger Zeitzünder sichergestellt, muss Sprengladung 2 soldre Zünder enthalten haben. An Strasse nach Flugplatz gefundene Sprengladung war gleichfalls für 2 Zünder hergerichtet.

Deshalb vermutlich zur Tat benutzter Sprengkörper dem aufgefundenen völlig gleichartig. Nach Gutachten des Sprengstoffsachverständigen entsprechen Verwüstungen am Tatort der Wirkung des aufgefundenen Sprengkörpers.

Fahrer des Pkw., der Stauffenberg zum Flughafen gefahren, hatte Herauswerfen eines Gegenstandes in Fundgegend beobachtet und ausgesagt. Somit Täterschaft Stauffenbergs objektiv festgestellt.

v. Stauffenberg hat als Chef des Stabes von Generaloberst Fromm wiederholt an Bespredungen im Führerhauptquartier teilgenommen, örtliche Verhältnisse ihm daher bekannt. Er landete 20.7.44, 10.15 Uhr Rastenburg. Generalmajor Stieff, Chef Organisationsabteilung OKH, und Oberleutnant v. Haeften, Ordonnanzoffizier Stauffenbergs kamen gleichzeitig. Stauffenberg sofort nach, «Wolfsschanze», Stieff zur Unterkunft OKH, v. Haeften zunächst mit Stieff, sollte später Stauffenberg in «Wolfsschanze» treffen.

Stauffenberg frühstückte im Kasino «Wolfsschanze» zusammen mit dem Kommandanten, bis er zu vorgesehener Besprechung bei General Buhle abberufen wurde. An dieser Besprechung nahm auch Generalleutnant v. Thadden, Chef des Stabes beim Befehlshaber Wehrkreis I Königsberg, teil.

Anschliessend Buhle, v. Thadden und Stauffenberg zur Besprechung bei Generalfeldmarschall Keitel.

Stauffenberg führte während der ganzen Zeit Aktentasche mit sich. Als 12.30 Uhr alle Genannten aus Bunker Keitels zur Lagebesprechung wollten, ging Stauffenberg kurz mit Aktentasche in ein Nebenzimmer, so dass die übrigen Herren auf ihn warten mussten. Vermutlich hat er dort die Zeitzünder durch Eindrücken ausgelöst, möglicherweise unter Zuhilfenahme Flachzange, da ihm rechte Hand und 2 Finger an linker Hand fehlten, so dass Eindrücken Zeitzünder ohne Hilfsmittel ihm schwierig. Im Lagezimmer wurde Stauffenberg von Keitel dem Führer zum Vortrag befohlen gemeldet und vom Führer begrüsst. Anschliessend ging Stauffenberg an Kartentisch, stellte Aktentasche unter den Tisch, rechts neben Oberst Brandt. Nach kurzer Zeit verliess er Lagezimmer und Sperrkreis A.

Stauffenberg wurde bereits vor Detonation, da er irgendeine Auskunft geben sollte, vermisst. General Buhle hat ihn noch gesucht. Nach Detonation meldete Telefonist, Wachtmeister Adam, dass er Stauffenberg kurz nach Beginn der Lagebesprechung habe fortgehen sehen. Vermutlich sei er der Täter.

Weitere Vernehmungen und Erhebungen ergaben:

Etwa gegen 12.00 Uhr war General Fellgiebel, Generalbevollmächtigter für das Nachrichtenwesen, beim Wehrmachtsnachrichtendienst im Führerhauptquartier, Oberstleutnant Sander, erschienen, um mit ihm verschiedene dienstliche Angelegenheiten zu besprechen. Zunächst gingen Fellgiebel und Sander gemeinsam zu Oberstleutnant Waizenegger vom Stab des Generalobersten Jodl wegen verschiedener Funkunterlagen. Später kehrten Fellgiebel und Sander ins Arbeitszimmer des letzteren im Bunker 88 zurück.

Gegen 12.30 Uhr bemerkten sie, dass Generalfeldmarschall Keitel in Begleitung von Stauffenberg u.a. m. zur Lagebesprechung ging.

Um sicherzustellen, dass Stauffenberg nach Lagebesprechung zu General Fellgiebel käme, rief Sander Wachtmeister Adam an, dass er Stauffenberg nach Beendigung der «Lage» nach Bunker 88 bitten möge.

Kurz darauf erschien Oberleutnant v. Haeften im Arbeitszimmer Sanders und bat Fellgiebel um Unterstützung bei der Beschaffung eines Pkw., da Oberst Stauffenberg gleich wegmüsse. Sander rief deshalb die Kommandantur an, um einen Wagen anzufordern. Dabei wurde er von der Kommandantur gebeten, Stauffenberg daran zu erinnern, dass er vom Kommandanten, Oberstleutnant Streve, zum Mittagessen, an dem auch General v. Thadden teilnehme, erwartet würde.

Noch während dieses Telefongesprächs hatte Stauffenberg ins Zimmer gesehen und sich General Fellgiebel als zur Besprechung bereit gemeldet. Fellgiebel und Stauffenberg gingen dann vor den Bunker, wo sie über Ostbefestigungen sprachen. Sander kam zu ihnen und meldete, dass ein Wagen käme und dass Stauffenberg vom Kommandanten zum Essen erwartet werde.

Daraufhin erklärte Stauffenberg dem Oberstleutnant Sander, dass er zunächst noch einmal zur «Lage» müsse und dann zum Essen kommen wolle. Im Übrigen wies er darauf hin, dass er selbst über einen Wagen verfüge. Als Sander dies der Kommandantur telefonisch mitgeteilt hatte und vor den Bunker zurückkehrte, erfolgte plötzlich die Detonation, wobei ihm das besonders schreckhafte Zusammenfahren Stauffenbergs auffiel. Auf die bestürzte Frage Fellgiebels, was los wäre, erklärte Sander, ohne sich etwas Ernstes dabei zu denken, dass es öfter passiere, dass jemand schieße oder eine Mine hochgehe.

Stauffenberg erklärte dann, dass er nicht mehr zur «Lage», sondern zu Oberstleutnant Streve zum Essen fahren werde, und fuhr zusammen mit v. Haeften los, um sich zum Flugplatz zu begeben.

Der Vorgang in der Gästebarracke war von der Wache I teilweise beobachtet worden, so dass der wachhabende Leutnant Sperre anordnete. Daraufhin wurde Stauffenberg zunächst an der Wache angehalten. Er erklärte dem Wachhabenden, dass er dringend zum

Flugplatz müsse. Da er im Besitze eines ordnungsgemässen Ausweises und dem Wachhabenden ausserdem bekannt war, liess dieser ihn passieren, zumal die Auslösung des Alarms noch nicht vorlag, sondern erst etwa 1½ Minuten später erfolgte.

An Aussenwache «Süd» Stauffenberg erneut angehalten. Er begab sich daraufhin zum Wachhabenden, Feldwebel Kolbe, dem er erklärte, unbedingt sofort zum Flughafen zu müssen. Kolbe liess sich nicht überrumpeln, sondern verwies auf Sperre. Daraufhin rief Kolbe auf Wunsch von Stauffenberg die Kommandantur an und erhielt in Abwesenheit des am Tatort befindlichen Kommandanten Verbindung zum Adjutanten, Rittmeister v. Möllendorf. Diesem teilte Stauffenberg mit, dass er vom Kommandanten die Erlaubnis zum Verlassen des Sicherungsbereichs habe und unbedingt um 13.15 Uhr fliegen müsse. Der Adjutant, der den Grund des ausgelösten Alarms nicht kannte, während ihm die Berechtigung des Oberst Stauffenberg zum Aufenthalt in der «Wolfsschanze» bekannt war, erklärte sich auf Grund der Angaben des Stauffenberg mit dessen Abfahrt einverstanden und bestätigte das auch fernmündlich dem Feldwebel Kolbe.

Dabei muss berücksichtigt werden:

1. Alarm wird ziemlich häufig ausgelöst,
2. Stauffenberg besass ordnungsgemässe Papiere,
3. Stauffenberg war als Schwerekriegsbeschädigter und ausgezeichnete Offizier bekannt, so dass v. Möllendorf zunächst keinen Grund hatte, Verdacht zu schöpfen.

Stauffenberg passierte daraufhin auch die Wache «Süd» und flog um 13.15 Uhr vom Flughafen Rastenburg nach Berlin-Rangsdorf. Nachforschungen nach Herkunft des Flugzeuges ergaben, dass es auf Befehl des Generalquartiermeisters des Heeres, General Wagner, durch Vermittlung des I/Fliegerverbindingsgeschwader 2 Berlin vom Flugplatz Lötzen für Stauffenberg abgestellt worden war. Das Flugzeug hätte ohnehin nach Berlin übergeführt werden sollen.

VI. Der Hergang des Attentats und die Ankunft und Abfahrt des Attentäters können an Hand obiger Ausführungen als objektiv einwandfrei geklärt betrachtet werden.

Ein Versagen der vorgesehenen Sicherungsmassnahmen gegen ein Attentat kann nicht festgestellt werden, da die Möglichkeit, dass ein zur Lagebespredigung befohlener Generalstabsoffizier sich selbst für ein derartiges Verbrechen hergeben würde, überhaupt nicht in Rechnung gestellt worden war.

Der Vorfall zwingt jedoch dazu, zukünftig bei den Schutzmassnahmen für den Führer auch die letzte Möglichkeit zu berücksichtigen. Bezüglich der Sicherungsmassnahmen werden daher im Einvernehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt gesondert Vorschläge unterbreitet werden.

(Anlage zum K.-Bericht VQITI 26. 7. 44)



### 3. Die Fernschreiben der Bendlerstrasse (HQu. der militärischen Opposition) vom 20.7.1944

(Aus: Anlagen zu den K.-Berichten Juli-August 1944)

Fernschreiben 1

–FRR– HOKW 02150                      20.7.44      16.45

FRR an W.Kdo. II                      –gKdos–

Innere Unruhen.

**I.** Eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer hat es unter Ausnutzung dieser Lage versucht, der schwerringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen.

**II.** In dieser Stunde: höchster Gefahr hat die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung den militärischen Ausnahmezustand verhängt und mir zugleich mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht die Vollziehende Gewalt übertragen.

**III.** Hierzu befehle ich:

**1.** Ich übertrage die Vollziehende Gewalt – mit dem Recht der Delegation auf die territorialen Befehlshaber – in dem Heimatkriegsgebiet auf den Befehlshaber des Ersatzheeres unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet.

In den besetzten Westgebieten auf den Oberbefehlshaber West (Oberbefehlshaber der H. Gr. D), in Italien auf den Oberbefehlshaber Südwest (Oberbefehlshaber der H. Gr. C), in dem Südostrum auf den Oberbefehlshaber Südost (Oberbefehlshaber der H. Gr. F), in den besetzten Ostgebieten auf die Oberbefehlshaber der H. Gr. Südukraine, Nordukraine; Mitte, Nord und den Wehrmachtbefehlshaber Ostland, für ihren jeweiligen Befehlsbereich, in Dänemark und in Norwegen auf die Wehrmachtbefehlshaber.

**2.** Den Inhabern der Vollziehenden Gewalt sind unterstellt:

**a)** Sämtliche in ihrem Befehlsbereich befindlichen Dienststellen und Einheiten der Wehrmacht einschl. der Waffen-SS, des RAD und der OT.

**b)** Alle öffentlichen Behörden (des Reichs, der Länder und der Gemeinden), insbesondere die gesamte Ordnungs-, Sicherungs- und Verwaltungspolizei.

**c)** Alle Amtsträger und Gliederungen der NSDAP und und der ihr angeschlossenen Verbände.

**d)** die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe.

**3.** Die gesamte Waffen-SS ist mit sofortiger Wirkung in das Heer eingliedert.

**4.** Die Inhaber der Vollziehenden Gewalt sind für Aufrecht-

erhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit verantwortlich. Sie haben insbesondere zu sorgen für:

- a) Die Sicherung der Nachrichtenanlagen.
- b) Die Ausschaltung des SD.

Jeder Widerstand gegen die militärische Vollzugsgewalt ist rücksichtslos zu brechen.

**5.** In dieser Stunde höchster Gefahr für das Vaterland ist Geschlossenheit der Wehrmacht und Aufrechterhaltung voller Disziplin oberstes Gebot.

Ich mache es daher allen Befehlshabern des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe zur Pflicht, die Inhaber der Vollziehenden Gewalt bei Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und die Befolgung ihrer Weisungen durch die untergeordneten Dienststellen sicherzustellen.

Der deutsche Soldat steht vor einer geschichtlichen Aufgabe. Von seiner Tatkraft und Haltung wird es abhängen, ob Deutschland gerettet wird.

Gleiches haben alle territorialen Befehlshaber, die Oberkdos. der Wehrmachtteile und die den Oberkdos. unmittelbar unterstehenden Kommandobehörden des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe.

Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht  
gez. v. Witzleben, Generalfeldmarschall

Fernschreiben 2

–KR–HOKW 02155                      20. Juli 1944    18.00

An W. Kdo. I –XIII. XVII, XVIII. XX, XXI, W.Kdo. Gen. Gouv. Böhmen-Mähren.

Geheim!

**I.** Auf Grund der mir vom Oberbefehlshaber der Wehrmacht erteilten Ermächtigung übertrage ich die Vollziehende Gewalt in den Wehrkrs. den Stellv. Kd. Generalen und Wehrkrs. Befehlshabern. Mit der Vollziehenden Gewalt gehen auf die Wehrkrs. Befehlshaber die Befugnisse der Reichsverteidigungskommissare über.

**II.** Folgende Sofortmassnahmen sind zu treffen:

a) Nachrichtenanlagen: Die wichtigsten Gebäude und Anlagen des Post-Wehrmachtnachrichtennetzes (einschl. Funkanlagen) sind planmässig militärisch zu sichern. Die hierzu eingesetzten Kräfte sind so stark zu bemessen, dass unbefugte Eingriffe und gewaltsame Zerstörungen verhindert werden. Wichtige nachrichtentechnische Anlagen sind mit Offizieren zu besetzen. Insbesondere sind zu sichern:

Verstärkerämter, Durchgangsvermittlungen des Heeresführungsnetzes sowie Grossfunkstellen (Rundfunksender), Fernsprech- und

Telegrafämter, soweit wichtige Fernsprechleitungen durchlaufen, Verstärker- und Batterieräume, Antennen-, Sende- und Notstromanlagen sowie Betriebsräume. Das Fernmeldenetz der Reichsbahn ist im Einvernehmen mit den Transportdienststellen zu schützen.

Funknetz ist aus eigenen Mitteln zu schaffen.

**b)** Verhaftungen: Ohne Verzug ihres Amtes zu entheben und in besonders gesicherte Einzelhaft zu nehmen sind: Sämtliche Gauleiter, Reichsstatthalter, Minister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, Höheren SS- und Polizeiführer, Gestapoleiter und Leiter der SS-Dienststellen, Leiter der Propagandaämter und Kreisleiter.

Ausnahmen befehle idr.

**c)** Konzentrationslager: Die Konzentrationslager sind beschleunigt zu besetzen, die Lagerkommandanten zu verhaften, die Wachmannschaften zu entwaffnen und zu kasernieren. Den Politischen Häftlingen ist zu eröffnen, dass sie sich bis zu ihrer Entlassung aller Kundgebungen und Einzelaktionen zu enthalten haben.

**d)** Waffen-SS: Bestehen Zweifel am Gehorsam von Führern der Verbände der Waffen-SS oder der Standortältesten der Waffen-SS, oder erscheinen sie ungeeignet, sind sie in Schutzhaft zu nehmen und durch Offiziere des Heeres zu ersetzen.

Verbände der Waffen-SS, deren uneingeschränkte Unterordnung zweifelhaft ist, sind rücksichtslos zu entwaffnen. Dabei energisches Zugreifen mit überlegenen Kräften, damit stärkeres Blutvergiessen vermieden wird.

**e)** Polizei: Die Dienststellen der Gestapo und des SD sind zu besetzen. Im Übrigen ist die Ordnungspolizei zur Entlastung der Wehrmacht weitgehend einzusetzen.

Befehl ergeht durch den Chef der Deutschen Polizei auf dem polizeilichen Kommandoewege.

**f)** Kriegsmarine und Luftwaffe: Mit den Befehlshabern der Kriegsmarine und Luftwaffe ist Verbindung aufzunehmen. Gemeinsames Handeln ist sicherzustellen.

**III.** Für die Bearbeitung aller politischen Fragen, die sich aus dem militärischen Ausnahmezustand ergeben, bestelle ich bei jedem Wehrkr. Befehlsh. einen Politischen Beauftragten. Dieser übernimmt bis auf Weiteres die Aufgaben des Verwaltungschefs. Er berät den Wehrkr. Befehlshaber in allen politischen Fragen.

**IV.** Bearbeitende Stelle des Oberbefehlshabers im Heimatkriegsgebiet in allen Angelegenheiten der Vollziehenden Gewalt ist der Heimatführungsstab. Er entsendet zu den Wehrkr. Befehlshabern zur wechselseitigen Unterrichtung über Lage und Absichten einen Verbindungsoffizier (VO OKH).

**V.** Bei Ausübung der Vollziehenden Gewalt dürfen keine Will-

kür- und Racheakte geduldet werden. Die Bevölkerung muss sich des Abstandes zu den willkürlichen Methoden der bisherigen Machthaber bewusst werden.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet  
Nr. 32 160/44 geh.  
gez. Fromm, Generaloberst  
Oberst Graf Stauffenberg

Fernschreiben 4 – FRR – HOWK 452902 20.7. 20.23  
An W.Kdo. I – XIII, XVII, XVIII, XX, XXI, W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Standrechtverordnung Nr. 1

Für das gesamte Reichsgebiet ordne ich an:

**I.** Aufmärsche, Kundgebungen und Gruppenbildungen auf Strassen und Plätzen sowie Versammlungen in geschlossenen Räumen sind verboten.

**II.** Zum Tragen von Waffen sind nur die Wehrmacht und die ihr unterstellte Polizei sowie die dienstlich mit militärischen und sonstigen Bewachungsaufgaben betrauten Formationen berechtigt. Alle hiernach zum Tragen von Waffen nicht berechtigten Personen müssen den Besitz von Waffen jeglicher Art innerhalb von 24 Stunden nach Veröffentlichung dieser Anordnung bei den zuständigen Polizeiamtägern und, soweit solche nicht vorhanden sind, bei den Ortspolizeibehörden melden.

**III.** Es ist untersagt, Flugblätter herzustellen und zu verteilen.

**IV.** Wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, verfällt dem Standrecht.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet  
gez. Hoepner, Generaloberst

Fernschreiben 5 – FRR – HOKW 451897 20.7. 20.20  
An W.Kdo. 1 – 13, 17, 18, 20, 21 W.Kdo.  
Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.  
Standrechtverordnung Nr. 2

**1.** Alle Betriebe der gesamten Wirtschaft und des Verkehrs sind weiterzuführen.

**2.** Die Dienststellen des Reichsnährstandes und der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft arbeiten unter meiner und der Aufsicht der Wehrkreisbefehlshaber weiter.

**3.** Die Dienststellen der NSV arbeiten weiter. Ihre Leitung wird von den Gemeinden, Kreisen, Provinzen und Ländern übernommen,

auf die gleichzeitig die Aufgaben der NSV zurückübertragen werden.

**4.** Die Org. Todt, der Arbeitsdienst und das NSKK arbeiten weiter und sind mir und den Wehrkreisbefehlshabern unterstellt.

**5.** Die deutsche Arbeitsfront arbeitet weiter. Ich werde eine neue Kommissarische Leitung bestellen.

**6.** Beamte, Angestellte und Arbeiter haben ihren Dienst weiter zu versehen. Soweit sie nicht andere Weisungen von mir erhalten.

**7.** Alle Urlaube für Beamte und Angestellte des Reiches, der Länder und Gemeinden werden mit Ausnahme der Krankheitsurlaube widerrufen. Die Beamten haben auch ausserhalb der Dienstzeit für ihre Vorgesetzten stets erreichbar zu sein.

**8.** Wer entgegen den vorstehenden Anordnungen die Arbeit niederlegt oder die auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes erlassenen Weisungen nicht durchführt, verfällt dem Standrecht.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet  
gez. Hoepner, Generaloberst

Fernschreiben 6 – FRR – HOKW 451907 20.7. 21.02

An W.Kdo. 1–13, 17, 18, 20, 21, W.Kdo.

Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Standrechtverordnung Nr. 3

**1.** Den Amtsträgern der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände wird jede ihnen durch die Partei befohlene Tätigkeit verboten.

Soweit sie nach den von mir erlassenen Anordnungen Weiterarbeiten, haben sie die auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes erteilten Befehle durchzuführen.

**II. 1.** Zum Zwecke seiner Sicherstellung wird das gesamte unbewegliche und bewegliche Vermögen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände (RAD, OT fallen nicht hierunter) nebst allem Zubehör einschliesslich aller Forderungen, Beteiligungen, Rechte und Interessen jeder Art und insbesondere alle Akten vorläufig beschlagnahmt.

**2.** Durch die Beschlagnahme verlieren die bisherigen Verfügungsberechtigten jedes Verfügungsrecht über die beschlagnahmten Vermögen.

**3.** Auf die Beschlagnahme finden die Bestimmungen der Zivilprozessordnung über die Vollziehung und Wirkungen des dinglichen Arrestes entsprechende Anwendung.

**III.** Dem Standrecht verfällt:

a) wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt,

b) wer eine Urkunde, ein Register, Akten oder einen sonstigen Gegenstand, der zum Vermögen der NSDAP und ihrer Gliederungen

und ihrer angeschlossenen Verbände gehört oder sich dort befindet, vor-  
sätzlich vernichtet, beiseiteschafft, unterschlägt, beschädigt oder ver-  
fälscht.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet  
gez. Hoepner, Generaloberst

Fernschreiben 7 – FRR – HOKW 453173 20.7. 21.02

An W.Kdo. 1–13, 17, 18, 20, 21, W.Kdo.

Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Standrechtverordnung Nr. 4

**1. 1.** Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren oder in besonders schweren  
Fällen mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit dem Tode wird  
bestraft:

**a)** Wer den vom Oberbefehlshaber der Wehrmacht, dem Oberbefehls-  
haber des Heimatkriegsgebietes oder den Wehrmachtbefehlshabern für  
ihren Bereich erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder die von  
ihnen getroffenen Massnahmen gefährdet oder zu solcher Zuwiderhand-  
lung oder Gefährdung auffordert oder anreizt.

**b)** Wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person  
oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Person oder Sache auffordert  
oder anreizt.

**c)** Wer plündert.

**2.** In minder schweren Fällen kann auf Gefängnis nicht unter 3 Jahren  
erkannt werden.

**3.** Neben der Todes- und der Zuchthausstrafe ist die Einziehung des  
Vermögens zulässig.

**II.** Zur Aburteilung der Straftat unter Ziffer 1 werden Standgerichte  
gebildet.

**III. 1.** Die Standgerichte sind auch zur Aburteilung von Angehörigen  
der Wehrmacht zuständig.

**2.** Die Standgerichte sind auch zuständig, wenn ein zu ihrer Zu-  
ständigkeit gehörendes Verbrechen oder Vergehen zugleich den  
Tatbestand einer anderen Handlung erfüllt oder wenn eine andere  
Straftat mit einem zur Zuständigkeit der Standgerichte gehörenden  
Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht.

**IV. 1.** Sitze und Bezirke der Standgerichte werden von dem Be-  
fehlshaber im Heimatkriegsgebiet bestimmt. Solange dies noch nicht  
geschehen ist, werden sie durch die Wehrmachtsbefehlshaber be-  
stimmt.

**2.** Die Befehlshaber mobiler Verbände der Wehrmacht bis herab  
zum Bataillon (Abteilung) sind befugt, für den Bezirk ihres Ein-  
satzes Standgerichte zu errichten.

**V. 1.** Die Standgerichte entscheiden in der Besetzung von drei Mitgliedern, von denen eines nach Möglichkeit die Befähigung zum Richteramt besitzen soll.

**2.** Die Anklage wird von einem hierzu bestellten Offizier oder einer Person, die die Befähigung zum Richteramt besitzt, erhoben und vertreten. Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet und für ihren Bereich die Wehrmachtbefehlshaber können einen Leiter der Anklagevertreter bestellen. Die Anklagevertreter haben den dienstlichen Weisungen des Leiters Folge zu leisten.

**VI. 1.** Die Standgerichte bestimmen das Verfahren nach eigenem Ermessen in Anlehnung an die Grundsätze der Reichsstrafprozessordnung. Sie laden den Beschuldigten vor oder lassen ihn vorführen, geben ihm rechtliches Gehör, vernehmen gegebenenfalls Zeugen und fällen sofort das Urteil.

**2.** Die Wehrmachtbefehlshaber sind berechtigt, Verfahren an das beim Wehrkreiskommando errichtete Standgericht zu ziehen.

**VII.** Die Urteile der Standgerichte sind endgültig und ohne Aufschub zu vollstrecken.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet  
gez. Hoepner, Generaloberst

Fernschreiben 9 – Kr – an W.Kclo. 1–13, 17, 18, 20, 21, W.Kdo. Gen.Gouv. Böhmen-Mähren.

Befehl über Massnahmen gegen die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

**I.** Die Dienststellen und Räume der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sind sofort zu schliessen und so zu sichern, dass auf keinen Fall Akten verschwinden können.

**II.** Die Weiterarbeit derjenigen Organisationen und Gliederungen, die durch die Standrechtverordnung Nr. 2 angeordnet ist, ist sicherzustellen.

**III.** Soweit nach der Standrechtverordnung Nr. 2 Organisation und Parteigliederung weiterarbeiten, sind, wenn erforderlich, kommissarische Leiter zu bestellen, falls die jetzigen Leiter nicht hinreichend Gewähr für zuverlässige Arbeit und Haltung bieten. Bei der deutschen Arbeitsfront stehen hierfür die Landesarbeits- und Arbeitsämter zur Verfügung.

**IV.** Soweit die in der Partei, ihren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und Organisationen tätigen Personen zur Aufrechterhaltung der Arbeit gemäss Standrechtverordnung Nr. 2 nicht unbedingt benötigt werden, sind sie in kürzester Frist unter Auf-

hebung von UK- Stellungen einzuziehen oder dienstzuverpflichten.

Der Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet  
gez. Hoepner, Generaloberst

Fernschreiben 11

KR – FS – Fernsp.Nummer des Auslieferers: 1934

Text: Befehl über die Durchführung von Verhaftungen.

**I.** Die Verordnung über die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes über das Heimatkriegsgebiet ermächtigt die Wehrkreisbefehlshaber und die ihnen unterstellten Polizeiorgane, alle Verhaftungsmassnahmen zu treffen, die notwendig erscheinen. Von dieser Vollmacht ist eher zuviel als zuwenig Gebrauch zu machen.

**II.** Ohne Verzug ihres Amtes zu entheben und in besonders gesicherte Einzelhaft – möglichst geschlossen in einer Kaserne – zu bringen sind:

**a)** grundsätzlich: sämtliche Cauleiter, Reichsstatthalter, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, höhere SS- und Polizeiführer, Gestapo-Leiter und Leiter der SD-Dienststellen, Leiter der Propagandaämter und Kreisleiter.

**b)** nach eigenem Entscheid der Wehrkreisbefehlshaber: weitere bisherige politische Machthaber (z.B. SS-Führer, Gauamtsleiter, Kreisamtsleiter, Ortsgruppenleiter, Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister), die als Rechtsbeuger oder Lumpen hervorgetreten sind.

**c)** Ich behalte mir persönlich vor, Ausnahmen von den grundsätzlichen Verhaftungen (II a) durch Sonderbefehl zu erlassen. Nur für die Kreisleiter und die ihnen Gleichstehenden übertrage ich dieses Recht nach Bericht im Einzelfall auf die Wehrkreisbefehlshaber.

**III.** Wer gegen Recht und Anstand verstossen hat, muss für die Folgen einstehen. Ich erwarte, dass diese Elemente festgestellt werden, damit dem Gerechtigkeitsgefühl Genüge getan wird und sie im ordnungsmässigen Verfahren abgeurteilt werden können. Dafür sorgfältige Auswahl politisch klarer, erfahrener und scharf durchgreifender Offiziere, die mit der Durchführung betraut werden, genaue Vorbereitung, Zusammenfassung aller hierfür erforderlichen Kräfte, rasches entschlossenes Zugreifen.

**IV.** Zunächst stehen die der Wiederherstellung von Rechtsbewusstsein und Anstand dienenden Verhaftungen allen anderen Verhaltensmassnahmen voran.

– ohne Unterschrift –



#### 4. Zeitplan der Bendlergruppe mit vorbereiteten Befehlen für den Umsturz

4. Dem SS-Führer ist zu eröffnen:

Der Führer ist tot. Eine kleine Clique gewissenloser frontfremder Parteiführer hat einen Staatsstreich versucht. Der militärische Ausnahmezustand ist verhängt und die vollziehende Gewalt in die Hände der Wehrkreisbefehlshaber gelegt.

Die Waffen-SS wird mit sofortiger Wirkung in das Heer übergeführt und untersteht den Wehrkreisbefehlshabern. Ihre Truppe hat bis zum Eingang weiterer Befehle in der Kaserne zu verbleiben und Ruhe zu bewahren. Sollte dieser Befehl nicht ausgeführt werden, wird die Truppe, die ihre Unterkünfte umstellt hat und mit sämtlichen schweren Waffen schussbereit ist, mit allen Mitteln diesen Befehl durchsetzen. Ich muss Sie bitten, Ihre nunmehr erforderlichen Befehle von hier aus in meiner Anwesenheit zu geben.

5. Bei Weigerung oder Widerstand ist der SS-Führer zu erschiessen, die Wache zu entwaffnen und die Entwaffnung der gesamten Truppe zu erzwingen.

6. Sind die SS-Verbände bereits alarmiert oder rücken sie ab, so sind sie anzuhalten und unter entsprechender Eröffnung zur Rückkehr in die Kaserne zu veranlassen. Bei dem geringsten Zeichen zum Widerstand ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.

7. Hat die SS den Befehl ausgeführt, bleibt die eigene Truppe so lange vor der Kaserne, bis Weisungen durch das Wehrkreis-Kdo. III, mit dem Verbindung zu halten ist, ergehen, oder auf dem SS- Dienstwege die Eingliederung der SS in das Heer bestätigt wird.

(Anlagen zum K.-Bericht vom 24. 7. 44)

#### 5. Der Remer-Bericht vom 22.7.1944

Berlin, den 22. Juli 1944

Der Ablauf der Ereignisse am 20. 7. 1944, wie ich sie als Kommandeur des Wachbtl. Grossdeutschland erlebte.

Um 16.10 Uhr erreichte mich in meiner Wohnung der Kommandanturbefehl, mich sofort zu einer Besprechung bei der Kommandantur zu melden. Bei mir befand sich Lt. Hagen, Referent im Propagandaministerium, der eben vor den Uffz. meines Btl. einen Vortrag über die politische Lage gehalten hatte. Ich fuhr mit einem Pkw zur Kommandantur (Kdtr.) und musste dort im Zimmer des Adjutanten, Oberstlt. Erttel, etwa eine halbe bis dreiviertel Stunde warten. Im Zimmer befanden sich eine Anzahl mir bekannter Kommandeure, die ebenfalls der Kdtr. unterstanden. Ich wurde als erster zum Kommandanten, dem Generalleutnant v. Hase, befohlen. In diesem Zimmer befanden sich nach meiner Erinnerung ausser dem

General noch Oberstlt. Schöne, ein Oberstlt. aus dem AHA, dessen Name mir unbekannt ist, Major Hayessen, den ich zum erstenmal in meinem Leben sah, Major Graf Schack und wohl auch noch Oberstlt. Erttel. Es ist möglich, dass noch ein bis zwei Offiziere mehr zugegen waren.

Der General eröffnete mir, dass der Führer verunglückt sei, die vollziehende Gewalt auf das Heer übergegangen und mit Unruhen zu rechnen wäre. Ich erhielt den Auftrag, das Regierungsviertel, begrenzt vom Potsdamer Platz – Saarlandstrasse – Anhalter Strasse – Wilhelmstrasse–Kochstrasse–Friedrichstrasse – Dorotheenstrasse – Hermann-Göring-Strasse – Potsdamer Platz mit 3 Kompanien hermetisch abzusperren. Niemand, auch keine Generale und Minister, dürften die Sperrlinie passieren. Der Verkehr sollte nicht unterbunden werden, dadurch hätten die Verkehrsmittel das Sperrgebiet leer zu durchfahren. Die örtliche Polizei sollte mir bei der Durchführung dieses Auftrages behilflich sein. Ferner wurde mir der im Zimmer befindliche Oberstlt./AHA mitgegeben, der insbesondere Verbindung mit der Polizei und den Verkehrseinrichtungen (S-Bahn!) aufnehmen sollte. Ob General v. Hase oder Major Hayessen mir diesen Oberstlt. beigegeben hat, weiss ich nicht mehr. Ich war dankbar, dass ich in ihm einen Offizier hatte, der mir einen Teil meines Aufgabengebietes abnahm. Der Gedanke, dass mir dieser Oberstlt. als Spitzel mitgegeben wurde, kam mir erst später. Eine vierte Kompanie wurde als Eingreifreserve zum Lustgarten befohlen. Sofort nach dieser Einweisung fuhr ich zur Kaserne zurück, befahl meine sämtlichen Offiziere auf mein Dienstzimmer, alarmierte das Btl. und ging dann für etwa 5 Minuten in meine Privatwohnung, wo ich Lt. Hagen und meinen Adjutanten, Lt. Siebert, antraf. Ich teilte beiden Offizieren die Lage und unseren Auftrag mit, auch die Befürchtung, dass der Führer tot sei. Dabei bemerkte ich, dass alles so eigenartig wäre, dass wir jetzt unter allen Umständen einen klaren Kopf behalten müssen und uns auf keinen Fall missbrauchen lassen dürfen. Ob ich jetzt schon oder erst später äusserte, dass ich es merkwürdig fände, dass nichts über den Nachfolger bzw. Vertreter des Führers gesagt werde, weiss ich nicht mehr. Jedenfalls aber sagte ich noch in meiner Wohnung so bestimmt, dass ich das Gefühl nicht loswerden könne, hier stimme etwas nicht, dass sich mein Adjutant veranlasst fühlte, zurückzufragen «Militärputsch?»

Bisher und auch in der Folgezeit habe ich keinerlei schriftliche Befehle erhalten. Ich habe auch keine schriftlichen Befehle höchster Dienststellen zu Gesicht bekommen. Ich sah lediglich aus einer gewissen Entfernung auf dem Schreibtisch vor dem General und Major Hayessen mit der Schreibmaschine gedruckte Anordnungen, die allem Anschein nach Bezug auf die derzeitige Lage nehmen mussten.

Nach dem Verlassen meiner Wohnung wies ich meine inzwischen versammelten Offiziere auf dem Dienstzimmer ein. Zugegen waren noch der Oberstlt./AHA und Lt. Hagen, den ich ausdrücklich gebeten hatte, mitzukommen. Ich habe bei dieser Einweisung besonders betont, dass wir uns nicht zu Dummheiten verleiten lassen dürfen, und scharf darauf hingewiesen, dass ausschliesslich meine Befehle befolgt werden. Besonderen Wert legte ich auf die schnelle Einsatzbereitschaft der Kompanien. Einem Offizier, der im Auftrag des Generals, dessen Name mir entfallen ist, telefonisch eine Wache zu stellen befahl, erwiderte ich, dass mir kein General Befehle erteilen kann, der nicht mein Vorgesetzter ist. Noch während der Besprechung bat mich Lt. Hagen nach draussen. Er sagte mir, dass er einen furchtbaren Verdacht hege. Auf dem Wege zur Kaserne habe er in einem Pkw Generalfeldmarschall v. Brauchitsch<sup>1</sup> in Uniform an sich vorbeifahren sehen. Wir müssten damit rechnen, dass es sich um einen Militärputsch handle. Wir einigten uns dahin, dass Lt. Hagen sofort zum Reichsminister Dr. Goebbels oder zur Geheimen Staatspolizei fahren solle, um die Lage zu klären. Unter allen Umständen wollte ich über die tatsächliche Lage genauestens unterrichtet sein. Ich bat Lt. Hagen, möglichst unauffällig zu handeln, damit nicht irgendwelcher Verdacht geschöpft werden könne. Zur Erledigung seines Auftrages stellte ich ihm ein Krad zur Verfügung. Am Schluss der Besprechung, welche um 17.32 Uhr beendet war, befahl ich, unseren Soldaten über die uns dargestellte Lage reinen Wein einzuschenken. Nach der Besprechung machte mich die Bemerkung des Oberstlt./AHA stutzig, ich solle seine Anwesenheit nicht als Spitzeltätigkeit betrachten. Darüber war ich sehr erstaunt, da ich seine Anwesenheit bis zu diesem Zeitpunkt nicht im Geringsten so aufgefasst hatte.

Während die Kompanien auf die Fahrzeuge verladen wurden, fuhr ich mit meinem Adjutanten und dem Oberstlt./AHA zur Kdtr., um dort noch einige unwesentliche Punkte zu klären. Überrascht war ich, als ich bei einem leisen Gespräch zwischen General v. Hase und Oberstlt. Schöne diesen sagen hörte, dass für die Verhaftung des Herrn Reichsministers Dr. Goebbels nun nicht mehr ein Zug des Wachbtl. Grossdeutschland vorgesehen sei, sondern eine Abteilung des Streifendienstes. Diese Bemerkung stimmte mich besonders bedenklich, erstens weil sie von einer Verhaftung des Herrn Reichsministers sprach, und zweitens weil nicht mehr wir, sondern die Streifenabteilung die Verhaftung vornehmen sollte. Ich entnahm dieser Änderung, dass man mir misstraute, und ordnete deshalb später an, dass zu meinem persönlichen Schutz die Kdtr.-Wache verstärkt werde, wobei ich befahl, dass sie mich bei meiner eventuellen

<sup>1</sup> Ist ein Irrtum Hagens; Brauchitsch ladand sich nicht in Berlin.

Festnahme unter allen Umständen wieder herauszuholen hätte. General v. Hase und Major Hayessen befahlen mir, die ausgestellten Sicherungen am Komplex nördlich der Anhalter Strasse besonders stark zu machen. Der Grund für diese Massnahme wurde mir nicht angegeben. Erst beim späteren Abfahren meiner ausgestellten Sicherungen stellte ich fest, dass in diesem Komplex Sicherheitsdienst untergebracht war. Auch diese Tatsache stimmte mich bedenklich.

Die befohlene Absperrung des Regierungsviertels war bereits um 18.30 Uhr vollzogen. Bis zu diesem Zeitpunkt bin ich nach der Besprechung im Generalzimmer die 3 eingesetzten Kompanien abgefahren und halie mich dann zur Kdtr. begeben, um dem General Vollzugsmeldung zu erstatten.

Wie ich später von meinem Adjutanten erfuhr, hatte sich zu diesem Zeitpunkt der Oberstlt./AHA von ihm mit der Bemerkung verabschiedet, dass er in Wannsee noch einen besonderen Auftrag zu erfüllen habe.

Ich bin noch einmal die Sperrlinie abgefahren, um einige Unklarheiten zu beseitigen. Vor allem aber wollte ich Verbindung mit Lt. Hagen bekommen. Das gelang jedoch nicht.

Als ich nach Rückkehr von dieser Fahrt im Vorzimmer des Generals sass, wurde ich durch Lt. Buck meines Btl. auf den Flur hinausgerufen. Er meldete mir, dass er von Lt. Hagen zu mir geschickt sei, Hagen selber wolle nicht mehr zu mir in die Kdtr. kommen, um der Gefahr einer Verhaftung zu entgehen. Lt. Buck sagte mir, dass sich die Lage völlig geändert habe. Ich mödite sofort zu Herrn Reichsminister Dr. Goebbels kommen, es handele sich um einen Militärputsch. Daraufhin sagte ich zu Lt. Buck: «Wir beide gehen jetzt zum General. Sagen Sie ihm, dass ich zu Herrn Reichsminister kommen soll, ferner, dass sich die Lage grundlegend geändert habe. Verschweigen Sie aber unter allen Umständen den Militärputsch!» Ich bin absichtlich mit Lt. Bude zusammen hereingegangen, um einen Zeugen zu haben. Nachdem Lt. Buck berichtet hatte, fragte ich den General, ob ich zum Herrn Reichsminister fahren könne. Diese Frage wurde mit den Worten verneint: «Remer, Sie bleiben hier!»

Nach diesem Entscheid des Generals ging ich auf die Strasse vor die Kdtr. und sagte dort meinem Ajutanten unter vier Augen: «Jetzt geht es um meinen Kopf. Es scheint sich doch um einen Militärputsch zu handeln. Hagen hat mir sagen lassen, dass ich zu Dr. Goebbels kommen soll. Der General hat es verboten.» Dann habe ich nacheinander noch einige Offiziere meines Btl., die ich vor der Kdtr. antraf, ins Bild gesetzt und ihnen gesagt, dass grösste Achtsamkeit geboten ist.

Ich bin dann etwas abseits gegangen, um für mich kurz nachzudenken und mir ein klares Bild von der Situation zu verschaffen. Ich entschloss mich, augenblicklich und allein zu Dr. Goebbels zu

fahren. Sofort wurde ich in das Zimmer des Ministers gebeten und habe dort unter vier Augen mit dem Minister gesprochen. Der Herr Reichsminister fragte mich, ob ich überzeugter Nationalsozialist sei. Ich sagte, dass das ganz selbstverständlich sei und dass ich hundertprozentig zum Führer stehe. Ich wusste bis zu diesem Augenblick immer noch nichts Genaueres über das Schicksal des Führers. Der Herr Reichsminister beteuerte mir, dass er im Auftrage des Führers handle. Der Führer sei überhaupt nicht verletzt. Er habe erst vor wenigen Minuten mit ihm persönlich telefonisch gesprochen. Es sei die grösste Gemeinheit der Geschichte, dass eine ganz kleine Clique ehrgeiziger Generale unter der Voraussetzung, dass der Führer tot sei, einen Militärputsch inszeniert hat. Ich versprach, dass ich als anständiger nationalsozialistischer Offizier unter allen Umständen gewillt bin, getreu dem Eide zum Führer meine Pflicht zu tun. Wir drückten uns lange die Hand und sahen uns in die Augen.

Es wurde mir sofort Gelegenheit gegeben, den Führer persönlich telefonisch zu sprechen. Der Führer sagte, dass er unverletzt sei, und fragte mich, ob ich ihn an seiner Stimme erkenne. Ich bejahte das. Der Führer wies auf den gemeinen verbrecherischen Anschlag hin und sagte mir, dass ich ihm direkt so lange unterstützte, bis der Reichsführer Himmler einträfe, den er als Chef des Heimatheeres eingesetzt habe. Ich hätte unter allen Umständen mit allen Mitteln jeglichen Widerstand niederzuhalten.

Nach diesem Gespräch mit dem Führer berichtete ich dem Herrn Reichsminister von meinem bisherigen Auftrag und den von mir getroffenen Massnahmen. Ferner setzte ich den Herrn Minister von den Anordnungen und Massnahmen der Kdtr. in Kenntnis, soweit sie mir bekannt waren. Im Verlaufe der nächsten Stunde wurde ich wohl ein dutzend Mal zum Minister befohlen. Ich meldete ihm jeweils alle die Dinge, die mir bekannt geworden waren, und unterrichtete ihn laufend über meine Massnahmen. Oft war auch Herr Reichsminister Speer zugegen.

Nach meiner ersten Unterredung mit dem Herrn Minister fuhr ich sofort zur Kdtr. zurück, die ich aber nicht mehr betrat. Ich unterrichtete alle dort anwesenden Offiziere meines Btl. davon, dass ich entgegen dem ausdrücklichen Befehl des Generals v. Hase beim Herrn Reichsminister Dr. Goebbels gewesen sei.

Mein Adjutant erhielt von mir den Befehl, das Telefon auf meinem bisherigen Gefechtsstand in der Wache der Kdtr. von nun ab persönlich besetzt zu halten, da ich mit Herrn Reichsminister vereinbart hatte, alle 20 Minuten telefonisch Verbindung aufzunehmen. Ich stellte bei dieser Gelegenheit fest, dass inzwischen in der Kdtr. der Zug des Streifendienstes erschienen war, der allem Anschein nach die Verhaftung des Herrn Reichsministers durchführen sollte. Ebenfalls stellte ich fest, dass in der Gegend des Ehrenmals fremde

Truppenteile biwakierten. Ferner erhielt ich Kenntnis vom Anrücken anderer Truppenteile auf der Achse. Nun entsann ich mich auch, dass ich beim Verlassen der Kdtr. kurz vor dem Besuch beim Herrn Reichsminister bemerkt hatte, dass auf der Kdtr. eine Anzahl Offiziere eingetroffen war, die ich noch nie gesehen hatte.

Da mein Btl. sehr zersplittert war, befahl ich meinem Adjutanten mit Rücksicht auf die Lage, das gesamte Btl. im Garten der Wohnung des Herrn Reichsministers, Hermann-Göring-Str. 20, zu sammeln. Ich selbst fuhr sofort wieder zum Herrn Reichsminister zurück. Dies mag etwa gegen 20.30 Uhr gewesen sein. Hier gab ich auch Lt. Bude den Befehl, am Brandenburger Tor sämtliche Truppenteile anzuhalten und zu mir zu leiten.

Das Btl. war sehr schnell im Ministergarten zusammengezogen. Ich bat den Herrn Reichsminister, zu den Männern zu sprechen. Der Herr Reichsminister tat es auch. Er umriss kurz die Situation, geisselte mit offenen Worten den verbrecherischen Anschlag auf das Leben des Führers und wies auf die geschichtliche Aufgabe hin, die in diesem Augenblick dem Wachbtl. Grossdeutschland gestellt sei. Anschliessend teilte ich meinen Männern mit, dass ich vom Führer persönlich den Auftrag bekommen habe, jeden Widerstand rücksichtslos zu brechen.

Ich entschloss mich, den Gebäudekomplex Reichskanzlei – Wilhelmstrasse – Hermann-Göring-Strasse mit 2 Kompanien zur Nahverteidigung einzurichten. Eine weitere Kompanie erhielt den Auftrag, die Kdtr. zu umstellen und hermetisch abzuschliessen. Der Kompanieführer sollte ferner die am Ehrenmal liegenden fremden Truppen zu mir in Marsch setzen. Alle noch in der Kaserne verbliebenen Teile des Btl., insbesondere die Stabskompanie, erhielt Befehl, sofort zu mir zu kommen. Ferner sorgte ich für Heranschaffung genügender Munitionsmengen. Als weitere Verstärkung erhielt ich die Truppenteile, die am Brandenburger Tor zu mir abgeleitet wurden. Alle Offiziere, die nunmehr am laufenden Bande bei mir eintrafen, unterrichtete ich von der tatsächlichen Lage und bat sie, ihren Vorgesetzten darüber sofort Meldung zu erstatten.

Mein Adjutant, welcher versuchte, den Kommandeur einer starken gepanzerten Einheit, die im Tiergarten zwischen Achse und Hermann-Göring-Strasse unterzog, zur Verbindungsaufnahme mit mir zu bewegen, brachte mir die Meldung, dass eben ein Oberst beim Kommandeur dieser Einheit gewesen war und ihm sagte, dass die gepanzerten Kräfte unter dem Befehl von Generaloberst Guderian am Fehrbelliner Platz sammeln. Wer nicht gehorche, würde erschossen. Auf seinen Vorhalt, dass ich persönlich vom Führer den Befehl erhalten habe, für Ordnung zu sorgen, erwiderte jener Oberst, dass über die gepanzerten Kräfte ganz allein Generaloberst Guderian die Befehlsgewalt habe.

In diesem Augenblick erschien Oberstlt. Gehrke, der frühere Kommandant des Wachbtl. Grossdeutschland, der eben in Berlin eingetroffen war, in der Ministerwohnung. Er übernahm es sofort, die Verbindung zum Fehrbelliner Platz aufzunehmen und festzustellen, auf welcher Seite die gepanzerten Kräfte eingesetzt würden, da ich mir über die Stellungnahme des Generaloberst Guderian nicht im klaren gewesen war. Oberstlt. Gehrke brachte die Meldung, dass die gepanzerten Kräfte vollkommen auf Seiten des Führers stehen.

Während Oberstlt. Gehrke die Lage klärte, rief ich die Ersatz-Brigade Grossdeutschland in Cottbus an und bat darum, sofort schwere Waffen, insbesondere Schützen-Panzer und Panzer nach Berlin zu schicken. Es erschien auch später ein Btl., das von mir in Rangsdorf aufgehalten wurde, da sich inzwischen die Situation geklärt hatte.

Oblt. Schlee erhielt von mir den Befehl, die Verbindung mit unserer Wache OKW Bandlerstrasse aufzunehmen. Dabei stellte er fest, dass sich in diesem Gebäude eine Anzahl der Verräter befand und dort eine Art Hauptquartier eingerichtet hatte. Auf diese Meldung hin befahl ich dem Oblt. Schlee, sofort mit einer Kompanie zum OKW zu rücken, dort alles abzuschliessen und alle Verdächtigen festzunehmen. Unabhängig von dieser Massnahme ging Oberstlt. Gehrke ebenfalls zum OKW und erschien dort in dem Augenblick, als Generaloberst Fromm eben befreit worden war. Oberstlt. Gehrke wurde auch Zeuge der Festnahme und Erschiessung der Verräter-offiziere. Die Erschiessungen wurden auf Befehl des Generalobersten Fromm von Angehörigen der Kampfgruppe Schlee durchgeführt. Unmittelbar anschliessend fuhr ich selbst ins OKW und veranlasste in Zusammenarbeit mit den dort eingesetzten SS-Männern die Durchsuchung des Gebäudekomplexes und die Festnahme weiterer verdächtiger Offiziere. Ich selber nahm noch den Adjutanten des Generals Olbricht fest – ein Oberstlt., dessen Name mir entfallen ist. Er befand sich ohne Waffen allein im Zimmer.

Nach meiner Rückkehr ins Propagandaministerium erhielt ich Befehl, mich bei dem inzwischen eingetroffenen Reichsführer Himmler zu melden. Ich meldete ihm die von mir durchgeführten Massnahmen, wofür mir der Reichsminister seine Anerkennung aussprach.

Die bei der Kdtr. eingesetzte Kompanie hatte mir im Laufe der Nacht gemeldet, dass General v. Hase und Oberstlt. Schöne mit dem Auto vor die Kdtr. gefahren seien und sich jetzt wieder in ihr befänden. Die Kompanie hatte Anweisung erhalten, beide Herren nicht mehr herauszulassen. Wie ich später hörte, soll General v. Hase zum Generalkommando gefahren sein. Nach seiner Rückkehr zur Kdtr. schickte Herr General einen Offizier der Absperkkompanie zu mir mit dem Befehl, mich sofort bei der Kdtr. zu melden. Ich lehnte das ab und liess Herrn General sagen, dass ich hier in Berlin

im Auftrage des Führers handle. Ich stellte Herrn General anheim, unter Begleitung zweier Feldwebel der Absperrkompanie zu mir zu kommen. Herr General erschien auch und wurde durch mich bei Herrn Reichsminister Dr. Goebbels angemeldet. Nach dieser Besprechung wurde Herrn General ein Zimmer angewiesen und mir befohlen, dafür zu sorgen, dass Herr General bis auf Weiteres dort bleibt. Im Laufe der Nacht liess mich Herr General einmal zu sich rufen und bat mich, beim Herrn Reichsminister diplomatisch anzufragen, ob er nicht wieder in seine Wohnung gehen könne. Ich habe diesen Wunsch nicht erfüllt. Herr General wurde später durch den Sicherheitsdienst abgeführt.

In den frühen Morgenstunden fuhr ich zur Kdtr., um mich persönlich von den durchgeführten Absperrmassnahmen zu überzeugen. Ich habe auch mit den Herren der Kdtr. gesprochen und ihnen gesagt, dass ich für die Durchführung meiner Massnahmen auf Grund eines Gesprächs mit dem Führer berechtigt sei. Sie müssten sich noch einige Zeit gedulden, bis die Lage geklärt sei. Mir fiel auf, dass Major Hayessen nicht anwesend war. Ich erfuhr, dass Major Hayessen im Laufe der Nacht auf telefonischen Befehl des Oberstlt. i. G. Heise festgenommen wurde. Die Festnahme war durch Oberstlt. Schöne durchgeführt worden. Major Hayessen sass allein in einem ihm zugewiesenen Zimmer der Kdtr. Ich ordnete noch an, dass er von 2 Soldaten bewacht werden sollte.

Wieder zur Wohnung des Herrn Reichsministers zurückgekehrt, hatte sich die Lage so weit geklärt, dass die durchgeführten Sicherheitsmassnahmen eingeschränkt werden konnten. Ich erhielt von Herrn Reichsminister den Befehl, die noch erforderlichen Sicherheitsmassnahmen so durchzuführen, dass sie von der Bevölkerung nicht bemerkt werden können. Deshalb ordnete ich an, dass mit Ausnahme einer Kompanie, die im Garten des Herrn Reichsministers zu verbleiben hatte, der im OKW eingesetzten Kompanie und eines Zuges zur Bewachung der Kdtr., das Btl. wieder zur Kaserne abrückt.

Gegen 7.00 Uhr morgens wurde ich zur Kdtr. gerufen, wo der neue stellv. Stadtkommandant, Herr Oberst Manitus, eingetroffen war. Es wurden die dort befindlichen unbeteiligten Offiziere nach Hause geschickt, die im Verdacht der Beteiligung am Putsch stehenden Offiziere vernommen. Vom Offizier der Wadie der Kdtr. wurde mir gemeldet, dass noch während der durchgeführten Absperrmassnahmen der Hauptfeldwebel Ander von seinem Zimmer einen Zettel heruntergeworfen habe, auf dem er mitteilte, dass er während der Nacht den Auftrag erhalten habe, den Inhalt eines Papierkorbes zu verbrennen, in dem sich bis auf kleinste Teile zerrissene Papierstückchen befanden. Die diesbezüglichen Vernehmungen ergaben, dass Befehle und Ausweise sowie eine Karte des Major Hayessen und



von Major Graf Schack vernichtet worden sind. Ebenso wurde festgestellt, dass Oberstlt. Schöne von diesen Dingen Kenntnis hatte. Bemerkenswert scheint mir noch die Tatsache, dass Major Hayessen am Dienstag, dem 18. 7., erstmalig auf der Kdtr. erschienen war und Herrn General v. Hase allein in seiner Wohnung aufgesucht hat. Bei der Vernehmung am Morgen des 21.7.1944 fiel mir besonders die sehr grosse Nervosität des Oberstlt. Schöne auf. Seine vielen offensichtlichen Widersprüche hinterliessen einen denkbar schlechten Eindruck.  
gez. Remer.

(Mikrofilm Washington T-84/Rolle 21)

(– Bundesarchiv – Vgl. Beilage XXXXVI des «Parlament» vom 17.11.1954)

## 6. Die letzte Runde – in Paris

*von Walter Bargatzky*

(Einer von denen, die damals dabei waren und ihr Leben retten konnten, gibt hier einen dramatischen Bericht, wie sich die für ganz Europa so folgenschweren Ereignisse in Paris, im Hotel Raphael, abspielten.)

... Ich wohnte in Zimmer 409. Vielleicht steht dort noch der grüne, runde Marmortisch, an dem wir am 19. abends beisammen sassen: Teuchert, der hagere Bayer, seit einem Jahr mein unmittelbarer Chef im Komplott, Hofacker, verschlossen und abgründig, das Haupt der Pariser Verschwörung, und Thierfelder, der stille Zuhörer, der mir an einem der nächsten Tage, bei dem Prozess gegen die SD-Führer im Kasino des «Majestic», als Mitankläger zur Seite stehen sollte. Die üblichen Vorsichtsmassnahmen waren fallengelassen. Hatten wir bisher nur zu zweien über das Vorhaben gesprochen, so duldeten nun jeder stillschweigend die Anwesenheit und das Mitwissen des Dritten und des Vierten – ein Mitwissen des Plans nicht nur, sondern, was das Erregende war, des genauen Zeitpunktes, an dem er zur Durchführung kam. Morgen am frühen Nachmittag würde Stauffenberg, Hofackers Vetter, die tödliche Bombe werfen. Gestern erst war Hofacker mit ihm in Berlin zusammengetroffen.

Ein Stoch tiefer, gegenüber dem Liftschacht, liegt eine kleine Behelfsküche ohne Fenster, nur von künstlichem Licht erhellt. So gut ich konnte, richtete ich dort einige Spiegeleier her, damit uns der Kellner nicht etwa störe. Nachdenklich schaute ich in die Gasflamme. Und ich erinnere mich, dass ich, von Freude über die nahende Entscheidung überwältigt und der profanen Umgebung ganz vergessend, die Hände faltete. Als hätte ein Stossgebet noch das Unheil abwenden können, das beschlossen war.

Als ich wieder nach oben kam, philosophierte Hofacker über die Zukunft. Ob es ein amerikanisches oder ein russisches Zeitalter gäbe, wenn der Krieg nun zu Ende ginge? Er sprach hastig, und wenn ich zurückdenke, scheint mir, als habe er schon vom Jenseits aus gesprochen, klar und ohne Erbarmen. Aber ich konnte ihm kaum zuhören. Wie von einem Magneten abgelenkt, hafteten meine Gedanken an dem Verlauf des morgigen Tages. Am Schluss frugen wir ihn, wie hoch unsere Chancen wohl seien. Zehn Prozent, meinte der nüchterne Mann – eine beklemmende Zahl, die er, an das Balkonfenster gelehnt, kühl hinwarf, und die noch gespenstisch in meinem Zimmer herumgeisterte, als er längst schon gegangen war.

Nie habe ich eine so unheimliche Mahlzeit eingenommen wie am nächsten Tag. Ich ass mit einem kleinen Kreis von Beamten und Offizieren im «Raphael», im Saal rechts neben dem Eingang. Dort, um die Mittagszeit, mit unseren Geheimnissen bis zum Bersten voll, sassen wir unter den Nichteingeweihten und unter denen, die wir in ein paar Stunden verhaften wollten. Verstohlen blickten wir uns an. Stauffenberg mochte sich gerade auf dem Flug zu seinem Opfer befinden. Und während die meisten unserer Tischnachbarn, ehe sie sich setzten, noch die Hand zum Hitlergruss erhoben, schritt der grosse Götze schon dem Abgrund zu. Immer wieder malte ich mir die Einzelheiten aus. Der Reichsgruppenleiter mir gegenüber würde bis zum Abendessen eingesperrt sein, auch der Leiter des Arbeitseinsatzes, und die beiden Ministerialdirigenten am Nebentisch hätten Hausarrest. Schon hörte ich das helle Lachen des Hauptmanns H. und den ängstlichen Beifall des Ministerialrates M., schon sah ich die trotzige Miene des jungen Generalstäblers, der noch immer an den Endsieg glaubte, und die verdutzten Gesichter der französischen Bedienung.

Nachmittags – wer könnte es schildern? Ich sass in meinem Büro im «Majestic», vom Deutschlandsender erklang das Vier-Uhr-Konzert. Jede Minute konnte das Funkhaus in die Hand der Aufständischen fallen, mit jedem Ton mochte die Gefängnisstille von elf langen Jahren zerreißen. Mein Freund C. betrat das Zimmer. Vom Warten gepeinigt und fast entmutigt schon, fasste ich ihn am Arm: «Denk' immer an diesen Augenblick zurück – es war der wichtigste im ganzen Krieg.» G. wusste nicht, was vorging. Doch ich merkte, er ahnte es jetzt, und ich war ihm dankbar, dass er schwieg. Über das Telefon – ein Wahnwitz, wie sich später zeigte – kam von Horst das erlösende Wort. Stauffenberg, vom ostpreussischen Hauptquartier nach Berlin zurückgefliegen, hat eben mit Hofacker über den Wehrmachtsdraht gesprochen: Hitler ist tot. Schon gibt Stülpnagel, drei Etagen unter mir, die monatelang vorbereiteten Befehle aus. Der Telefonverkehr mit dem Reich soll unterbrochen, der SD, herab bis zum untersten Beamten, verhaftet werden. Stülpnagel selbst ist zu

Kluge beordert, dessen Hauptquartier – ach, viel zu weit – bei Bonnieres im Seinebogen liegt.

Und nun sehe ich sie unten vor der Pforte des «Raphael» stehen, auf den General wartend, an seinem offenen Delage: Horst, ein wenig lächelnd, dahinter, wie aus Bronze gegossen, den schlanken Hofacker, der uns schweigend die Hand drückt. Teuchert ist bei mir, ich glaube auch Thierfelder. Wir stossen ein paar verlegene Sätze hervor. Vor einer Viertelstunde hat der Berliner Rundfunk endlich seine Sendung unterbrochen. Und zu unserer Bestürzung hat er nicht Hitlers Tod, sondern das Scheitern des Attentats gemeldet. Doch Hofacker scheint ruhig. Die Bendlerstrasse, meint er knapp, habe die Radionachricht dementiert.

Ich muss hier einschalten, dass dieses Dementi später zum Verhängnis wurde. In der Tat war die Aktion gescheitert, und nur unsere Gegner wussten es jetzt. Während Stülpnagel mit der Bendlerstrasse sprach, hatte Goebbels sie bereits umzingeln lassen; während Stauffenberg uns noch durchs Telefon anspornte, waren neben ihm schon die ersten Schüsse gefallen. Wir wissen dies heute durch eine SS-Aufzeichnung nach dem Kriege. Damals aber klammerten wir uns noch an Stauffenbergs eigenen Bericht.

Zunächst war dies kein Schaden. Wir fühlten uns sicher, und aus dem jahrelangen Dunkel hervorschnellend, vollzogen wir Stülpnagels Befehle, als sei das Attentat geglückt. Mit Feuereifer stürzte sich die Pariser Truppe auf den Gegner. Oberg, der Oberste des SD, telefonierte gerade mit Abetz, dem deutschen Botschafter, als ein General hereinstürmte und ihn festnahm. Auch seine Untergebenen, völlig überrumpelt, wurden entwaffnet, auf Lastwagen verfrachtet und ins Gefängnis geworfen. Dies alles unter den Augen der Franzosen und auf einer der elegantesten Strassen von Paris, der Avenue Foch. Wir selbst sahen davon nichts. Teuchert musste im «Raphael» bleiben, bei Linstow, dem Generalstabschef, und die Aktion überwachen, solange Stülpnagel bei Kluge war. So stiegen wir hinauf auf sein Zimmer, das Zimmer 405, das mit der Geschichte des Aufstandes so untrennbar verknüpft ist. Dort, in dem grünlich tapezierten Raum mit dem Bettalkoven, hatten wir erst vorige Woche das geplante Kapitulationsschreiben Rommels an Montgomery entworfen. Wir rückten die Sessel an das offene Balkonfenster und liessen uns von der Abendsonne bescheinen. Unaufhörlich leierte das Radio Wagnersche Opern herunter, ich kann Wagner nicht ausstehen, doch Teuchert liebt ihn. Aber diesmal ging er auch ihm auf die Nerven. Bei jeder Paaise hofften wir die ersten Sätze von Goerdelers Aufruf zu hören. Stattdessen wurde die quälende Meldung vom Scheitern des Attentats wiederholt. Gegen halb zehn Uhr öffnete ich leise die Tür, Linstow brachte die neueste Nachricht aus Berlin: «Alles verläuft programmässig; was das Radio sagt, ist falsch.»

O wankelmütiger Mensch! Wie schämten wir uns plötzlich unserer Zweifel! Thierfelder piff wieder sein Lieblingslied, Teuchert goss aus seiner Jagdflasche die letzten Reste des mühsam gehamsterten Kognaks aus. Doch dann – dann haben wir leibhaftig in das Gesicht des Entsetzens geblickt. Linstow erschien ein zweites Mal. Seine Haut war aschfahl. Wortlos an den Türrahmen gestützt, winkte er Teuchert heran: der Kampf in Berlin war verloren. Stauffenberg, wenige Augenblicke bevor ihn sein eigener Chef im Hof der Bendorferstrasse niederstrecken liess, hatte es Linstow ins «Raphael» telefoniert.

Ich glaube, in diesem Augenblick erst haben wir die schrecklichen Gefühle eines Verschwörers durchkostet, die Gewissheit, ausgestossen zu sein, die Furcht, auch von der Geschichte verurteilt zu werden. Und ich kann nicht sagen, warum wir nach minutenlangem Schweigen, jeder für sich, zu jener diabolischen Gelassenheit kamen, die unserem Überblick so nützlich war.

Betrachteten wir die Situation, so war sie verwickelt genug. Während über alle Sender Hitlers bluttriefende Stimme ertönte und fürchterliche Rache verhies, schlossen sich hinter Hunderten von SD-Leuten die Pariser Gefängnistore. Stülpnagel, zwei Autostunden entfernt, rang mit Kluge um die Exekution, Teuchert beschwor Linstow, die Verhaftungen so lange aufrechtzuerhalten, bis Stülpnagel zurückkehrte.

Nur wir drei waren uns nach kurzer Beratung einig: Paris musste das Erbe Berlins übernehmen; vom Westen her, wo der Aufstand wie ein Uhrwerk abgelaufen war, mussten die Braunen im Reich den letzten, tödlichen Stoss erhalten. Stülpnagel musste den Befehl geben, die vier obersten SD-Leute, notfalls ohne Prozess, zu erschiessen, und den Invasionstruppen Eisenhowers und Montgomerys die Schleusen öffnen, damit sie samt den deutschen Verbänden zum Rhein strömten. Schon früher, als wir verzweifeln wollten, weil das Attentat nie zum Klappen kam, hatten wir darüber gesprochen.

General Speidel, Kluges Generalstabschef und Schwager Horsts, war gewonnen. Unauffällig hatte er die SS-Divisionen an dem entferntesten Flügel der Invasionsfront eingesetzt.

Doch wie, wenn Kluge sich von Stülpnagel lossagte? Sein Vorgänger, Feldmarschall Rommel, hätte noch im Kerker sein Wort gehalten. Aber dieser wichtigste aller Verschwörer lag jetzt mit dem Tode ringend in Le Vesinet, zehn Kilometer von uns entfernt. Vor einigen Wochen hatte ihn Hofacker für das Komplott gewonnen und uns mit der glücklichsten Miene erzählt, der Marschall sei «kaum zu halten» gewesen.

Aber Stülpnagel würde jetzt festbleiben. Seinem Drängen konnte sich Kluge kaum entziehen. Zur Not war noch der wortgewandte

Hofacker da, um den Feldmarschall vollends zu überzeugen. In Paris würde unterdessen für das Programm alles vorbereitet sein.

Können wir uns die Folgen ausmalen? Paris wäre einen Monat früher übergeben, die Rheinfront ein halbes Jahr früher errichtet worden. Von den Sendern Frankreichs hätten deutsche Stimmen auf Hitlers Anhänger eingehämmert, die Aufrufe des wiedergenesenden Rommel hätten den Widerstand der Armee neu entflammt und die Wehrmacht gespalten. Dresden, Würzburg, Pforzheim stünden noch, Millionen Angehörige aller Nationen lebten noch. Die westlichen Alliierten, ob sie wollten oder nicht, wären alleinige Herren über Deutschland geworden. Der Konferenz von Yalta hätte es nie bedurft.

Stattdessen spielte sich eine Tragödie ab, die kein Bühnenautor packender erfinden kann. Wie elektrisiert erzählte sie uns Horst nach seiner Rückkehr. Kluge war in der Tat wortbrüchig geworden. «Ja, wenn das Schwein tot wäre –», schleuderte er Stülpnagel entgegen, und um ein Haar – auch Hofacker hat es später bezeugt – wollte er den unbequemen Mahner verhaften. Frostig nahm man die Mahlzeit ein. Danach ein zweiter Versuch, den Marschall umzustimmen, auch er vergebens. Nur eines gelang: standhaft weigerte sich der General, seine Pariser Befehle aufzuheben. Gegen Mitternacht dann, nach einem Abschied ohne Händedruck, raste er nach Paris zurück. Kluge, Senior der Feldmarschälle, versicherte inzwischen Hitler telegrafisch seine Ergebenheit.

Auch das Folgende lässt mich noch heute erschauern. Während Stülpnagel durch die Sommernacht zurückfährt, löscht der Verrat des Kameraden seine Entschlusskraft langsam aus. Im «Raphael» angekommen, befiehlt er die Freilassung des SD. Ungläubig, zum Teil gezwungen, verlassen die Häftlinge ihre Zellen. Oberg erscheint im Hotel, vorsichtig auch er. In den ersten, von kasinohaftem Lachen erfüllten Sätzen tastet er sich vor. Es ist zwei Uhr morgens. Man setzt sich zu Tisch, wiederum in dem kleinen Speisesaal im Parterre. Und indes der Ankömmling in seinem Gastgeber den Attentäter wittert, begrüsst jener in ihm den sicheren Henker. So stossen sie an, so leeren sie die Gläser auf ihr Wohl. Die Umgebung sieht schweigend zu. Nur der Admiral K. hebt laut zu schimpfen an und wirft gegen Stülpnagel den ersten Stein.

Noch wäre alles zu retten. Der General müsste nur aufstehen, er müsste Oberg und den neben ihm sitzenden Abetz niederschliessen. Aber eine verhängnisvolle Eigenschaft hindert ihn: seine Intelligenz. Deutlich, allzu deutlich sieht er die Tausende, die gleich Kluge vor dem Wagnis zurückschrecken. Selbst Hofacker eilt schon durch die nächtlichen Strassen, um einigen Freunden das Ende zu melden. Und die gleiche Resignation hindert auch uns, vom vierten Stock, wo wir in Teucherts Zimmer die ersten Schergen des SD erwarten,

zum General herunterzugehen – selbst dann noch, als Oberg in der Morgendämmerung, freundlich sich verabschiedend, das Hotel wieder verlässt.

Das Letzte ist rasch erzählt. Von Keitel nach Berlin beordert, von Kluge, der ihn zurückrufen will, nicht mehr erreicht, jagt sich Stülpnagel am nächsten Tag bei Verdun eine Kugel durch den Kopf. Blind, aber lebend, wird er von seinem Fahrer aus dem Kanal gezogen, vier Wochen später vom Volksgerichtshof gehängt. Auch Linstow muss sterben. Gleich einer Ahnfrau durchgeistert er noch einige Tage das Hotel, nach seiner Verhaftung kommt kein Name über seine Lippen. Hofacker wird nach monatelanger Haft kunstvoll zu Tode gemartert. «Von bezwingender Beredsamkeit», gesteht mir der Oberreichsanwalt, bei dem ich mich einschleiche, um Näheres über die Freunde zu erfahren. Rommel, wie man weiss, vergiftet sich auf Befehl, und selbst Kluge kann sein- Leben nicht mehr retten. Nur Horst und Speidel kommen nach halbjähriger Haft glücklich davon. Dem Schweigen aller verdanken wir das Leben.

## **7. Das amtliche Kommuniqué des Grossdeutschen Rundfunks vom 20. Juli 1944**

(gegen 18.45 Uhr)

Auf den Führer wurde heute ein Sprengstoffanschlag verübt. Aus seiner Umgebung wurden hierbei schwer verletzt: Generalleutnant Schmudt, Oberst Brandt, Mitarbeiter Berger. Leichtere Verletzungen trugen davon: Generaloberst Jodl, die Generale Korten, Buhle, Bodenschatz, Heusinger, Scherff, die Admirale Voss, von Puttkamer, Kapitän zur See Assmann und Oberstleutnant Borgmann. Der Führer selbst hat ausser leichten Verbrennungen und Prellungen keine Verletzungen erlitten. Er hat unverzüglich darauf seine Arbeit wieder aufgenommen und – wie vorgesehen – den Duce zu einer längeren Aussprache empfangen. Kurze Zeit nach dem Anschlag traf der Reichsmarschall beim Führer ein.

## **8. Vorbereiteter Erlass der Bendlergruppe über die vorläufige Kriegsspitzengliederung**

Der Reichsverweser

Berlin, den . . .

u. Oberste Befehlshaber der Wehrmacht

Erlass [des Reichsverwesers Bede]

über die vorläufige Kriegsspitzengliederung

**A.** Zur Zusammenfassung der Kräfte und Vereinfachung der Führung ordne ich vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung die

Bildung des Grossen Generalstabes, des Reichskriegsministeriums und des Offiziersamtes sowie die Aufstellung des Oberkommandos Ost an.

**B. I.)** Zum Chef des Grossen Generalstabes ernenne ich den Generalfeldmarschall ...

Er untersteht dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

Dem Chef des Grossen Generalstabes sind unterstellt: der Wehrmachtführungsstab, der Generalstab des Heeres, soweit er nicht zum Oberkommando Ost tritt, der Generalstab der Luftwaffe, das Amt Ausland/Abwehr. Sie bilden in ihrer Gesamtheit den «Grossen Generalstab» (Gr. Genst).

**II. )** Zum Stellv. Reichskriegsminister ernenne ich den Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet. . .

Er untersteht dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

Dem Stellv. Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet sind unterstellt: der Heimatführungsstab, der 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium, der Staatssekretär für die Rüstung, der Staatssekretär für die Luftfahrt.

**III. )** Zum 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium ernenne ich den . . .

Unter dem 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium sind alle die allgemeinen Wehrmachtfragen, die Organisation und die Ausbildung bearbeitenden Ämter und Abteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht und des Oberkommandos des Heeres zusammenzufassen, soweit sie nicht zum Grossen Generalstab gehören.

Der 1. Staatssekretär im Reichskriegsministerium ist der ständige Vertreter des Stellv. Reichskriegsministers.

**IV. )** Zum Staatssekretär für die Rüstung ernenne ich den ...

Unter dem Staatssekretär für die Rüstung sind der Wirtschaftsstab des Oberkomm. der Wehrmacht und die die Rüstung planenden und bearbeitenden Ämter und Abteilungen des Oberkommandos des Heeres (ohne Generalstab des Heeres), des Reichsluftfahrtministeriums (ohne Generalstab der Luftwaffe) sowie des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion (soweit sie nicht die Gesamtplanung der Wirtschaft einschliessen und zum Reichswirtschaftsministerium treten) zusammenzufassen.

**V. )** Zum Staatssekretär für die Luftfahrt ernenne ich den ...

Unter dem Staatssekretär für die Luftfahrt sind alle Ämter und Abteilungen des Reichsluftfahrtministeriums zusammenzufassen, soweit sie nicht zum Generalstab der Luftwaffe gehören oder dem Staatssekretär für die Rüstung gemäss Ziffer IV. unterstellt sind.

**VI. )** Die unter II.–V. aufgeführten Ämter und Dienststellen bilden in ihrer Gesamtheit das «Reichskriegsministerium» (RKM).

**VII. )** Zum Chef des Offiziersamtes ernenne ich den . . .

Er untersteht dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Unter dem Chef des Offiziersamtes sind die Personalämter des Heeres und der Luftwaffe zum «Offiziersamt» zusammenzufassen.

**VIII.** ) Der Grosse Generalstab, das Reichskriegsministerium und das Offiziersamt bilden in ihrer Gesamtheit das «Oberkommando der Wehrmacht» (OKW).

Das Oberkommando der Wehrmacht ist so umzugliedern, dass die Einheit des Kommandos wiederhergestellt, die Führung vereinfacht und Doppelbearbeitungen ausgeschaltet werden. Durch Übergangsmassnahmen sind Reibungen in der Führung tunlichst auszuschalten.

**C.** Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ist dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht unterstellt. Er erhält seine Weisungen auf dem Führungsgebiet über den Chef des Gr. Genst., in ministeriellen Angelegenheiten über den Stellv. Reichskriegsminister, in Offiziersangelegenheiten, die die Gesamtwehrmacht betreffen, über den Chef des Offiziersamtes.

**D.** Zum Oberbefehlshaber Ost ernenne ich den ...  
Das Oberkommando Ost ist aus dem Generalstab des Heeres heraus aufzustellen.

Dem Oberbefehlshaber Ost werden nach näherer Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht alle Teile des Feldheeres und der Luftwaffe sowie die Streitkräfte der Verbündeten in den Bereichen der Heeresgruppe A, Süd, Mitte und Nord sowie die Wehrmachtbefehlshaber Ukraine und Ostland unterstellt.

**E.** Der vorliegende Erlass tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Durchführungsbestimmungen erlassen der Oberbefehlshaber der Wehrmacht bzw. in seinem Auftrag der Chef des Grossen Generalstabes und der Stellv. Reichskriegsminister, soweit der Bereich des bisherigen Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion berührt wird, im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister.

Der Reichsverweser und

Oberste Befehlshaber der Wehrmacht

Der Reichskanzler

Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht

(Anlage 7 zum K.-Bericht vom 24. 7. 44)

## 9. Aufrufe an das deutsche Volk

Deutsche!

Ungeheuerliches hat sich in den letzten Jahren vor unseren Augen abgespielt. Hitler hat ganze Armeen gewissenlos wider den Rat der Sachverständigen seiner Ruhmsucht, seinem Machtdünkel, seiner



gotteslästerlichen Wahnidee geopfert, berufenes und begnadetes Werkzeug der «Vorsehung» zu sein!

Nicht vom deutschen Volk gerufen, sondern durch Intrigen schlimmster Art an die Spitze der Regierung gekommen, hat er durch dämonische Künste und Lügen, durch ungeheuerliche Verschwendung, die allen Vorteile zu bringen schien, in Wahrheit aber das deutsche Volk in gewaltige Schulden gestürzt haben, Verwirrung angerichtet. Um sich an der Macht zu halten, hat er damit eine zügellose Schreckensherrschaft verbunden, das Recht zerstört, den Anstand in Acht erklärt, die göttlichen Gebote reinen Menschentums verhöhnt und das Glück von Millionen vernichtet.

Mit tödlicher Sicherheit musste seine wahnwitzige Verachtung aller Menschen unser Volk ins Unglück stürzen, musste sein an-gemasstes Feldherrntum unsere tapferen Söhne, Väter, Männer und Brüder ins Verderben führen, sein blutiger Terror gegen Wehrlose den deutschen Namen der Schande überantworten. Rechtlosigkeit, Vergewaltigung der Gewissen, Verbrechen und Korruption hat er in unserem Vaterlande, das von jeher stolz auf seine Rechtlichkeit und Redlichkeit war, auf den Thron gesetzt. Wahrheit und Wahrhaftigkeit, zu denen selbst das kleinste Volk seine Kinder zu erziehen für seine grösste Aufgabe hält, werden bestraft und verfolgt. So droht dem öffentlichen Wirken und dem Leben des Einzelnen tödliche Vergiftung.

Das aber darf nicht sein, so geht es nicht weiter! Dafür dürfen Leben und Sterben unserer Männer, Frauen und Kinder nicht fernerhin missbraucht werden. Unserer Väter wären wir nicht würdig, von unseren Kindern müssten wir verachtet werden, wenn wir nicht den Mut hätten, alles, aber, auch alles zu tun, um diese furchtbare Gefahr von uns abzuwenden und wieder Achtung vor uns selbst zu eringen.

Zu diesem Zweck haben wir, nachdem wir unser Gewissen vor Gott geprüft haben, die Staatsgewalt übernommen. Unsere tapfere Wehrmacht ist Bürge für Sicherheit und Ordnung. Die Polizei wird ihre Pflicht erfüllen.

Jeder Beamte soll nur dem Gesetz und seinem Gewissen gehorchen und seiner Sachkunde folgend sein Amt ausüben. Hilfe jeder durch Disziplin und Vertrauen mit! Erfüllt euer Tagewerk mit neuer Hoffnung! Helft einander! Eure gepeinigten Seelen sollen wieder ruhig und getrost werden.

Fern jeden Hasses werden wir der inneren, in Würde der äusseren Versöhnung zustreben. Unsere erste Aufgabe wird sein, den Krieg von seinen Entartungen zu reinigen und die verheerenden Vernichtungen von Menschenleben, Kultur- und Wirtschaftswerten hinter den Fronten zu beenden. Wir wissen alle, dass wir nicht die Herren über Krieg und Frieden sind. Im festen Vertrauen auf unsere

unvergleichliche Wehrmacht und im zuversichtlichen Glauben an die von Gott der Menschheit gestellten Aufgaben wollen wir alles zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Wiederherstellung einer gerechten Ordnung opfern, wieder in Achtung vor den göttlichen Geboten, in Sauberkeit und Wahrheit, für Ehre und Freiheit leben!

Deutsche!

Hitlers Gewaltherrschaft ist gebrochen.

Ungeheuerliches hat sich in den letzten Jahren vor unseren Augen abgespielt. Nicht vom deutschen Volke gerufen, sondern durch Intrigen schlimmster Art an die Spitze der Regierung gekommen, hat Hitler durch dämonische Künste und Lügen, durch ungeheuerliche Verschwendung, die allen Vorteile zu bringen schien, in Wahrheit uns aber in Schulden und Mangel stürzte, in unserem Volke Geister und Seelen verwirrt, ja selbst ausserhalb Deutschlands verhängnisvolle Täuschungen erzeugt. Um sich an der Macht zu halten, hat er eine Schreckensherrschaft errichtet. Unser Volk durfte einst stolz auf seine Redlichkeit und Rechtlichkeit sein. Hitler aber hat die göttlichen Gebote verhöhnt, das Recht zerstört, den Anstand vermehrt, das Glück von Millionen vernichtet. Er hat Ehre und Würde, Freiheit und Leben anderer für nichts erachtet. Zahllose Deutsche, aber auch Angehörige anderer Völker, schmachten seit Jahren in Konzentrationslagern, den grössten Qualen ausgesetzt und häufig schrecklichen Foltern unterworfen. Viele von ihnen sind zugrunde gegangen. Durch grausame Massenmorde ist unser guter Name besudelt. Mit blutbefleckten Händen ist Hitler seinen Irrweg gewandelt, Tränen, Leid und Elend hinter sich lassend.

Mit tödlicher Sicherheit hat seine Verachtung aller menschlichen Regungen unser Volk ins Unglück gestürzt, hat sein angemasstes Feldhermgenie unsere tapferen Soldaten ins Verderben geführt.

In diesem Kriege haben Machtrausch, Selbstüberheblichkeit und Eroberungswahn ihren letzten Ausdruck gefunden. Tapferkeit und Hingabe unserer Soldaten sind schmachlich missbraucht, ungeheure Opfer des ganzen Volkes sinnlos vergeudet. Wider den Rat der Sachverständigen hat Hitler ganze Armeen seiner Ruhmsucht, seinem Machtdünkel, seiner gotteslästerlichen Wahnidee geopfert, berufenes und begnadetes Werkzeug der Vorsehung zu sein.

Wir werden die Beweise für den ungeheuerlichen Verrat am deutschen Volke und an seiner Seele, für die totale Beugung des Rechts, für die Verhöhnung der edlen Forderung, dass Gemeinnutz vor Eigennutz zu gehen habe, für schamlose Korruption offen darlegen. Wer an diesen furchtbaren Wahrheiten noch zweifeln sollte, weil er als anständiger Mensch es für unmöglich hält, dass hinter hochtönenden Worten sich eine solche Ruchlosigkeit verbergen könnte, wird durch Tatsachen belehrt werden.

So durfte es nicht weitergehen!

Unserer Väter wären wir nicht würdig, von unseren Kindern müssten wir verachtet werden, wenn wir nicht den Mut hätten, alles, aber auch alles zu tun, um die furchtbare Gefahr von uns abzuwenden und wieder Achtung vor uns selbst zu erringen.

Hitler hat seinen vor zehn Jahren dem Volke geleisteten Eid durch Verletzung göttlichen und menschlichen Rechts unzählige Male gebrochen. Daher ist kein Soldat, kein Beamter, überhaupt kein Bürger ihm mehr durch Eid verpflichtet.

In höchster Not habe ich zusammen mit Männern aus allen Ständen des Volkes, aus allen Teilen des Vaterlandes gehandelt. Ich habe die einstweilige Führung des deutschen Reiches übernommen und die Bildung einer Regierung unter Führung des Reichskanzlers ... angeordnet. Sie hat die Arbeit aufgenommen.

Den Oberbefehl über die Wehrmacht führt ..., dem sich die Oberbefehlshaber an allen Fronten unterstellt haben.

Diese Männer haben sich mit mir zusammengefunden, um den Zusammenbruch zu verhüten.

In ernster Stunde treten wir vor euch. Die Verantwortung vor Gott, vor unserem Volke und vor seiner Geschichte, die kostbaren Blutopfer zweier Weltkriege, die ständig wachsende Not der Heimat, das Elend auch der anderen Völker, die Sorge um die Zukunft der Jugend verpflichten uns.

Die Grundsätze und Ziele der Regierung werden bekanntgegeben werden. Sie sind bindend, bis die Möglichkeit gegeben ist, das deutsche Volk darüber entscheiden zu lassen.

Unser Ziel ist die wahre, auf Achtung, Hilfsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit gegründete Gemeinschaft des Volkes. Wir wollen Gottesfurcht an Stelle von Selbstvergottung, Recht und Freiheit an Stelle von Gewalt und Terror, Wahrheit und Sauberkeit an Stelle von Lüge und Eigennutz setzen. Wir wollen unsere Ehre und damit unser Ansehen in der Gemeinschaft der Völker wiederherstellen. Wir wollen mit besten Kräften dazu beitragen, die Wunden zu heilen, die dieser Krieg allen Völkern geschlagen hat, und das Vertrauen zwischen ihnen wieder neu zu beleben.

Die Schuldigen, die den guten Ruf unseres Volkes geschändet und soviel Unglück über uns und andere Völker gebracht haben, werden bestraft werden.

Wir wollen der Hoffnungslosigkeit, dass dieser Krieg noch unendlich weitergehen müsse, ein Ende machen. Wir erstreben einen gerechten Frieden, der an die Stelle der Selbstzerfleischung und Vernichtung der Völker friedliche Zusammenarbeit setzt. Ein solcher Friede kann sich nur auf Achtung vor der Freiheit und der Gleichberechtigung aller Völker gründen.

Ich rufe alle anständigen Deutschen, Männer und Frauen aller

Stämme und Stände, ich rufe auch die deutsche Jugend. Ich baue auf die freudige Mitarbeit der christlichen Kirchen. Habt Mut und Vertrauen! Die Aufgabe ist ungeheuer schwer. Ich kann und will euch keine leeren Versprechungen machen. Wir werden in harter Arbeit ringen müssen, um langsam wieder vorwärts und aufwärts zu kommen. Aber wir werden diesen Weg als freie Menschen in Anstand gehen und wieder die Ruhe des Gewissens finden.

Erfülle jeder seine Pflicht! Hilfe jeder mit, das Vaterland zu retten!

(Anlage 3 zum K.-Bericht 4. 8. 44)

## 10. (Vorbereitete) Rundfunkansprache (Entwurf von Goerdeler)

Deutsche!

Ihr wisst seit heute, worum es geht, was unsere Beweggründe und unsere Absichten sind. Das Recht äusserster Notwehr und die Pflicht der Selbsterhaltung zeichnen uns und euch den Weg vor. Nicht der versprochene Staat fester und weiser Führung, sondern eine schreckensvolle Zwangsherrschaft ist uns zuteil geworden. Tapferkeit, Todesmut und Können unserer Soldaten sind schändlich missbraucht, unsere Heimat ist skrupellos der Not und Zerstörung ausgesetzt worden.

Als Endglied einer vermeidlichen Kette von Rechtsbeugungen und Rechtsbrüchen hat Hitler in seiner Reichstagsrede vom 25.4.1942 alle Deutschen für vogelfrei erklärt, indem er sich das Recht anmasste, jedes Urteil nach seinem eigenen Ermessen umzustossen. Er hat damit einen Tiefstand der Rechtlosigkeit heraufbeschworen, der im Leben gesitteter Völker bisher unbekannt war und nicht mehr zu überbieten ist. Aus dem stolzen Deutschland des gleichen Rechts für alle hat er eine ohnmächtige Zwangsgemeinschaft von Sklaven gemacht, in der der Bürger nicht mehr die Möglichkeit hat, sich gegen Unrecht zur Wehr zu setzen. Höchste Würdenträger, auch Adolf Hitler selbst, haben zahllose Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen Eigentum und Ehre begangen, angeordnet und geduldet. Männer in hohen Stellungen haben schamlos aus öffentlichen Mitteln oder aus solchen, die sie anderen abgepresst haben, sich bereichert, an ihrer Spitze der Reichsmarschall Hermann Göring! Wir wollen nicht die deutsche Ehre von solchem Schmarotzertum besudelt sehen. Wir wollen nicht geführt werden von Lumpen, die Mein und Dein nicht unterscheiden, die ihre Stellung missbrauchen, um selbst im Kriege ein üppiges Leben in prunkvollen Räumen zu führen, während das Volk Not leidet, während draussen Söhne, Männer und Verlobte kämpfen und fallen und drinnen der Vernichtungswahnsinn des totalen Krieges sich austobt.

Eine abenteuerliche, inachthungrige Aussenpolitik hat unser Volk in eine Lage gebracht, deren Ernst nicht mehr übersehen werden kann. Die Rücksicht auf den Krieg verbietet uns, alles beim Namen zu nennen. Aber ihr wisst oder fühlt, wohin Gewissenlosigkeit und Wahnwitz uns alle gebracht haben. Lautere Männer aller Stände und aus allen Gauen werden von uns berufen und ihre Namen euch bekanntgegeben werden, die alles, was geschehen ist, gewissenhaft prüfen und euch auch über den Stand der Dinge, den wir vorfanden, eingehend unterrichten sollen, sobald die Lage es gestattet.

Eins aber können wir euch jetzt schon sagen: das Gebäude des Staates, das auf Unrecht, Willkür, Verbrechen aller Art, Eigennutz, Lüge aufgebaut wurde, wird niedergerissen werden. Das Fundament des neuen Staatsbaues werden die sicheren Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens bilden, werden Recht und Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Anstand, Sauberkeit, Vernunft, Rücksicht aufeinander und Rücksicht auch auf die von Gott geschaffenen Völker und ihre Lebensinteressen sein. Wenn wir keinen zweiten November 1918 erleben wollen, so ist der letzte Augenblick gekommen, diesen Vorsatz in die Tat umzusetzen. Wir werden schon in den nächsten Tagen vor aller Öffentlichkeit diejenigen ohne Rücksicht auf ihre Stellung zur Rechenschaft ziehen, die für die Verbrechen von Staat und Volk verantwortlich sind.

Harte Arbeit auf allen Gebieten des Lebens steht uns bevor. Ein Zaubermittel, die so frevelhaft herbeigeführte Vernichtung aller Lebensgrundlagen aufzufangen und allmählich wiedergutzumachen, gibt es nicht. Wir wollen gemeinsam das Vaterland retten und reinem Pflicht- und Gemeinschaftsgefüge wieder zu seinem Recht verhelfen. Keine Erleichterung des bürgerlichen Lebens können wir euch im Kriege und für die Zeit des Wiederaufbaus in Aussicht stellen. Besinnt euch, worum es geht! Wofür wollt ihr leben und sterben? Wofür sollen unsere Soldaten kämpfen und fallen? Für Recht, Freiheit, Ehre und Anstand oder für Verbrechen, Terror, Schmach und Untergang? Nur wenn ihr diese Fragen recht beantwortet, besteht Hoffnung, diesen Krieg, der zu einem unseligen zweiten Weltkrieg geworden ist, in Ehren und so zu beenden, dass die deutschen Lebensinteressen gewahrt bleiben.

Wer eine Anklage wegen erlittenen Unrechts auf dem Herzen hat, erhebe sie selbst oder durch einen Mann seines Vertrauens an der Stelle, zu der es ihn treibt. Alle diese Stellen werden hiermit verpflichtet, die bei ihnen erhobenen Anklagen an den neuen Reichsminister der Justiz weiterzuleiten, der für ihre ordnungsmässige unverzügliche Bearbeitung Sorge zu tragen hat. Jeder wird seinen Bescheid erhalten. Nur solche Anklagen werden bearbeitet, die der Anzeigende mit seinem Namen deckt. Alle anderen wandern ohne Prüfung dahin, wohin sie gehören: in den Papierkorb. Ist die Klage

berechtigt, so wird das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren eingeleitet; aber ebenso wird auch jeder zur Verantwortung gezogen, der wider besseres Wissen anklagt; denn wir wollen es mit der Ehre unserer Mitmenschen und unseren eigenen Anstandspflichten wieder ernst nehmen.

Niemand, der ein gutes Gewissen hat, braucht sich zu fürchten und zu sorgen. Es geht nicht um die Frage: Parteigenosse oder Volksgenosse. Fort mit diesen Unterschieden, die artfremd dem deutschen Wesen aufgepfropft sind! Es geht nicht um die Frage: SS, SA oder welche Organisationen auch immer. Es geht um die Frage: anständig oder unanständig!

Jeder hat seine Pflicht da weiter zu erfüllen, wo er steht, nur den Gesetzen und den Verordnungen der neuen Amtsgewalt gehorchend. Das Schicksal unserer schwer kämpfenden Soldaten hängt davon ab, dass jeder in der Heimat sein Äusserstes hergibt. Ihnen und unseren geliebten Toten sind wir alles schuldig. Sie und unsere Verwundeten müssen allen anderen Sorgen vorangehen.

Es ist verständlich, dass euch tiefe Erregung ob dieses endlichen Geschehens packen wird. Ihr habt, soweit nicht Rücksicht auf den Krieg es verbietet, von Stunde an wieder die Freiheit, euren Gedanken und euren Gefühlen unbehindert Ausdruck zu geben und eurem Gewissen folgen zu können. Sorgt selbst dafür, dass darunter unser geliebtes Vaterland nicht leidet, denn noch legt der Kriegszustand uns allen Beschränkungen auf. Es wird dafür gesorgt werden, dass alles in Recht und Ordnung vor sich geht, wie das Wohl des Vaterlandes es verlangt.

Die innere Reinigung Deutschlands von Korruption und Verbrechen, die Wiederherstellung von Recht und Anstand ohne Rücksicht auf die Person, aber auch ohne jede Voreingenommenheit gegen Andersdenkende können nach den stolzen Überlieferungen unseres Volkes sehr schnell und sehr einfach vollzogen werden, wenn jeder das Seine dazu beiträgt. Das darf von allen Gutgesinnten erwartet werden, denn ihr persönliches Glück hängt von der Wiederherstellung jener Güter ab. Die Fesseln der Zwangswirtschaft kann im Kriege niemand mehr lösen. Wir können und werden einstweilen nur eine Vereinfachung durchsetzen und Schiebungen zu Leibe gehen, denen die Zwangswirtschaft den Boden bereitet hat. Aber wir weiden sobald wie möglich Freiheit und Selbstverwaltung in Wirtschaft und Familie, in Gemeinde und Staat wiederherstellen.

Am ernstesten sieht es auf dem Gebiete der Aussenpolitik aus. Hier haben wir mit den Interessen und dem Willen anderer Völker zu rechnen. Wir wissen noch nicht, wie sich das Ausland zu uns stellt. Wir haben handeln müssen aus der Verpflichtung des Gewissens heraus. Aber wir wollen euch sagen, was wir an aussenpolitischen Zielen sehen. Wir Deutschen leben ebensowenig wie ein

anderes Volk allein auf dieser Welt. Wir haben uns daher zu unserem eigenen Besten mit dem Vorhandensein, den Eigenschaften und Interessen anderer Völker auseinanderzusetzen. Es ist unsere Überzeugung, dass diese Auseinandersetzung nicht mit Waffengewalt erfolgen soll. Je weiter Gott uns gestattet hat, durch die Gaben des Geistes, die wir ihm verdanken, die Technik zu entwickeln, desto zerstörender ist der Krieg geworden. Er zerstört das, auf dessen Errichtung die Gaben des Geistes angesetzt sind. Er frisst sich schliesslich selbst auf. Wir wollen daher einen friedlichen, gerechten Ausgleich der nun einmal in dieser Welt vorhandenen Interessengegensätze, die viel weniger durch die Menschen als durch ihre Umwelt bedingt sind.

Daher halten wir es für unerlässlich, so schnell wie möglich weiteren Zerstörungen und weiterer Vergeudung nationaler Kräfte jedes Volkes für Werke der Zerstörung ein Ende zu bereiten. Jeder am Kriege beteiligte und nichtbeteiligte Staat wird ein Unmass von Schwierigkeiten zu überwinden haben, um die materiellen Verluste dieses Krieges auszugleichen.

Eine solche Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn sie auf ein festes System anerkannter Rechtsgrundsätze gestellt ist. Nicht einmal ein einfaches Spiel kann ohne Zank zu Ende geführt werden, wenn nicht jeder Teilnehmer bestimmte Spielregeln beachtet. Wieviel weniger ist das möglich, wenn Völker, die unter den verschiedensten Bedingungen leben, sich an der grössten Aufgabe, nämlich dem harmonischen Ausgleich aller Kräfte, beteiligen wollen. Wir sind des Glaubens, dass Gott ihn will, daher erachten wir als bestes Bollwerk für die Sicherung solcher Spielregeln im Leben der Völker den Anstand der Gesinnung, jene Gewissensverpflichtung, die aus dem religiösen Bewusstsein allein entspringt. Aber wir verkennen nicht, dass diese Regeln einer Formulierung bedürfen und dass die Unvollkommenheit der Menschen es notwendig macht, sie überdies noch einem Machtschutz anzuvertrauen. Zu einer solchen Zusammenordnung im Kleinen wie im Grossen sind wir, die Selbständigkeit aller Staaten, so wie sie sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, anerkennend, bereit. Die möglichst schleunige Wiederherstellung geordneter öffentlicher Haushalte in allen Ländern ist notwendig; denn ohne diesen Ausgleich können stabile Währungen nicht bestehen, ohne sie ist ein geordneter reger Austausch von Gütern und Leistungen nicht möglich. Wir werden nicht zögern, diese Notwendigkeiten in die Tat umzusetzen. Dabei müssen wir den Gegebenheiten dieses unseligen Krieges Rechnung tragen. Aber wir werden dafür sorgen, dass, soweit zurzeit noch fremde Gebiete besetzt gehalten werden müssen, den Betroffenen volle Selbstregierung wieder ermöglicht und die Anwesenheit deutscher Truppen so wenig lastend wie möglich gemacht wird. Wissen wir doch aus eigener schmerzvoller Erfahrung, wie

tief die Seele jedes Volkes von der Tatsache berührt wird, die Soldaten eines anderen Volkes auf der geheiligten Heimaterde zu sehen.

Wir müssen also, nicht wissend, wie sich die Welt uns gegenüber stellen wird, den Kampf weiterführen. Wir alle haben viele bittere Erfahrungen hinter uns. Wir sind Männer, die es gewohnt waren, unsere Pflicht auch unter den widerwärtigsten Umständen zu tun. Wir sind Männer, die ein böses Erbe übernehmen, ohne über die bisherigen ungetreuen Verwalter unserer Schicksale zu schimpfen. Wir wünschen nicht, unsere eigene Verantwortung dadurch zu mindern oder uns selbst in ein besseres Licht zu setzen, dass wir die Schuld auf andere abladen und andere verunglimpfen. Wir wollen wieder zur Sprache des gesitteten Anstandes zurückkehren, wie er in jeder deutschen Familie, die etwas auf sich hält, als selbstverständlich gepflegt wird.

So rufen wir euch auf zu tätiger Selbstbesinnung und zu opferbereiter Zuversicht. Hasset nicht, helft vielmehr! Vollbringt das Grösste: findet die Seele unseres Volkes wieder! Gewinnt so die Kraft, noch mehr zu leisten und unseren tapferen Soldaten zu Lande, auf dem Meer und in der Luft noch wirksamer zu helfen. Vereinen wir uns mit ihnen in der Ruhe des Gewissens, dass kein deutsches Mannesblut mehr der Ruhmsucht unfähiger Führung, sondern nur noch der Verteidigung unserer Lebensinteressen geopfert werden wird.

Mit Gott für Recht, Freiheit und Sicherung friedlicher Arbeit!

(Anlage 1 zum K.-Bericht vom 14. 8. 44)

## 11. Entwurf einer Regierungserklärung (Nr. 2, 3. Fassung)

Die Männer vom 20. Juli hatten neben dem Aufruf an das deutsche Volk eine Regierungserklärung verfasst, die nach dem Umsturz über den Rundfunk verbreitete werden sollte:

Die Grundsätze, nach denen die Regierung geführt werden wird, und die Ziele, die wir erstreben, sind bekanntgegeben. Wir erklären hierzu Folgendes:

1. Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. Die Regierung selbst muss darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muss sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. Während des Krieges kann diese Kontrolle nur vorläufig geordnet werden. Einstweilen werden lautere und sachkundige Männer aus allen Ständen und Gauen in einen Reichsrat berufen werden; diesem Reichsrat werden wir Rede und Antwort stehen, seinen Rat wollen wir einholen.



Wir waren einst stolz auf die Rechtlichkeit unseres Volkes, auf die Sicherheit und Güte der deutschen Rechtspflege. Um so grösser muss unser aller Schmerz sein, sie fast vernichtet zu sehen.

### **Wiederherstellung des Rechts**

Keine menschliche Gesellschaft kann ohne Recht bestehen; keiner, auch derjenige, der glaubt, es verachten zu können, kann es entbehren. Für jeden kommt die Stunde, da er nach dem Recht ruft. Gott hat uns in seiner Ordnung des Weltalls, in seiner Schöpfung und in seinen Geboten die Notwendigkeit des Rechts gegeben. Er hat uns Einsicht und Kraft verliehen, die irdischen Einrichtungen zu ihrer Sicherung im Recht zu führen. Dazu ist es notwendig, Unabhängigkeit, Unversetzbarkeit und Unabsetzbarkeit der Richter wiederherzustellen. Wir wissen wohl, dass viele von ihnen nur unter dem Druck des äussersten Terrors gehandelt haben; aber es wird mit unbeugsamer Strenge nachgeprüft werden, ob darüber hinaus Richter das Verbrechen begangen haben, das Recht zu beugen. Die Schuldigen werden entfernt werden. Um das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege wiederherzustellen, werden grundsätzlich Laien bei der Urteilsfindung in Strafsachen mitwirken. Das gilt auch für die vorläufig eingesetzten Standgerichte.

Das Recht wird jedem gegenüber, der es verletzt hat, durchgesetzt. Rechtsbrecher werden der verdienten Strafe zugeführt.

Die Sicherheit der Person und des Eigentums werden wieder gegen Willkür geschützt sein. Nur der Richter darf nach dem Gesetz in diese persönlichen Rechte des Einzelnen, die für den Bestand des Staates und für das Glück der Menschen unerlässlich sind, eingreifen.

Die Konzentrationslager werden sobald wie möglich aufgelöst, die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugeführt werden.

Aber ebenso erwarten wir, dass niemand Lynchjustiz vollzieht. Wenn wir die Majestät des Rechts wiederherstellen wollen, müssen wir alle Energie gegen persönliche Vergeltung aufwenden, die aus dem Erleiden von Unrecht und aus der Verwundung der Seele menschlich nur zu begreiflich ist. Wer irgend etwas auf dem Herzen hat, erstatte Anzeige, an welcher öffentlichen Stelle er will. Seine Anzeige wird an die richtige Stelle weitergeleitet werden. Die Schuldigen wird die unerbittliche Strafe treffen. Aber die Anzeige muss wahr sein. Wahrheitswidrige Anzeigen werden bestraft, anonyme Anzeigen wandern in den Papierkorb.

### **Schluss mit der Korruption**

2. Wir wollen die Grundlagen der Sittlichkeit wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie öffentlichen Lebens.

Die Korruption ist in unserem früher so reinen Volk von hohen und höchsten Würdenträgern des Naziregimes in einem bisher nicht dagewesenen Umfang betrieben worden. Während draussen unsere Soldaten kämpfen, bluten und fallen, führten Männer wie Göring, Goebbels, Ley und Genossen ein Luxusleben, raubten, füllten ihre Keller und Böden, forderten das Volk zum Durchhalten auf und drückten sich selbst mit ihrem Anhang feige vor dem Opfer dort draussen. Alle Übeltäter werden mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen, ihr unredlich erworbenes Gut wird eingezogen und den Geschädigten wiedergegeben werden. Die Hauptschuldigen sollen aber an Leib und Gut büssen. Ihr gesamtes Vermögen und das an Angehörige verschobene wird eingezogen. Die mit politischen Vorwänden erfolgten Uk-Stellungen sind aufgehoben. Jeder wehrfähige Mann kann an der Front beweisen, was er ist und wie es mit seinem Willen zum Durchhalten steht. Maulhelden wollen wir nicht mehr dulden.

Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die anständige Behandlung aller Menschen. Die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wiedergutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt. Wer geglaubt hat, sich am jüdischen Vermögen bereichern zu können, wird erfahren, dass es eine Schande für jeden Deutschen ist, nach solchem unredlichen Besitz zu streben. Mit Marodeuren und Hyänen will das deutsche Volk in Wahrheit auch gar nichts zu tun haben.

Wir empfinden es als eine tiefe Entehrung des deutschen Namens, dass in den besetzten Gebieten hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe und ihren Schutz missbrauchend Verbrechen aller Art begangen worden sind. Die Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt. Auch hier werden wir für Sühne sorgen.

Wer die Kriegszeit dort draussen benutzt hat, um sich die Taschen zu füllen oder von der Linie der Ehre abgewichen ist, wird hart zur Rechenschaft gezogen werden.

### **Für ein sittliches Familienleben**

Die Familie als die Urzelle völkischer Gemeinschaft wieder zu gestalten, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Dazu brauchen wir den Einfluss des Elternhauses, die Kraft der Religion, die Mitarbeit aller Kirchen. Nur auf einer ernsten und verantwortungsbewussten Vorstellung von der Lebensgemeinschaft der Ehe kann sich ein sauberes und gesundes Familienleben auf bauen. Der Doppelmoral muss der Kampf angesagt werden, wenn nicht unsere Kinder verkommen sollen; denn wie können Eltern Sauberkeit von den Kindern verlangen, die nicht selbst sich in Zucht halten und den Kindern das

beste Beispiel geben. Das Leben unseres Volkes wird nur gesunden, wenn die Familien wieder gesund werden. Wir wollen keine Spaltung unseres Volkes. Wir wissen, dass viele aus Idealismus, in Verbitterung über das Diktat von Versailles und seine Auswirkungen und über manche nationale Unwürde in die Reihen der Partei eingetreten sind, andere unter dem äussersten Zwang wirtschaftlicher und sonstiger Druckmittel. Das Volk darf sich nicht hiernach scheiden. Alle Deutschen, die deutsch fühlen und handeln, gehören zusammen. Die einzige Scheidung, die zu vollziehen ist, liegt zwischen Verbrechen und Gewissenlosigkeit auf der einen und Anstand und Sauberkeit auf der anderen Seite. Auf dieser Grundlage wollen wir die innere Aussöhnung des Volkes mit allen Kräften betreiben. Denn nur wenn wir einig bleiben, auf der Grundlage von Recht und Anstand, können wir den Schicksalskampf bestehen, in den Gott unser Volk stellt.

### **Kampf der Lüge**

**3.** Der Lüge sagen wir Kampf an. Die Sonne der Wahrheit soll ihre dichten Nebel zerstreuen. Unser Volk ist in der schamlosesten Weise über seine wirtschaftlichen, finanziellen und politischen sowie über die militärischen Ereignisse belogen worden. Die Tatsachen werden festgestellt und bekanntgegeben werden, so dass jeder Einzelne sie nachprüfen kann. Es ist ein grosser Irrtum, anzunehmen, dass es einer Regierung gestattet sei, das Volk durch Lüge für ihre Ziele zu gewinnen. Gott kennt in seiner Ordnung keine doppelte Moral.

Auch die Lügen der Regierungen haben kurze Beine und sind immer aus Feigheit oder Machtsucht geboren. Erfolg in der Behauptung der nationalen Stellung, Glück des Volkes und Seelenfrieden des Einzelnen können nur auf Wahrhaftigkeit aufgebaut werden. Wahrheiten sind häufig hart; aber das Volk, das sie überhaupt nicht mehr verträgt, ist ohnehin verloren. Der Einzelne kann die rechte Kraft nur aufbringen, wenn er die Lage so sieht, wie sie ist. Der Bergsteiger, der die Höhe des zu erklimmenden Gipfels unterschätzt, der Schwimmer, der die zurückzulegende Strecke nicht richtig bemisst, wird seine Kraft vorzeitig verbrauchen. Alle unwahrhaftige Propaganda hat daher ihr Ende; das gilt vor allem vom Reichspropagandaministerium. Auch der Missbrauch der Propagandaformationen der Wehrmacht muss aufhören. Das Leben und Sterben unserer Soldaten bedarf keiner Propaganda; es ist in das Herz jeder deutschen Frau und Mutter, ja jedes Deutschen in der Heimat tief eingepägt.

### **Freiheit des Geistes und des Glaubens**

**4.** Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wiederhergestellt.

Die Kirchen erhalten wieder das Recht, frei für ihr Bekenntnis zu wirken. Sie werden in Zukunft völlig vom Staate getrennt leben, weil sie nur in Selbständigkeit und unter Fernhaltung von aller aktiven politischen Betätigung ihrer Aufgabe gerecht werden können. Das Wirken des Staates wird von christlicher Gesinnung in Wort und Tat erfüllt sein; denn dem Christentum verdanken wir den Aufstieg der weissen Völker, verdanken wir die Fähigkeit, die schlechten Triebe in uns zu bekämpfen. Auf diese Bekämpfung kann keine völkische und staatliche Gemeinschaft verzichten. Aber echtes Christentum verlangt auch Duldsamkeit gegenüber den Andersgläubigen oder Freidenkern. Der Staat wird den Kirchen wieder Gelegenheit geben, sich im Sinne wahren Christentums lebendig zu betätigen, insonderheit in der Wohlfahrtspflege und der Erziehung.

Die Presse soll wieder frei sein. Im Krieg muss sie sich den Beschränkungen unterwerfen, die in jedem Kriege für ein Land unerlässlich sind. Jeder, der eine Zeitung liest, soll erfahren, wer hinter dieser Zeitung steht. Der Presse wird es nicht wieder gestattet sein, bewusst oder fahrlässig die Unwahrheit zu sagen. Die Schriftleiter werden durch eine straffe Ehrengerichtbarkeit dafür sorgen, dass die Gesetze des Anstandes und der Pflicht gegenüber dem Wohle des Vaterlandes auch in der Presse beachtet werden.

5. Es ist vor allem die deutsche Jugend, die nach der Wahrhaftigkeit ruft. Wenn es eines Beweises für die göttliche Natur des Menschen bedürfte, hier haben wir ihn. Selbst die Kinder wenden sich in natürlicher Erkenntnis dessen, was wahr und gelogen ist, beschämt und empört von der ihnen zugemuteten Unwahrhaftigkeit der Gesinnung und Rede ab. Es war wohl das grösste Verbrechen, diesen Wahrhaftigkeitssinn und mit ihm den Idealismus unserer Jugend zu missachten und zu missbrauchen. Wir wollen ihn daher schützen und stärken.

Der Jugend und ihrer Erziehung gilt eine unserer Hauptsorgen. Diese Erziehung soll in erster Linie den Eltern und den Schulen überantwortet werden. In allen Schulen müssen die elementaren Grundkenntnisse einfach, lauter und sicher in das Kind eingepflanzt werden. Die Bildung muss wieder eine allgemeine, Herz und Verstand erfassende sein. Sie muss im Volke wurzeln, und keine Kluft darf zwischen Gebildeten und Ungebildeten liegen.

Die Erziehung muss wieder bewusst auf die christlich-religiöse Grundlage gestellt werden, ohne dass die christlichen Gesetze der äussersten Duldsamkeit gegenüber Andersgläubigen verletzt werden sollen. Auf dieser Grundlage muss das Erziehungs- und Bildungswesen wieder ruhig und stetig geleitet werden und von dauernden Änderungen und Unruhen bewahrt bleiben.

## Wieder Mut zur Verantwortung

**6.** Die Verwaltung muss neu geordnet werden. Es wird nichts umgestossen werden, was sich bewährt hat. Aber es ist notwendig, sofort klare Verantwortung und die Freiheit zu selbständigen Entschlüssen wiederherzustellen. Unsere einst so stolze Verwaltung ist zu einem Haufen von sinnlos ausführenden Maschinen und Maschinchen geworden. Keiner wagt mehr, einen selbständigen und richtigen Entschluss zu fassen. Wir werden das Gegenteil von den Beamten verlangen. Mit wenig Schreibwerk sollen sie in grösster Einfachheit das Rechte tun.

Der Beamte muss wieder in seiner ganzen Amts- und Lebensführung ein Beispiel werden; denn ihm hat das Volk öffentliche Hoheitsgewalt anvertraut. Diese darf nur ausüben, wer lauter ist, Sachkunde sich erworben, seinen Charakter gestählt und Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Mit dem Parteibuchbeamten wird Schluss gemacht. Der Beamte soll wieder allein dem Gesetz und seinem Gewissen folgen. Er muss sich der Auszeichnung bewusst und würdig zeigen, dass die Volksgemeinschaft ihm ein sicheres Leben gewährt, während andere um das Allernotwendigste ringen müssen. Er soll, gesichert in seinem Ansehen und in seinen Rechten, aufgehen in dem idealen Streben, seiner besonderen Stellung durch besondere Pflichterfüllung gerecht zu werden.

Um den Beamten wieder dies einwandfreie Wirken zu ermöglichen und dem Volk eine Ausübung der öffentlichen Hoheitsgewalt durch Unwürdige zu ersparen, sind alle seit dem 1. Januar 1933 vollzogenen Ernennungen und Beförderungen für vorläufig erklärt. Jeder einzelne Beamte wird in kürzester Frist daraufhin geprüft werden, ob er gegen Gesetz, gegen Disziplinarrecht oder gegen den von jedem Beamten geforderten Anstand verstossen hat. Wird dies festgestellt, so werden die entsprechenden Folgerungen durch Bestrafung, Entlassung, Versetzung usw. vollzogen. Dabei werden Ehrengerichte der Beamten mitwirken. Vorläufige Beamte, deren Leistungen den Anforderungen ihres Amtes nicht entsprechen, werden in Stellungen, denen sie gewachsen sind, versetzt oder, wenn dies nicht möglich ist, entlassen werden.

In die öffentlichen Büros gehört kein Luxus, sondern das Behagen gehört in die Wohnung des Einzelnen. Die Behördenchefs sind angewiesen worden, sofort die erforderlichen Massnahmen einzuleiten. Die überflüssigen Einrichtungsgegenstände werden Bombengeschädigten überwiesen.

## Die Verfassungsfrage

**7.** Ordnung der Verwaltung, gerechte Verteilung und Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben sind nur möglich auf Grund einer Ver-

fassung. Eine endgültige Verfassung kann erst nach Beendigung des Krieges mit Zustimmung des Volkes festgesetzt werden. Denn die Frontsoldaten haben einen Anspruch darauf, hierbei mit besonderem Gewicht mitzuwirken. So müssen wir uns alle vorläufig mit einer einstweiligen Verfassung begnügen, die gleichzeitig verkündet wird. An sie sind auch wir gebunden.

Preussen wird aufgelöst. Die preussischen Provinzen, ebenso wie die übrigen deutschen Länder, werden neu zu Reichsgauen zusammengefasst. Dem einzelnen Reichsgau wird im Reich wieder ein Eigenleben gegeben. Sie werden sich weitgehend selbst verwalten. Der Selbstverwaltung dieser Reichsgaue, der Kreise und der Gemeinden, wild an öffentlichen Aufgaben übertragen, was irgendwie mit Reichseinheit und zielbewusster Führung des Reidas vereinbar ist.

In allen Reichsgauen wird die Aufsicht namens des Reiches durch Reichsstatthalter ausgeübt werden, deren Ernennung unmittelbar bevorsteht. Sie werden den Organen der Selbstverwaltung soweit wie irgend möglich freies Wirken gewähren, aber gleichzeitig für die Reidaseinheit sorgen. Gewählte Körperschaften sollen in der Selbstverwaltung die Verbindung zum Volk sicherstellen.

8. Die Wirtschaft kann im Kriege nur in Form der Zwangswirtschaft und der Überwachung der Preise fortgeführt werden. Solange ein Mangel an lebenswichtigen Gütern besteht, ist, wie jeder einsehen wird, eine freiere Wirtschaft nicht möglich, es sei denn, dass man über die Lebensinteressen der Minderbemittelten kaltherzig zur Tagesordnung übergehen wollte. Wir wissen sehr wohl, wie widerwärtig diese Wirtschaft ist, welchen Entartungen sie Vorschub leistet und dass sie nicht, wie so häufig behauptet, den wahren Interessen des letzten Verbrauchers dient. Einstweilen können wir sie nur vereinfachen und von Unklarheiten, dem Durcheinander an Zuständigkeiten und dem Mangel an Verantwortungsbewusstsein befreien. Wir werden auch alle Massnahmen aufheben, die zu tief in die Freiheiten des Einzelnen eingegriffen haben und die ohne Überlegung und zwingende Notwendigkeit Existenzen im Handel, Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft vernichtet haben.

Auch darf die Wirtschaft nicht durch staatliche Eingriffe unnötig gestört und die Schaffensfreude und Schöpfungsmöglichkeiten erstickt werden (sondern die wirtschaftliche Freiheit soll nur gebändigt werden durch das Recht, durch die Sicherung der Lauterkeit des Wettbewerbs und durch anständige Gesinnung). Autarkie ist angesichts der Rohstoffarmut unseres Vaterlandes und der Tatsache, dass wir uns auf unserem Boden allein nicht ernähren können, feiger Verzicht auf die Möglichkeit, an den Gütern und Leistungen der ganzen Welt durch Leistungsaustausch teilzunehmen.

## Soziale Wirtschaftsordnung

Es ist das Ziel unserer Wirtschaftsordnung, dass jedem Arbeiter, Angestellten und Unternehmer der Anteil an unseren Wirtschaftsgütern zuteil wird. Es handelt sich nicht nur darum, die freie Initiative des Unternehmers herzustellen und ihn zum Leistungskampf im Wettbewerb zu zwingen. Nein, auch der deutsche Arbeiter muss und wird Gelegenheit erhalten, an der Verantwortung der Wirtschaft schöpferisch teilzunehmen; nur können auch wir ihn nicht von der Wirkung der die Wirtschaft beherrschenden natürlichen Gesetze freistellen.

Das Eigentum ist Grundlage jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts; sonst sinkt der Mensch allmählich zum Tier herab. Es wird daher geschützt, nicht nur in der Hand des grossen, sondern auch in der Hand des kleinsten Eigentümers, der nur Hausrat sein eigen nennt. Der Missbrauch des Eigentums wird ebenso bekämpft werden wie die ungesunde, die Unselbständigkeit der Menschen vermehrende Zusammenballung des Kapitals.

Die Ordnung des Wirtschaftens wird auf Selbstverwaltung aufgebaut werden. Das bisher geübte System der Gängelung von oben her muss fallen. Es gilt, die Selbständigkeit des Entschlusses und damit die eigene Verantwortung wieder zu wohltätiger Wirkung zu bringen; es gilt das Vertrauen aller, auch der Arbeiter, in die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Ordnung in weitestem Umfange herzustellen.

## Gerechter sozialer Ausgleich

9. Daraus ergibt sich der Inhalt der auf Ausgleich gerichteten Staatspolitik, der Sozialpolitik. Sie soll unverschuldet in Not Geratene und Schwache schützen und die Möglichkeit geben, sich solidarisch gegen die Widrigkeiten dieses Lebens zu sichern. Sie soll ferner da eintreten, wo das Interesse, Ersparnisse (Kapital) zu erhalten, in Widerspruch gerät mit dem Interesse, die Arbeitskraft der jetzt Lebenden zu sichern. Solche Interessengegensätze können in Zeiten grosser politischer und wirtschaftlicher Spannung auftreten. Es wäre sehr leichtfertig, sie so zu lösen, dass dabei einfach das Kapital, d.h. die Ersparnisse, vernichtet werden. Es würde dem kleinen Sparer ebensowenig gefallen, wie es den Interessen des Volksganzen dient, wenn etwa plötzlich alle Bauernhöfe und alle Industriebetriebe ohne Maschinen wären. Auf der anderen Seite haben diese Kapitalgüter alle keinen Wert, wenn sie nicht der Erhaltung der jetzt lebenden Menschen mehr nutzbar werden können. Also gilt es, mit Verantwortungsbewusstsein und Gewissenhaftigkeit einen gerechten Ausgleich zu finden, bei dem jeder Einzelne sich von vornherein bewusst ist, dass von ihm wie von jedem anderen Opfer gebracht werden müssen.

Soweit zu solchen Ausgleichungen Kraft und Verantwortung der einzelnen Berufs- und Wirtschaftszweige nicht ausreichen, müssen alle wirtschaftenden Bürger eintreten, und äusserstenfalls muss ein gerechter Ausgleich auf den Schultern des ganzen Volkes durch den Staat gesichert werden. Soweit soziale Einrichtungen den Arbeiter betreffen, erhalten sie das Recht voller Selbstverwaltung.

Aber wir müssen wissen, dass der Staat keine unerschöpflichen Mittel hat. Auch er lebt nur von dem, was seine Bürger leisten und an ihn abgeben. Mehr, als er aus dieser Leistungskraft seiner Bürger zur Verfügung hat, kann auch er nicht an einzelne Bürger vergeben. Wir lehnen daher mit aller Klarheit und Entschiedenheit ab, Versprechungen auf wirtschaftliches Wohlleben zu geben. Jeder von uns weiss, dass derjenige, der seine Ersparnisse verwirtschaftet hat, besonders viel leisten muss, wenn er seinen gewohnten Lebensstandard wiedergewinnen will. So ist es in der Familie, so in jedem Verein, so auch im Staat. Alle anderen Vorstellungen sind sinnlos.

Billige Verheissungen, der Staat könne alles, sind gewissenlose Demagogie. Der Staat seid Ihr mit Euren Kräften. Wir und die Organe des Staats sind nur Eure Treuhänder. Jeder muss seine Kräfte regen. Es liegt auf der Hand, dass nach den ungeheuren Vernichtungen dieses Krieges unser aller Arbeitsleistung besonders gross sein muss, um Ersatz für Kleidung, für zerstörte Wohnungen und Arbeitsstätten sowie für vernichteten Hausrat zu schaffen. Und endlich wollen wir doch unseren Kindern wieder ein besseres Leben ermöglichen. Aber wir sind überzeugt, dass wir alle dazu fähig sind, wenn wir nur wieder in Recht, Anstand und Freiheit schaffen können.

### Die Währung sichern

**10.** Grundvoraussetzung gesunder Wirtschaft ist die Ordnung der öffentlichen Haushalte. Die Ausgaben müssen sich im Rahmen der echten Einnahmen halten, die Staat, Gaue, Kreise und Gemeinden von ihren Bürgern beziehen können. Es erfordert Anstrengung, Charakter, Verzicht und Kampf, um diese Ordnung wieder zu errichten; aber sie ist die wichtigste und unerlässliche Grundlage gesicherter Währung und allen wirtschaftlichen Lebens. Von ihr hängt der Wert aller Ersparnisse ab. Ohne sie ist auch der Aussenhandel nicht möglich, auf den wir seit mehr als hundert Jahren angewiesen sind.

Die Steuern werden erheblich sein; aber um so unbeugsamer werden wir für ihre sparsame Verwendung Sorge tragen. Es ist wichtiger, dass dem Bürger das zum Leben Notwendige gelassen wird, als dass die Verwaltungen sich mit prächtigen Einrichtungen versehen und Aufgaben in Angriff nehmen, die zu der einfachen Lebenshaltung der Einzelnen in Widerspruch stehen.

Solche Einsicht verlangen wir auch von der Wirtschaft, die sich



wieder bewusst werden muss, dass Aufwendigkeit in der Verwaltung nur dem Behagen oder dem Geltungsbedürfnis Einzelner dient, aber von allen in höheren Preisen oder von den Arbeitern in niedrigeren Löhnen getragen werden muss. Der Fortfall des ungeheuren Aufwandes der Partei ist schon ein Anfang der Heilung.

Die Grundlage geordneter Staatshaushalte ist seit 1933 durch unablässige und gewissenlose Vergeudung der Mittel, durch Schuldenvermehrung verlassen worden. Es war bequem, dem Volke vorzugaukeln, dass es gelungen sei, den allgemeinen Wohlstand durch Verschwendung zu heben. In Wahrheit war dies Mittel erbärmlich, denn es bestand in hemmungslosem Schuldenmachen. Wir werden daher gerade im Kriege, in dem jeder Staat gezwungen ist, ungeheure Ausgaben zu machen, die äusserste Einfachheit und Sparsamkeit in allen öffentlichen Diensten herstellen. An einen echten Ausgleich kann überall erst nach diesem Kriege gegangen werden.

Wir sehen in den wachsenden Schuldenlasten aller kriegführenden und neutralen Staaten eine ungeheuer grosse Gefahr. Sie bedrohen die Währungen. Jeder Staat wird sich nach diesem Kriege vor eine ganz ausserordentlich schwierige Aufgabe gestellt sehen. Wir hoffen, für die Schuldentilgung Lösungen finden zu können, wenn es gelingt, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker wiederherzustellen.

**11.** Aber noch ist Krieg. In ihm gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland an der Front verteidigen. Ihnen haben wir alles an seelischen und materiellen Werten zuzuführen, was wir irgend schaffen können. Mit ihnen stehen wir in Reih und Glied, aber nunmehr alle wissend, dass nur die zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Wohle des Volkes notwendigen, nicht aber der Eroberungssucht und dem Prestigebedürfnis eines Wahnsinnigen dienenden Opfer verlangt werden, und dass wir diesen Krieg bis zum Erlangen eines gerechten Friedens fernerhin mit reinen Händen, in Anstand, mit der Ehrenhaftigkeit, die jeden braven Soldaten auszeichnete, führen werden. Den bisherigen Opfern dieses Krieges gehört unsere volle Fürsorge.

In der Sorge für die Front müssen wir das Notwendige mit der grössten Klarheit und Einfachheit vereinigen. Mit dem Hin und Her bombastischer, unausführbarer Befehle, die heute von der Wirtschaft nicht herstellbare Mengen von Panzerwagen, morgen von Flugzeugen und übermorgen von anderen Waffen und Geräten verlangen, ist Schluss gemacht. Es wird nur das Nötige und Zweckmässige gefordert werden. Im Gegensatz zu der bisherigen despotischen Tyrannei erwarten wir von jedem zur Ausführung Berufenen, dass er von sich aus auf Irrtümer und Unstimmigkeiten hinweist.

12. Wir haben vor diesem Kriege gewarnt, der soviel Leid über die ganze Menschheit gebracht hat, und können daher in Freimut sprechen. Verlangt die nationale Würde von uns zurzeit den Verzicht auf bittere Anklage, so haben und werden wir auch hier die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. So notwendig dies ist, wichtiger ist, dass wir dem baldigen Frieden zustreben. Wir wissen, dass wir nicht allein Herren über Krieg und Frieden sind; wir sind dabei auf die anderen Völker angewiesen. Wir müssen durchstehen, aber wir erheben nun endlich die Stimme des wahren Deutschlands.

Wir sind tief davon durchdrungen, dass die Welt vor einer der ernstesten Entscheidungen steht, vor die die Völker und ihre Führer je bewusst sich gestellt sahen. Gott selbst gibt uns die Frage auf, ob wir der von ihm gesetzten Ordnung der Gerechtigkeit entsprechen und seinen Geboten, Freiheit und Menschenwürde zu achten sowie einander zu helfen, folgen wollen oder nicht.

In dieser Stunde müssen wir unserm Volke zurufen, dass es unsere vornehmste Aufgabe ist, tapfer und geduldig den vielfach entehrten deutschen Namen wieder reinzuwaschen. Wir Deutschen allein können und werden sie erfüllen. Davon, dass wir dies unerbittlich, ernsthaft und aufrichtig tun, hängt unsere Zukunft ab, gleichgültig, wie sie sich materiell gestaltet. Denn Gott ist nicht dazu da, bei jeder billigen Gelegenheit als Vorsehung angerufen zu werden, sondern er fordert auch und wacht darüber, dass seine Ordnung und seine Gebote nicht verletzt werden. Es war eine furchtbare Verirrung, deren Wurzeln auf das unselige Diktat von Versailles zurückgehen, anzunehmen, dass die Zukunft auf dem Unglück anderer Völker, auf der Unterdrückung und Verachtung der Menschenwürde aufgebaut werden könne.

Wir alle wollen dem Ehrgefühl anderer Völker nicht zu nahe treten. Was wir für uns verlangen, müssen und wollen wir anderen zubilligen. Wir glauben, dass es im Interesse aller Völker liegt, dass der Friede ein dauerhafter wird. Hierzu ist internationales Vertrauen in das neue Deutschland erforderlich.

Auch Vertrauen lässt sich nicht erzwingen und erreden. Aber was auch immer die Zukunft bringen möge: wir hassen die feige Beschimpfung des Gegners und sind davon überzeugt, dass alle Staatsführer nicht nur das Beste ihrer Völker, sondern ein fruchtbares Ende dieses Ringens wollen und mit uns bereit sind, alsbald die unmenschlichen und schliesslich auf alle Völker zurückwirkenden Härten des leichtsinnig entfesselten totalen Krieges zu mildern.

Gehen wir wieder den Weg des Rechts, des Anstandes und der gegenseitigen Achtung! In solchem Geist wollen wir alle unsere Pflicht erfüllen.

Folgen wir ernsthaft und in allem den in unser Gewissen geschriebenen Geboten Gottes, auch dann, wenn sie uns hart ankommen; tun wir alles, um verwundete Seelen zu heilen und Leid zu mindern! Dann allein können wir die Grundlage für eine gesicherte Zukunft auch unseres Volkes in einer wieder von Vertrauen, von gesunder Arbeit und friedlichen Gefühlen erfüllten Völkerfamilie schaffen. Dies mit aller Kraft und mit heiligem Ernst zu tun, sind wir unseren Gefallenen schuldig, deren Vaterlandsliebe und Opfermut freventlich missbraucht worden sind. Wie vielen von ihnen, die dies erkannt hatten, wurde die Pflichterfüllung zu bitterster Gewissensnot. Wieviel schönes menschliches Glück ist überall in der Welt zerstört!

So gebe Gott uns Einsicht und Kraft, dieser furchtbaren Opfer Sinn zum Segen von Generationen zu gestalten!

(R. Pechel, Deutscher Widerstand [Erlenbach-Zürich 1947], S. 314 ff; auch K.-Bericht vom 5.8.44, Anlage 1)

## 12. Aufrufe (Becks und Witzlebens) an die Wehrmacht

Soldaten!

Tapfer und todesmutig habt Ihr vier Jahre hindurch gekämpft, ohne je zu versagen, allen Gefahren trotzend, unbekümmert um alle Mühen und Leiden, nur durchdrungen von eisernem Pflichtgefühl und glühender Liebe zu Volk und Vaterland. Keine Aufgabe war Euch zu schwer, kein Opfer zu gross. Erfüllt von dem Glauben, der Krieg sei gerecht und notwendig, um das nach dem ersten Weltkrieg geschehene Unrecht wiedergutzumachen und unsere Freiheit zu sichern, seid Ihr in den Kampf gezogen. Zu Lande, in der Luft und auf der See habt Ihr Gewaltiges geleistet und den Lorbeer der Unüberwindlichkeit an Eure Fahnen geheftet. Und trotzdem ist ein Ende des Krieges nicht abzusehen. Eure Heimkehr zu Frau und Kindern, nach Haus und Hof, zu friedlicher Arbeit scheint in weite Ferne gerückt zu sein. Ihr werdet Euch selbst schon oft genug gefragt haben, wie das zu erklären ist. Antwort habt Ihr nicht gefunden. Denn eine Propaganda, die vor keiner Lüge zurückschredt, mit Eurem Heldenmut und Eurem Leben gewissenlos spielt, hat Euch den Blick getrübt. In Wirklichkeit ist die Antwort klar und einfach: eine Staatsführung, die die Politik nicht mehr als die Kunst des Möglichen ansieht und die Erreichung ihrer Ziele nicht mit sparsamstem Kräfteinsatz anstrebt, sondern in phantastischen Plänen grenzenloser Eroberungen schwelgt, die überhaupt keine sittlichen Bindungen weder dem eigenen noch einem anderen Volke gegenüber anerkennt, kann niemals zu einem Frieden mit den übrigen Völkern gelangen. Hieran können Eure Führer nichts ändern, sie wirken bei solcher Staatsführung nur immer masslosere Wünsche

Statt einer weisen Beschränkung auf die wahren Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes wurde unter dem Deckmantel einer Neuordnung Europas die Unterwerfung fast des ganzen Erdteiles betrieben. Die besiegten Völker wurden unterjocht und ausgebeutet, statt sie durch weise Rücksicht auf ihren nationalen Stolz, auf ihren Freiheitswillen und auf ihre Lebensinteressen zu gewinnen und Brücken zu einer dauerhaften Verständigung zu schlagen. So hat die Staatsführung die klaren Lehren der Geschichte, die solches Vorgehen zur Erfolglosigkeit verurteilen, missachtet und überall statt Vertrauen Hass gesät. Sie hat damit den Weg zu einem baldigen dauerhaften Frieden sich hemmungslos verbaut.

Wir wünschen keine Versklavung anderer Völker. Die Freiheit, die unsere Väter im vorigen Jahrhundert für Deutschland als köstlichstes Gut völkischen Lebens errungen und die wir in gleicher Begeisterung zu hüten haben, muss auch allen anderen Völkern zugestanden werden. Denn nur auf dieser Grundlage kann die Kluft überbrückt werden, die eine hemmungslose, machtberauschte Politik aufgerissen hat. Ein Weiteres noch droht Euch um den Erfolg Eurer Siege zu bringen, die Ihr unter Führung geschulter und erfahrener Männer erfochten habt: Das «Feldherrngenie» Hitlers, das er in wahnwitziger Verblendung sich selbst angemast hat und das ihm von Speichelleckern aufs Widerlichste angehimmelt worden ist. Wer einen Stiefel besohlen will, muss es gelernt haben. Wer ein Millionenheer führen will, muss die Fähigkeit dazu auf den verschiedenen Stufenleitern harten militärischen Dienstes erlernt und bewiesen haben. Seitdem sich Hitler im Winter 1941/42 selbst den Oberbefehl zuerkannt hat, wurde durch Eigensinn, Unfähigkeit und Masslosigkeit die Wehrmacht in Lagen gebracht, vor denen Sachverständige gewarnt hatten und die vermeidbare schwerste Opfer gekostet haben. Der Untergang der 6. Armee bei Stalingrad, der Zusammenbruch des unüberlegten Unternehmens in Nordafrika sowie die vergeblichen Opfer auf Sizilien sind einzig und allein dieser unfähigen, gewissenlosen Führung zuzuschreiben. Hunderttausende brave Soldaten büssten für Vermessenheit und Eitelkeit eines Einzelnen mit Leben, Gesundheit oder Verlust der Freiheit. Mit unbarmherziger Kälte hat diese Führung unsägliches Leid, das vermieden werden konnte, in zahllose Familien gebracht. Viele höhere Führer sind bereits zurückgetreten, manche aus dem Leben geschieden, weil sie die Verantwortung für solche gewissenlose, unfähige Führung nicht tragen wollten. Andere wurden beseitigt, weil sie den Mut hatten, ihre warnende Stimme zu erheben, damit kostbares Blut geschont und nicht vergeudet würde. Niemals in der deutschen Geschichte hat eine militärische Führung mit grösserer Skrupellosigkeit die edle Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht und das Vertrauen missachtet, das Soldaten ihr entgegengebracht haben.

Während Ihr fern der Heimat kämpft, um sie zu verteidigen, sind zahlreiche deutsche Städte, die sicher zu schützen Göring sich vermessen gerühmt hatte, in Schutt und Asche gesunken, sind unersetzliche Kulturwerke, zahllose Arbeitsstätten und Hunderttausende von Wohnungen zerstört, zahlreiche Familien tapferer Soldaten getötet und ausgelöscht für immer. Niemals vorher hat sich so Furchtbares im deutschen Vaterland zugetragen.

Soldaten! So darf es nicht weitergehen! Eure Heimkehr darf dermaleinst nicht auf ein Trümmerfeld führen, auf dem die Jugend, Eurer Erziehung beraubt, mit Heimat und Elternhaus auch der Seele verlustig geht, wo materielle Begierden alle edlen Gefühle für Ehre und Freiheit, für Menschenwürde und Nächstenliebe zu verdrängen und zu ersticken drohen. Wollt Ihr, dass die geheiligten Ordnungen von Zucht und Sitte durch Sünde und Laster zerstört werden? Wollt Ihr, dass die Jugend uns einst dafür verdammt, weil wir den Mut zur Verantwortung, zur Rettung des Vaterlandes nicht rechtzeitig aufgebracht hätten? Vielleicht haben wir schon zu lange gezögert, aber wir dürfen nicht mehr weiter warten. Denn nun bereitet man den gewissenlosesten Schlag vor, die Führer der Wehrmacht für das ganze Unglück verantwortlich zu machen. Wir müssen handeln, weil – und das wirkt am schwersten – in Eurem Rücken Verbrechen begangen wurden, die den Ehrenschild des deutschen Volkes beflecken und seinen in der Welt erworbenen guten Ruf besudeln. Selbstmächtige Kreaturen in hohen und höchsten Stellen haben sie zugelassen oder gar selbst begangen. Sie haben den Krieg dazu benutzt, sich schamlos auf Kosten des eigenen und fremder Völker zu bereichern und aus der Not der Armen und dem Elend der Unglücklichen Nutzen zu ziehen. Diese Männer haben sich nicht gescheut, sich mit dem Ruhm Eurer Heldentat zu brüsten, ohne dass sie selbst den Krieg je im Leben gespürt haben. Ihr werdet die Einzelheiten erfahren. Wir werden mit unerbittlicher Strenge in öffentlichen Verfahren durchgreifen. Das schlimmste ist, dass dies schamlose Treiben von Adolf Hitler befohlen oder gebilligt wurde. Eine solche Führung, ob wahnwitzig oder voll verantwortlich, hat den Anspruch auf Gehorsam vor Gott und den Menschen verwirkt; denn sie hat den Eid gebrochen, den sie selbst einst dem Vaterlande geschworen hat, dem sie wie jeder Bürger unterworfen ist, und damit die Treue, die sie dem Eidleistenden schuldig ist, mit Füßen getreten. Sie könnte Volk und Vaterland nur noch einer schimpflichen furchtbaren Katastrophe entgegenführen.

Dies zu verhindern, sind wir fest entschlossen. Hierfür stehen wir vor Gott ein. Hierfür nehmen wir Euch in Eid und Pflicht. Im Einverständnis mit Euren ältesten soldatischen Führern und meinen Mitarbeitern habe ich daher die politische und militärische Leitung übernommen. Eures Vertrauens bin ich gewiss. Hervorragende

Männer aus allen Schichten des Volkes haben zugestimmt und geloben selbstlose Hingabe und Treue. Ich werde diejenigen Massnahmen treffen, die überall Führung und Verwaltung durch sachkundige Männer untadeligen Charakters sicherstellen.

Soldaten! Noch ist die Stunde nicht gekommen, sich dem Gedanken des Friedens hinzugeben. Noch müssen wir kämpfen, um zu verteidigen und zu retten, was uns teuer ist, bis ein ehrenvoller Ausgang des Krieges gesichert ist. Viererlei verspreche ich Euch aber schon jetzt:

Erstens: Nur solche Opfer werden von Euch verlangt werden, die nach gewissenhafter Prüfung unbedingt notwendig sind, um uns zu verteidigen und den Krieg zu gutem Ende zu führen.

Zweitens: Vertrauenswürdige, sachkundige deutsche Männer werden alles daran setzen, um zu einem dauerhaften, unsere Zukunft sichernden Ausgleich mit allen Völkern zu kommen.

Drittens: Hinter Eurem Rücken und unter Eurem Schutz werden wieder Recht und Gerechtigkeit, Anstand und Sauberkeit, Sachkunde und selbstlose Pflichterfüllung herrschen.

Viertens: Nach dem Kriege wird alle Kraft des Volkes eingesetzt werden, um Wohnungen, Hausrat und Nahrung und wahrhaftes soziales Zusammenleben zu schaffen. Ein klares Lebensziel ruhiger friedlicher Arbeit soll vor uns stehen. Wir alle werden hart arbeiten und einfach leben müssen, aber wir werden dafür wieder Kraft und Reichtum der Seele finden. Ich vertraue, dass Front und Heimat, alle vereint in gesammelter Kraft, weiter ihre Pflicht bis zum äussersten tun in Demut vor Gott, für Ehre und Freiheit, für Volk und Vaterland.

Deutsche Soldaten!

Über vier Jahre tapfersten Ringens liegen hinter Euch! Millionen unserer Kameraden sind auf den Schlachtfeldern Europas und Afrikas, in der Luft und auf den Meeren gefallen. Hitlers gewissenlose Führung hat ganze Armeen mit der Blüte unserer Jugend in Russland und am Mittelmeer für phantastische Pläne grenzenloser Eroberungen geopfert. Der leichtfertige Einsatz der 6. Armee bei Stalingrad und ihre sinnlose Preisgabe beleuchten grell die grausame Wahrheit. Befähigte Offiziere, die sich diesem wahnwitzigen Treiben widersetzen, wurden entfernt, der Generalstab beiseite geschoben. Das angemassete Feldherrngenie Hitlers treibt uns trotz Euren Heldentums einem verhängnisvollen Ausgang zu. In der Heimat werden immer mehr Stätten des Familienlebens und der Arbeit zerstört; schon sind 6 Millionen Deutsche heimatlos. In Eurem Rücken nehmen Korruption und Verbrechen, von Anfang an von Hitler geduldet oder gar befohlen, unerhörte Ausmasse an.

In dieser Stunde höchster Not und Gefahr haben deutsche Männer

ihre Pflicht vor Gott und dem Volke getan, sie haben gehandelt und Deutschland eine erfahrene, verantwortungsbewusste Führung gegeben.

Der Mann, der rechtzeitig gewarnt hat, der als Chef des Generalstabes entschlossen gegen diesen Krieg eingetreten ist und deshalb von Hitler entlassen wurde, ist . . . Er hat die einstweilige Führung des Deutschen Reiches und den obersten Befehl über die deutsche Wehrmacht übernommen. Die Regierung ist aus erprobten Männern aller Schichten unseres Volkes, aller Teile unseres Vaterlandes gebildet. Sie hat ihre Arbeit aufgenommen. Ich bin mit dem Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht betraut. Die Oberbefehlshaber an allen Fronten haben sich mir unterstellt. Die deutsche Wehrmacht hört jetzt auf meinen Befehl.

Soldaten! Es geht um die Sicherung eines gerechten Friedens, der dem deutschen Volk ein Leben in Freiheit und Ehre, den Völkern freiwillige und fruchtbare Zusammenarbeit ermöglicht. Ich stehe Euch dafür, dass fortan von Euch nur die Opfer verlangt werden, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Alle Kräfte des Volkes werden nunmehr einheitlich für diese Aufgabe eingesetzt. Mit der sinnlosen Kräfteverzettlung, mit den halben, verspäteten Entschlüssen, die soviel Blut gekostet haben, hat es ein Ende.

Wo immer Ihr steht, an der Front oder in den besetzten Gebieten, verpflichte ich Euch auf die Gesetze unbedingten Gehorsams, soldatischer Manneszucht und ehrenhafter, ritterlicher Haltung. Wer es daran hat fehlen lassen oder sich künftighin gegen diese Gesetze vergeht, wird unnach-sichtig zur Rechenschaft gezogen werden. Auch in der Heimat kämpfen wir für Recht und Freiheit, für Anstand und Sauberkeit. Ich erwarte von Euch, dass jeder seine Pflicht treu und tapfer weiter erfüllt. Davon hängt das Geschick unseres Vaterlandes, hängt unsere und unserer Kinder Zukunft ab.

Soldaten! Es geht um Bestand und Ehre des Vaterlandes, um eine wahre Gemeinschaft im eigenen Volke und mit den Völkern der Welt.

gez. v. Witzleben

(Anlage 3 zum K.-Bericht vom 11. 8. 44)

### **13. Die Reden Hitlers, Görings und Dönitz' vom 21.7.1944 gegen 1.00 Uhr**

Führerhauptquartier, 21. Juli 1944

Der *Führer* hielt heute Nacht im Deutschen Rundfunk folgende Ansprache an das deutsche Volk:

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Ich weiss nicht, zum wievielten Male nunmehr ein Attentat auf mich

geplant und zur Ausführung gekommen ist. Wenn ich heute zu Ihnen spreche, dann geschieht es aber Iresonders aus zwei Gründen:

1. damit Sie meine Stimme hören und wissen, dass ich selbst unverletzt und gesund bin,

2. damit Sie aber auch das Nähere erfahren über ein Verbrechen, das in der deutschen Geschichte seinesgleichen sucht.

Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherisch dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen und zugleich mit mir den Stab der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten.

Die Bombe, die von dem Oberst Graf v. Stauffenberg gelegt wurde, kreperte zwei Meter an meiner rechten Seite. Sie hat eine Reihe mir treuer Mitarbeiter sehr schwer verletzt, einer ist gestorben. Ich selbst bin völlig unversehrt bis auf ganz kleine Hautabschürfungen, Prellungen oder Verbrennungen. Ich fasse das als eine Bestätigung des Auftrages der Vorsehung auf, mein Lebensziel weiter zu verfolgen so, wie ich es bisher getan habe. Denn ich darf es vor der ganzen Nation feierlich gestehen, dass ich seit dem Tage, an dem ich in die Wilhelmstrasse einzog, nur einen einzigen Gedanken hatte, nach bestem Wissen und Gewissen meine Pflicht zu erfüllen, und dass ich, seit mir klar wurde, dass der Krieg ein unausbleiblicher war und nicht mehr aufgeschoben werden konnte, eigentlich nur Sorge und Arbeit kannte und in zahllosen Tagen und durchwachten Nächten nur für mein Volk lebte.

Es hat sich in einer Stunde, in der die deutschen Armeen in schwerstem Ringen stehen, ähnlich wie in Italien nun auch in Deutschland eine ganz kleine Gruppe gefunden, die nun glaubte, wie im Jahre 1918 den Dolchstoß in den Rücken führen zu können. Sie hat sich diesmal aber schwer getäuscht. Die Behauptung dieser Usurpatoren, dass ich nicht mehr lebe, wird jetzt in diesem Augenblick widerlegt, da ich zu Euch, meine lieben Volksgenossen, spreche. Der Kreis, den diese Usurpatoren darstellen, ist ein denkbar kleiner. Er hat mit der deutschen Wehrmacht und vor allem auch mit dem deutschen Heere nichts zu tun. Es ist ein ganz kleiner Klüngel verbrecherischer Elemente, die jetzt unbarmherzig ausgerottet werden.

Ich befehle daher in diesem Augenblick,

1. dass keine Zivilstelle irgendeinen Befehl entgegenzunehmen hat von einer Dienststelle, die sich diese Usurpatoren anmassen,

2. dass keine Militärstelle, kein Führer einer Truppe, kein Soldat irgendeinem Befehl dieser Usurpatoren zu gehorchen hat, dass im Gegenteil jeder verpflichtet ist, den Übermittler oder den Geber eines solchen Befehls entweder sofort zu verhaften oder bei Widerstand augenblicklich niederzumachen.

Ich habe, um endgültig Ordnung zu schaffen, zum Befehlshaber des Heimatheeres den Reichsminister Himmler ernannt. Ich habe



in den Generalstab Generaloberst Guderian berufen, um den durch Krankheit zurzeit ausgefallenen Generalstabschef zu ersetzen, und einen zweiten bewährten Führer der Ostfront zu seinem Gehilfen bestimmt. In allen anderen Reichsstellen ändert sich nichts.

Ich bin der Überzeugung, dass wir mit dem Austreten dieser ganz kleinen Verräter- und Verschwörerclique nun endlich aber auch im Rücken der Heimat die Atmosphäre schaffen, die die Kämpfer der Front brauchen. Denn es ist unmöglich, dass vorn Hunderttausende und Millionen braver Männer ihr Letztes hergeben, während zu Hause ein ganz kleiner Klüngel ehrgeiziger, erbärmlicher Kreaturen diese Haltung dauernd zu hintertreiben versucht.

Diesmal wird nun so abgerechnet, wie wir das als Nationalsozialisten gewohnt sind.

Ich bin überzeugt, dass jeder anständige Offizier, jeder tapfere Soldat in dieser Stunde das begreifen wird.

Welches Schicksal Deutschland getroffen hätte, wenn der Anschlag heute gelungen sein würde, das vermögen die wenigsten sich vielleicht auszudenken. Ich selber danke der Vorsehung und meinem Schöpfer nicht deshalb, dass er mich erhalten hat. Mein Leben ist nur Sorge und ist nur Arbeit für mein Volk, sondern ich danke ihm nur deshalb, dass er mir die Möglichkeit gab, diese Sorgen weiter tragen zu dürfen und in meiner Arbeit weiter fortzufahren, so gut wie ich das vor meinem Gewissen verantworten kann.

Es hat jeder Deutsche, ganz gleich wer er sein mag, die Pflicht, diesen Elementen rücksichtslos entgegenzutreten, sie entweder sofort zu verhaften oder, wenn sie irgendwie Widerstand leisten sollten, ohne Weiteres niederzumachen. Die Befehle an sämtliche Truppen sind ergangen. Sie werden blind ausgeführt entsprechend dem Gehorsam, den das deutsche Heer kennt.

Ich darf besonders Sie, meine alten Kampfgefährten, noch einmal freudig begrüßen, dass es mir wieder vergönnt war, einem Schicksal zu entgehen, das nicht für mich Schreckliches in sich barg, sondern das den Schrecken für das deutsche Volk gebracht hätte.

Ich ersehe daraus auch einen Fingerzeig der Vorsehung, dass ich mein Werk weiter fortführen muss und daher weiter fortführen werde.

Aus dem Führerhauptquartier, 21. Juli 1944

Reichsmarschall *Göring*, richtete folgende Ansprache an die Luftwaffe:

Kameraden der Luftwaffe!

Ein unvorstellbarer, gemeiner Mordanschlag wurde heute von einem Oberst Graf Stauffenberg im Auftrage einer erbärmlichen Clique von ehemaligen Generalen, die wegen ihrer ebenso feigen wie schlechten Führung davongejagt werden mussten, gegen unseren

Führer durchgeführt. Der Führer wurde durch die allmächtige Vorsehung wie durch ein Wunder gerettet.

Diese Verbrecher versuchen jetzt als Usurpatoren durch falsche Befehle Verwirrung in die Truppen zu bringen. Ich befehle daher: im Reich führt in meinem Auftrag Generaloberst Stumpf als Oberbefehlshaber der Luftflotte Reich alle Verbände der Luftwaffe innerhalb des Reichsgebiets. Nur meinen und seinen Befehlen ist Folge zu leisten.

Der Reichsführer SS Himmler ist von allen Dienststellen der Luftwaffe auf Anforderung tatkräftigst zu unterstützen. Kurierflüge, gleichgültig mit welchen Maschinen, dürfen nur mit meiner oder seiner Erlaubnis durchgeführt werden.

Offiziere und Soldaten, gleich welchen Ranges, ebenso Zivilpersonen, die für diese Verbrecher auftreten und sich Euch nähern, um Euch für ihr erbärmliches Vorhaben zu überreden, sind sofort festzunehmen und zu erschiessen.

Wo Ihr selbst zur Ausrottung dieser Verräter eingesetzt werdet, habt Ihr rücksichtslos durchzugreifen. Das sind dieselben Jämmerlinge, die die Front zu verraten und zu sabotieren versuchten.

Offiziere, die sich an diesem Verbrechen beteiligten, stellen sich ausserhalb ihres Volkes, ausserhalb der Wehrmacht, ausserhalb jeder soldatischen Ehre, ausserhalb von Eid und Treue. Ihre Vernichtung wird uns neue Kraft geben. Entgegen diesem Verrat setzt die Luftwaffe ihre verschworene Treue und heisse Liebe zum Führer und ihren rückhaltlosen Einsatz für den Sieg. Es lebe unser Führer, den der allmächtige Gott heute so sichtbar segnete.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Grossadmiral *Dönitz*, richtete folgende Ansprache an die Männer der Kriegsmarine:

Männer der Kriegsmarine! Heiliger Zorn und masslose Wut erfüllt uns über den verbrecherischen Anschlag, der unserem geliebten Führer das Leben kosten sollte. Die Vorsehung hat es anders gewollt – sie hat den Führer beschirmt und behütet und damit unser deutsches Vaterland in seinem Schicksalskampf nicht verlassen.

Eine wahnsinnige kleine Generalsclique, die mit unserem tapferen Heere nichts gemein hat, hat in feiger Treulosigkeit diesen Mord angezettelt, gemeinsten Verrat an dem Führer und dem deutschen Volk begehend. Denn diese Schurken sind nur die Handlanger unserer Feinde, denen sie in charakterloser, feiger und falscher Klugheit dienen.

In Wirklichkeit ist ihre Dummheit grenzenlos. Sie glauben durch die Beseitigung des Führers uns von unserem harten, aber unabänderlichen Schicksalskampf befreien zu können – und sehen in ihrer verblendeten angstvollen Borniertheit nicht, dass sie durch ihre

verbrecherische Tat uns in entsetzliches Chaos führen und uns wehrlos unseren Feinden ausliefern würden. Ausrottung unseres Volkes, Versklavung unserer Männer, Hunger und namenloses Elend würden die Folge sein. Eine unsagbare Unglückszeit würde unser Volk erleben, unendlich viel grausamer und schwerer als auch die härteste Zeit sein kann, die uns unser jetziger Kampf zu bringen vermag.

Wir werden diesen Verrätern das Handwerk legen. Die Kriegsmarine steht getreu ihrem Eid in bewährter Treue zum Führer bedingungslos in ihrer Einsatz- und Kampfbereitschaft. Sie nimmt nur von mir, dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, und ihren eigenen militärischen Führern Befehle entgegen, um jede Irreführung durch gefälschte Weisungen unmöglich zu machen. Sie wird rücksichtslos jeden vernichten, der sich als Verräter entpuppt.

Es lebe unser Führer Adolf Hitler!

Berlin, 21 Juli 1944.

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldete im Anschluss an die Ansprachen:

Das Komplott der verbrecherischen Offiziersclique ist völlig zusammengebrochen. Die Rädelsführer haben sich nach dem Scheitern ihres Anschlages zum Teil selbst entleibt, zum Teil wurden sie von Bataillonen des Heeres fusiliert. Unter den Erschossenen befindet sich auch der Attentäter Oberst Graf v. Stauffenberg. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Die übrigen durch ihr Verhalten an dem Verbrechen Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen werden.

(Mikrofilm: 20. 7. 44 – Institut für Zeitgeschichte München)

## VERFOLGUNG, PROZESS, HINRICHTUNG

## Einleitung

Noch in der Nacht vom 20. auf 21.7. sprach Adolf Hitler von einer «ganz kleinen Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherisch dummer Offiziere», die ein Komplott geschmiedet habe, um ihn zu beseitigen und zugleich mit ihm den Stab der deutschen Wehrmachtsführung auszurotten. Auf dieselbe Tonart waren die nächsten Verlautbarungen der Partei- und Staatsdienststellen – in mehr oder minder starker Vergrößerung – abgestimmt.

Bemerkenswert für die allgemeine «Sprachregelung» ist in den Rundschreiben Bormanns, in den Ansprachen Jodls, Görings und Dönitz' und in dem Telegramm Ribbentrops das unterschiedslose Bestreben, die Männer des 20. Juli persönlich und moralisch zu diffamieren (Bormann: «Miniatur-Würstchen», «reaktionäres Verbrecher-gesindel»; Göring: «erbärmliche Clique von ehemaligen Generalen, die wegen ihrer ebenso feigen wie schlechten Führung davongejagt werden mussten»; Dönitz: «Schurken und Handlanger des Feindes»; Ribbentrop: «geistig minderwertiges Subjekt in Oberstenuniform»), ihren Kreis, wie es auch Hitler geflissentlich tat, als denkbar klein und unbedeutend erscheinen zu lassen und sie als Verbündete der Feinde zu verdächtigen. Es ist für Jodl selbstverständlich, dass die Verschwörer «den Jesuiten nahestanden»; sie sind «noch verruchter als die niederträchtigsten Berufsverbrecher». Adolf Hitler dagegen wird gerühmt als «der höchste und wertvollste Mensch, der nur der Idee diene», und seine Errettung «wie durch ein Wunder» gilt natürlich für sie alle als «ein Zeichen der Vorsehung».

Doch sehr bald musste man zugeben, dass der Kreis der Verschwörer sich als wesentlich umfangreicher erwies. Die Gestapo sah sich gezwungen, eine eigene «Sonderkommission 20. Juli» einzusetzen, zu der vierhundert Beamte aufgeboten wurden. Der «SS-Bericht über den 20. Juli» (Nordwestdeutsche Hefte 1947, 1/2, S. 33), dessen Zuverlässigkeit allerdings angezweifelt wird, gibt die Zahl der nach dem 20. Juli verhafteten Personen mit 7'000 an. Nach einem Pressebericht der britischen Admiralität vom 20. Juli 1947, der sich auf erbeutete deutsche Marinedokumente stützt und «Namen und Plätze» nennt, belief sich die Zahl der Opfer, die in den Monaten nach dem 20. Juli durch Hinrichtung oder erzwungene Selbsttötung

ihr Leben lassen mussten, auf 4980! Die Gesamtzahl der im Reichsjustizministerium für das Jahr 1944 registrierten Hinrichtungen (ohne die Opfer der Richtstätten Torgau, Spandau und Tegel) beträgt nach den Feststellungen von Walter Hammer und Günther Weisenborn 5764 (Der lautlose Aufstand, 1953, S. 259).

Die Geschichte der Massenverhaftungen nach dem 20. Juli 1944, der Folterungen, um Geständnisse zu erpressen, der Prozesse und der Hinrichtungen ist eine Chronik des Grauens. Welche Mittel bei den «Verhören» angewandt wurden, ergibt sich aus Abschnitt 2) Vernehmungsmethoden der Gestapo. Tote wurden, wenn es für das Untersuchungsergebnis versprechend erschien, noch einmal ausgegraben (vgl. die Rede Himmlers vom 3. 8. 1944), Wundgeschossene gepflegt, um so für eine Aussage und vielleicht für die Qual eines Todes wieder tauglich zu machen. Häftlinge, die des Gehens nicht mehr fähig waren, wurden auf der Bahre zur Hinrichtung getragen. Eine nicht geringe Zahl der Betroffenen starb durch eigene Hand, zum Teil bewogen durch die tiefe Sorge, sie könnten einer Misshandlung nicht standhalten und Namen von Mitverschworenen nennen.

Für die Aburteilung hatte Hitler zuerst einen grossen Prozess gewünscht mit Film, Rundfunk und breitester Öffentlichkeit; er befahl aber dann nach Beratung mit Himmler die Verhandlung vor dem «Volksgerichtshof» in beschränktem Raum mit streng ausgewähltem Zuhörerkreis. Das Verfahren sollte hart und blitzschnell sein. Die Angeklagten sollten nicht lange zu Worte kommen, und die Regelstrafe sollte der Tod durch Erhängen sein, innerhalb von zwei Stunden nach der Urteilsfällung. Geistlicher Beistand war zu versagen.

Wie den Gerichtspräsidenten, so hatte Hitler auch den verantwortlichen Scharfrichter kommen lassen und persönlich die Einzelheiten des Verfahrens festgelegt.

Noch in den letzten Wochen des Krieges wurde eine grosse Anzahl Gefangener, als sie schon im Schlachtenlärm ihre Befreiung herannahen hörten, rechtswidrig und heimtückisch erschossen.

## **1. Aus den ersten «Sprachregelungen» der Partei- und Staatsdienststellen**

### *Ansprache Jodls*

Ansprache des Chefs WFSt, Gen.Oberst Jodl,  
an die Offiziere und Beamten des WFSt  
im Offz.-Heim des Sperrkreises II  
am 24. 7. 44 19.30 Uhr

Der 20. Juli war der schwärzeste Tag, den die deutsche Geschichte

bisher gesehen hat, und wird es vielleicht für alle Zukunft bleiben. Bisher war es der 9. November 1918, aber verglichen mit dem soeben Geschehenen war das geradezu noch ein Ehrentag, denn als Entschuldigung für den 9. November kann man anführen, dass damals ein Teil des deutschen Volkes, der gegen den Staat erzogen war und nicht mit ihm in Verbindung stand, zur Revolution schritt. Selbst bei dem italienischen Verrat des Vorjahres kann man noch darauf hinweisen, dass die führenden Persönlichkeiten einen Befehl des Staatsoberhauptes ausführten. Diese Fälle sind also nicht vergleichbar mit der noch ruchloseren Tat des 20.7., die von Offizieren ausgeführt wurde, welche durch ihren Treueid gebunden waren, die im FHQu ständig ein- und ausgingen, dem Führer die Hand geben durften und von ihm befördert worden sind. Ausser in Russland und in Mexiko ist wohl niemals in der Welt etwas Ähnliches geschehen. Es bleibt einmalig in seiner Ungeheuerlichkeit.

Konnten die Verschwörer, die den Jesuiten nahestanden, den Satz «Der Zweck heiligt die Mittel» für sich anführen? Wollten sie das, dann beweisen sie damit nur eine ungeheuerliche Dummheit und den kleinsten Gesichtskreis. Denn wie wollten sie ihrem Volk nützen? 1918 hat sich bereits gezeigt, was es heisst, einen billigen Frieden zu erhoffen, wenn man das Regime beseitigt. Die feindliche Presse hat bereits ausgeführt, der Militarismus sei mit dem Nazismus gleichzusetzen, er trage diese Verantwortung und könne ihr nicht entschlüpfen. Wie stand es vor der Machtübernahme? Es ist eine uralte Erfahrung, dass, wenn eine grosse Macht besteht und sie dann noch Organe in den Nachbarstaaten zu ihrer Verfügung hat, sie diese eines Tages zerbricht. Das hat sich in der katholischen Kirche gezeigt, so war es mit den Sowjets und den ihr botmässigen kommunistischen Parteien in den andern Ländern. Die Erwartung, dass durch den Putsch eine Anlehnung an die Angelsachsen möglich sein werde, ist unbegreiflich kurzsichtig, wo diese selbst sich gegenüber den Sowjets nicht durchsetzen können. Wäre der Anschlag gelungen, dann hätte vielleicht unter Kämpfen die Ordnung im Innern wiederhergestellt werden können, aber es drohte die Gefahr, dass in der Zwischenzeit die Front zerbrochen wäre.

So also ist die politische und die disziplinäre Seite des Vorgefallenen anzusehen, die menschliche ist noch trauriger. Man möchte vor Scham in den Boden versinken. Es gibt eben seit 1918 nicht mehr das in sich konforme, fest zusammengeschlossene Offizierskorps, das bis dahin bestand und wohl nie von der Reichsgründung an einen einzigen Fall von Landes- oder Hochverrat erlebt hat. Mich betrifft dies besonders schwer, da ich 3 Jahre Mitarbeiter des Gen.Oberst Beek war und mich persönliche Beziehungen mit dem General Wagner verbanden. Diese Männer wollten nicht nur den Führer beseitigen, sondern auch bedenkenlos ihre Kameraden mit in die Luft

sprengen. Jetzt ist es notwendig, die Offiziere, die zum Führer gehen, zu untersuchen und ihre Mappen vorher zu prüfen. Insofern sind die Attentäter noch verruchter als die niederträchtigsten Berufsverbrecher, da bei denen ja irgendwelche Beziehungen zu den Opfern fehlen. Trösten kann allein, dass damit nun die letzten Eiterbeulen aufgebrochen sind. Wo solche zu vermuten waren, liess sich schon gelegentlich ahnen, aber der Führer ist darüber immer mit Gutmütigkeit hinweggegangen und hat seine schützende Hand über die Aufdeckung gehalten; so z.B. im Fall des Generals Fellgiebel, der schon früher durch Äusserungen aufgefallen war. Der Führer hat dies und anderes ignoriert, und nun wollten die Attentäter ihn als einen Despoten beseitigen. Dabei haben sie selbst erlebt, dass der Führer nicht mit Gewalt zur Macht kam, sondern getragen durch die Liebe des deutschen Volkes. Auch wussten sie aus ihrer Kenntnis, mussten es wissen, dass der höchste und wertvollste Mensch, der nur der Idee diente, an die Spitze getreten sei. Also auch diese Begründung können sie nicht für sich anführen. Ja, selbst wenn es sich um einen Kranken oder einen Verbrecher gehandelt hätte, dann wären, wie der Fall des Königs Ludwig II. von Bayern es zeigt, die Schäden auf andere Weise zu heilen gewesen. Wer an der Lage verzweifelt, der mag sich selbst erschiessen, aber soll seinen Eid respektieren.

Es hat sich ergeben, dass die Aktion weiter um sich gegriffen hat, als dies vom Führer in seiner Bede angedeutet wurde. Auch solche, die der Wehrmacht nicht angehören, sind beteiligt gewesen. Jetzt aber wird eine Generalabrechnung hundertprozentig durchgeführt. Mitleid ist nicht angebracht, und die Zeit für Laue ist vorbei. Rücksichtsloser Hass allen denen, die entgegenwirken! Dies empfinde auch ich.

Die Attentäter mögen ferner gedacht haben, dass es sich bei der Umgebung des Führers um Streber und knechtische Naturen handle. Wie war das wirklich? Ich z.B. bin herangezogen worden, obwohl ich die Bewegung vor 1933 wenig gekannt habe und nichts für sie tun konnte, da ich eben Soldat war. Ich bin vielmehr gegen jede Auflockerung der Disziplin gewesen, gebunden durch den Eid, den ich dem Reichspräsidenten geleistet hatte<sup>0</sup>. Allerdings sind meine Ziele im Grossen die Ziele der Bewegung gewesen, da ich immer national, sozial und antikatholisch gedacht habe und Treue und Gehorsam für mich die Grundlagen des Lebens waren. Somit erledigt sich auch dieser Gedankengang.

Nach der Ausmerzung alles Faulen kommt es darauf an, den verbleibenden Rest zusammenzuschliessen. Wir müssen uns eingestehen,

<sup>0</sup> Ein Eid auf den Reichspräsidenten wurde niemals geleistet – nur auf die Verfassung.

dass das Volk sich besser als jene Offiziere gehalten hat, obwohl es mehr zu erdulden hatte als die Täter. Jetzt flammt der Widerstandswille hell auf: unter dem Eindruck dessen, was an der Ostgrenze Ostpreussens geschieht, kann man wirklich von einem Aufbruch des Volkes sprechen. Der Reichskommissar hat die Bevölkerung mitgerissen, die nun vom Universitätsprofessor bis zum 15jährigen Jungen grossartige Leistungen vollbringt. Daher werden wir gestärkt in der Hoffnung, dass wir auch durch diese Krise, die nicht schlimmer vorstellbar ist, hindurchkommen werden. Ich hege die Erwartung, dass unter all den Offizieren, denen ich in die Augen zu schauen habe, sich nicht ein Lauer befindet. Ich bin überzeugt, dass wir diese Lage durchstehen werden, aber selbst, wenn uns das Glück nicht hold sein sollte, dann müssten wir entschlossen sein, uns als die Letzten mit der Waffe um den Führer zu scharen, damit wir vor der Nachwelt gerechtfertigt sind. Für uns ältere ist das leichter als für die jüngeren unter uns, aber das ändert nichts daran, dass wir vor der Geschichte und vor der Ewigkeit zu bestehen haben.

(Aufzeichnung im Kriegstagebuch WFSt – Photokopie im Staatsarchiv Nürnberg)

## 2. Vernehmungsmethoden der Gestapo

### *a) Aus einer Anweisung des Gestapochefs Müller vom 12.6.1942*

Die schriftlichen Weisungen für die «verschärften Vernehmungen» durch die Gestapo, wie sie auch gegenüber den Männern des 20. Juli angewendet wurden, sind im Original erhalten geblieben, da nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes ein grosser Teil der Gestapo-Akten sichergestellt werden konnte. Sie stammen von dem berichtigten Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Müller, und enthalten unter dem 12. Juni 1942 als «geheime Reichssache» eine «Neuregelung» der Gestapo-Vernehmungsmethoden folgenden Inhalts:

«1. Verschärfte Vernehmung darf nur angewandt werden, wenn auf Grund des Vorermittlungsergebnisses festgestellt ist, dass der Häftling über wichtige staats- oder rechtsfeindliche Sachverhalte, Verbindungen oder Planungen Auskunft geben kann, seine Kenntnisse aber nicht preisgeben will und diese im Ermittlungswege nicht feststellbar sind.

2. Die verschärfte Vernehmung darf unter dieser Voraussetzung nur angewendet werden gegen Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher, Saboteure, Terroristen, Angehörige der Widerstandsbewegungen, Fallschirmagenten, Asoziale, polnische oder sowjetrussische Arbeitsverweigerer oder Bummelanten. In allen übrigen Fällen bedarf es grundsätzlich meiner vorherigen Genehmigung.

3. Zur Herbeiführung von Geständnissen über eigene Straftaten



darf die verschärfte Vernehmung nicht angewendet werden gegenüber Personen, die zeitweilig von der Justiz zwecks weiterer Ermittlungen überstellt worden sind. Ausnahmefälle bedürfen ebenfalls meiner vorherigen Genehmigung.

4. Die Verschärfung kann je nach der Sachlage u.a. bestehen in:  
einfachste Verpflegung (Wasser und Brot),  
hartes Lager,  
Dunkelzelle,  
Ermüdungsübungen,  
aber auch in der Verabreichung von Stockhieben (bei mehr als 20 Stockhieben muss ein Arzt zugezogen werden).»

(Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Nürnberg 1948/49. Bd. 27, S. 326/27)

Diese Gestapo-Anweisung wird von Eugen Budde und Peter Lütsches folgendermassen kommentiert:

«In der Verfügung des Gestapochefs Müller über die verschärften Vernehmungen ist der Ausdruck ‚Verschärfung‘ je nach Sachlage unter anderem» besonders bemerkenswert. Diese Bestimmung öffnete der Willkür und dem Sadismus der Gestapo-Vernehmungsspezialisten Tür und Tor. Zum Schlafentzug gehörten z.B. die unaufhörlichen Vernehmungen besonders in der Nacht, die Stunden um Stunden dauerten und bei Ermüdung des vernehmenden Gestapobeamten von einem anderen fortgesetzt wurden. Der Vernehmungsbeamte sass, der Häftling musste stehenbleiben, bis er zusammenbrach. Nach kurzer Pause und einem Guss mit kaltem Wasser wurde die Vernehmung fortgesetzt. Die Ermüdungsübungen bestanden u.a. im Entzug der Liegestelle in der Zelle, in welcher manchmal nicht einmal ein Schemel verblieb. Eine von der Gestapo beliebte Tortur bestand in Serien von Kniebeugen. Stockhiebe wurden systematisch ausgeteilt, wenn der Häftling bei seiner Vernehmung «verstockt» geblieben war. Dem absichtlich kargen Essen wurden Drogen zur Erschlaffung der Nerven- und Willenskraft beigemischt.

Solchen Methoden des ‚dritten Grades‘ wurden die Häftlinge der Widerstandsgruppen des 20. Juli unterworfen, um bei den Hauptverhandlungen der Prozesse den gewünschten Effekt zu erzielen. Andere Methoden des dritten Grades waren Folterungen, die nicht beschrieben werden können . . .»

Besonders raffiniert und nicht etwa als ein Rest von Humanität zu betrachten ist das in Ziffer 3 enthaltene «Verbot», die «verschärfte Vernehmung» nicht «zur Herbeiführung von Geständnissen über eigene Straftaten» durchzuführen. Die kundigen Gestapo-Vernehmungsbeamten hielten sich wörtlich daran und wandten die verschärfte Vernehmung dem einzelnen Häftling gegenüber lediglich an, um sich über die Handlungen der anderen Häftlinge zu infor-

mieren. Erst zum Schluss, nach völliger körperlicher Erschöpfung, wurde der Vernommene über seine eigenen Handlungen befragt. Aus dieser Methodik der Gestapo-Voruntersuchung erklärt es sich auch, dass die in verschiedene Hauptverhandlungen aufgespaltenen Prozesse gegen die verschiedenen Widerstandsgruppen des 20. Juli zeitlich auseinandergezogen wurden und dass einige Todesurteile erst längere Zeit nach der Urteilverkündung vollstreckt wurden.»

(Eugen Budde und Peter Lütches, *Der 20. Juli*, Düsseldorf 1952, S. 33 ff.)

### *h) Die Aussage Fabian v. Schlabrendorffs*

Eines Nachts wurde ich aus meiner Zelle zur Vernehmung geholt. Im Vernehmungszimmer befanden sich mehrere Personen. Man machte mich darauf aufmerksam, es sei jetzt die letzte Gelegenheit zu einem Geständnis. Als ich an meinem bisherigen Leugnen festhielt, griff man zu Mitteln der Folterung. Diese Folterung wurde in vier Stufen vollzogen. Während dieser unmenschlichen Prozedur gefielen sich alle Beteiligten in höhnenden Zurufen. Die erste Folterung endete mit meiner Ohnmacht. Keine Gewaltmassnahme verleitete mich dazu, ein Wort des Geständnisses oder den Namen eines meiner Gesinnungsfreunde zu nennen. Nachdem ich die Besinnung wiedererlangt hatte, wurde ich in meine Zelle geführt. Die Wachbeamten empfinden mich mit unverkennbaren Ausdrücken des Mitleids und des Schauderns. Am folgenden Tag bekam ich eine Herzattacke. Der Gefängnisarzt wurde herbeigeholt. Voller Argwohn, aber unfähig, etwas dagegen zu tun, liess ich seine Behandlung über mich ergehen. So lag ich mehrere Tage, bis ich wieder in der Lage war, das Bett zu verlassen und mich zu bewegen. Die Folge der Wiederherstellung meiner Gesundheit war eine Wiederholung der Folterung.

(Fabian v. Schlabrendorff: *Offiziere gegen Hitler*, Fischer-Bücherei, Frankfurt-Hamburg 1959, S. 162)

### **3. Sippenhaft**

Eine der umstrittensten Massnahmen Hitlers war die Durchführung der sogenannten Sippenhaft. Auf seinen persönlichen Befehl wurden alle Namensträger der Hauptbeteiligten festgenommen. Im Falle der Familie Stauffenberg sass nicht nur die gräfliche, sondern auch die freiherrliche Linie, die vor mehreren Generationen einen gemeinsamen Ahn hatten, hinter Schloss und Riegel. Alter und Geschlecht waren gleichgültig. Unter ihnen waren mindestens ein Dutzend Frauen über 70 Jahre. Die Kinder wurden bis zu einem bestimmten Alter der NSV übergeben. Von welchem Hass Hitlers Befehle diktiert waren, zeigt der Fall des weiblichen Flugkapitäns Melita Schiller, Trägerin des Eisernen Kreuzes. Sie war die Schwägerin des Atten-

täters und Ehefrau des Grafen Alexander Stauffenberg. Wie ihr Mann, hatte sie keine Ahnung von den Vorbereitungen zum Attentat. Nacht für Nacht flog sie vom Flughafen Gatow bei Berlin schwierigste Versuchsflüge für die Entwicklung eines Landegeräts, das Bruchlandungen der Nachtjäger verhindern sollte. Trotzdem hielt man sie monatelang in Sippenhaft. Auf Vorschlag Kaltenbrunners hatte sich Himmler entschlossen, sämtliche Sippenhäftlinge für die Dauer des Krieges in die Bauden des Riesengebirges bringen zu lassen. Die Durchführung war in vollem Gange, als die Offensive der Roten Armee im Januar 1945 diesen Plan zunichte machte.

Über die ideologische Begründung der Sippenhaft gibt der folgende Auszug aus der Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3.8.1944 in Posen Auskunft:

Es soll uns ja niemand kommen und sagen: das ist bolschewistisch, was Sie da machen. Nein, nehmen Sie es mir nicht übel, das ist gar nicht bolschewistisch, sondern sehr alt und bei unseren Vorfahren gebräuchlich gewesen. Sie brauchen bloss die germanischen Sagas nachzulesen. Wenn sie eine Familie in Acht taten und für vogelfrei erklärten oder wenn eine Blutrache in der Familie war, dann war man masslos konsequent. Wenn die Familie vogelfrei erklärt wird und in Acht und Bann getan wird, sagten sie: Dieser Mann hat Verrat geübt, das Blut ist schlecht, da ist Verräterblut drin, das wird ausgerottet. Und bei der Blutrache wurde ausgerottet bis zum letzten Glied in der ganzen Sippe. Die Familie Graf Stauffenberg wird ausgelöscht werden bis ins letzte Glied. (Beifall.) Denn das muss ein einmaliges warnendes Beispiel sein.

Ausserdem wird man dann allen in Deutschland freistellen, die Stauffenberg heissen, überhaupt allen, die unglückseligerweise Namen tragen, die in diesem Verratsprozess verwickelt sind, dass sie beantragen, ihren Namen zu ändern, weil man ihnen nicht zumuten kann, den Namen eines Schuftes und Verräters weiter zu tragen.

(Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953, S. 382 ff.)

## 4. Die Prozesse vor dem Volksgerichtshof

### a) *Freislers Verhandlungsführung*

Der berüchtigte Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Roland Freisler, ein ehemaliger Kommunist und von Hitler selber als «unser Wyschinski» bezeichnet, tat sich durch eine besonders unsachliche Verhandlungsführung bei den vom Volksgerichtshof durchgeführten Verfahren hervor. Aus den vorliegenden Protokollen ergibt sich, dass er im Laufe der Verhandlung kaum einen der Angeklagten ruhig anhörte oder zu Ende reden liess, sondern unbeherrscht mit einer Laut-

stärke dazwischenbrüllte, dass sich die Kameramänner der Wochenschau beschwerten, weil Freister alle Tonaufnahmen zunichte machte.

Einige Stichproben aus den Verhandlungsprotokollen- mögen dies veranschaulichen:

Aus der Vernehmung des Generalfeldmarschalls v. Witzleben: . . .

Freister: Sie sprachen davon, dass Sie den damaligen Generaloberst Beck im Februar 1943 in der Wohnung einmal aufgesucht hätten und dass Sie über die Lage gesprochen hätten, die Sie äusserst ernst fanden, dass Sie darüber gesprochen hätten, der Führer habe Umstellungen vorgenommen, und Ihnen schienen Leute, die etwas könnten, zum Schaden der Kriegführung ausgeschaltet, Heerführer kurz gesagt. Haben Sie sich denn dabei auch Gedanken darüber gemacht, wer es besser machen könnte?

v. Witzleben: Ja!

Freister: Ja, Sie haben sich Gedanken darüber gemacht, wer es besser machen könnte! Wer sollte es denn besser machen können?

v. Witzleben: Alle beide!

Freisler: Alle beide! Sie beide! Sie sagten also: wir könnten es besser machen. Sagen Sie es doch so, dass man es hört.

v. Witzleben (lauter): Ja!

Freisler: Da muss ich allerdings sagen: Das ist ein Hochmut, wie er noch nicht dagewesen ist. Ein Feldmarschall und ein Generaloberst erklären, sie könnten es besser machen als der, der unser aller Führer ist, der die Grenzen des Reiches an die Grenzen Europas, die Sicherheit des Reiches an die Grenzen Europas gelegt hat. Sie bekennen sich dazu, das gesagt zu haben?

v. Witzleben: Jawohl!

Freisler: Sie werden verstehen, dass man so etwas mit dem Wort «Ehrgeizling» belegen kann. – Dazu zucken Sie die Achseln. Gut, das ist auch eine Antwort.. .

Aus der Vernehmung des Grafen Yorck v. Wartenburg:

Yorck: Herr Präsident! Ich habe bereits bei meiner Vernehmung angegeben, dass ich mit der Entwicklung, die die nationalsozialistische Weltanschauung genommen hatte-----

Freisler (unterbrechend): . . nicht einverstanden war! Sie haben, um es konkret zu sagen, ihm erklärt: In der Judenfrage passe Ihnen die Judenausrottung nicht, die nationalsozialistische Auffassung vom Recht hätte Ihnen nicht gepasst.

Yorck: Das Wesentlichste ist, was alle diese Fragen verbindet, der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen, sittlichen Verpflichtungen vor Gott.

Freisler: Sagen Sie einmal, wo hat der Nationalsozialismus die sittlichen Verpflichtungen eines Deutschen ausgeschaltet? Der Nationalsozialismus hat die sittlichen Verpflichtungen eines Deutschen,

des deutschen Mannes, der deutschen Frau unendlich gesundet und unendlich vertieft. Dass er sittliche Verpflichtungen ausgeschaltet hätte, habe ich noch nie gehört. Und was die Religion anlangt, so ist im Grunde der Nationalsozialismus sehr bescheiden. Er sagt: Bitte, mache das doch ab, wie Du willst, nur bleibe im Jenseits mit Deinen Ansprüchen, Kirche; denn die Seelen sollen ja im Jenseits herumflattern; hier auf der Erde gilt unser jetziges Leben. Sonst kann sie sich um die Politik kümmern. Also was Sie sagen, ist mindestens sehr schief gesehen; es hat keinen Sinn.

Yorck: Ich wollte das nur als Erklärung geben.

Freisler: Was weiter die nationalsozialistische Auffassung vom Recht betrifft, so kann ich als einer, der seit vielen Jahren nun wirklich im Rechtsleben darin steht, sagen, dass unsere Auffassung vom Recht theoretisch und praktisch ebenfalls eine ungeheure Vertiefung erfahren hat, dass das Recht unseres Volkes eine ungeheure Gesundung und Verstärkung erfahren hat. . . . Was Sie vorgetragen haben, bleibt rätselhaft. Aber Sie sagen: Ich war nicht einverstanden. Nun frage ich Sie: Wenn Ihnen (von Stauffenberg) ein Ehrenwort abgenommen worden war und Sie so etwas hörten, was haben Sie sich für Gedanken gemacht? Kann denn so ein Ehrenwort ziehen?

Yorck: Ich fühle mich dadurch gebunden, Herr Präsident.

Freisler: Das ist allerdings ein Zeichen dafür, dass Ihre Einstellung eine absolut anarchische ist.

(Eugen Budde und Peter Liitsches: Der 20. Juli, Düsseldorf 1952, S. 56, 85)

Bei der Verhandlung des Grafen Schwerin v. Schwanefeld vor dem Volksgerichtshof im August 1944 wandte sich Freisler mit folgender Frage an den Grafen Schwerin:

Sie müssen mit dem Polenfeldzug ein besonderes Erlebnis gehabt haben. Sind Sie nicht auch gerade eingesetzt gewesen in Westpreussen?

Graf Schwerin: Jawohl.

Freisler: Sie haben also Ihre eigene Heimat als Soldat unseres Führers befreien dürfen.

Graf Schwerin: Herr Präsident, was ich an politischen Erfahrungen persönlich gemacht habe, hat für mich mancherlei Schwierigkeiten in der Folge gehabt, weil ich ja sehr lange für das Deutschtum in Polen gearbeitet habe und aus dieser Zeit heraus ein vielfaches Hin und Her in der Einstellung den Polen gegenüber praktisch erlebt habe. Das ist eine . . .

Freisler: Jedenfalls ist das Hin und Her etwas, was Sie dem Nationalsozialismus zur Last legen können?

Graf Schwerin: Ich dachte an die vielen Morde . . .

Freisler: Morde?

Graf Schwerin: Die im In- und Ausland . . .

Freisler: Sie sind ja ein schäbiger Lump. Zerbrechen Sie unter der Gemeinheit? Ja oder nein, zerbrechen Sie darunter?

Graf Schwerin: Herr Präsident!

Freisler: Ja oder nein, auf eine klare Antwort!

Graf Schwerin: Nein.

Freisler: Sie können auch gar nicht mehr zerbrechen, Sie sind ja nur noch ein Häuflein Elend, das vor sich selber keine Achtung mehr hat.

In der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof am 14. Oktober 1943 gegen den Wortführer der Una-Sancta-Bewegung, Dr. Max Metzger, hatte der Angeklagte, «wegen Vorbereitung zum Hochverrat des Todes schuldig» erklärt, die Gedanken der Una Sancta und ihr Hauptziel, die Befriedung und Einigung der christlichen Konfessionen, darlegen wollen.

Aber Freisler schnitt ihm giftig und höhnisch das Wort ab: «Una Sancta – Una Sanctissima – Una – una – das sind wir! Sonst gibt es nichts!»

### *b) Augenzeugenbericht des Stenographen Peter Vossen*

Noch nie in der deutschen Rechtsgeschichte sind Angeklagte mit einer derartigen Brutalität, mit einer derart fanatischen Rücksichtslosigkeit behandelt worden wie in diesem Prozess. Wie gemeine Mörder wurden sie, jeder von zwei Beamten der Gestapo an den Ärmeln geleitet (ohne Kragenbinde und Hosenträger), in den Gerichtssaal geführt. Schon rein äusserlich sah man allen Angeklagten an – und bei ihrer Vernehmung steigerte sich mir noch dieser Eindruck –, dass sie nach all diesen erlittenen Quälereien der Untersuchungshaft bloss das eine ersehnten: das baldige Ende dieser körperlichen und geistigen Folter. Bei einem von ihnen ... waren noch die Spuren der Misshandlung sichtbar. Bezeichnend für die unmenschliche Verhandlungsführung war es, dass es keinem der Angeklagten verstattet wurde, sich über die Motive der Tat auszulassen. Alle Angeklagten mussten es sich von diesem früheren Rechtsanwalt gefallen lassen, als Lumpen, Verräter und feige Mörder bezeichnet zu werden ... So wurde die Prozessführung ... zur Karikatur einer Gerichtsverhandlung, was sich auch darin zeigte, dass der Vorsitzende mit schauspielerischem, brutalem und erbarmungslosem – anscheinend vor dem Spiegel einstudiertem – Gesichtsausdruck an der Spitze seiner Mitrichter wie ein zweiter Robespierre den Saal betrat. Nichts von Menschlichkeit in dieser widerlichen Fratze mit den grossen, von den Lidern halb überdeckten, gleisnerisch hinterlistigen Augen . . . Mit einer Stimme, die entgegen allen

Geheimhaltungsvorschriften wie eine Posaune in den umliegenden Strassen gehört werden musste, erklärte er alle acht Angeklagten für schuldig des vollkommensten Verrats am Führer, am Gefolgsherrn, an allem, was das deutsche Volk sei und habe, an der deutschen Geschichte, an allen deutschen Männern und Frauen. In schwülstigem, hier und da an altdeutsche Sprüche anklingendem Stil wiederholte er immer wieder dieselben Phrasen, um schliesslich alle Angeklagten wegen der «schimpflichsten Tat, die je unsere Geschichte gesehen hat», zum Tode durch den Strang zu verurteilen. Er beendete die Urteilsverkündung mit den grosssprecherischen Worten: Wir kehren zurück in das Leben, in den Kampf. Wir haben keine Gemeinschaft mit ihnen. Das Volk hat sich von ihnen befreit, ist rein geblieben. Wir kämpfen. Die Wehrmacht grüsst: Heil Hitler. Wir alle grüssen: Heil Hitler. Wir kämpfen mit unserem Führer, ihm nach für Deutschland. Wir haben die Gefahr jetzt abgeschüttelt, wir marschieren mit totaler Kraft hin zum totalen Sieg.

### *c) Weitere Erlebnisberichte*

«Ist es ein Wunder, dass man so viele stolze und männliche Haltung gesehen hat und doch so wenig trotzige Worte berichten kann? Nur wenn die sprungbereite Wachsamkeit des Tigers auf dem Präsidentenstuhl für einen kurzen Augenblick erschlaffte, war einem Angeklagten eine kühne Entgegnung möglich . . .»

Bekanntgeworden ist das Wort Hans v. Haefens, des Diplomaten, der auf die Frage Freislers, warum er dem Führer verbrecherisch die Treue gebrochen habe, erwiderte: «weil ich den Führer für den Vollstrecker des Bösen in der Geschichte halte.» ..

Feilgiebel rief dem Präsidenten, wie berichtet wird, auf die Urteilsverkündung zu: «Dann beeilen Sie sich mit dem Aufhängen, Herr Präsident, sonst hängen Sie eher als wir.»

v. Witzleben: «Sie können uns dem Henker überantworten. In drei Monaten zieht das empörte und gequälte Volk Sie zur Rechenschaft und schleift Sie bei lebendigem Leibe durch den Kot der Strassen.»

Rechtsanwalt Wirmer, schon in der Figur substantiell, von Beruf in der Gerichtsrede gewappnet, muss dem Präsidenten besonders ungerührt zugesetzt haben: «Wenn ich hänge, habe nicht ich die Angst, sondern Sie ..

Freisler: «Bald werden Sie in der Hölle sein .. .» Wirmer: «Es wird mir ein Vergnügen sein, wenn Sie bald nachkommen, Herr Präsident.»

(Eberhard Zeller: Geist der Freiheit, Taschenbuchausgabe, München 1957, S. 305 f.)

#### *d) Das Urteil des Reichsjustizministers Thierack*

Fernschreiben  
Der Reichsminister der Justiz

Berlin, den 8. September 1944

An den Sekretär des Führers  
Herrn Reichsleiter Bormann  
Führerhauptquartier

Sehr verehrter Herr Reichsleiter!  
Ich übersende Ihnen . . .

Die Verhandlungsführung des Vorsitzers war bei den Angeklagten Wirmer und Goerdeler unbedenklich und sachlich, bei Lejeune-Jung etwas nervös. Leuschner und v. Hassell liess er nicht ausreden. Er überschrie sie wiederholt. Das machte einen recht schlechten Eindruck, zumal der Präsident etwa 300 Personen das Zuhören gestattet hatte. Es wird noch zu prüfen sein, welche Personen Eintrittskarten erhalten haben. Ein solches Verfahren in einer solchen Sitzung ist sehr bedenklich. Die politische Führung der Verhandlung war sonst nicht zu beanstanden. Leider redete er aber Leuschner als Viertelportion und Goerdeler als halbe Portion an und sprach von den Angeklagten als Würstchen. Darunter litt der Ernst dieser gewichtigen Versammlung erheblich. Wiederholte längere, nur auf Propagandawirkung abzielende Reden des Vorsitzers wirkten in diesem Kreise abstossend. Auch hierunter litt der Ernst und die Würde des Gerichts. Es fehlt dem Präsidenten völlig an eiskalter, überlegener Zurückhaltung, die in solchem Prozess allein geboten ist...

Heil Hitler!

Ihr

Dr. Thierack

#### **5. Das «Mordregister»**

Das war der offizielle Name der in Jahresbänden gesammelten Einzelmeldungen über vollstreckte Todesurteile aus den verschiedenen Strafanstalten, die an das Reichsjustizministerium erstattet wurden. Es erhielt diesen Namen, weil, von wenigen Fällen des Hoch- und Landesverrats abgesehen, Todesurteile nur verhängt und vollstreckt wurden, wenn es sich um Mordtaten handelte – solange Deutschland noch ein Rechtsstaat war.

Es behielt diesen Namen in der Hitlerzeit, nun allerdings mit grausig veränderter Bedeutung. Denn jetzt waren die Richter die Mörder, die Verurteilten die Ermordeten.

Das «Mordregister» ist erhalten geblieben. Es reicht von 1871 bis zum März 1945. In der Hitlerzeit hat ein Band aus den ersten Jahren



seines Regimes die Dicke von mehr als zehn Jahresbänden der Zeit vor ihm. In den letzten Jahren, als die Blutorgie auf ihrem Höhepunkt stand, gab es eine Vergleichsmöglichkeit mit früher überhaupt nicht mehr.

Wir geben nachstehend den Auszug von der Hinrichtung Generalfeldmarschalls v. Witzleben. Die Hinrichtung erfolgte am 8. August. Das Blatt trägt die Registernummer 1533/36. Das nächste Blatt mit Hingerichteten vom 20. Juli hat die Nummer 1811/13 und das Datum vom 4. September. Zwischen beiden Daten – noch nicht vier Wochen Frist – sind also 275 Hinrichtungen erfolgt an Menschen, die nichts mit dem 20. Juli zu tun hatten! ...

Mordregister 1944 Nummer 1533/36

v. Witzleben und andere

v. Hase, Paul, ehemaliger Generalleutnant, geb. 14. 7. 85, Hannover;  
Bernardis, Robert, ehemaliger Oberstleutnant, 7. 8. 08, Innsbruck;  
Klausing, Friedrich Karl, ehemaliger Hauptmann, 24.5.20, München;  
Graf Yorck v. Wartenburg, Peter, ehemaliger Leutnant, 17.11.04,  
Klein-Oels.

Deutsche

Straftat: Hoch-Landesverrat

Erkennendes Gericht: Volksgerichtshof

Tag des Urteils: 8.8.44

Eingang des Gnadenberichts: 8.8.44

Aktenzeichen: O.J.i. 44 g Rs

Erkannte Strafe: Todesurteil – Ehrverlust

Entscheidung des Reichsministeriums der Justiz: Vollstreckung

Tag der Entscheidung: 8.8.44

Vollstreckt am 8.8.44 in Berlin

## 6. Ihre letzten Stunden

*von Peter Buchholz*

Der langjährige Seelsorger der Strafanstalt Plötzensee bei Berlin, Ehreridomherr Pfarrer Peter Buchholz, der ungezählten Opfern der Nazijustiz die letzten Stunden vor ihrer Hinrichtung erleichtert hat, berichtete:

«Was alles an Bestialitäten und Grausamkeiten sich in den Konzentrationslagern abgespielt hat, darüber sind der deutschen Öffentlichkeit die Augen geöffnet worden, aber auch die Gefängnisse haben unsagbar viel Leid gesehen. 20 Jahre bin ich Gefängnispfarrer gewesen, 12 Jahre unter dem Hitler-Regime, davon die letzten Jahre in der Hinrichtungsanstalt Plötzensee, wo Tausende als Opfer der

faschistischen Justiz den Weg zum Schafott haben gehen müssen. Was ich da gesehen habe an Not und Qual und Jammer bei den Todeskandidaten, die ständig gefesselt waren und denen in der Einsamkeit der Zelle die Tage sich endlos dehnten und die Nächte zu Ewigkeiten wurden, was ich auch erlebt habe an mannhaftem Tragen, an heldenhaftem Sterben, an gläubiger Hingabe an Letztes und Ewiges, davon muss ich einmal sprechen.

Es ist mir bitter schmerzlich, von all diesem Geschehen sprechen zu müssen, und ich möchte den Vorhang fallen lassen – aber einmal noch muss er sich weit auf tun, um den Blich freizugeben auf den Todesweg der Männer und Frauen, deren Namen mit den Ereignissen des 20. Juli für immer verknüpft sind. Was hat man aus diesen Kämpfern um die Freiheit unseres gequälten Volkes gemacht! Ich sehe sie noch ihren letzten Weg gehen, in Sträflingskleidern und in Holzpantinen, einige übel zerschlagen und geschunden, umgeben von Männern des Volksgerichtes und Gestapoleuten, die sich keine Phase dieses seltenen Schauspiels entgehen lassen wollten und mit ihren Filmkameras jeden Augenblick festhielten, von der Hinführung in die Todeszelle bis zu den letzten Zuckungen ihrer Opfer. Diese Männer, wie Feldmarschall v. Witzleben, General Stieff, Hoepner, v. Hase, Yorck v. Wartenburg, bewahrten ungebrochen ihre männliche Haltung, die wahrhaft anders war, als Goebbels' Propaganda sie uns darzustellen versuchte.

Es war meinem Kollegen und mir möglich, mit ihnen vor der Hinrichtung noch kurz zu sprechen, bevor uns die Nachricht erreichte, dass durch ein besonderes Verbot Hitlers der seelsorgerische Zuspruch vor dem Tode zu versagen sei – eine besonders grausame Härte, wenn man bedenkt, was, abgesehen von den religiösen Momenten, in den letzten Augenblicken zwischen Leben und Tod die tröstliche Nähe eines mitfühlenden und mittragenden Menschen bedeutet.

Trotzdem war es mir mit dem evangelischen Pfarrer Dr. Pölchau in Tegel gelungen, uns Zutritt zu einer ganzen Reihe der anderen Verurteilten zu verschaffen. Wie glücklich waren wir um diese Möglichkeit, und wie froh waren erst die Männer in ihren Zellen, wenn wir kamen. Und wie reich bin ich oft von dort weggegangen, beglückt darüber, an so viel Heldentum teilzunehmen, so viel edle Menschlichkeit zu erleben, wie ich sie an den rheinischen Arbeiterführern Gross und Letterhaus, dem Leipziger Kaufmann Cramer, an Graf Moltke, dem Jesuitenpater Delp und anderen immer wieder bewundern musste. Ebenso gross waren sie im Sterben, sie und die anderen, die ich weniger kennenlernte, aber deren Sterben ich nahe war: So der ehemalige württembergische Staatspräsident Bolz, der sozialistische Arbeiterführer und ehemalige hessische Innenminister Leuschner, der tapfere Dr. Goerdeler, Kaplan Wehrle, Rechtsanwalt Wirmer. Graf Matuschka und Dr. Lejeune-Jung und alle die 85, die

allein in Plötzensee in diesem Zusammenhang hingerichtet wurden. Nur ganz wenige sind dem Tode entgangen, wie der frühere Minister der Saar-Regierung, Kossmann, und der Vorkämpfer in der Gewerkschaftsführung, Jakob Kaiser, mit seinem Freund Steltzer.

Wie es so kam und warum es vielleicht so kommen musste, darüber werden Berufenere einmal zu berichten haben. Das eine ist gewiss: Der Opfertod der Männer des 20. Juli ist nicht umsonst gewesen. Und wenn wir in tiefem Dank und heiliger Ergriffenheit ihrer heissen Liebe zum deutschen Volke und ihres Heldenumes gedenken, dann fühlen wir in uns wie ein heiliges Vermächtnis die Verpflichtung, den Kampf weiterzuführen gegen die letzten Reste dieses weltanschaulich und politisch gleicherweise verbrecherischen Systems der Nazi-Herrschaft, unter der so viele gelitten haben und als Opfer gefallen sind.»

## 7. Das Schauspiel des Entsetzlichen

### Berichte der Kameramänner

Der Kameramann Erich Stoll gab folgenden authentischen Bericht über die damals von Hitler befohlenen Wochenschau-Aufnahmen des Prozesses vom 20. Juli 1944 und die Vollstreckung der Mordurteile: «Eines Tages bekamen die Kameraleute der ‚Deutschen Wochenschau‘ vom Reichsfilmintendanten Hans Hinkel den Befehl, von dem Prozess des 20. Juli 1944 Filmaufnahmen herzustellen, die angeblich in der Wochenschau erscheinen sollten. Wir wurden zum Volksgerichtshof geführt, und dort wurde uns erklärt, dass wir so unauffällig wie möglich Tonfilm- und Situationsaufnahmen von dem Prozess herstellen sollen. Wir richteten daraufhin eine provisorische Beleuchtung ein und bauten unsere Tonkamera hinter den dort befindlichen Türen auf, um durch ein Loch die Aufnahmen zu machen. Ein Kameramann musste im Saal Situationsaufnahmen und die allgemeine Atmosphäre aufnehmen. Der Reichsfilmintendant Hinkel bestimmte von den Kameraleuten, wer welche Aufnahmen zu machen hatte. Er liess sich auch jeweils die gedrehte Meterzahl angeben, damit jeder Meter abgeliefert wurde. Mit Begeisterung hat der Präsident des Volksgerichtshofs, Dr. Freisler, die Zustimmung zu den Filmaufnahmen gegeben und sich dafür eingesetzt, dass ja alles aufgenommen wurde.

Die Aufnahmen begannen damit, dass die Angeklagten hereingeführt, die Handfesseln abgenommen und ihnen die Plätze zugewiesen wurden. Dann kamen die Richter unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Freisler, und der Prozess begann. Jeder wichtige Angeklagte musste mit Ton aufgenommen werden. Von den weniger wichtigen wurden nur stumme Aufnahmen gedreht. Nach der ersten

Pause erkundigten sich der Reichsfilmintendant Hans Hinkel und der Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Freisler, wie die Aufnahmen geworden sind. Wir mussten dem Präsidenten mitteilen, dass er den Angeklagten gegenüber zu laut geschrien habe, so dass es dem Tonmeister nicht möglich war, den Ausgleich zwischen der schreienden Stimme und der leisen Stimme des Angeklagten herzustellen. Leider wiederholte bei den anderen Vernehmungen der Präsident des Gerichtshofes sein Schreien, so dass die Aufnahmen technisch nur als ungenügend bezeichnet werden konnten.»

Weiter schildert der Kameramann Sasse, einer der Kameraleute, die die Exekution aufnehmen mussten, diesen Vorgang:

«Das Gebäude, das durch frühere Luftangriffe stark beschädigt sein musste, war wieder notdürftig hergerichtet. Der Raum war etwa vier Meter breit und acht Meter lang. Ein schwarzer Vorhang teilte diesen Raum in zwei Hälften. Der Raum bekam nur durch zwei kleine Fenster etwas Tageslicht. Unmittelbar vor diesen beiden Fenstern befanden sich an der Decke acht Haken, woran die Verurteilten aufgehängt werden sollten. Weiterhin befand sich im Raum noch eine Vorrichtung der Enthauptung. Als erster Delinquent wurde der ehemalige General . . . von zwei Henkern durch den schwarzen Vorhang in den Raum hineingeführt. Zuvor hatte in dem Vorraum der Staatsanwalt den Verurteilten nochmals das Todesurteil mit folgenden Worten vorgelesen: Angeklagter, Sie sind von dem Volksgerichtshof zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Scharfrichter, walten Sie Ihres Amtes/

Der Angeklagte ging mit erhobenem Haupte, zwar von den Henkern eines schnelleren Schrittes genötigt, zum Ende des Raumes. Dort angekommen, musste er eine Kehrtwendung machen, und dann legte man ihm die HanfSchlinge um den Hals, worauf der Angeklagte von den Henkern hochgehoben und die obere Schlaufe des Hanfstrickes in den Haken an der Decke eingehangen und der Delinquent nun mit grosser Wucht fallengelassen wurde, so dass ihm die Schlinge sofort sehr stark den Hals zuschnürte. Meines Erachtens trat der Tod sehr bald ein.

Nachdem das erste Urteil vollstreckt war, wurde ein schmaler, schwarzer Vorhang vor den Erhängten gezogen, so dass der nächstfolgende Todeskandidat den ersten nicht gewahr wurde. In kürzester Folge kam dann der zweite Delinquent, der ehemalige General . . ., der ebenfalls selbstbewusst seinen letzten Gang antrat. Nach jeweiliger Vollstreckung des Urteils wurde jedesmal so ein schmaler, schwarzer Vorhang vor den Erhängten vorgezogen, so dass es auch dem letzten der Verurteilten nicht möglich war, die Vorangegangenen zu sehen. Die Urteilsvollstreckung ging in sehr rascher Folge vor sich, und die Verurteilten gingen alle ohne ein Wort der Klage aufrecht und männlich ihren letzten Gang.

## Ein Augenzeuge schildert die Hinrichtung

Ein weiterer Bericht stützt sich auf Aussagen eines Gefängniswärters. Wenn die schaurigen Einzelheiten der Hinrichtung hier wiedergegeben werden, so nur deshalb, weil sie die satanische Grausamkeit jenes Mannes kennzeichnen, der sie angeordnet hat.

Der Gefängniswärter schildert zunächst die Richtstätte:

«Stellen Sie sich einen Raum mit niedriger Decke und gewissten Wänden vor. Unter der Decke war eine Schiene angebracht, an der zehn grosse Haken hingen, wie die, welche die Metzger brauchen, um ihr Fleisch aufzuhängen. In einer Ecke stand eine Filmkamera, Scheinwerfer gaben ein grelles, blendendes Licht wie in einem Atelier. In diesem sonderbaren kleinen Zimmer befanden sich der Generalstaatsanwalt des Reiches, der Scharfrichter mit seinen beiden Gehilfen, zwei Filmoperateure und ich selbst mit einem zweiten Gefängniswärter. An der Wand stand ein kleiner Tisch mit einer Flasche Kognak und Gläsern für die Zeugen der Hinrichtung.

Die Verurteilten wurden hereingeführt; sie hatten nur ihre Sträflingsanzüge an und trugen Handschellen. Sie wurden in eine Reihe gestellt. Grinsend und unter Witzen machte sich der Scharfrichter zu schaffen. Er war in seinen Kreisen für seinen «Humor» bekannt. Keine Erklärung, kein Geistlicher, keine Journalisten.

Einer nach dem anderen, alle zehn kamen dran. Alle zeigten den gleichen Mut. Das dauerte alles in allem fünfundzwanzig Minuten. Der Scharfrichter grinste ständig und machte dauernd seine Witze. Die Filmkamera arbeitete ohne Unterbrechung; denn Hitler wollte sehen und hören, wie seine Feinde starben. Am gleichen Abend, in der Reichskanzlei, konnte er sie auf der Leinwand betrachten.

Das war sein eigener Einfall. Er hatte den Scharfrichter zu sich kommen lassen und persönlich die Einzelheiten der Prozedur festgelegt: ‚Ich will, dass sie erhängt werden, aufgehängt wie Schlachtvieh«, waren seine Worte.»

## EHRENTAFEL DER TOTEN DES 20. JULI 1944

Bede, Ludwig, Generaloberst.	Selbstmord
Bernardis, Robert, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Bernstorff, Graf Albrecht v., Botschaftsrat a. D.	Ermordet
Blumenthal, Hans Jürgen Graf v., Major.	Hingerichtet
Boehmer, Hasso v., Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Bolz, Eugen, vormalis Staatspräsident v. Württemberg.	Hingerichtet
Boeselager, Georg v., Oberst.	Gefallen
Bonhoeffer, Claus, Chefsyndikus der Lufthansa.	Ermordet
Bonhoeffer, Dietrich, evangelischer Pfarrer.	Ermordet
Breidbach-Bürresheim, Randolph, Freiherr v.	Gestorben

Brücklmeier, Eduard, Legationsrat im Ausw. Amt.	Hingerichtet
Caminecci, Oscar.	Hingerichtet
Canaris, Wilhelm, Admiral, Chef des deutschen militärischen Nachrichtendienstes.	Ermordet
Cramer, Walter, Industrieller, Direktor der Stöhr-AG.	Hingerichtet
Delbrück, Justus, Fabrikant.	Gestorben in einem sowjetischen KZ.
Delp, Alfred, Jesuitenpater.	Hingerichtet
Dieckmann, Wilhelm, Oberregierungsrat.	Hingerichtet
Dohna-Tolksdorf, Heinrich Graf zu, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Dohnanyi, Hans v., Reichsgerichtsrat.	Ermordet
Dorsch, Hans Martin, Oberleutnant.	Hingerichtet
Drechsel, Max Graf v., Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Erdmann, Hans Otto, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Elsas, Dr. Fritz, vormals 2. Bürgermeister v. Berlin.	Ermordet
Engelhorn, Karl-Heinz, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Fellgiebel, Erich, General der Nachrichtentruppe.	Hingerichtet
Finckh, Eberhard, Oberst.	Selbstmord
Fleischmann, Max, Universitätsprofessor.	Hingerichtet
Frank, Reinhold, Rechtsanwalt.	Selbstmord
Freytagh-Loringhoven, Wessel Freiherr v., Oberst.	Erschossen
Frick, Walter, Kaufman	' Ermordet
Gehre, Ludwig, Hauptmann.	Hingerichtet
Gloeden, Erich, Architekt.	Hingerichtet
Gloeden, Elisabeth Charlotte, geb. Kutznitzki, Ehefrau.	
Goercleler, Carl Friedrich, vormals Reichspreis- kommissar und Oberbürgermeister von Leipzig.	Hingerichtet
Goerdeler, Fritz, Stadtkämmerer von Königsberg.	Hingerichtet
Gross, Nikolaus, christlicher Gewerkschaftsführer und Redakteur.	Hingerichtet
Groscurth, Helmut, Oberst i. G.	In russ. Kgf.-Lager verstorben Ermordet
Guttenberg, Karl Ludwig Freiherr v., Gutsbesitzer.	Selbstmord
Habermann, Max, christlicher Gewerkschaftsführer.	Hingerichtet
Haeften. Hans Bernd v., Legationsrat im Ausw. Amt.	Hingerichtet
Haeften, Werner v., Syndikus.	Hingerichtet
Hagen, Albrecht v., Syndikus.	Hingerichtet
Hahn, Kurt, Oberst.	Hingerichtet
Halem, Nikolaus v., Kaufmann.	Selbstmord
Hamm, Eduard, Staatssekretär a. D.	Hingerichtet
Hansen, Georg, Oberst.	Hingerichtet
Harnack, Ernst v., Regierungspräsident a. D.	Hingerichtet
Hase, Paul v» Generalleutnant, Kommandant von Berlin.	Hingerichtet
Hassell, Ulrich, v., vormals deutscher Botschafter in Rom.	Hingerichtet
Haubach, Dr. Theodor, führender Sozialdemokrat.	Ermordet
Haushofer, Albrecht, Professor.	Hingerichtet
Hayessen, Egbert, Major i. C.	

Helldorf, Wolf Graf v., Polizeipräsident von Berlin.	Hingerichtet
Herfurth, Otto, Generalmajor.	Hingerichtet
Hoepner, Erich, Generaloberst.	Hingerichtet
Hofacker, Caesar v., Oberstleutnant.	Hingerichtet
Hösslin, Roland v., Major.	Hingerichtet
Hübener, Otto, Versicherungsdirektor.	Hingerichtet
Jaeger, Friedrich, Oberst.	Hingerichtet
Jennewein, Max, Mechaniker.	Erschossen
Jessen, Jens, Professor der Nationalökonomie.	Hingerichtet
John, Hans, Jurist.	Ermordet
Kaiser, Hermann, Studienrat.	Hingerichtet
Kempner, Franz, Staatssekretär a. D.	Hingerichtet
Kiep, Otto, vormals Generalkonsul in New York.	Hingerichtet
Kissling, Georg Conrad, Landwirt.	Hingerichtet
Klamroth, Bernhard, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Klamroth, Hans-Georg, Kaufmann.	Hingerichtet
Klausing, Friedrich-Karl, Hauptmann.	Hingerichtet
Kleist-Schmenzin, Ewald v., Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Knaak, Gerhard, Major.	Hingerichtet
Koch, Hans, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Koerner, Heinrich, christlicher Gewerkschaftsführer.	Erschossen
Kranzfelder, Alfred, Korvettenkapitän.	Hingerichtet
Kuenzer, Richard, Legationsrat.	Ermordet
Kutznitzki, geb. v. Liliencron, Elise Auguste.	Hingerichtet
Lancker, Fritz v. der, Internatsleiter, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Langbehn, Carl, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Leber, Julius, führender Sozialdemokrat.	Hingerichtet
Lehndorff-Steinort, Heinrich Graf v., Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Lejeune-Jung, Paul, Syndikus.	Hingerichtet
Leonrod, Ludwig Freiherr v., Major.	Hingerichtet
Letterhaus, Bernhard, Führer der kath. Arbeitervereine.	Hingerichtet
Leuninger, Franz, vorm. Generalsekretär des christl. Metallarbeiter-Verbandes.	Hingerichtet
Leuschner, Wilhelm, führender Sozialdemokrat, vorm. hessischer Innenminister.	Hingerichtet
Lindemann, Fritz, General der Artillerie.	Ermordet
Lindemann, Else, Ehefrau.	Selbstmord
Linstow, Hans-Ottfried v., Oberst.	Hingerichtet
Liinick, Ferdinand Freiherr v., Gutsbesitzer, ehem. Oberpräsident v. Westfalen.	Hingerichtet
Lynar, Wilhelm Graf zu, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Maass, Hermann, SPD- und Jugendführer.	Hingerichtet
Marogna-Redwitz, Rudolf Graf v., Oberst.	Hingerichtet
Mareks, Karl, Kaufmann.	Ermordet
Matuschka, Michael Graf v., Regierungsdirektor.	Hingerichtet

Meichssner, Joachim, Oberst.	Hingerichtet
Merz v. Quirnheim, Albrecht, Oberst i. G.	Hingerichtet
Michel, Karl, Oberstltm. i. G.	
Gefallen (bei einem Todeskommando)	
Moltke, Helmuth Graf v., Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Müller, Otto, Prälat.	Im Gefängnis gestorben
Mumm v. Schwarzenstein, Herbert, Legationsrat a. D.	Hingerichtet
Munzinger, Ernst, Oberstleutnant.	Ermordet
Nebe, Arthur, Chef des Reichskriminalamtes.	Hingerichtet
Nieden, Wilhelm zur, Generaldirektor.	Hingerichtet
Oertzen, Ulrich v., Major.	Selbstmord
Olbricht, Friedrich, General der Infanterie.	Hingerichtet
Oster, Hans, Generalmajor.	Ermordet
Pereis, Friedrich Justus, Justitiar der Bekenn. Kirche.	Ermordet
Planck, Erwin, Staatssekretär a. D.	Hingerichtet
Plettenberg, Kurt Freiherr v., Kammerpräsident.	Selbstmord
Popitz, Johannes, Professor, preussischer Finanzminister	Hingerichtet
Rabenau, Friedrich v., General.	Ermordet
Rahtgens, Karl Ernst, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Reichwein, Adolf, Professor, Sozialdemokrat.	Hingerichtet
Roenne, Alexis Freiherr v., Oberst i. G.	Hingerichtet
Rommel, Erwin, Generalfeldmarschall.	Vergiftet
Sack, Ministerialdirektor und Chefrichter des Heeres.	Ermordet
Sadrozinski, Joachim, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Salviati, Hans-Viktor v., Major.	Ermordet
Schade, Adolf Friedrich Graf v.	Hingerichtet
Schleicher, Rüdiger, Ministerialrat, Professor der Rechte.	Ermordet
Schnepfenhorst, Ernst, vormals Gewerkschaftsführer.	Ermordet
Scholz-Babisch, Friedrich, Grundbesitzer.	Hingerichtet
Schöne, Hermann, Oberst.	Hingerichtet
Schrader, Werner, Oberstleutnant.	Hingerichtet
Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf v. der, Regierungs- präsident.	Hingerichtet
Schulenburg, Werner Graf v. der, vormals deutscher Botschafter in Moskau.	Hingerichtet
Schultze-Büttger, Georg, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Schwamb, Ludwig, Sozialdemokrat, ehem. Staatsrat.	
Schwerin v. Schwanefeld, Ulrich Wilhelm Graf, Guts- besitzer.	Hingerichtet
Sierks, Hans-Ludwig, Stadtbaurat.	Ermordet
Smend, Günther, Oberstleutnant i. G.	Hingerichtet
Sperr, Franz, vormals bayerischer Gesandter in Berlin	Hingerichtet
Staehe, Wilhelm, Oberst a. D.	Ermordet
Stauffenberg, Berthold Schenk Graf v., Marineoberstabs- richter.	Hingerichtet



Stauffenberg, Claus Schenk Graf v., Oberst i.G.	Hingerichtet
Steinaecker, Hans-Joachim, Freiherr v., Oberst a. D.	Hingerichtet
Stieff, Helmut, Generalmajor.	Hingerichtet
Strünck, Theodor, Versicherungsdirektor.	Ermordet
Stülpnagel, Carl-Heinrich v., General der Infanterie.	Hingerichtet
Thadden, Elisabeth v., Internatsleiterin.	Erschossen
Thiele, Fritz, Generalleutnant.	Hingerichtet
Thoma, Busso, Major.	Hingerichtet
Thüngen, Freiherr v., Generalleutnant.	Hingerichtet
Tresckow, Gerd v., Oberstleutnant.	Selbstmord
Tresckow, Henning v., Generalmajor.	Selbstmord
Trott zu Solz, Adam v., Legationsrat im Ausw. Amt.	Hingerichtet
Uexküll, Nikolaus Graf v., Oberst a. D.	Hingerichtet
Voigt, Fritz, früher Polizeipräsident, Sozialdemokrat.	Hingerichtet
Voss, Hans-Alexander v., Oberstleutnant i.G.	Selbstmord
Wagner, Eduard, General, Generalquartiermeister.	Hingerichtet
Wagner, Siegfried, Oberst.	Selbstmord
Wehrle, Hermann, Kaplan.	Hingerichtet
Wentzel-Teutschenthal, Carl, Gutsbesitzer.	Hingerichtet
Wirmer, Joseph, Rechtsanwalt.	Hingerichtet
Wierisch, Oswald, vormals Gewerkschaftsführer.	Hingerichtet
Witzleben, Erwin v., Generalfeldmarschall.	Hingerichtet
Yorck v. Wartenburg, Peter Graf, Oberregierungsrat.	Hingerichtet
Ziehlberg, Gustav v., General.	Hingerichtet

(Diese Tafel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.)

## VOM GEIST DER WIDERSTANDSBEWEGUNG

### Aufzeichnungen und Abschiedsbriefe

#### a) *Generalmajor Henning von Tresckows geistiges Vermächtnis*

Von Tresckow, einer der reinsten und leidenschaftlichsten Kämpfer gegen Hitler, ein überragender Geist, setzte seinem Leben am 21. Juli als Chef des Generalstabes der 2. Armee im Osten ein Ende, um den Henkern zu entgehen.

In seinem Vermächtnis, in dem er sich zum Sprecher der am Attentat beteiligten Offiziere macht, steht:

«Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, dass wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor dem Richterstuhl Gottes stehen werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und über mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn Gott einst Abraham verheissen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessoshemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben!»

#### b) *Alfred Delp S.J.: Tagebuchfragmente, Rechenschaft und Abschied*

Das Leben und Denken von Alfred Delp, geboren am 15. September 1907, war bestimmt durch seine gläubige Unruhe über die Gottesferne des modernen Menschen. Sie vibriert in seinen theologischen Schriften, sie madite ihn hellstichtig für die politische Verderbnis seiner Zeit und führte ihn der Kreisauer Widerstandsgruppe zu. Am 28. Juli 1944 wurde er verhaftet, zusammen mit Graf Moltke verurteilt; am 2. Februar 1945 erlitt er den Tod durch den Strang.

## Tagebuchfragmente

6. Januar 1945

Eine liebe Aufmerksamkeit des Herrgotts hat es gefügt, dass ich auf die Nacht so lose gefesselt wurde, dass ich aus der Fessel herauschlüpfen konnte. Wie in der Heiligen Nacht konnte ich so heute die Messe mit ganz freien Händen lesen . . .

Heute war der Anwalt noch einmal da. Es müssen halt drei «Wenns» passieren, damit alles gut geht. Ich vertraue fest. Auch die Freunde werden mich nicht im Stich lassen. Es ist ein Moment, in dem die ganze Existenz in einen Punkt eingefangen ist, und die ganze Wirklichkeit mit. Ich muss restlos Farbe bekennen. Die Realität Gottes, des Glaubens, der Welt, der Dinge und Zusammenhänge, die Verantwortung und Verantwortlichkeit für Worte und Handlungen, die Gnadenhaftigkeit und Kämpferischkeit des Daseins, alles will auf einmal realisiert werden. Ich habe Gott kühn um die beiden Freiheiten gebeten. Und werde es jetzt wieder tun ... Ein elendes Geschmiere das. Aber die Pritsche ist so niedrig, und den Stuhl kann man nicht an den Tisch stellen, wenn die Pritsche los ist. ..

### Nach der Verurteilung

Das ist ein eigenartiges Leben jetzt. Man gewöhnt sich so schnell wieder an das Dasein und muss sich das Todesurteil ab und zu gewaltsam in das Bewusstsein zurückrufen. Das ist ja das Besondere bei diesem Tod, dass der Lebenswille ungebrochen und jeder Nerv lebendig ist, bis die feindliche Gewalt alles überwältigt. So dass die gewöhnlichen Vorzeichen und Mahnboten des Todes hier ausbleiben. Eines Tages wird eben die Tür ‚aufgehen‘ und der gute Wachtmeister wird sagen: einpacken, in einer halben Stunde kommt das Auto. Wie wir es so oft gehört und erlebt haben . . .

Bis jetzt hat mir der Herrgott sehr herrlich und herzlich geholfen. Ich bin noch nicht erschrocken und noch nicht zusammengebrochen. Die Stunde der Kreatur wird schon auch noch schlagen. Manchmal kommt eine Wehmut über mich, wenn ich an das denke, was ich noch tun wollte. Denn jetzt bin ich ja erst Mensch geworden, innerlich frei und viel echter und wahrhafter, wirklicher als früher. Jetzt erst hat das Auge den plastischen Blick für alle Dimensionen und die Gesundheit für alle Perspektiven. Die Verkürzungen und Verkümmernungen beheben sich. – Ja, und dann die Menschen, die eben Zurückbleiben.

Ja, und ganz ehrlich gesagt, ich glaube noch nicht an den Galgen. Ich weiss nicht, was das ist. Vielleicht eine grosse Gnade und Hilfe des väterlichen Gottes, der mich so die Wüste bestehen lässt, ohne in ihr verdursten zu müssen. Während der ganzen Verhandlung,

auch als ich merkte, das «Wunder» bleibt aus, war ich weit oben drüber und unberührbar durch all die Vorgänge und Aussichten. Ist das das Wunder oder was ist das? Ich bin Gott gegenüber wirklich in einiger Verlegenheit und muss mir darüber klar werden. Diese ganzen bitteren Monate der Reife und des Unglücks stehen unter einem ganz eigenartigen Gesetz. Von der ersten Minute an war ich innerlich sicher, es würde alles gut gehen. Gott hat mich in dieser Sicherheit immer wieder bestärkt. Ich habe in diesen letzten Tagen gezweifelt und überlegt, ob ich Selbsttäuschungen zum Opfer gefallen bin, ob sich mein Lebenswille in religiöse Einbildungen sublimiert hat oder was das war. Aber diese vielen spürbaren Erhebungen mitten im Unglück; diese Sicherheit und Unberührtheit in allen Schlägen; dieser gewisse «Trotz», der mich immer wissen liess, es wird ihnen die Vernichtung nicht gelingen; diese Gnadenstunden vor dem Tabernakel; diese Tröstungen beim Gebet und beim Opfer; diese erbetenen und immer wieder gegebenen und gewährten Zeichen; ich weiss nicht, ob ich das alles jetzt wegtun darf. Soll ich weiter hoffen? Will der Herrgott das Opfer, das ich ihm nicht versagen will, oder will er die Bewährung des Glaubens und Vertrauens bis zum äussersten Punkt der Möglichkeit? ..

Und dies ist das zweite Gesetz, unter dem diese Wochen stehen: es ging alles schief, was ich unternahm, um mir zu helfen. Ja, es ging nicht nur schief, es war eigentlich immer zum Unheil. .. Der ganze äussere Verlauf war Scheitern und Schiffbruch und Ohnmacht über Ohnmacht. Und dazwischen wieder die Eigenart unseres Unglücks: dass wir in Tegel blieben; dass wir heute noch leben ...

Was will der Herrgott mit alledem? Ist es Erziehung zur ganzen Freiheit und vollen Hingabe? Will er den ganzen Kelch bis zum letzten Tropfen, und gehören dazu diese Stunden des Wartens und eigenartigen Advents? Oder will er die Glaubensprobe? . . .

Die Atmosphäre ist hier so verdorben für mich, dass auch ein Gnadengesuch überhaupt keine Aussicht hat. Ist es nun Torheit, noch zu hoffen, oder Einbildung oder Feigheit oder Gnade? Ich sitze oft da vor dem Herrn und schaue ihn nur fragend an.

Auf jeden Fall muss ich mich innerlich gehörig loslassen und mich hergeben. Es ist die Zeit der Aussaat, nicht der Ernte. Gott sät; einmal wird er auch wieder ernten. Um das eine will ich mich mühen: wenigstens als fruchtbares und gesundes Saatkorn in die Erde zu fallen. Und in des Herrgotts Hand. Und mich gegen den Schmerz und die Wehmut wehren, die mich manchmal anfallen wollen. Wenn der Herrgott diesen Weg will – und alles Sichtbare deutet darauf hin – dann muss ich ihn freiwillig und ohne Erbitterung gehen. Es sollen einmal andere besser und glücklicher leben dürfen, weil wir gestorben sind.

Ich bitte auch die Freunde, nicht zu trauern, sondern für mich

zu beten und mir zu helfen, solange ich der Hilfe bedarf. Und sich nachher darauf zu verlassen, dass ich geopfert wurde, nicht erschlagen ... Ehrlich und gerade: ich würde gerne noch weiterleben und gern und jetzt erst recht weiter schaffen und viele neue Worte und Werte verkünden, die ich jetzt erst entdeckt habe. Es ist anders gekommen. Gott halte mich in der Kraft, ihm und seiner Fügung und Zulassung gewachsen zu sein.

Es bleibt mir noch, vielen Menschen für ihre Treue und Güte und Liebe zu danken. Dem Orden und den Mitbrüdern, die mir einen schönen und echten geistigen Lebensraum schenkten. Und den vielen echten Menschen, denen ich begegnen durfte. Wer gemeint ist, weiss es schon. Ach, Freunde, dass die Stunde nicht mehr schlug und der Tag nicht mehr anfang, da wir uns offen und frei gesellen durften zu dem Wort und Werk, dem wir innerlich entgegenwachsen. Bleibt dem stillen Befehl treu, der uns innerlich immer wieder rief. Behaltet dieses Volk lieb, das in seiner Seele so verlassen und so verraten und so hilflos geworden ist. Und im Grunde so einsam und ratlos, trotz all der marschierenden und deklamierenden Sicherheit. Wenn durch einen Menschen ein wenig mehr Liebe und Güte, ein wenig mehr Licht und Wahrheit in der Welt war, hat sein Leben einen Sinn gehabt.

Und auch die will ich nicht vergessen, denen ich Schuldner bleiben muss. Ich bin vielen vieles schuldig geblieben. Denen ich wehe getan, sie mögen mir verzeihen. Ich habe gebüsst. Zu denen ich unwahr und unecht war, sie mögen mir verzeihen. Ich habe gebüsst. Zu denen ich anmassend und stolz und lieblos war, sie mögen mir verzeihen. Ich habe gebüsst. O ja, in den Kellerstunden, in den Stunden der gefesselten Hände des Körpers und des Geistes, da ist vieles zerbrochen. Da ist vieles ausgebrannt, was nicht würdig und wertig genug war.

So lebt denn wohl! Mein Verbrechen war, dass ich an Deutschland glaubte, auch über eine mögliche Not- und Nachtstunde hinaus. Dass ich an jene simple und anmassende Drei-Einigkeit des Stolzes und der Gewalt nicht glaubte. Und dass ich dies tat als katholischer Christ und als Jesuit. Das sind die Werte, für die ich hier stehe am äussersten Rande und auf den warten muss, der mich hinunterstösst: Deutschland über das Heute hinaus als immer neu sich gestaltende Wirklichkeit – Christentum und Kirche als die geheime Sehnsucht und die stärkende Kraft dieses Landes und Volkes – der Orden als die Heimat geprägter Männer, die man hasst, weil man sie nicht versteht und kennt in ihrer freien Gebundenheit oder weil man sie fürchtet als Vorwurf und Frage in der eigenen anmassenden, pathetischen Unfreiheit.

Und so will ich zum Schluss tun, was ich so oft tat mit meinen gefesselten Händen und was ich tun werde, immer lieber und mehr,

solange ich atmen darf: segnen. Segnen Land und Volk, segnen dieses liebe deutsche Reich in seiner Not und inneren Qual; segnen die Kirche, dass die Quellen in ihr wieder reiner und heller fließen; segnen den Orden, dass er echt und geprägt und frei sich selbst treu bleibt durch die selbstlose Treue an alles Echte und an alle Sendung; segnen die Menschen, die mir geglaubt und vertraut haben; segnen die Menschen, denen ich Unrecht tat; segnen alle, die mir gut waren, oft zu gut . . .

Ich aber will hier ehrlich warten auf des Herrgotts Fügung und Führung. Ich werde auf ihn vertrauen, bis ich abgeholt werde. Und ich werde mich mühen, dass mich auch diese Lösung und Losung nicht klein und verzagt findet.

### **Letzter Brief an die Mitbrüder**

Liebe Mitbrüder, nun muss ich doch den andern Weg nehmen. Das Todesurteil ist beantragt, die Atmosphäre ist so voll Hass und Feindseligkeit, dass heute mit seiner Verkündung und Vollstreckung zu rechnen ist.

Ich danke der Gesellschaft und den Mitbrüdern für alle Güte und Treue und Hilfe, auch und gerade in diesen schweren Wochen. Ich bitte um Verzeihung für vieles, was falsch und unrecht war, und ich bitte um etwas Hilfe und Sorge für meine alten kranken Eltern. Der eigentliche Grund der Verurteilung ist der, dass ich Jesuit bin und geblieben bin. Eine Beziehung zum 20.7. war nicht nachzuweisen. Auch die Stauffenberg-Belastung ist nicht aufrechterhalten worden. Andere Strafanträge, die wirkliche Kenntnis des 20.7. betrafen, waren viel milder und sachlicher. Die Atmosphäre war so voll Hass und Feindseligkeit. Grundthese: ein Jesuit ist à priori der Feind und Widersacher des Reiches. Auch Moltke wurde sehr hässlich behandelt, weil er uns, besonders Rösch, kannte. So ist das Ganze von der einen Seite eine Komödie gewesen, auf der anderen aber doch ein Thema geworden. Das war kein Gericht, sondern eine Funktion des Vernichtungswillens.

Behüt Sie alle der Herrgott. Ich bitte um Ihr Gebet. Und ich werde mir Mühe geben, von drüben aus das nachzuholen, was ich hier schuldig geblieben bin.

Gegen Mittag werde ich noch zelebrieren und dann in Gottes Namen den Weg seiner Fügung und Führung gehen.

Ihnen Gottes Segen und Schutz!

Ihr dankbarer Alfred Delp S.J.

(P. Alfred Delp S.J.: Im Angesicht des Todes, Frankfurt a. M. 1947. S. 13 ff., 173 ff.)

### c) *Helmuth Graf v. Moltkes letzter Brief an seine Frau*

Helmuth James Graf v. Moltke wurde am 11. März 1907 zu Kreisau in Schlesien als der älteste Sohn eines Grossneffen des Feldmarschalls und einer südafrikanischen Mutter geboren. Er wurde Jurist und widmete sich ausserdem der Bewirtschaftung seines Gutes Kreisau. Wie kein anderer vertrat er gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern das «andere Deutschland». Zu dem «Kreisauer Kreis», der sich um ihn sammelte, gehörten viele von den hervorragendsten Vertretern des Widerstands aus allen Lagern. Als Christ wie auch als Staatsmann missbilligte Moltke das Attentat. Er wollte das Wiedererstehen Deutschlands nach der von ihm als unabwendbar vorausgesehenen Katastrophe vorbereiten. Weil er einen Freund vor dessen bevorstehender Verhaftung gewarnt hatte, wurde er im Januar 1944 verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn im Januar 1945 zum Tode, und am 23. Januar 1945 wurde das Urteil in Plötzensee vollstreckt.

### 11. Januar 1945

...Ich denke mit ungetrübter Freude an Dich und die Söhnchen, an Kreisau und alle die Menschen da; der Abschied fällt mir im Augenblick gar nicht schwer. Vielleicht kommt das noch. Aber im Augenblick ist es mir keine Mühe. Mir ist ganz und gar nicht nach Abschied zumute. Woher das kommt, weiss ich nicht. Aber es ist nicht ein Anflug von dem, was mich nach Deinem ersten Besuch im Oktober, nein, November war es wohl, so stark überfiel. Jetzt sagt mein Inneres: a) Gott kann mich heute genauso dahin zurückführen wie gestern, und b) wenn er mich zu sich ruft, so nehme ich es mit. Ich habe gar nicht das Gefühl, was mich manchmal überkam: ach, nur noch einmal möchte ich das alles sehen. Dabei fühle ich mich gar nicht «jenseitig». Du siehst ja, dass ich mich lieb mit Dir unterhalte, statt mich dem lieben Gott zuzuwenden. In einem Liede – 208,4 – heisst es: «Denn der ist zum Sterben fertig, der sich lebend zu Dir hält.» Genau so fühle ich mich. Ich muss, da ich heute lebe, mich eben lebend zu ihm halten; mehr will er gar nicht. Ist das pharisäisch? Ich weiss es nicht. Ich glaube aber zu wissen, dass ich nun in seiner Gnade und Vergebung lebe und nichts von mir habe oder von mir vermag.

Ich schwätze, mein Herz, wie es mir in den Sinn kommt; darum kommt jetzt etwas ganz anderes. Das Dramatische an der Verhandlung war letzten Endes Folgendes: in der Verhandlung erwiesen sich alle konkreten Vorwürfe als unhaltbar, und sie wurden auch fallengelassen. Nichts davon blieb. Sondern das, wovor das Dritte Reich solche Angst hat, dass es fünf, nachher werden es sieben Leute werden, zu Tode bringen muss, ist letzten Endes nur Folgendes: ein

Privatmann, nämlich Dein Mann, von dem feststeht, dass er mit zwei Geistlichen beider Konfessionen, mit einem Jesuitenprovinzial und mit einigen Bischöfen, ohne die Absicht, irgend etwas Konkretes zu tun, und das ist festgestellt, Dinge besprochen hat, «die zur ausschliesslichen Zuständigkeit des Führers gehören». Besprochen war: nicht etwa Organisationsfragen, nicht etwa Reichsaufbau – das alles ist im Laufe der Verhandlung weggefallen, und Schulze \* hat es in seinem Plädoyer auch ausdrücklich gesagt («unterscheidet sich völlig von allen sonstigen Fällen, da in der Erörterung von keiner Gewalt und keiner Organisation die Rede war»), sondern besprochen wurden Fragen der praktisch-ethischen Forderungen des Christentums. Nichts weiter; dafür allein werden wir verurteilt. Freisler sagte zu mir in einer seiner Tiraden: «Nur in einem sind das Christentum und wir gleich: wir fordern den ganzen Menschen!» Ich weiss nicht, ob die Umsitzenden das alles mitbekommen haben, denn es war eine Art Dialog – ein geistiger zwischen F. und mir, denn Worte konnte ich nicht viele machen, bei dem wir uns durch und durch erkannten. Von der ganzen Bande hat nur Freisler mich erkannt, und von der ganzen Bande ist er auch der einzige, der weiss, weswegen er mich umbringen muss. Da war nichts von «komplizierter Mensch» oder «komplizierte Gedanken» oder «Ideologie», sondern: «Das Feigenblatt ist ab». Aber nur für Herrn Freisler. Wir haben sozusagen im luftleeren Raum miteinander gesprochen. Er hat bei mir keinen einzigen Witz auf meine Kosten gemacht, wie noch bei Delp und bei Eugen<sup>2</sup>. Nein, hier war es blutiger Ernst: «Von wem haben Sie Ihre Befehle? Vom Jenseits oder von Adolf Hitler?» «Wem gilt Ihre Treue und Ihr Glaube?» Alles rhetorische Fragen natürlich. – Freisler ist jedenfalls der erste Nationalsozialist, der begriffen hat, wer ich bin, und der gute Müller<sup>3</sup> ist demgegenüber ein Simpel.

Mein Herz, eben kommt Dein sehr lieber Brief. Der erste Brief, mein Herz, in dem Du meine Stimmung und meine Lage nicht begriffen hast. Nein, ich beschäftige mich gar nicht mit dem lieben Gott oder meinem Tod. Er hat die unaussprechliche Gnade, zu mir zu kommen und sich mit mir zu beschäftigen. Ist das hoffärtig? Vielleicht. Aber er wird mir noch so vieles vergeben heute Abend, dass ich ihn schliesslich um diese letzte Hoffart auch noch um Vergebung bitten darf. Aber ich hoffe ja, dass es nicht hoffärtig ist, denn ich rühme den köstlichen Schatz, der sich dieses irdenen Gefässes, dieser ganz unwürdigen Behausung bedient hat. Nein, mein Herz, ich lese genau die Stellen der Bibel, die ich heute auch gelesen hätte, wenn keine

<sup>1</sup> Staatsanwalt beim Volksgerichtshof.

<sup>2</sup> Pater Delp und Dr. Eugen Gerstenmaier, die beide dem «Kreissauer Kreis» angehörten und mit Graf Moltke vor Gericht standen.

<sup>3</sup> Chef des Reichssicherheitshauptamtes.



Verhandlung gewesen wäre, nämlich Josua 19-21, Hiob 10-12, Hesekeil 34-36, Markus 13-15 und unseren zweiten Korintherbrief zu Ende, ausserdem die kleinen Stellen, die ich auf den Zettel für Dich geschrieben habe. Bisher habe ich nur den Josua und unsere Korintherbriefstelle gelesen, die mit dem schönen, so vertrauten, von Kind auf gehörten Satz schliesst: «Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit Euch allen. Amen.» Ich habe das Gefühl, mein Herz, als wäre ich autorisiert, Dir und den Söhnchen das mit absoluter Autorität zu sagen. Darf ich da nicht den 118. Psalm, der heute Morgen dran war, mit vollem Recht lesen? Eugen hat ihn sich zwar für eine andere Lage gedacht, aber er ist viel wahrer geworden, als wir es je für möglich hielten.

Mein Herz, darum bekommst Du auch Deinen Brief trotz Deiner Bitte zurück. Ich trage Dich mit hinüber und brauche dafür kein Zeichen, kein Symbol, nichts. Es ist nicht einmal so, dass mir verheissen wäre, ich würde Dich nicht verlieren; nein, es ist viel mehr: ich weiss es.

Eine grosse Pause, während der Buchholz<sup>4</sup> da war und ich rasiert wurde, ausserdem habe ich Kaffee getrunken, Kuchen und Brötchen<sup>5</sup> gegessen. Nun schwätze ich weiter. Der entscheidende Satz jener Verhandlung war: «Herr Graf, eines haben das Christentum und wir Nationalsozialisten gemeinsam, und nur dies eine: wir verlangen den ganzen Menschen.» Ob er sich klar war, was er damit gesagt hat? Denk mal, wie wunderbar Gott dies sein unwürdiges Gefäss bereitet hat: in dem Augenblick, in dem die Gefahr bestand, dass ich in aktive Putschvorbereitungen hineingezogen wurde – Stauffenberg kam am Abend des 19. Januar 1944 zu Peter –, wurde ich rausgenommen, damit ich frei von jedem Zusammenhang mit der Gewaltanwendung bin und bleibe. – Dann hat er in mich jenen sozialistischen Zug gepflanzt, der mich als Grossgrundbesitzer von allem Verdacht einer Interessenvertretung befreit. – Dann hat er mich so gedemütigt, wie ich noch nie gedemütigt worden bin, so dass ich allen Stolz verlieren muss, so dass ich meine Sündhaftigkeit endlich nach 38 Jahren verstehe, so dass ich um seine Vergebung bitten, mich seiner Gnade anvertrauen lerne. – Dann lässt er mich hierhin kommen, damit ich Dich gefestigt sehe und frei von Gedanken an Dich und die Söhnchen werde, d.h. von sorgenden Gedanken; er gibt mir die Zeit und Gelegenheit, alles zu ordnen, was geordnet werden kann, so dass alle irdischen Gedanken abfallen können. – Dann lässt er mich in unerhörter Tiefe den Abschiedsschmerz und die Todesfurcht und die Höllenangst erleben, damit audr das vorüber

<sup>4</sup> Der katholische Gefängnisgeistliche.

<sup>5</sup> Ins Gefängnis eingeschmuggelt.

ist. – Dann stattet er mich mit Glaube, Hoffnung und Liebe aus, mit einem Reichtum an diesen Dingen, der wahrlich überschwänglich ist. – Dann lässt er mich mit Eugen und Delp sprechen und klären. – Dann lässt er Rösch und König entlaufen, so dass es zu einem Jesuitenprozess nicht reicht und im letzten Augenblick Delp an uns angehängt wird. – Dann lässt er Haubach und Steltzer, deren Fälle fremde Materie hereingebracht hätten, abtrennen und stellt schliesslich praktisch Eugen, Delp und mich allein zusammen, und dann gibt er Eugen und Delp durch die Hoffnung, die menschliche Hoffnung, die sie haben, jene Schwäche, die dazu führt, dass ihre Fälle nur sekundär sind, und dass dadurch das Konfessionelle weggenommen wird, und dann wird Dein Mann ausersehen, als Protestant vor allem wegen seiner Freundschaft mit Katholiken attackiert und verurteilt zu werden, und dadurch steht er vor Freisler nicht als Protestant, nicht als Grossgrundbesitzer, nicht als Adelige, nicht als Preusse, nicht als Deutscher – das alles ist ausdrücklich in der Hauptverhandlung ausgeschlossen, so z.B. Sperr<sup>6</sup>: «Ich dachte, was für ein erstaunlicher Preusse» –, sondern als Christ und als gar nichts anderes. «Das Feigenblatt ist ab», sagt Herr Freisler. Ja, jede andere Kategorie ist abgestrichen – «ein Mann, der von seinen Standesgenossen natürlich abgelehnt werden muss», sagt Schulze. Zu welcher einer gewaltigen Aufgabe ist Dein Mann ausersehen gewesen: all die viele Arbeit, die der Herrgott mit ihm gehabt hat, die unendlichen Umwege, die verschrobenen Zickzackkurven, die finden plötzlich in einer Stunde am 10. Januar 1945 ihre Erklärung. Alles bekommt nachträglich einen Sinn, der verborgen war. Mami und Papi, die Geschwister, die Söhnchen, Kreisau und seine Nöte, die Arbeitslager und das Nichtflaggen und nicht der Partei oder ihren Gliederungen angehören, Curtis und die englischen Reisen, Adam und Peter und Carlo<sup>7</sup>, das alles ist endlich verständlich geworden durch eine einzige Stunde. Für diese eine Stunde hat der Herr sich all diese Mühe gegeben.

Und nun, mein Herz, komme ich zu Dir. Ich habe Dich nirgends aufgezählt, weil Du, mein Herz, an einer ganz anderen Stelle stehst als alle die anderen. Du bist nämlich nicht ein Mittel Gottes, um mich zu dem zu machen, der ich bin, Du bist vielmehr ich selbst. Du bist mein 13. Kapitel des ersten Korintherbriefes. Ohne dieses Kapitel ist kein Mensch ein Mensch. Ohne Dich hätte ich mir Liebe schenken lassen, ich habe sie z.B. von Mami angenommen, dankbar, glücklich, dankbar wie man ist für die Sonne, die einen wärmt. Aber ohne Dich, mein Herz, hätte ich «der Liebe nicht». Ich sage gar nicht, dass ich Dich liebe; das ist gar nicht richtig. Du bist vielmehr

<sup>6</sup> Der Leiter des Kreisauer Kreises in Bayern.

<sup>7</sup> Mierendorff.

jener feil von mir, der mir alleine eben fehlen würde. Es ist gut, dass mir das fehlt; denn hätte ich das, so wie Du es hast, diese grösste aller Gaben, so hätte ich dem Leiden, das ich ja sehen musste, nicht so zuschauen können und vieles andere. Nur wir zusammen sind ein Mensch. Wir sind, was ich vor einigen Tagen symbolisch schrieb, Schöpfungsgedanke. Das ist wahr, buchstäblich wahr. Darum, mein Herz, bin ich auch gewiss, dass Du mich auf dieser Erde nicht verlieren wirst, keinen Augenblick. Und diese Tatsache, die haben wir schliesslich auch noch durch unser gemeinsames Abendmahl, das nun mein letztes war, symbolisieren dürfen.

Ich habe ein wenig geweint, eben, nicht traurig, nicht wehmütig, nicht, weil ich zurück möchte, nein, sondern vor Dankbarkeit und Erschütterung über diese Dokumentation Gottes. Uns ist es nicht gegeben, ihn von Angesicht zu Angesicht zu sehen, aber wir müssen sehr erschüttert sein, wenn wir plötzlich erkennen, dass er ein ganzes Leben hindurch am Tage als Wolke und bei Nacht als Feuersäule vor uns hergezogen ist, und dass er uns erlaubt, das plötzlich in einem Augenblick zu sehen. Nun kann nichts mehr geschehen ...

Ich höre auf, denn es ist nichts weiter zu sagen. Ich habe auch niemanden genannt, den Du grüssen und umarmen sollst. Du weisst selbst, wem meine Aufträge für Dich gelten. Alle unsere Sprüche sind in meinem Herzen und in Deinem Herzen. Ich aber sage Dir zum Schluss, kraft des Schatzes, der aus mir gesprochen hat, und der dieses bescheidene irdene Gefäss erfüllt:

Die Gnade unseres Herren Jesu Christi und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit Euch allen. Amen. (Aus Helmuth J. Graf v. Moltke, 1907-1945. Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel. Karl H. Henssel Verlag, Berlin 1951, S. 48 ff.)

#### *d) Max Ulrich Graf v. Drechsel, Abschiedsbrief an seine Eltern*

Hauptmann Graf v. Drechsel wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli verhaftet, nach dreiwöchiger Haft am 4. September 1944 vom Volksgerichtshof unter Freisler zum Tode verurteilt und am selben Tag hingerichtet. In der kurzen Spanne zwischen Urteilsspruch und Henkersbeil richtet der Dreiunddreissigjährige diese frohgemuten Worte des Scheidens nach Hause:

«Liebe Eltern! Das Urteil ist gesprochen, nur kurze Zeit trennt mich noch von der Vollstreckung. Seid nicht traurig, wenn Ihr an mich denkt, sondern fröhlich! Fröhlich sollt Ihr mit den Menschen und mit meinen Freunden über mich sprechen, dann werde auch ich gerne (geistig) bei Euch weilen, der ich im Leben stets froh war. Ach, ich vergesse schon auf alles Irdische und sehe schon Gott vor mir, wie er liebevoll die Arme ausbreitet, um mich aufzunehmen. Er hat mir die Gnade der vollkommenen Reue gegeben. Voll Vertrauen

zu ihm, dem allgütigen Richter, trete ich nun den Weg an. Möge er Euch allezeit beschirmen und Euch Euer wahrhaft christliches Leben, mit dem Ihr Euern Kindern das Wichtigste und Schönste fürs Leben als Vorbilder vorgelebt habt, auf Erden und im Himmel vergelten! Es sei Euch ein friedlicher Lebensabend beschieden, ein gutes Sterben und dann die ewige Glückseligkeit! Dort werden wir uns nach Gottes heiligem Willen wiedersehen. Nun betet für meine arme Seele! Verzeiht mir den Kummer und die vielen Sorgen, die ich Euch bereitet habe! Grüsset nochmals alles, die heissgeliebte Heimat! Seid selbst innig umarmt von Eurem stets dankbarsten Sohn Maxi.»

(Aus: Konrad Hofmann, Schlaglichter. Heft 8 der Katholischen Reihe «Das christliche Deutschland». Verlag Herder, Freiburg 1947, S. 93)

*e) Nikolaus Gross, Abschiedsbrief an seine Familie, geschrieben zwei Tage vor seinem Tode (23. Januar 1945).*

Nikolaus Gross, am 30. September 1898 in Niederwenigem an der Ruhr geboren, entstammt einer Arbeiterfamilie. Als junger Bergmann erweiterte er sein Wissen durch Lektüre und den Besuch von Abendschulen. Er schloss sich der christlichen Bergarbeiterbewegung an, gründete und leitete Jugendgruppen, wurde Gewerkschaftssekretär und schliesslich Redakteur an der «Westdeutschen Arbeiterzeitung» und «Ketteler-Wacht». Sein katholischer Glaube und seine politischen Überzeugungen machten ihn zum Gegner des Nationalsozialismus. Er beteiligte sich an den Vorbereitungen zu dem Umsturzversuch des 20. Juli. Verhaftet und nach qualvoller Folterung vor Gericht gestellt, wurde er zum Tode verurteilt und am 23. Januar 1945 in Tegel hingerichtet.

Herzallerliebste Mutter!

Ihr lieben guten Kinder alle!

Es ist St.-Agnes-Tag, an dem ich diesen Brief schreibe, der, wenn er in Eure Hände kommt, zusammen mit einem anderen Brief, den ich im November schrieb, Euch künden wird, dass der Herr mich gerufen hat. Vor mir stehen Eure Bilder und ich schaue jedem lange in das vertraute Angesicht. Wieviel hatte ich noch für Euch tun wollen – der Herr hat es anders gefügt. Der Name des Herrn sei gepriesen. Sein Wille soll an uns geschehen. Fürchtet nicht, dass angesichts des Todes grosser Sturm und Unruhe in mir sei. Ich habe täglich gebeten, dass der Herr mich und Euch stark mache, alles geduldig und ergeben auf uns zu nehmen, was er für uns bestimmt oder zugelassen. Und ich spüre, wie es durch das Gebet still und ruhig geworden ist.

Mit inniger Liebe und tiefer Dankbarkeit denke ich an Euch

zurück. Wie gut ist doch Gott und wie reich hat er mein Leben gemacht. Er gab mir seine Liebe und Gnade, und er gab mir eine herzensliebe Frau und gute Kinder. Bin ich ihm und Euch dafür nicht lebenslänglichen Dank schuldig? Habt Dank, Ihr Lieben, für alles, was Ihr mir erwiesen. Und verzeiht mir, wenn ich Euch wehtat oder meine Pflicht und Aufgaben an Euch schlecht erfüllte. Besonders Dir, liebe Mutter, muss ich noch danken. Als wir uns vor einigen Tagen für dieses Leben verabschiedeten, da habe ich, in die Zelle zurückgekehrt, Gott aus tiefem Herzen gedankt für Deinen christlichen Starkmut. Ja Mutter, durch Deinen tapferen Abschied hast Du ein helles Licht auf meine letzten Lebenstage gegossen. Schöner und glücklicher konnte der Abschluss unserer innigen Liebe nicht sein, als er durch Dein starkmütiges Verhalten geworden ist. Ich weiss es: Es hat Dir und mir grosse Kraft gekostet, aber dass uns der Herr diese Kraft geschenkt, dessen wollen wir dankbar eingedenk sein. Manchmal habe ich mir in den langen Monaten meiner Haft Gedanken darüber gemacht, was wohl einmal aus Euch werden möge, wenn ich nicht mehr bei Euch sein könnte. Längst habe ich eingesehen, dass Euer Schicksal gar nicht von mir abhängt. Wenn Gott es so will, dass ich nicht mehr bei Euch sein soll, dann hat er auch für Euch eine Hilfe bereit, die ohne mich wirkt. Gott verlässt keinen, der ihm treu ist, und er wird auch Euch nicht verlassen, wenn Ihr Euch an ihn haltet.

Habt keine Trauer um mich – ich hoffe, dass mich der Herr annimmt. Hat er nicht alles wunderbar gefügt? Er liess mich in einem Hause, in dem ich auch in der Gefangenschaft manche Liebe und menschliches Mitgefühl empfang. Er gab mir über fünf Monate Zeit – wahrscheinlich eine Gnadenzeit – mich auf die Heimholung vorzubereiten. Ja er tat viel mehr: Er kam zu mir im Sakrament, oftmals, um bei mir zu sein in allen Stürmen und Nöten, besonders in der letzten Stunde.

Alles das hätte ja auch anders sein können. Es war nur ein kleines dazu nötig, ich brauchte, wie viele andere nach dem Angriff vom 6. Oktober, nur in ein anderes Haus verlegt werden, und ich hätte vieles und Entscheidendes nicht empfangen. Muss ich nicht Gottes weise und gütige Fügung preisen und ihm Dank sagen für seine Güte und väterliche Obhut? Sieh, liebe Mutter, so menschlich schwer und schmerzlich mein frühes Scheiden auch sein mag – Gott hat mir damit gewiss eine grosse Gnade erwiesen. Darum weinet nicht und habt auch keine Trauer. Betet für mich und danket Gott, der mich in Liebe gerufen und heimholt hat.

Ich habe für jeden von Euch einen Spruch oder ein Andachtsbildchen mit einem persönlichen letzten Wort versehen. Möge es jedem eine kleine Erinnerung sein mit der Bitte, mich im Gebet nicht zu vergessen. Eine grosse Freude war mir das Sterbekreuz und der

Rosenkranz, den Du, liebe Mutter, mir in die Zelle schicktest. Ich trage das Kreuz Tag und Nacht auf der Brust, und auch der Rosenkranz ist mein ständiger Begleiter. Ich werde Sorge tragen, dass beides in Deine Hände zurückkommt. Auch sie werden Dir Gegenstand lieber Erinnerung sein. Nun habe ich meine irdischen Angelegenheiten geordnet. Die Tage und die Stunden, die mir bleiben, will ich ganz dem Gebete hingeben. Gott möge sich meiner armen Seele erbarmen und Euch immerdar mit seinem Segen und seiner Gnade begleiten.

In der Liebe Christi, die uns erlöste und unsere Hoffnung ist, segne ich Euch: Dich, liebste Mutter, Dich Klaus, Dich Bemy, Dich Marianne und Dich Elisabeth, Dich Alexander, Dich Bernhard und Dich Leni. Ich grüsse noch einmal alle teuren Verwandten, meinen Vater und Schwiegervater, meine Geschwister, Schwäger und Schwägerinnen mit ihren Kindern, alle Verwandten, Freunde und Wohltäter.

Gott vergelte Euch, was Ihr mir Liebes und Gutes getan habt. Im Vertrauen auf seine Gnade und Güte hofft auf ein ewiges Wiedersehen in seinem Reich des Friedens.

Euer Vater

(Gollwitzer – Kuhn – Schneider: Du hast mich heimgesucht bei Nacht, München 1955, S. 267 ff.)

### *f) Peter Graf Yorck v. Wartenburg*

Geboren am 13. November 1904 in Klein-Oels/Schlesien, hingerichtet am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee.

#### **Aus dem Abschiedsbrief an die Mutter**

Am Ende eines an Liebe und Freundschaft überreich gesegneten Lebens habe ich nur Dank gegen Gott und Demut unter Seinen Willen. Dass ich Dir diesen Kummer bereite, ist mir ein sehr grosser Schmerz nach alledem, was Du an Traurigem erleben musstest. Ich bitte Dich, mir das von ganzem Herzen zu vergeben. Ich habe über zwei Wochen Zeit gehabt, mich und mein Handeln vor Gott zu stellen, und bin überzeugt, in ihm einen gnädigen Richter zu finden. Das Ausmass an innerer Not, das Menschen wie ich in den letzten Jahren zu durchleben hatten, ist gewiss nicht von denen zu verstehen, die ganz von ihrem Glauben beseelt sind, den ich nun einmal nicht teile. Dir darf ich versichern, dass kein ehrgeiziger Gedanke, keine Lust nach Macht mein Handeln bestimmte. Es waren lediglich meine vaterländischen Gefühle, die Sorge um mein Deutschland, wie es in den letzten zwei Jahrtausenden gewachsen ist, das Bemühen um seine innere und äussere Entwicklung, die mein Handeln bestimmten. Deshalb stehe ich auch aufrecht vor meinen Vorfahren,

dem Vater und den Brüdern. Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird. Dass die wunderbare Berufung ein Anlass sein möge, Gott die Ehre zu geben, ist mein heisses Gebet.

### An seine Frau

.. . Wir stehen wohl am Ende unseres schönen, reichen, gemeinsamen Lebens. Denn morgen will der Volksgerichtshof über mich und die anderen zu Gericht sitzen. Ich höre, das Heer hat uns ausgestossen; das Kleid kann man uns nehmen, aber nicht den Geist, in dem wir handelten. Und in ihm fühle ich mich den Vätern und Brüdern und auch den Kameraden verbunden. Dass Gott es so geführt hat, wie es gekommen ist, gehört zu der Unerforschlichkeit Seiner Ratschlüsse, die ich demutsvoll annehme. Ich glaubte mich durch das Gefühl der alle niederbeugenden Schuld getrieben und reinen Herzens. Ich hoffe deshalb auch zuversichtlich, in Gott einen gnädigen Richter zu finden ... Als wir vom letzten Abendmahl hinweggingen, da fühlte ich eine fast unheimliche Erhabenheit, ich möchte es eigentlich Christusnähe nennen. Rückblickend scheint sie mir als ein Ruf.

... Mein Tod, er wird hoffentlich angenommen als Sühne aller meiner Sünden und als Sühnopfer für das, was wir alle gemeinschaftlich tragen. Die Gottesferne unserer Zeit möge auch zu einem Quentchen durch ihn verringert werden. Auch für meinen Teil sterbe ich den Tod fürs Vaterland. Wenn der Anschein auch sehr rühmlos, ja schmachvoll ist – ich gehe aufrecht und ungebeugt diesen letzten Gang, und ich hoffe nur, dass Du darin nicht Hochmut und Verblendung siehst. – Des Lebens Fackel wollen wir entzünden, ein Flammenmeer umgibt uns, welch ein Feuer!

(Helmut Gollwitzer – Käthe Kuhn – Reinhold Schneider: Du hast mich heimgesucht bei Nacht, München 1955, S. 217 ff.)

## VI

# WIDERSTANDSRECHT UND WIDERSTANDS PFLICHT

## 1. Rechtsgutachten über das militärische Widerstandsrecht

*von Hermann Weinkauff, ehem. Präsident des Bundesgerichtshofes*

### I. Die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung nach dem zurzeit ihrer Begehung geltenden positiven Strafrecht

Prüft man die Widerstandsakte der militärischen Opposition für die Zeit von 1933 bis Mitte 1940 anhand des damals geltenden positiven Strafrechts nach, so kommt man zu folgenden Ergebnissen, die übrigens in allem Grundsätzlichen auch für den späteren Zeitraum bis zum 20. Juli 1944 in gleicher Weise gelten:

Eine Straftat ist nur vorhanden, wenn der Täter tatbestandsmässig, rechtswidrig und schuldhaft handelt, d. h., wenn er den in einer Strafvorschrift des Gesetzes beschriebenen Tatbestand verwirklicht, wenn dieses Handeln gegen die Rechtsordnung verstösst und wenn ihm dieses tatbestandsmässige, rechtswidrige Tun rechtlich zur Schuld, zum Vorwurf angerechnet werden kann.

1. Dem äusseren Tatbestände nach haben die Männer der militärischen Widerstandsbewegung verschiedene gegen Hochverrat, Landesverrat und Kriegsverrat gerichtete Vorschriften des damaligen Strafgesetzbuches verletzt.

Soweit sie sich mit dem Ziele zusammengeschlossen hatten, Hitler und seine Werkzeuge gewaltsam aus der Macht zu setzen, soweit sie dies organisatorisch vorbereitet hatten, soweit sie insbesondere im September 1938 militärische Vorbereitungen zur Besetzung der Reichskanzlei und der Parteiämter und zur Festsetzung Hitlers getroffen hatten, soweit sie nach Ausbruch des Krieges über die Römischen Gespräche Verbindung mit England angeknüpft hatten, um den im Innern geplanten Umsturz gegen Störungen von aussen zu sichern, und soweit sie danach strebten, Hitler bei einem Frontbesuch festnehmen zu lassen, haben sie äusserlich gegen den § 82 Abs. 1 und 2 und gegen den § 83 Abs. 2 StGB in Verbindung mit den §§ 80 und 81 StGB verstossen,

a) indem sie sich miteinander verabredeten, den gewohnheitsrechtlich geworden nationalsozialistischen Verfassungsstand gewaltsam zu ändern und Hitler und seine Regierung mit Gewalt zu nötigen oder



zu hindern, ihre Befugnisse überhaupt oder in einem bestimmten Sinn auszuüben,

**b)** indem sie weiter zur Vorbereitung dieses Unternehmens zu einer ausländischen Macht in Beziehung traten, und

**c)** indem sie endlich auch durch sonstige Mittel den gewaltsamen Umsturz vorbereiteten.

Soweit sie vor Ausbruch des Krieges die englische Regierung zweimal vor den Kriegsvorbereitungen Hitlers warnen liessen, die nach ihrer inzwischen durch den Gang der Geschichte bestätigten Auffassung zum Weltkrieg und damit zum Untergang Deutschlands führen mussten, soweit sie nach Kriegsausbruch über die Römischen Gespräche mit der englischen Regierung in Verbindung traten, um Einverständnis über folgende Punkte herzustellen: Beseitigung der Hitler-Regierung, Nichtangriff im Westen, rascher Friedensschluss, Bestand des Reiches in den Grenzen von 1937, Volksabstimmung in Österreich, und soweit einer aus diesem Kreis nach Kriegsausbruch der Gegenseite Nachrichten über die gegen Belgien und Holland geplanten Kriegsmassnahmen und über den schliesslichen Angriffs-termin zukommen liess, um das nationalsozialistische Regime sicherer zu stürzen und einen frühen Ausgleichsfrieden zu erzwingen, können sie ganz oder teilweise, äusserlich verstossen haben gegen die §§ 89, 90, 91, 91b, 92 StGB und gegen § 57 MilStGB,

**a)** indem sie es unternahmen, Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung, erforderlich war, mit dem Vorsatz, das Wohl des Reiches zu gefährden, an einen anderen, insbesondere an eine ausländische Regierung oder an jemanden, der für eine ausländische Regierung tätig war, gelangen zu lassen,

**b)** indem sie sich Staatsgeheimnisse zu diesem Zwecke verschafften,

**c)** indem sie mit dem Vorsatze, schwere Nachteile für das Reich herbeizuführen, zu einer ausländischen Regierung oder zu jemandem, der für eine solche tätig war, in Beziehung traten,

**d)** indem sie es im Inlande oder als Deutsche im Auslande unternahmen, während eines Krieges das Reich oder in Beziehung auf einen drohenden Krieg der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzufügen, und

**e)** indem sie sich miteinander zu solchen Handlungen verabredeten oder sie im Felde begingen.

Für einen Teil dieser Straftatbestände ist es zweifelhaft und streitig, ob sie auch nur dem äusseren Tatbestände nach durch die Widerstandsakte der militärischen Widerstandsbewegung erfüllt wurden; nämlich für alle diejenigen Tatbestände, die fordern, dass die Tat mit dem Vorsatze begangen werde, «das Wohl des Reiches zu gefährden», oder «schwere Nachteile für das Reich herbeizuführen», oder «der Kriegsmacht des Reiches einen Nachteil zuzu-

fügen», oder die als Staatsgeheimnisse nur solche Nachrichten bezeichnen, deren «Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches, insbesondere im Interesse der Landesverteidigung erforderlich war». Es handelt sich hier um den überwiegenden Teil der landesverräterischen Tatbestände, während die hochverräterischen Tatbestände solche tatbestandsmässigen Einschränkungen nicht kennen, aber auch der landesverräterische Tatbestand des § 91 StGB eine solche Einschränkung insoweit nicht kennt, als er schlechthin Deutsche bestraft, die «während eines Krieges gegen das Reich der feindlichen Macht Vorschub leisten». Ebenso kennen die von der Widerstandsbewegung später vorbereiteten, versuchten oder vollendeten Tötungshandlungen solche tatbestandsmässigen Einschränkungen nicht.

Die Zweifel rühren daher, dass die Träger des militärischen Widerstandes zweifellos im Endergebnis das Wohl des Reiches nicht gefährden und dem Reich keinen Nachteil zufügen wollten, ja dass sie im Gegenteil über die Beseitigung des Regimes und einen frühen Ausgleichsfrieden hinweg dem Reich gerade unermessliche Nachteile ersparen und seinem wahren Wohle dienen wollten. Daraus würde sich dann weiter ergeben, dass gerade nicht die Geheimhaltung, sondern umgekehrt die Preisgabe gewisser an ausländische Stellen gegebener Nachrichten für das wahre Wohl des Reiches erforderlich war. Diese Rechtsmeinung kann sich auf ein Urteil des Reichsgerichts (RGSt 60, 422, 430 ff.) berufen, das die Teilnahme des späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert an einem Munitionsarbeiterstreik im 1. Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt des Landesverrats rechtlich zu prüfen hatte, eine Teilnahme, die erfolgt war, gerade um den Streik und seine ungünstigen Wirkungen auf die Kriegslage abzukürzen und ihm einen drohenden revolutionären Charakter zu nehmen. Hier wurde schon der äussere Tatbestand des Landesverrats mit Recht verneint, weil die Aktion darauf abzielte, über einen unvermeidlichen geringen Nachteil hinweg gerade einen jenen Nachteil weit überwiegenden Vorteil für die Kriegführung des Reiches herbeizuführen. Dieser Fall liegt aber anders als die Widerstandsakte der militärischen Hitler-Opposition im 2. Weltkrieg. Jene Aktion richtete sich nicht gegen das herrschende Regime und zielte im Ergebnis auf eine Stärkung der Wehrkraft des im Kriege befindlichen Reiches ab. Diese Widerstandsakte bezweckten den gewaltsamen Sturz des Regimes, und zwar zum Teil während des Krieges, und mussten dabei zunächst militärische Nachteile für die Kriegführung notwendig in Kauf nehmen.

Die Frage stellt sich also dahin: Können die positiven Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen Hochverrat und Landesverrat, was den äusseren Tatbestand angeht, so ausgelegt werden, dass sie den Umsturz des Regimes und die Beeinträchtigung seiner Machtstellung

nach aussen, insbesondere die Beeinträchtigung der Wehrkraft, die sie zu schützen bestimmt sind, dann erlauben wollen, wenn die Täter diesen Umsturz und diese Beeinträchtigung um ihrer politischen Fernziele willen, die sich für sie mit dem wahren Wohl des Reiches decken, vornehmen? Oder erschöpft sich der positiv-rechtliche Sinn der Strafbestimmungen gegen Hochverrat und Landesverrat darin, dass sie das herrschende Regime und die ihm dienende Wehrkraft gegen alle unmittelbaren Angriffe zu schützen haben und deswegen die rechtliche Möglichkeit nicht kennen und nicht anerkennen, dass der gewaltsame Sturz des Regimes und die Beeinträchtigung seiner Machtstellung nach aussen, insbesondere seiner Wehrkraft, dem wahren Wohl des Reiches dienen könnte? Man wird in Bezug auf den äusseren Tatbestand der Strafbestimmungen gegen Hochverrat und Landesverrat wohl die letzte Auslegung wählen müssen, wenn man den positiv-rechtlichen Sinn dieser Bestimmungen nicht unzulässig überfordern und umformen will. Bei dieser Auslegung tritt auch die entscheidende Rechtsfrage, um die es in Wirklichkeit geht, viel klarer und richtiger hervor. Die Frage, ob die Männer der Militäropposition dem Hitler-Regime zu Recht oder zu Unrecht Widerstand entgegengesetzten, kann nicht auf dem Umwege gelöst werden, dass man den äusseren Tatbestand der Strafbestimmungen gegen Hoch- und Landesverrat entgegen ihrem nächsten Sinne presst. Sie entscheidet sich vielmehr danach, ob dieser Widerstand, obwohl er den äusseren Tatbestand der Strafdrohungen gegen Hoch- und Landesverrat verletzte, nicht gleichwohl rechtmässig und schuldlos war.

Zuweilen wird die Rechtsmeinung vertreten, gewaltsamer Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime könne schon deswegen nicht gegen die Strafbestimmungen wider Hoch- und Landesverrat verstossen haben, und zwar noch nicht einmal dem äusseren Tatbestände nach, weil der nationalsozialistische Staat als «Unstaat» oder als «Unrechtsstaat» überhaupt keinen gültigen Strafrechtsschutz gegen Angriffe auf seinen inneren und äusseren Bestand hätte haben können, weil also die zu seinem Schutz erlassenen Strafvorschriften gegen Hoch- und Landesverrat schlechthin rechtsunwirksam gewesen seien. So wird die Frage jedoch rechtlich nicht richtig gestellt. Zwar hat sich der nationalsozialistische Staat während seines ganzen Bestehens ständig durch schwerstes, von ihm selbst gesetztes Unrecht und durch furchtbarste, von ihm selbst begangene Verbrechen befleckt. Trotzdem kann ihm der Staatscharakter nicht einfach abgesprochen werden. Denn er hielt eine bestimmte Ordnung des staatlichen und gesellschaftlichen Gefüges aufrecht, die sich sogar auf weiten, ihn politisch nicht besonders berührenden Gebieten noch im Rahmen des überkommenen Rechtes hielt, und diese seine Ordnung – soweit wird man gehen müssen – wurde von grossen Teilen, vermutlich sogar von dem überwiegenden Teil des Staats-

volkes, als rechtlich bindend hingenommen. Man würde ja auch ein von niemandem mehr zu beherrschendes, völlig unerträgliches rechtliches Chaos herbeiführen, wenn man dem nationalsozialistisch beherrschten Staat für die ganze Dauer seines Bestehens den Staatscharakter absprechen würde. Jeder Staat hat aber um der von ihm vollbrachten Ordnungsfunktion willen grundsätzlich das Recht, sich durch Strafdrohungen gegen gewaltsame Angriffe auf seinen inneren und äusseren Bestand zu schützen. Bei einem Staat vom Typus des nationalsozialistischen ist die rechtlich entscheidende Frage daher nicht die, ob er sich überhaupt durch Strafdrohungen gegen Hoch- und Landesverrat schützen darf, sondern die, ob sich Widerstandsakte, die sich gegen das von diesem Staat gesetzte grobe Unrecht wenden und dabei die Hoch- und Landesverratsbestimmungen äusserlich verletzen, insoweit nicht durch ein höheres, den Strafdrohungen vorausliegendes Recht zum Widerstand gerechtfertigt sind und deswegen nicht Hoch- und Landesverrat sein können.

2. Damit ist die entscheidende Frage gestellt, ob die Widerstandsakte der Militär-Opposition rechtswidrig oder rechtmässig waren. Es ist nicht so, dass die willentliche und wissentliche Verwirklichung eines im Strafgesetz nach seinen allgemeinen Merkmalen beschriebenen Tatbestandes für sich allein genommen schon immer notwendig eine rechtswidrige schuldhaft Straftat sein müsste. Ein solches Tun kann vielmehr durchaus – und das kommt nicht selten vor – durch besondere sogenannte Rechtfertigungsgründe gerechtfertigt und deswegen im Einklang mit der Rechtsordnung rechtmässig (und nicht etwa nur nicht strafbar) sein. Wenn ich etwa einen mich hart am Leben bedrohenden Angreifer niederschiesse, weil mir kein anderes Mittel bleibt, mich seiner zu erwehren, so habe ich keinen Totschlag begangen, obwohl ich den äusseren Tatbestand des Totschlags verwirklicht habe, sondern ich habe in berechtigter Notwehr rechtmässig gehandelt. Wenn ein Soldat im Kriege, und sei es aus dem Hinterhalt, einen Kriegsgegner tötet, so begeht er keinen Mord oder Totschlag, obwohl er vielleicht ihren äusseren Tatbestand verwirklicht; sein Handeln ist vielmehr als eine legale Kriegshandlung gerechtfertigt, also rechtmässig. Die durchaus entscheidende Frage ist daher die, ob die Widerstandsakte der Militär-Opposition, obwohl sie äusserlich gemeines Recht brachen, durch ein höheres Recht, etwa durch das Recht der Notwehr oder Nothilfe oder durch ein in äusserster Lage gegen äusserstes staatliches Unrecht gegebenes besonderes Widerstandsrecht gerechtfertigt, rechtmässig waren. Mit dieser Frage befasst sich der Abschnitt II des Gutachtens.

3. Aber selbst wenn jemand objektiv rechtswidrig einen strafbaren Tatbestand verwirklicht hat, liegt eine Straftat doch dann nicht vor, wenn ihm dieses tatbestandsmässige, rechtswidrige Tun strafrechtlich nicht zum Vorwurf gemacht, zur Schuld angerechnet werden darf.

Das ist nach der neuen Rechtsprechung dann nicht der Fall, wenn der Täter nicht das Bewusstsein hatte, rechtswidrig zu handeln, und wenn er dieses Bewusstsein trotz Anspannung seines Gewissens und seiner Erkenntniskräfte auch nicht zu haben brauchte. Nun haben die Männer der militärischen Widerstandsbewegung zweifellos das in harten Gewissenskämpfen errungene Bewusstsein gehabt, durch ein höheres Recht zu ihrem Vorgehen ermächtigt, ja dazu gefordert und gerufen zu sein. Die Frage, ob sie bei gehöriger Anspannung ihres Gewissens und ihrer Erkenntniskräfte dieses Bewusstsein haben durften, hängt aber eng zusammen mit der Frage, ob sie objektiv das Widerstandsrecht hatten. Deswegen ist die erste, die entscheidende Frage immer die, ob die Widerstandskämpfer in der Tat das Recht zum Widerstand hatten. Hatten sie das, dann tritt die Frage überhaupt nicht mehr auf, ob sie etwa deswegen nicht Hoch- oder Landesverrat begangen haben, weil sie an ihr Recht zum Widerstand glauben durften. Wenn sie dieses Recht nach der objektiven Rechtsordnung hatten, dann war ihr Tun schon um deswillen rechtmässig.

**II. Rechtliche Begründung und Abgrenzung des Widerstandsrechtes**  
Das Recht des Widerstandes gegen den das Recht brechenden staatlichen Gewalthaber war im abendländischen Rechtskreis so gut wie immer und überall anerkannt. Auch in der deutschen Rechtsentwicklung. In den Staaten des germanischen Rechtes, also in den ersten Anfängen der deutschen Rechtsgeschichte, im Lehensstaat und im Ständestaat, wurde das Widerstandsrecht in wechselnden Formen geübt und anerkannt. Es war nur zum Teil ein Ausfluss des gerade geschichtlich geltenden positiven Rechts. So war es insbesondere im Ständestaat, der keine oberste einheitliche Staatsgewalt im modernen Sinn kannte, in dem vielmehr die Staatsgewalt vertragsartig zwischen dem Fürsten und den Ständen aufgeteilt war. Wo über die rechtliche Begründung des Widerstandsrechts nachgedacht wurde, wurde es immer darauf gegründet, dass es eine elementare Ordnung des Rechts gäbe, die auch den Herrscher binde, dass dieser seine Herrschermacht nur unter der Bedingung habe, dass er das Recht adite und dem Wohle des Volkes diene, und dass der Widerstand gegen ihn erlaubt sei, wenn er dem entgegen handle. Im deutschen Rechtsgebiet erlosch erst im 17. Jahrhundert, nachdem sich der absolute Fürstenstaat durchgesetzt hatte, praktisch die Ausübung des Widerstandsrechtes. Theoretisch wurde es auch im deutschen Raum noch Jahrhunderte danach anerkannt. Erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlor sich im Bereich des deutschen Rechts auch die theoretische Anerkennung des Widerstandsrechts. Von da an kannte und anerkannte man es nicht mehr. Das hing mit

zweierlei zusammen: einmal mit dem Aufkommen des Rechtspositivismus, für den nur noch das staatlich gesetzte Recht Recht war, und dann damit, dass in dem juristisch gesicherten, nach den Grundsätzen der formalen Demokratie aufgebauten Rechtsstaat des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts kein Raum und kein Anlass für ein Widerstandsrecht mehr vorhanden zu sein schien. Als sich daher unter dem Nationalsozialismus der Einbruch des Bösen, des Unrechts und des Verbrechens in den staatlichen Raum vollzog, und zwar des vom Staate selbst veranlassten und befohlenen Unrechts und Verbrechens, dem die ausgeklügelte Technik des Rechtsstaats und formale Demokratie nichts entgegenzusetzen hatten, stand das deutsche Volk, standen die deutschen Theologen und Juristen, Politiker und Offiziere zunächst ratlos und hilflos vor dieser Erscheinung. Mit den zuletzt überkommenen Wertvorstellungen «Gesetz ist Gesetz» und «Befehl ist Befehl» war ihr ersichtlich nicht beizukommen: die Befolgung dieser Grundsätze beschleunigte und unterstützte vielmehr den Sturz in den Abgrund der Rechtlosigkeit und des Verbrechens. Jetzt zeigte es sich, dass das Widerstandsrecht eine elementare Frage des Rechts ist, die man nur mit der Gefahr des eigenen Untergangs ausklammern und vernachlässigen kann. Im ausserdeutschen westlichen Rechtskreis war dagegen das Widerstandsrecht über den Krisenpunkt des absolutistischen Staates hinweg in ständiger Anerkennung bis zur Gegenwart geblieben; ja es war dort unlösbar in das allgemeine Bewusstsein eingegangen.

Die Frage nach dem Widerstandsrecht ist eine andere als die Frage nach dem Recht der Revolution. Revolutionäre Gewaltakte sind rechtswidrig, wenn der Staat, gegen den sie sich richten, sich noch im Bereich der naturrechtlichen Ordnung hält, wenn also Revolution nur gemacht wird, um ein soziales Ideal gegenüber einem bestehenden zu verwirklichen, das sich jedoch noch im Rahmen der übergesetzlichen Ordnung hält. Das gilt mindestens dann, wenn die Staatsverfassung die Möglichkeit lässt, das revolutionär erstrebte Ziel auch rechtmässig durch erlaubte Einwirkung auf die Willensbildung der Staatsbürger zu erreichen. Das Widerstandsrecht hat es mit etwas anderem zu tun, wenn es auch in Grenzfällen mit dem Recht zur Revolution verschmelzen kann. Es will zunächst nicht eine als besser angesehen soziale Ordnung gegenüber einer bestehenden verwirklichen, sondern es will gegen ein schweres, an die äusserste Grenze gehendes Unrecht ankämpfen, das von dem staatlichen Gewalthaber selbst ausgeht, sei es, indem dieser die Staatsgewalt rechtswidrig an sich reisst, sei es, indem er die unrechtmässig oder rechtmässig erlangte Staatsgewalt zu einem schweren Bruche des Rechts missbraucht. Bei dem Widerstandsrecht handelt es sich um ein äusserstes letztes Mittel, das gegen äusserstes, sonst nicht zu bekämpfendes staatliches Unrecht eingesetzt wird. Deswegen ist

es schwer, die Voraussetzungen, den Inhalt und die Grenze des Widerstandsrechts von vornherein allgemein gültig und berechenbar festzulegen. Im organisierten Rechtsstaat, der in sich selbst ein System rechtlicher Abhilfen gegen staatliches Unrecht enthält, tritt das Widerstandsrecht zurück. Im terroristischen Einparteienstaat des 20. Jahrhunderts, der in sich selbst keinerlei Rechtsschutz gegen das Übermass des staatlich gesetzten Unrechts gewährleistet, tritt es in seiner ursprünglichen Schwere und Bedeutung hervor.

1. Das Widerstandsrecht gegen den staatlichen Gewalthaber selbst, der schweres, das Volk- und Staatsganze bedrohendes und die Rechtsordnung in Frage stellendes Unrecht tut, bedarf einer besonderen, der Eigenart dieses Tatbestandes angepassten rechtlichen Begründung. Die blossе entsprechende Anwendung verwandter Rechtsgedanken wie der Notwehr oder der Nothilfe auf diesen Sachverhalt reicht offenbar nicht aus. Zwar ist das Widerstandsrecht sicher mit dem Rechte der Notwehr und insbesondere mit dem Rechte der Nothilfe verwandt. Notwehr und Nothilfe sind elementare, jeder Rechtsordnung zugrundeliegende Rechtsgedanken, die sich in den entsprechenden Bestimmungen der staatlichen Strafgesetzbücher nur beispielhaft niedergeschlagen haben. § 53 Abs. 2 des deutschen Strafgesetzbuches erklärt als rechtmässige Notwehr diejenige Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwehren. Hier handelt es sich um die auf das Strafrecht beschränkte Anwendung eines allgemeineren übergreifenden Rechtsgedankens. In einem weiteren Sinne liegt eine solche rechtmässige «Nothilfe» auch dann vor, wenn von den Staatsbürgern ihr eigener Staat, ihr eigenes Volk gegen schwere rechtswidrige Angriffe verteidigt werden, die der staatliche Gewalthaber selbst, indem er das Recht grob bricht, gegen diesen Staat und gegen dieses Volk richtet. Ein verwandter, ebenfalls einer allgemeinen Anwendung zugänglicher, wenn auch nicht im selben Masse grundlegender Rechtsgedanke findet sich in dem § 330 c StGB, der denjenigen für strafbar erklärt, der bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies (bei richtiger Betrachtungsweise) seine Pflicht wäre. Auch mit dieser allgemeinen Pflicht zur Hilfeleistung bei gemeinsamer Not ist das Widerstandsrecht bis zu einem gewissen Grade verwandt. Immerhin bedarf es über die blossе Heranziehung dieser rechtlichen Analogien hinaus einer besonderen eigenen Begründung.

Das Widerstandsrecht gegen den staatlichen Gewalthaber, der das Recht bricht, Verbrechen begeht und das Volk in das Unglück führt, gründet sich rechtlich auf Folgendes:

Kein staatlicher Gewalthaber, kein menschlicher Gesetzgeber ist rechtlich allmächtig. Es gibt vielmehr so etwas wie eine rechtliche Urordnung, die unabhängig von der menschlichen und staatlichen

Rechtsetzung gilt und die auch den staatlichen Gewalthaber streng bindet.

Diese naturrechtliche Urordnung gebietet, den Rechtsgenossen als Menschen, als Person, als Geschöpf Gottes zu achten und seinen menschlichen Adel nicht anzutasten, der darin besteht, dass er sich aus eigener Verantwortung und deswegen notwendig frei zu dem Gesollten bestimmen kann. Deswegen ist der weite Kreis der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte, deswegen sind Leben, Freiheit, Gewissen, Würde, Selbstbestimmung, Personhaftigkeit und Habe des Menschen für den staatlichen Gewalthaber schlechterdings unantastbar. Nur vorübergehend und ausnahmsweise, nur bei dringendem Notstand und nur in der Form eines allgemeinen Gesetzes darf er diese Rechte einschränken. – Wenn daher der staatliche Gewalthaber selbst planmässig Leben, Freiheit und Eigentum des Rechtsgenossen bedroht und vernichtet, wenn er sie zur Sklavenarbeit zwingt, wenn er sie von der Bildung des Staatswillens ausschliesst, wenn er Gewalt und Gesinnungszwang übt, wenn er eine Atmosphäre des Schreckens, der Furcht, der Drohung und der lügnerischen Hetze schafft, um seine Gewalt aufrechtzuerhalten, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Das übergesetzliche Recht gebietet ferner, diejenigen Ordnungen des menschlichen Zusammenlebens zu achten, die göttliche Schöpfung oder Stiftung sind, insbesondere die Kirche, die Familie, das Volkstum und die Heimat. Wenn daher der staatliche Gewalthaber die Freiheit der Kirche und ihrer Verkündigung antastet, wenn er die Kinder von den Eltern zu lösen strebt, wenn er die Ehe zum Gestüt erniedrigt, wenn er Einzelne oder Gruppen wegen ihrer Rasse, ihres Volkstums oder ihres Glaubens satanisch der überlegten kalten Vernichtung preisgibt, wenn er fremdes Volkstum unterjocht oder ausrottet, wenn er die Menschen wie Vieh aus ihrer Heimat treibt, so handelt er zutiefst rechtswidrig.

Die übergesetzliche Ordnung gebietet weiter, dass der Staat für alle Rechtsgenossen Rechtsschutz und Rechtsfrieden gewährleistet. Das ist seine vornehmste und seine unabdingbarste Aufgabe. Auf ihrer Erfüllung beruht seine Vollmacht und sein Anspruch auf Gehorsam. – Wenn daher der staatliche Gewalthaber selbst die Rechtsordnung bricht, wenn er die Rechtsgenossen oder Teile von ihnen rechtlos stellt, wenn er selbst fortgesetzte schwerste Verbrechen und Greuel gegen Einzelne oder Gruppen begeht oder veranlasst, wenn er die Gerichte knebelt, wenn er das ganze Volk unter die immerwährende Drohung seiner Konzentrationslager und ihrer Untaten stellt, wenn er es schutzlos und rechtlos dem Willkürzugriff seiner verbrecherischen geheimen Polizei preisgibt, um Schrecken, Furcht und zersetzendes Misstrauen aller gegen alle zu verbreiten und so seine Herrschaft zu erhalten, so handelt er zutiefst rechtswidrig.



Der Staat muss, wie auch immer er geschichtlich entstanden sein mag, im Rechtssinne gedacht werden als der freie Zusammenschluss der sittlich freien und selbstverantwortlichen Bürger, die ihn bilden. Das ist durchaus mit der christlichen Lehre vereinbar, dass der Staat als göttliche Stiftung seinem schöpfungsmässigen Sinne nach eine wohlthätige Ordnungsmacht ist, die deswegen Achtung und Gehorsam fordern darf. Denn: Einmal wird der Staat nur durch Menschen gebildet und gehandhabt; er fällt nicht als ein fertiges Gebilde aus Himmelshöhen. Und dann unterliegt der Staat wegen der starken Machtzusammenballung, die in der Hand seiner Träger liegt oder doch liegen kann, in ganz besonderem Masse der Gefahr der Entartung in das Nichtseinsollende, in das Böse, ja in das Teuflische. Ist er so entartet, dann ruht die göttliche Sanktion, die ihn sonst trägt und rechtfertigt, nicht mehr auf ihm; dann gewinnt das Widerstandsrecht der Staatsbürger gegen ihn Raum.

Der Inhaber der Staatsgewalt leitet im Rechtssinne seine Gewalt davon her, dass die freien Staatsbürger sie ihm übertragen haben. Sie wird aber nicht bindungslos übertragen. Volk und Träger der Staatsgewalt unterstehen nach wie vor der übergesetzlichen Ordnung. Auch der Übertragungsakt selbst untersteht dieser Ordnung. Die Übertragung der Staatsgewalt geschieht daher nur unter der unaufhebbaren Bedingung, dass der oder die Träger der Staatsgewalt sich innerhalb der übergesetzlichen Ordnung halten, die gesetzliche Ordnung schützen und achten und ihre Gewalt in strenger Verantwortung vor Gott und den Menschen zum Wohl des Volkes und im Rahmen des Rechts ausüben werden. Selbst wenn das Staatsvolk seine staatsbildende und rechtsetzende Gewalt einem Einzelnen sklavenhaft in vollem Umfang und zu seiner völlig freien und bindungslosen, willkürlichen Verfügung übertragen wollte und das ausspräche, so könnte es das gültig nicht tun. Ein solcher Akt der völligen Selbstaufgabe freier, aber sittlich gebundener Menschen verstiesse zutiefst gegen die übergesetzliche Ordnung; er wäre rechtlich nichtig. Gerade weil die Staatsbürger als selbständige Freie unter das Gebot der göttlichen Ordnung auch im Raum des Staatlichen gestellt sind, kann ihnen niemand die Verantwortung dafür abnehmen oder rauben, können sie sich selbst der Verantwortung dafür niemals entschlagen, dass im Bereich ihres staatlichen Zusammenschlusses das Recht gewahrt, die übergesetzliche Ordnung geachtet und nur in strenger Verantwortung vor dem Recht zum Wohle des Volkes gehandelt wird.

Wenn sich daher der Träger der Staatsgewalt über diese strenge und unaufhebbare Grenze seiner Macht und Vollmacht frevelhaft hinwegsetzt, wenn er zum Tyrannen wird, wenn er sich staatsstreichartig der gesamten und uneingeschränkten Gewalt über Menschen und Dinge bemächtigt, wenn er mit den Mitteln des Schreckens, der

Lüge und einer sklavenhalterähnlichen Staatsorganisation eine Zwingherrschaft über das eigene Volk errichtet, wenn er die Rechtsordnung ausser Geltung setzt, indem er sie seiner persönlichen Willkür unterstellt, wenn er Greuel über Greuel, Untaten über Untaten gegen Teile des Staatsvolkes begeht oder veranlasst, wenn er, er als Einzelner, aus eigenem angemasstem Recht den Angriffskrieg und den Eroberungskrieg vom Zaun bricht, wenn er frevelnd und spielerhaft in der Haltung des Glücksritters den Weltkrieg herausfordert und entzündet, der auf die Dauer sein eigenes Volk vernichten muss, wenn er in diesem Krieg masslose Greuel gegen die anderen Völker begehen lässt, die den Namen des eigenen Volkes mit Schmach und Schande bedecken, wenn er den Krieg bis zum Weissbluten fortsetzt, wenn er ihn fortsetzt, nachdem er schon längst verloren ist. wenn er der ungeheuren sinnlosen und nutzlosen Opfer nicht achtet, die der so fortgesetzte Krieg dem eigenen Volk und den anderen Völkern auferlegt, wenn er das eigene Volk bewusst in seinen persönlichen Untergang hineinzureissen strebt, wenn er es als Schlacke auf seinem eigenen infernalischen Scheiterhaufen verbrennen lassen will, dann, wahrlich, hat er jedes Redet auf Gehorsam und Unterordnung tausendfach verwirkt; dann tritt die eigene Verantwortung des Staatsvolkes für die geschändete Rechtsordnung unbezwingbar hervor, dann ist Widerstand erlaubt und gefordert, leidender und tätiger, und wenn es sein muss, gewaltsamer Widerstand. Dann ist, wenn kein anderes Mittel mehr offensteht, auch die Tötung des Tyrannen erlaubt. Hier hat sie, wenn irgendwo, nicht den rechtlichen Charakter des Mordes, sondern den Charakter der rechtmässigen Hinrichtung eines Frevlers.

Gewiss drückt sich metaphysisch die Gefallenheit der Schöpfung und die unentrinnbare menschliche Schuldverstrickung darin aus, dass auch dieser Kampf um das Recht nicht ohne Bruch des gemeinen Rechts geführt werden kann. Rechtlich ist aber derjenige gerechtfertigt, der, um das höhere alles umfassende Recht wiederherzustellen, niederes Recht im Einzelfall brechen muss. Wer echtes Widerstandsrecht übt, handelt auch dort rechtmässig, wo er gemeines Recht brechen muss.

Das Unrecht, das die nationalsozialistische Staatsführung beging, ist im Übrigen von solcher Art, dass es die rein rechtliche Betrachtung sprengt. Es handelt sich hier greifbar um einen Einbruch des Satanischen in den Raum des Staatlichen. Deswegen war jedermann zum äusseren Widerstand berufen und aufgerufen. Doch soll diese Seite der Sache hier nicht weiter verfolgt werden.

2. Wer sind nun die Träger solchen Widerstandsrechtes? Da alle Staatsbürger kraft ihrer sittlichen Freiheit die Verantwortung dafür tragen, dass in ihrem Staat das Recht gewahrt und dem Unrecht und Verbrechen gesteuert werde, und da sie alle berufen sind, an der

Bildung des Staatswillens mitzuwirken, sind sie grundsätzlich alle zum Widerstand berechtigt.

Das hat man in der Geschichte nicht immer anerkannt. So hat man beispielsweise das Widerstandsrecht im Ständestaat meist nur den Ständen, im mittelalterlichen englischen Königtum zeitweilig nur einem besonderen Rat der Barone zugestanden. Man hat es also nur gewissen Organen oder Amtsträgern zugesprochen, die das Volk, wie sonst überall, auch in der Ausübung seines Widerstandsrechts vertreten sollten. Das sind geschichtliche Besonderheiten, die nur möglich sind, wo wirklich solche machtvollen, funktionsfähigen, von allen anerkannten Vertretungskörperschaften des Volkes bestehen und wo sie, wie beispielsweise im Ständestaat oder im mittelalterlichen englischen Königtum, ihr Widerstandsrecht praktisch durchzusetzen vermögen. Aber auch sie handelten nicht aus eigenem Recht, sondern aus dem von ihnen wahrgenommenen Rechte des Volkes.

Gegenüber dem durchorganisierten Gewalt- und Schreckensregiment des Nationalsozialismus, das jede freie Regung maschinenmässig erdrückte und dessen Zwingherrschaft lückenlos schloss, kann eine Beschränkung des Widerstandsrechtes auf «Amtsträger», auf Vertretungskörperschaften des Volkes nicht anerkannt und nicht durchgeführt werden. Es gab ja gar keine solchen Amtsträger, die das Widerstandsrecht des Volkes kraft Vollmacht ihres Amtes hätten ausüben können. Es gab nur die Organe der Zwingherrschaft selbst, die Partei, die SS, die Geheime Staatspolizei usw., die dem Zwingherrn in sklavischem Gehorsam unterworfen und die jederzeit bereit waren, seine verbrecherische Politik zu vollstrecken. Insbesondere gab es keine gegenüber dem Zwingherrn selbständigen politischen Vertretungskörperschaften des Volkes, denen bei einem anderen Staatsaufbau naturgemäss zunächst die Wahrnehmung des Widerstandsrechtes des Volkes obliegen würde. Das Beamtentum und das Offizierskorps waren zersetzt, ohnmächtig, zu jeder einheitlichen Aktion unfähig. Die Partei befahl in der Tat dem Staat. Wo Offiziere oder Beamte Widerstand leisteten, taten sie es wahrlich nicht kraft ihres Amtes und konnten es gar nicht tun, da sie im Amt überall von Verrat umlauert waren, sondern sie taten es als kühne, von ihrem Gewissen getriebene Einzelne, sie taten es als die Edelsten der Nation, die nur kraft ihres persönlichen Mutes und ihres persönlichen Opfers, nicht kraft einer äusseren Amtsstellung das Widerstandsrecht des Volkes ausübten. Es ist durchaus bezeichnend, dass die Männer der militärischen Widerstandsbewegung in dem Zeitpunkt, in dem sie vorwiegend Widerstand leisteten, meist gar nicht mehr im Amte waren. Gerade weil im modernen Terrorstaat vom Typ des nationalsozialistischen der Widerstand gegen das Regime so ungeheuer erschwert und fast aussichtslos ist, wie noch niemals zuvor in der Geschichte, gerade deswegen muss man hier jedem Einzelnen, dem das

Widerstandsrecht kraft seiner sittlichen Verantwortung für Staat und Volk und kraft seines Rechts, an der staatlichen Willensbildung mitzuwirken, zukommt, auch die Ausübung dieses Rechts zuerkennen und darf ihn nicht durch fiktive Amtsträger mediatisieren lassen.

So liegt es, wenn man unter «Amtsträgern» nur Personen versteht, die ein herausgehobenes Amt in der staatlichen Hierarchie innehaben. Sollte dagegen mit der Behauptung, nur Amtsträgern komme das Widerstandsrecht zu, gemeint sein, die Ausübung des grundsätzlich jedem zustehenden Widerstandsrecht sei an gewisse Voraussetzungen gebunden, in diesem Sinne müsse man zum Widerstand «berufen» sein, so trifft die Behauptung zu.

3. In der Tat darf nicht jeder auf diese Weise blindlings, ungeordnet, in jeder Form und nach seinem blossen Belieben Widerstand leisten. Die Ausübung des Widerstandsrechts ist vielmehr der Natur der Sache nach an gewisse Voraussetzungen gebunden, die allerdings wechseln können und wechseln je nach der geschichtlichen Lage und vor allem je nach der Tragweite des Widerstandsaktes für das Volksganze und je nach der Masse, in dem der Widerstand Leistende zur Erreichung seines übergeordneten Zieles selbst entgegenstehendes gemeinsames Recht brechen muss.

Es gilt bei der Ausübung des Widerstandsrechts wie überall sonst im Recht zunächst der Grundsatz der Güterabwägung. Wenn ich bei dem Unternehmen, das verbrecherische Regime zu stürzen und die wahre Rechtsordnung wieder heraufzuführen, die Wahl habe zwischen einem Mittel, das das gemeine Recht in geringerem Grade verletzt, und einem Mittel, das es im höheren Grade verletzt, und wenn das erste Mittel ebenfalls zum Ziele zu führen verspricht, dann darf ich nur das erste Mittel anwenden; dann wäre der Gebrauch des zweiten Mittels rechtswidrig. Wenn ich etwa den Tyrannen schon dadurch ausschalten kann, dass ich ihn gefangensetze, so darf ich ihn nicht töten. Wenn ich während eines Krieges den um höherer Zwecke willen notwendigen Umsturz durchführen kann, ohne die allgemeine Wehrkraft wesentlich zu gefährden, dann darf ich ihn nicht auf eine Weise durchführen, die die Wehrkraft vermeidbar schädigt. Im einzelnen Fall handelt es sich hier um Tatfragen; von allgemeiner rechtlicher Bedeutung ist nur der Grundsatz der Güterabwägung selbst.

Weiter muss ich, um von Rechts wegen Widerstand leisten zu dürfen, ein klares und sicheres Urteil darüber haben und mir zutrauen dürfen, dass und warum die Staatsführung, gegen die ich angehe, s'ò sehr gegen Recht und Pflicht verstösst, dass der gewaltsame Widerstand dagegen erforderlich und unerlässlich ist, sowie ein Urteil darüber, in welchem Grade der Widerstand notwendig ist. Ich darf nicht blindlings, gefühlstrunken, ohne klare Kenntnis und Erkenntnis der Lage und ohne auf das einsteige um den schweren Entschluss zum

Widerstand gerungen zu haben, Widerstand leisten. Dies alles gilt wiederum in je höherem Grade, je weitgehender, folgenreicher und verantwortungsvoller der Widerstandsakt ist, den ich vorhabe, und je mehr er die Brechung gemeinen Rechts fordert, Wenn ich etwa meinen Widerstand darauf gründe, dass die Staatsführung einen verbrecherischen Angriffskrieg führt, der auf die Dauer zur Vernichtung des eigenen Volkes führen muss, so darf ich Widerstand nur leisten, wenn ich das wirklich beurteilen kann und meiner Sache sicher bin.

Ich darf weiter im Allgemeinen Widerstand nur leisten, wenn ich einigermaßen die begründete Hoffnung haben darf, dass mein Widerstand die Sache zum Besseren wenden wird. *Aliqua spes eventus* wurde von der Widerstandslehre immer gefordert. Der tiefere Grund dafür liegt im Folgenden. Der gewaltsame Widerstand gegen den staatlichen Gewalthaber wird durch die blosse Betrachtung: «hie Recht, hie Unrecht» nicht erschöpft. Er ist vielmehr immer zugleich auch ein Eingriff in den geschichtlichen Ablauf, ein Griff in das Rad der Geschichte. Deswegen untersteht er auch dem Gebot der geschichtlichen Verantwortung. Auch das gilt wiederum in um so höherem Grade, je folgenreicher und schwerwiegender der Widerstandsakt sich auf das Volksganze auswirken kann und in je stärkerer Masse er gemeines Recht brechen muss. Widerstandsakte, wie die der Geschwister Scholl, die nur auf die Weckung der Gewissen und auf die Sammlung von Gesinnungsfreunden abzielten, die andere nicht zu opfern brauchten und die nur die von dem Regime ohne inneres Recht in Anspruch genommenen Hochverratsbestimmungen äusserlich verletzen, fordern beispielsweise, um rechtmässig zu sein, in beiden Richtungen weit weniger als der Widerstandsakt des 20. Juli, der das Schicksal des Ganzen zu wenden und ungeheure Wirkungen auszulösen strebte und der dabei um seiner höheren Ziele willen vor einer starken, äusseren Verletzung des gemeinen Rechts, der Tötung des Tyrannen, nicht zurückschreckte. Die ersten hatten ihren den Widerstand rechtfertigenden Erfolg schon, wenn überhaupt Gewissen geweckt wurden; der zweite musste in verzweifelter Lage die Möglichkeit der Wendung zum Besseren für das allgemeine Schicksal in sich bergen.

Besonders gesteigert wird die Verantwortung, wenn sich der Widerstandsakt im Kriege vollzieht und wenn der gewaltsame Umsturz das Schicksal des Volksganzen, auch seiner kommenden Geschlechter, aufs Spiel setzen kann. Das gilt selbst dann, wenn derjenige, gegen den sich der Widerstand richtet, den Krieg selbst rechtswidrig heraufgeführt und das Schicksal des Volkes selbst frevelhaft aufs Spiel gesetzt hatte. Das bedeutet aber nicht, dass man im Kriege um des Krieges willen niemals Widerstand leisten dürfe. Hier kommt es wieder auf die Güterabwägung an. Die Beseitigung eines verruchten Regimes kann das frühere Hinnehmen

der ohnehin unvermeidbaren äusseren Niederlage an rechtlichem Wert weit überwiegen, besonders wenn dadurch unerhörte und nutzlose Opfer auf allen Seiten erspart werden können.

In äussersten Ausnahmefällen kann der Widerstand allerdings auch dann rechtmässig sein, wenn die Hoffnung auf äusseren Erfolg unsicher, ja gering ist. In äusserster Lage kann das blossе Aufrichten eines Fanales, eines weithin leuchtenden Zeichens dafür den Widerstand rechtfertigen, dass sich überhaupt noch Kräfte des Guten, des Mutes und der Selbstaufopferung gegen die Herrschaft des Bösen zu erheben wagten und so die Ehre des eigenen Volkes retteten. Das kann in solcher äussersten Lage Erfolg genug sein. Auch ein solcher Erfolg vermag geschichtlich ins Weite zu wirken.

Werden alle diese Gesichtspunkte beachtet, so lässt sich im Einzelfall mit ausreichender rechtlicher Sicherheit auch dann angeben, wann Widerstand gerechtfertigt ist und wann nicht, wenn man anerkennt, dass das Widerstandsrecht allen Staatsbürgern zusteht. Dass die Abgrenzung trotzdem schwierig bleibt und viele schwere Grenzfragen aufwirft, liegt in der Natur der Sache und ist unvermeidbar, weil es sich um ein äusserstes, rechtlich im Voraus nicht völlig zu normierendes Mittel gegen äusserstes Unrecht handelt.

So können beispielsweise Desertionen oder Gehorsamsverweigerungen einzelner Heeresangehöriger, die im Kriege mit der Begründung vorgenommen werden, es handele sich um einen ungerechten Krieg oder um einen notwendig zum eigenen Untergang führenden Krieg, in der Regel nicht als rechtmässige Widerstandsakte anerkannt werden. Oft wird es schon an der sicheren, sich auf gewisse und ausreichende Unterlagen stützenden und unter ernsten Gewissensspaaen errungenen Erkenntnis fehlen, dass es wirklich ein klar ungerechter oder ein klar zum eigenen Untergang führender Krieg sei. Vor allem aber kann die einzelne Desertion oder der einzelne militärische Ungehorsam in aller Regel gar nicht den Erfolg haben, das Schicksal des Ganzen zu wenden. Widerstand ist, da er immer zugleich ein verantwortungsbeladener Eingriff in den geschichtlichen Ablauf ist, nur gerechtfertigt, wenn er das Schicksal des Ganzen, nicht wenn er das Schicksal des Einzelnen wenden soll und das voraussichtlich auch zu tun vermag. Gerade deswegen stellt sich der Gewissenskonflikt und der Pflichtenkonflikt zwischen dem soldatischen Gehorsam und der Pflicht zur Unterstützung des eigenen, in einen Existenzkampf verstrickten Volkes einerseits und dem gewissensmässigen Ruf zum Widerstand andererseits anders für den auf sich gestellten einzelnen Heeresangehörigen und anders für eine Gruppe, die durch überlegtes, geplantes, opferreiches und aussichtsvolles Widerstehen u. U. das Schicksal des Ganzen zu wenden vermag. Das blossе Auseinanderlaufen einzelner Wehrmachtsangehöriger würde die verbrecherische Staatsführung gewiss nicht beseitigen,

also die Niederlage herbeiführen, ohne das Ziel des echten Widerstandes zu erreichen. Das wäre kein rechtmässiger Widerstand.

Die Frage nach der Verweigerung des Waffendienstes aus Gewissensgründen liegt rechtlich auf einer anderen Ebene und wird in diesem Gutachten nicht erörtert.

### **III. Waren die Widerstandsakte der Militäropposition durch ein Recht zum Widerstand gerechtfertigt?**

Diese Frage ist für den Grossteil der Widerstandsakte der Militäropposition im ersten Zeitraume des Widerstandes (bis Mitte 1940), übrigens auch für die noch weit schwereren Widerstandsakte im zweiten Zeitraume des Widerstandes (bis zum 20.7.1944) ohne Weiteres zu bejahen. Das ergibt sich unmittelbar aus den Darlegungen des Abschnitts II des Gutachtens.

Die gehäuften und systematischen ungeheuerlichen Rechtsbrüche und Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, die bis zur praktischen Ausserkraftsetzung der Rechtsordnung gingen, die mit den Mitteln des Terrors über das eigene Volk aufgerichtete Zwingherrschaft, die Vorbereitung und Führung eines verbrecherischen Angriffskrieges, der auf die Dauer überdies das eigene Volk in den Untergang reissen musste, gaben das Recht zu dem Versuche, dieses Regime gewaltsam aus der Macht zu setzen und dabei auch mit den Kriegsgegnern zu dem Zweck in Verbindung zu treten, dass sie der Befreiung Deutschlands von diesem Regime nicht in den Weg traten und dass sie sich dann auf einen frühen Ausgleichsfrieden einliessen. Insbesondere waren auch alle Versuche gerechtfertigt, den drohenden und verhängnisvollen Krieg durch rechtzeitige Einwirkung auf das Ausland überhaupt nicht ausbrechen zu lassen.

Die militärische Widerstandsgruppe, mit der es dieses Gutachten zu tun hat, war auch durchaus in der Lage, die ganzen Verhältnisse und insbesondere die Art und den voraussichtlichen Ausgang des (erst geplanten und dann geführten) Krieges richtig zu erkennen und zu beurteilen. Ja sie war dazu kraft ihrer besonderen Sachkenntnis in ganz besonderem Masse befähigt. Ihre Einschätzung der Lage hat sich durch die spätere tragische geschichtliche Entwicklung in einer jeden Zweifel ausschliessenden Weise als richtig erwiesen.

Diese Gruppe konnte kraft ihrer Zusammensetzung auch mit demjenigen Grad von Wahrscheinlichkeit auf einen dem Volksganzen förderlichen Erfolg ihres Unternehmens hoffen, der in solchen äussersten Lagen allein gefordert werden kann. Sie setzte dort an, wo das Regime überhaupt noch einigermaßen verwundbar war, wenn sie über die oberste Führung der Wehrmacht den Staatsstreich durchzuführen suchte. Der Versuch konnte gelingen. Die Gruppe umfasste auch genug Männer, die in der Führung des Staates und des Heeres

erfahren und dazu lauterem Herzens und in der Lage waren, das geschändete Recht wiederherzustellen. Sie durfte hoffen, nach dem Staatsstreich die Lage in der Hand zu behalten und alles zum Besseren zu wenden.

Sie konnte zwar in den späteren Zeiten des Widerstandes nicht mehr damit rechnen, die kriegerische Niederlage von Deutschland abzuwenden. Das hätte damals niemand mehr gekonnt. Sie durfte aber die Hoffnung hegen, Deutschland (und übrigens auch den anderen Völkern) wenigstens ungeheure nutzlose Opfer zu ersparen und auch einen früheren Frieden herbeizuführen, bei dem die deutschen Aussichten mindestens günstiger sein konnten als nach der endgültigen, ungeheuer opferreichen, völligen kriegerischen Niederwerfung des Hitlerstaates. Sie durfte insbesondere erwarten, dass sie im innerdeutschen Bereich die Herrschaft des Rechtes wieder aufrichten könne.

Die Mittel, die die Gruppe anwandte, waren unter dem Gesichtspunkt der Güterabwägung angemessen. Sie konnte angesichts der Schwierigkeit ihrer Aufgabe und angesichts der ungeheuren Härte und Brutalität des Regimes keine mildereren Mittel anwenden, ohne die Aussicht auf Erfolg schwinden zu sehen. Insbesondere bestand Mitte 1944 praktisch keine Möglichkeit mehr, Deutschland auf andere Weise als durch die Tötung Hitlers wenigstens vor dem Äussersten zu bewahren. Das Unternehmen konnte auch gar nicht anders durchgeführt werden, als dass zu seiner Sicherung und zur Rettung Deutschlands vor und nach Kriegsausbruch mit dem Auslande Verbindung gesucht wurde.

Einer gesonderten Betrachtung bedarf aber jener Widerstandsakt, den ein Mitglied der Militäropposition in den ersten Monaten des Jahres 1940 dadurch beging, dass es den Kriegsgegner über die gegen Belgien und Holland geplanten Kriegsmassnahmen und über die in Aussicht genommenen Angriffstermine unterrichtete. Der Betreffende tat dies, weil er der Meinung war, das Hitler-Regime müsse um des Rechtes und um Deutschlands willen auf jeden Fall beseitigt werden; der von ihm begonnene ungerechte Krieg müsse sich zum Weltkriege ausweiten und dann Deutschland erst millionenfache Verluste und schliesslich den Untergang bringen. Er wollte durch sein Vorgehen ersichtlich dazu beitragen, die militärische Entscheidung in der Schwebe zu halten, um so den inneren Umsturz und einen frühen Ausgleichsfrieden eher möglich zu machen.

Der Konzeption kann eine äusserste Folgerichtigkeit und Geschlossenheit nicht abgesprochen werden. Von der äusserst weitgehenden, folgen- und opferreichen Massnahme, die hier ein Einzelner ergriff, konnte erwartet werden, sie werde dazu beitragen, die Beschränkung des Krieges auf den Westen zu erzwingen. Bei der ungemeinen Härte des hier aufgebrochenen und durchgestandenen, mehr als tra-



gischen Pflichtenwiderstreites und bei der ungemainen objektiven Schwere der Entscheidung wird man jedoch nicht wagen dürfen, dem Handelnden abzusprechen, dass er auch hier noch an sein Recht zum Widerstand glauben durfte.

Eine weitere Zweifelsfrage, die nicht allein in den von diesem Gutachten angesprochenen Zeitraum fällt, sei noch berührt. Es ist die Frage, wie sich der Umstand rechtlich auswirkt, dass bei den geplanten und den durchgeführten Anschlägen auf das Leben Hitlers u. U. auch Unbeteiligte und Unschuldige, etwa Ordonnanzen oder Flugzeugführer oder am politischen Geschehen unbeteiligte Offiziere, geopfert werden mussten. Machte das den Widerstandsakt etwa ganz oder doch teilweise rechtswidrig? Hier wird man unterscheiden müssen: Soweit sich die Anschläge unmittelbar gegen Hitler, Himmler oder ähnlich zu beurteilende Personen richteten, waren sie auch unter solchen Umständen zweifellos durch das Widerstandsrecht gedeckt. Die Täter handelten hier im übergesetzlichen Notstand und deswegen rechtmässig. Das heisst: sie befanden sich in der überaus tragischen Konfliktslage, dass das rechtlich übergeordnete Ziel – die Befreiung des Volkes, des Staates, ja der Welt von ihren Verderbern – auf keine andere Weise als durch die gleichzeitige Opferung Unschuldiger erreicht werden konnte. Insoweit muss das im übergesetzlichen Notstand ausgeübte Widerstandsrecht durchgreifen. Die Frage ist jedoch die, ob es in einer solchen Lage die Tat auch noch insoweit zu rechtfertigen vermag, als sie sich nicht gegen die Schuldigen, sondern notgedrungen auch gegen die Unschuldigen richtete. Das ist eine überaus schwere Frage, die die Grenzen des menschlichen Rechtes aufzeigt. Wie auch immer man sie beantworten mag, ja selbst dann, wenn man sie dahin beantwortet, rechtlich könne die Tat nicht aufgespalten werden, sie werde vielmehr einheitlich durch das im übergesetzlichen Notstand ausgeübte Widerstandsrecht gerechtfertigt, so ist doch klar: Diesen Widerstreit vermag überzeugend nicht mehr das Recht, sondern nur noch die Gnade, die menschliche und die göttliche, zu lösen.

(Die Vollmacht des Gewissens, hrsg. von der Europäischen Publikation. München 1956, S. 137ff.)

## 2. Moraltheologisches Gutachten über das Widerstandsrecht nach katholischer Lehre

(im Remerprozess angefordert)

von Professor Dr. Rupert Angermair

.. . Fragen wir zunächst nach der objektiven Erlaubtheit der Tat des 20. Juli, so ist im Sinn der katholischen Moraltheologie zu sagen: Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts haben die offiziellen Verlautbarungen der katholischen Kirche stets dahin entschieden, dass die Beseitigung eines einmal anerkannten Herrschers durch direkte Tötung objektiv nicht gerechtfertigt werden kann (Denzinger, Enchiridion Definitionum 690 und 1763) .. .

Seit der letzten kirchlichen Verlautbarung vom Jahre 1864 haben sich die Möglichkeiten eines modernen Tyrannen, zum direkten Angreifer auf das Leben Einzelner wie auf wichtigste Lebensgüter des Volkes zu werden, ausserordentlich ausgeweitet. Darum untersuchen manche Moraltheologen die Frage, ob es sich in der höchsten akuten Not eines Volkes in solcher Situation nicht um eine sittlich vertretbare bzw. verpflichtende soziale Notwehr handeln könnte. Die soziale Notwehr, die als Prinzip auch dem Verteidigungskrieg zugrunde liegt, geht in ihren formalen Bestimmungen über die der einzelpersonlichen Notwehr von jeher hinaus. Trotzdem sprechen, auch wenn man die Tötung eines Tyrannen unter dem Gedanken sozialer Notwehr betrachtet, nicht alle Gründe gleich eindeutig für ihre Erlaubtheit.

Einer der inneren Gründe, die dagegen sprechen, besagt z.B., dass ein Volk, das sich ein verbrecherisches Staatsoberhaupt selbst gewählt hat, durch Abwehr der äusseren schlimmen Folgen noch nicht wahrhaft «gerettet» ist. Es muss – zum Teil gerade durch die schlimmen Folgen – die eigene Gesinnung von innen heraus überwinden, bevor die Vorsehung die Geissel von ihm nehmen kann (Joh. 34. 30; Pred. 10, 16; Is. 39, 4; Osee 13, 11) ...

Da es sich nun in unserem Fall um die moralische Beurteilung einer bereits geschehenen Tat, der des 20. Juli 1944, handelt, so können wir sagen: In der Frage, in der den Männern des 20. Juli keine objektive und alle konkreten Umstände einschliessende Entscheidung vorlag, sind sie nach ihrer ehrlichen persönlich-subjektiven Überzeugung zu beurteilen. Wer nach einer vernünftigerweise überhaupt möglichen und persönlich ehrlichen Überzeugung handelt, begeht nach der christlichen Moral niemals Sünde (Röm. 14, 23).

Bei jedem aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt, gleich welcher Art, handelt es sich um eine höchst gefährliche Waffe. Er kann darum von vornherein nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen

in Frage kommen. So ist z.B. jeder aktive Widerstand, auch der unblutige, erst verantwortbar, wenn vorher alle verfassungsmässigen Mittel zur Abwendung der von einer Regierung verschuldeten Not erschöpft, bzw. von vornherein als aussichtslos erkannt sind. Sodann darf niemand sein Volk der Gefahr aussetzen, dass das nationale Unglück noch vermehrt statt gemildert wird. Darum muss der Widerstand so vorbereitet sein, dass sein Erfolg vernünftigerweise erwartet werden kann. Nicht der faktische Erfolg ist für die «sittliche» Beurteilung ausschlaggebend, wohl aber die verantwortungsbewusste Bereitung auf den Erfolg. Schliesslich muss es den Handelnden klar sein, dass sie im Sinn und damit auch im stillschweigenden Auftrag der qualitativ besseren Mehrheit des Volkes zur Tat schreiten. Soweit jemand dann von seinem Recht zu einem Widerstand überzeugt ist, kann es sich dabei, wie schon der Name «Not-Wehr» sagt, nur darum handeln, durch Einschreiten gegen einen tatsächlichen Angreifer eine wirklich noch vermeidbare kommende konkrete Not abzuwehren . . .

Konnten sich Freunde Hitlers, die den Männern des 20. Juli «Verrat» vorwerfen wollten, nach der prinzipiellen Seite noch darauf berufen, dass die hohen Beamten und Militärs, die zur Tat schritten, durch Beamten- und Fahneneid sich feierlich zum Gehorsam verpflichtet hatten? Wurden sie nicht durch Eidbruch zu «Verrätern»?

Unterlassen wir es, der Frage nachzugehen, warum Hitler in seinem Buch selbst ganz ausser Acht liess, dass die «Pflicht eines Jeden zur Rebellion» am Fahneneid eine unübersteigbare Grenze findet. Untersuchen wir vielmehr, wie sich diese entscheidende Frage vor dem Forum des christlichen Gewissens lösen mag . . . Unsere Frage ist also lediglich: Wann liegt ein echter Eidbruch tatsächlich vor?

Nehmen wir zum Ausgangspunkt den typisch religiösen Eid. Denn, wenn die Männer des 20. Juli nach Ablegung und anscheinendem Bruch eines solchen keine «Verräter» waren, dann waren sie es mindestens ebensowenig nach dem materiellen Bruch eines bürgerlichen Eides.

Der Eid, sei er freiwillig oder auf berechtigten obrigkeitlichen Befehl abgelegt, gilt für die Moral als eine heiligste, verpflichtendste Sache. Seine Verletzung ist unter allen Umständen, religiös gesprochen, eine der allerschwersten Sünden. Verletzung eines typisch religiösen Eides ist sogar ein «Sakrileg». Das betont jedes Lehrbuch der Moraltheologie und jeder Volksschulkatechismus wie auch das kirdiliche Rechtsbuch can. 1317 § 1 und 2. An dieser Auffassung zu rütteln, ginge an das Fundament menschlicher Treuebindung und entzöge jedem Staat die letzte zusammenhaltende sittliche Kraft. Es wäre katastrophal, wenn die Verteidigung der Männer des 20. Juli mit einem Angriff auf die Heiligkeit des Fahneneides bezahlt werden müsste.

Worin aber liegt der wesentliche Inhalt des Fahneneides? Besinnen wir uns zur Beantwortung dieser Frage auf die wichtigste Eigenschaft des Eides: der typisch religiöse Eid ist ein «Gott gemachtes Versprechen». Auch der bürgerliche Eid bindet, wie wir sahen, seiner Idee nach immer noch an eine höhere Sittennorm über das Gewissen, jedenfalls indirekt und einschlussweise an Gott. Auch er ist damit objektiv gesehen ein, wenn auch nicht Gott selbst gemachtes, so doch bei und vor Gott «gültiges» Versprechen.

Liegt nun aber darin das Wesen des Eides, so kann ein Eid nur unter der Bedingung gültig sein, dass der Gegenstand oder Inhalt des Versprechens für Gott überhaupt annehmbar ist. Man kann unmöglich «bei Gott schwören», d.h. Gott feierlich zum Zeugen anrufen, dass man «Gott beleidigen» will, falls ein Mensch, und sei es der höchste Vorgesetzte, dies befiehlt. Selbst wo eine sonst gutmeinende Autorität im Einzelfall irrtümlich Schlimmes forderte, müsste man nach der Bibel «Gott mehr gehorchen, als den Menschen» (Apg. 5, 29). Dergleichen muss der Inhalt des Eides derart sein, dass er von Gott auch für seine Schöpfung angenommen werden kann. Auch das ist unmöglich, «eidlich zu versprechen», dass man die Ordnung der Schöpfung, z.B. das gottgewollte Gemeinwohl eines gottgeschaffenen Volkes, wissentlich verwirren will, falls der eidfordernde Vorgesetzte dies verlangt. Auch beim bürgerlichen Eid verpflichtet man sich, nichts zu tun, was der Gemeinschaft schadet...

Weil nun das wahre Gemeinwohl im Willen Gottes und im Gewissen jedes gottverbundenen Menschen grundlegend ist, darum gibt es für die Moraltheologie keinen gültigen Eid zum «absoluten», d.h. «unbedingten», von der Bedingung des Sittlich-Erlaubten losgelösten Gehorsam einer fehlbaren menschlichen Einzelperson als solcher gegenüber. Restlos unbedingter Gehorsam auch in unerlaubten und das Gewissen belastenden Dingen wäre sklavisch; denn er unterjochte einen fehlbaren Menschen, statt vor Gott und dem eigenen Gewissen zu verpflichten.

Auch der Gehorsam des Katholiken seinen kirchlichen Vorgesetzten gegenüber hat durchaus diese Bedingung bzw. Grenze (Kirchl. Gesetzbuch can. 1316 ff.; 1318 § 1; 1319,2°). Ebenso die kirchlichen Gelübde in unseren Orden. Genauso gelten für das Gewissen des Katholiken die Eide im weltlichen Raum, in Staat und Wehrmacht. In der Bibel sind Gott und Gewissen immer wieder der Ausgangspunkt und Angelpunkt unseres Gehorsams jeglicher Obrigkeit gegenüber (Röm. 13, 1; Petr. 2, 13 18 f.). Man soll der Obrigkeit «zu jedem guten Werk untertan» sein (Tit. 3, 1). Als Grund für die Gehorsamspflicht wird angeführt, dass die Obrigkeit «Gottes Dienerin zu unserem Besten» sei (Röm. 13,4). Befehlen aber, bei denen die Obrigkeit nicht mehr «Gottes Dienerin» ist, darf niemand gehorchen (Apg. 4, 18-20; 5, 27-30; 40-42). Ja, man muss die Obrigkeit zu-

recht weisen, wie Johannes den König Herodes ermahnte: «Es ist dir nicht erlaubt!» (Mt. 14, 4.) Das ist die zweitausend Jahre alte biblische Lehre, von der abzugehen der Christ kein Recht hat. Ja sie fusst gleichzeitig auf dem Naturrecht, das so alt ist wie die gottgeschaffene Natur des Menschen. In Katechesen, Predigten und Hirtenbriefen wurde diese Botschaft während der Herrschaft Hitlers jederzeit tapfer verkündet. Hunderte von Priestern erlitten dafür Gefangenschaft und Tod. Wer sich heute plötzlich anmass, der Kirche vorzuwerfen, sie habe damals feige geschwiegen, beweist damit nur, dass er in jenen Jahren nicht auf die Kirche hörte ...

So stehen also Gott und gottgewolltes Gemeinwohl als die letztlich verpflichtenden Grössen vor dem Regenten ebenso wie vor den Untertanen. Mancher scheint immer wieder zu vergessen, dass auch Hitler feierlich auf das Gemeinwohl des deutschen Volkes vereidigt war. Also stand er nicht über dem Eid. Ebensowenig war der Eid für ihn da, war er also «Eidträger», wie man im Sinn heidnisch-germanischer «Mannestreue» plötzlich wieder zu lehren anhub. Hitler war Vereidigter, der als allererster seinen Eid zu halten hatte, wenn die Bindung der Bürger an das Gemeinwohl einschliessweise auch eine Bindung an ihn als Garanten und Repräsentanten dieses Gemeinwohls bedeuten sollte.

Wenn Hitler naturgesetzlich absolut feststehende Begriffe wie den des Eides oder den des Verhältnisses von Staat und Staatsautorität beliebig ändern zu können vermeinte, so blieb das für das christliche Gewissen in aller Welt völlig wirkungslos. Wo bei einem Eid neben erlaubten Gegenständen einschliessweise auch absoluter Gehorsam Hitler gegenüber verlangt werden wollte, ging die damit gemeinte Verpflichtung in den Inhalt des Eides überhaupt nicht ein. Es blieb bei dem, was Hitler in «Mein Kampf» S. 104 selbst noch klar erkannt hatte, nämlich, «dass eine Staatsautorität nur dann das Recht hat, Achtung und Schutz zu verlangen, wenn sie den Belangen eines Volkstums entspricht, mindestens ihm nicht Schaden zufügt». Wörtlich fuhr er fort: «Staatsautorität als Selbstzweck kann es nicht geben, da in diesem Falle jede Tyrannei auf dieser Welt unangreifbar und geheiligt wäre.» (Vgl. auch S. 780!)

Man bedenke: Wenn man den Soldateneid mechanistisch-formalistisch auf eine fehlbare Person mit Unbedingtheit gehend auffassen wollte, dann wäre ein einmal vereidigtes Heer eine willenslose Maschine, mit der ein einziger Mann, auch wenn er irrsinnig oder diabolisch würde, anfangen könnte, was ihm ganz allein beliebt. Der Soldat, auch der höchste General, wäre in seinem «Dienst» keine vollwertige menschliche Persönlichkeit mehr. Der oberste Heerführer könnte mitten im Frieden fremde Staaten rechtswidrig überfallen oder die Regenten fremder Völker machtmässig zwingen, dass sie ihre heiligsten Eide auf das Wohl ihres Volkes und auf

dessen Verfassung brechen müssten. Macht ginge nicht mehr bloss vor Recht, sondern absolut auch vor jedem Eid.

Oder eine andere Konsequenz: Wenn der Soldateneid dieser Art wesentlich auf Hitler persönlich ausgerichtet gewesen wäre, dann wäre unser ganzes Heer an seinen Eid von dem Augenblick an nicht mehr gebunden gewesen, da man annehmen konnte, dass Hitler seinen eigenen Führereid zum wahren Besten des deutschen Volkes gebrochen hatte. Wie gefährlich wäre also eine solche Idee, und wieviel stärker hält die christliche Auffassung vom Eid ein Volk zusammen!

Wir sehen also: Die Männer des 20. Juli konnten gar keinen moralisch gültigen Eid auf Hitler rein persönlich zu «absolutem», d.h. unbedingtem, von jeder höheren Bedingung freiem Gehorsam ablegen. Ihr Eid ging wesentlich auf das Gemeinwohl des deutschen Volkes, auf das auch Hitler selbst vereidigt war. An Hitler persönlich konnte dieser Eid nur so weit und so lange, binden, als Hitler das Gemeinwohl im gottgewollten Sinne förderte oder wenigstens nicht direkt gefährdete.

Es kam aber die Stunde, da ernstdenkende Menschen in führender Position sich sagen mussten, dass Hitler und gottgewolltes Gemeinwohl in immer schärferen Gegensatz traten. Am Ende von zwölf Jahren Konzentrationslagern und Vergasungen, um nur das Grässlichste zu nennen, stand der unverantwortbare Wille, einen längst verlorenen Krieg zur höchsten Gefährdung des ganzen Volkes fortzusetzen, ja das offene Geständnis: «Wenn wir abtreten müssen, dann werden wir die Türen so zuschlagen, dass keine Regierung sie je wieder zu öffnen vermag.» Der Flottenrichter Kranzbühler, Verteidiger von Dönitz im Nürnberger Prozess, sagt als gewiss unverdächtig Zeuge in seiner Schrift «Rückblick auf Nürnberg»: «Was war bei alledem die Rolle Adolf Hitlers? Wie oft wurden nicht in den Jahren des Dritten Reiches die Worte ausgesprochen: ‚Wenn das der Führer wüsste!‘» Die Nürnberger Erkenntnis ist: er wusste es. Er wusste es nicht nur, sondern er hat gerade das Schlimmste befohlen.»

So können wir nicht anders als ehrlich bekennen: Einem Mann offen zu widerstehen, der das ganze Volk mit sich ins Verderben reissen wollte, das war nicht mehr gegen den Fahneneid verantwortlicher Generale, sondern ein freilich schweres, nach ihrer ehrlichen Überzeugung aber nicht mehr zu umgehendes Opfer an den eigentlichen Sinn des Fahneneides, den sie auf das Gemeinwohl des deutschen Volkes geschworen hatten.

Je höher der Dienstgrad, desto drängender war die Verpflichtung, Hitler und seine ganze Regierung zum Besseren zu beeinflussen. Wo ein solcher Versuch nicht mehr half oder aus verschiedenen Gründen unmöglich wurde, blieb nur noch die Abwehr des Unbelehrbaren

durch aktiven Widerstand. Kam dazu die ehrliche Überzeugung, dass eine soziale Notwehr bis zur Tötung des schwer gemeinwohlschädigenden Tyrannen erlaubt sein musste, so stand der auf das Gemeinwohl abgelegte Eid einer Tat wie der des 20. Juli nicht mehr entgegen. Die Männer des 20. Juli setzten nicht nur das persönliche Wohl Hitlers, sondern auch ihr eigenes hinter das Gemeinwohl des deutschen Volkes heldenmütig zurück.

Aus diesem Verständnis des Fahneneides erklärt sich nun auch der Begriff der Treue und ihres Gegenteils, des Verrates. Hochverräter ist, wer einen Regenten als treuen Diener des Gemeinwohls tötet oder an seiner gemeinwohlschädigenden Tätigkeit böswillig hindert. Ein Tyrann nun, der seinerseits zum «Verräter» am Gemeinwohl wurde, ist überhaupt nicht mehr «hochverratsfähig».

«Landesverrat» begeht, wer sein Volk wissentlich und willentlich dem Feind ausliefert, es an den Feind verkauft. Der Landesverräter bringt das eigene Volk bewusst in Unordnung, er lähmt und untergräbt seine gesunde Kraft. Wollten die Männer des 20. Juli solches? Wollten sie nicht vielmehr das Volk von einem inneren Schädling befreien, um es vor einer befürchteten Knechtschaft unter andere Staaten, soviel überhaupt noch möglich, zu retten? Ein guter Zweck muss sich auch sittlich guter, mindestens erlaubter Mittel bedienen, wenn die Tat in ihrer Ganzheit sittlich gut sein soll. Menschen, die mehr summarisch als prinzipiell denken, meinen oft, dass jeder Kontakt untergeordneter Stellen mit dem Ausland automatisch ein «in sich schlechtes Mittel» und daher «Verrat» sei. Wenn Einzelne ohne höhere Verantwortung eine saubere Staatsführung übergehen und auf eigene Faust mit dem Feind in Unterhandlung treten, wird die Vermutung ohne weiteres auf Verrat lauten . . .

Kein Verrat, sondern Verantwortung für die schwere Entscheidung, die bevorstand, war es, wenn militärisch mitverantwortliche Stellen vor dem 20. Juli zu erforschen suchten, ob der Feind eine Selbsthilfe des deutschen Volkes hernach anerkennen werde. Insofern zeigte gerade ihr Gespräch mit dem Ausland, dass es ihnen nicht um Rache gegen Hitler ging, sondern dass sie seine Beseitigung unterlassen hätten, wenn damit nichts mehr zu retten war. Erfuhr man freilich, dass der Feind nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland weiterzukämpfen gedachte, dann konnte gerade auch diese Erkenntnis darauf drängen, im eigenen Lande um so gründlicher Ordnung zu schaffen. Eine Preisgabe militärischer «Geheimnisse», d.h. von Dingen, die der Feind nicht ohnehin wusste, war zur Feststellung feindlicher Absichten nicht nötig.

Wer also behaupten will, dass im Zusammenhang mit dem 20. Juli echte «Geheimnisse» geoffenbart worden seien, und gar, wer jemandem vorwerfen will, dass er solche Geheimnisse zu dem Zweck «verraten» habe, um «das Wohl des Reiches zu gefährden», der

müsste das für jeden Einzelfall eigens beweisen. Volle Gerechtigkeit steht für die Moral über jeder parteilichen Stellungnahme. Durch Sabotage Soldaten des eigenen Heeres dem sicheren Tod zu überantworten, ist kein moralisch erlaubtes Mittel, um einen Krieg zu verkürzen. Leider hatte die Verwirrung aller Begriffe durch die Weltanschauungspropaganda Hitlers es sehr schwer gemacht, zu entscheiden, wo damals die «in sich schlechten Mittel» anfangen und aufhörten. Wer von einer Staats- oder Führermystik überzeugt war und darum glaubte, Hitler sei Deutschland, oder die Partei sei das deutsche Volk gewesen, der konnte Hochverrat und Landesverrat überhaupt nicht mehr unterscheiden. Wer dagegen Hitler in jenem Augenblick als eine Gefahr für das deutsche Staatswesen erkannte, dachte nicht an die Idee des «Verrats», wenn er das Ausland gegen Hitler zu Hilfe rief, um Deutschland vor ihm zu retten.

Und ein letzter Unterschied, das persönliche Motiv betreffend: Der Verräter handelt aus purem Hass oder aus schmutziger Selbstsucht, aus persönlichem Ehrgeiz, eigener Machtgier und dgl. Er setzt das Gemeinwohl seines ganzen Volkes ruchlos hinter sein verbrecherisches Privatinteresse zurück. Die Männer des 20. Juli setzten demgegenüber aus Liebe zum Volk ihr persönliches Wohl bis zur Lebensgefahr hinter das Gemeinwohl zurück. «Mein Volk kann verderben, wenn ich nur den Nutzen davon habe», murmelt der Verräter auf seinen dunklen Wegen. «Es lebe unser heiliges Deutschland!» rief Graf v. Stauffenberg, als er für seinen Versuch, Deutschland zu retten, zum Tode geführt wurde. Persönliche Verräter an Hitler, Volks- und Landesverräter zugleich wären diese Männer dann gewesen, wenn sie trotz ihrer besseren Einsicht noch weiterhin Hitler gegen das Volk hätten stützen wollen, wenn sie ihm als falsche Freunde bewusst geschmeichelt hätten, um für sich selbst Vorteile daraus zu ziehen. Weil sie in gar keiner Weise Verräter sein wollten, gingen sie lieber in den Tod, als dass sie einen letzten Versuch zur Rettung ihres Vaterlandes unterlassen hätten.

Mit den dargebotenen moraltheologischen Unterscheidungen dürfte ein Vierfaches erreicht sein:

1. Die Männer des 20. Juli sind, soweit es auf ihre sittliche Absicht und Haltung ankommt, verteidigt. Damit ist aber nicht verlangt, dass man mit den praktischen Wegen, die sie beschritten, unbedingt einverstanden sein müsste. Das Schicksal selbst wollte Hitler nicht zum «Märtyrer» stempeln lassen. Man kann aber über objektive Fragen diskutieren, ohne gleichzeitig die subjektiv-persönliche, sittlich saubere Haltung der Widerstandskämpfer bezweifeln zu müssen. Solch moralische Gerechtigkeit hat auch zur Folge, dass mit der sittlichen Ehrung dieser Männer jene anderen sich nicht als entehrt zu erachten brauchen, die mit ähnlich ehrlicher Überzeugung das Gute auf anderen Wegen erstrebten. Die selbstlos anerkannte volle mora-



lische Wahrheit wird die Atmosphäre zwischen allen Deutschen so entgiften, dass darin neues Leben gedeihen kann.

2. Wenn es neben den überzeugten Widerstandskämpfern andere Männer gibt, die in Wirklichkeit formellen Verrat üben, so können sie sich nicht auf unsere moraltheologischen Ansichten berufen, um sich nachträglich mit den Männern des 20. Juli zu identifizieren.

3. Einer Verweichlichung der Wehrmachtmoral für die Zukunft, d.h. der Meinung, als ob es Möglichkeiten gäbe, ohne schwerste Belastung des Gewissens das wahre Gemeinwohl zu verraten, ist vorgebeugt.

4. Die Einsicht in die Idee des Eides und die Erkenntnis, wie leicht von höchster Stelle eine gefährliche Gewissensverwirrung verschuldet werden kann, verpflichtet vor allem auch die führenden Persönlichkeiten der Zukunft. Sie müssen durch ihre eigene Treue zum Wohl des Volkes den Grund legen, auf dem die Eidestreue ihrer Untertanen so aufbauen kann, dass Volk und Regierung zugleich darin eingeschlossen sind. Halten sich alle führenden Persönlichkeiten der Zukunft an diese Erkenntnis, dann wird in unserem deutschen Vaterlande nie mehr ein Mensch vor einer Entscheidung stehen, die so schwer sein wird, wie die des 20. Juli war.

(Abgedruckt in «Parlament» vom 20. 7. 1952 und bei Herbert Kraus, die Gutachten im Remerprozess, Hamburg 1953, S. 29 ff.)

### 3. Evangelisch-theologisches Gutachten zur Frage des Widerstandsrechts

*von Professor D. Hans-Joachim Iwand*

Der Standpunkt der evangelischen Kirche unterscheidet sich in wesentlichen Stücken von der Auffassung, wie wir sie in der mittelalterlichen Kirche über den Tyrannenmord finden, da nach evangelischer Auffassung eine Nebenordnung von Kirche und Staat gegeben ist mit einer gewissen Eigenständigkeit des staatlichen Rechts, dem nicht ein kirchliches Recht in diesem Sinne übergeordnet ist<sup>1</sup>. Es hängt damit zusammen, dass in den Bekenntnissen der protestantischen Kirchen viel stärker der Gehorsam gegenüber den Staatsgesetzen herausgearbeitet ist und das Recht des Staates und der Obrigkeit gegenüber der kirchlichen Gewalt und Gesetzgebung, als dass in den kodifizierten Bekenntnissen der Reformationskirchen die

<sup>1</sup> Die katholische Lehre, zum Beispiel in den einschlägigen Enzykliken Leos XIII. deutlich umschrieben, spricht dem Staat genauso wie der Kirche volle Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit zu, je in dem zukommenden Wirkungsbereich.

Der Verlag

Fälle zum Ausdruck gebracht worden sind, in denen es sich um das Widerstandsrecht der Christen gegenüber Übergriffen der Staatsgewalt handelt.

Wir haben eine Bekenntnisschrift, in der ausdrücklich zu den Pflichten des Christen der Widerstand gegen die Tyrannei gerechnet wird, das ist das schottische Bekenntnis, während in unseren deutschen evangelischen Bekenntnissen in solchen Fällen im Wesentlichen nur auf Apostelgeschichte 5 hingewiesen wird: «man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen», ohne dass Einzelfälle spezialisiert werden. Dagegen haben wir eine weite Kasuistik unserer Bekenntnisse in den Widerstandsfragen gegen Übergriffe der Kirchengewalt, der Bischöfe, des Papstes und ähnlicher Institutionen. Das zeigt, wie auch in den Bekenntnissen immer wieder zum Ausschlag kommt, dass die Reformatoren der Meinung waren, dass kirchliche Instanzen das Recht und die Autorität der Obrigkeit und der weltlichen Herrschaft widerrechtlich an sich gebracht haben. Insofern scheint es zunächst so, als ob es kein aktives Widerstandsrecht gegen den Staat im Protestantismus gäbe, und es ist ja auch am Tage, dass weithin in unseren protestantischen Kirdien, gerade in der Zeit des Dritten Reiches, eine ausserordentliche Unklarheit und Gewissensverwirrung über das Recht des Widerstandes gegenüber den Gesetzen des Staates bestand, auch da, wo sie offensichtlich gegen Gottes Gebot verstießen.

Man muss bedenken, dass die Bekenntnisschriften, die unserem kirchlichen Recht zugrunde liegen, eine bestimmte Ausrichtung haben, und man muss weiterhin bedenken, dass die Probleme des Übergriffes staatlicher Gewalt sich erst vom Jahre 1530 ab deutlicher abzeichneten, und wir werden infolgedessen erst von da an wesentliche Äusserungen der Reformatoren haben, die allerdings dann ziemlich eindeutig ausfallen. Ausserordentlich lehrreich ist die Schrift Luthers: «Warnung an meine lieben Deutschen» vom Jahre 1530 und seine Circular-Disputation über Matth. 19, die ausdrücklich über das Recht des Widerstandes gehalten worden ist und in der Luther das Recht zum Widerstand gegenüber dem Kaiser, falls er mit den Evangelischen Krieg machen sollte, so scharf herausgearbeitet hat, dass man damals nicht wagte, diese Thesen zu veröffentlichen, und sich erst kurz vor dem Schmalkaldischen Kriege in aller Eile dazu entschloss. Es ging hier um die Frage, die sich mehr und mehr seit 1530 in den Gesichtspunkt der Protestanten stellte: was die protestantischen Fürsten tun sollen, wenn der Kaiser im Auftrage des Papstes versuchen sollte, mit Waffengewalt den Protestantismus zu unterdrücken; ob sie dann im Recht wären, den Kaiserlichen gegenüber zu widerstehen. Es ist eine ganze Reihe von Gründen dafür angegeben worden, dass die Fürsten dem Aufgebot des Kaisers gewaltsam zu widerstehen hätten.

Grundsätzlich gilt: Niemals dürfen sie als Christen vom evangelischen Standpunkt aus Widerstand leisten, wenn es um den Glauben geht. Und wenn etwa ein Fürst, weil er evangelisch ist, weil er ein Christ ist, vom Kaiser verfolgt wird, so muss er Land und Leute verlassen und ohne Widerstand aus dem Lande gehen. Wenn etwa ein heidnischer Cäsar, so wie Diokletian es war, aus Glaubensgründen einen ihm untergebenen Fürsten bekriegt, so müsste der Fürst um dieses Glaubens willen auf Amt und alles andere verzichten.

Hier in dem Falle aber ist es ganz sicher, dass der Kaiser nicht um deswillen, weil er ein Heide ist und der Fürst ein Christ, sondern merkwürdigerweise obschon beide Christen sind, den Angriff unternimmt. Ein ganz ähnlicher Fall ist Folgender, der sich gegen die damaligen Apostel der Gewaltlosigkeit richtet: Wenn du von einem Räuber überfallen wirst im Wald und der Räuber sagt, weil du ein Christ bist, darfst du keinen Widerstand leisten und musst mir alles das geben, was ich von dir haben will, so ist der Christ verpflichtet zu sagen, in diesem Falle kommt es nicht in Frage, dass ich ein Christ bin, denn du willst ja nur meine Habe, und er ist jetzt als ein Mitglied der bürgerlichen Rechtsgemeinschaft verpflichtet, Widerstand zu leisten gegen den Räuber, weil er nur so das Gebot der zweiten Tafel wahrnimmt im aktiven Widerstand gegen den Räuber. Der Fall ist auch ganz eindeutig. Wenn mich ein Einbrecher überfällt und ich kann den Einbrecher festnehmen, so schütze ich damit das Dorf und die Gemeinschaft vor diesem Einbrecher. Wir sehen also bei Luther ganz deutlich, dass da, wo es nicht um Glaubensfragen, sondern um irdische Rechtsverbindlichkeit geht, um Eigentum und Ehre, um Autorität, um das Recht der Familie, das Recht auf Ehe, um das Gelten der verbindlichen Rechte, unter denen die Obrigkeit ihr Amt verwaltet, dass da die einzelnen Glieder der Christenheit als Glieder dieses Reiches, wie er sagt: «des Reiches dieser Welt», zum aktiven Handeln verpflichtet sind.

Es ist später im Protestantismus vornehmlich unter dem Einfluss des Pietismus jene Verschiebung eingetreten, dass man sich auf den passiven, «leidenden» Gehorsam, der nur bei Überschreitung der ersten Tat des Glaubens geboten ist, auch bei den staatsbürgerlichen Pflichten berief und sich darum eine Art Passivität allen politischen Pflichten gegenüber auf erlegte. Dadurch ist in der Tat eine gewisse Verwirrung unserer Gewissen eingetreten, eine Lähmung unseres politischen Gehorsams, die sich besonders deutlich zeigte, als nun die Probe an uns gestellt wurde, inwieweit wir unsere Pflichten gegenüber der zweiten Tafel der Gebote im aktiven politischen Einsatz wahrzunehmen bereit sind. Wir müssen aber noch einen Schritt gehen, um zu verstehen, worin Luther den letzten Punkt des Widerstandsrechts festlegt; denn dieser bürgerlich staatspolitische Gehorsam wird ja immer noch erfüllt in der Intention, dass wir

damit analog zur Einstellung der echten Obrigkeit handeln. Wenn der Wanderer überfallen wird von einem Räuber und die Obrigkeit kann ihn in diesem Moment nicht schützen, kann er doch glauben, beim Widerstand gegen den Räuber in Analogie zu der Intention der nicht anwesenden Obrigkeit zu handeln.

Wie aber, wenn die Obrigkeit selbst ins Lager der Räuber gehört? Luther hat diesen Fall besprochen in der erwähnten Circular-Disputation und gibt eine ziemlich genaue Definition dieses Falles. Er nennt eine solche Obrigkeit nicht mehr Tyrannis. Er ist der Meinung, dass auch noch der Tyrann einer gewissen Gesetzmässigkeit untersteht. Infolgedessen will er nicht, wie es in der katholischen Tradition geschehen ist, dass die Tyrannis als eine berechtigte Situation anzusehen sei, die zum aktiven Widerstand gegen die Obrigkeit berechtigt, sondern er nennt noch einen weiteren Fall, den er als Anomia bezeichnet, auf Grund einer Stelle des Thessalonicherbriefes im 2. Kap. «wenn der Anomos, der gesetzlose Mensch, auftritt». Dieser Anomos, der gesetzlose Mensch, ist nach der Auffassung des Neuen Testaments und aus der Lehre Jesu selbst der eigentliche Anti-Christ. Es ist der gesetzlose Mensch, der den sittlichen Charakter des Rechts innerhalb aller Ordnungen des Glaubens und des bürgerlich staatlichen Lebens so zersetzt, dass der ganze Körper des Staatswesens bis in die letzten Fugen hinein von einem Gift zerfressen wird und alles zur Auflösung bringt, was heilig ist im Himmel und auf Erden. Diese Anomia, also die grundsätzliche Gesetzlosigkeit, tritt da ein, wo ein Mensch seinen eigenen Willen als das Gesetz aller Dinge ansieht, wo ein Mensch nicht mehr anerkennt, dass zwischen seinem Willen und dem Willen Gottes eine Grenze gesetzt ist, wo kein Gesetz mehr über ihm ist, sondern er als der Übermensch das Gesetz des ganzen Staates und des von ihm gestaltenden Lebens inkarniert. Das nennt Luther «Anomia».

Er greift hier auf den Begriff der Bestia zurück, wie wir ihn aus dem Propheten Daniel in der Gestalt des Tieres kennen und wie er dann wieder auftritt in der Offenbarung 13 bei dem Tier aus dem Abgrund, d.h. das aus dem Chaos aufsteigende Tier, welches an die Stelle des Menschensohnes und seiner Menschenwürde die Bestialität und die falsche Prophetie zum Prinzip macht, dem alles unterworfen wird, in dessen Zeichen alle nun kaufen und verkaufen müssen und ohne dessen Anbetung niemand mehr das Recht zum Leben hat. Auf diese Belua Bestia herauskommend, erklärt Luther nun allerdings: Wenn ein solcher Zustand eintritt, hätte jedermann das Recht, im Hinblick auf den Augenblick der grossen Gefahr zu handeln. So wie die Bauern eines Dorfes, wenn der Wolf einbricht, nicht warten dürfen und erst Rat halten können, sondern jeder zulaufen soll, um das Tier zu erschlagen, weil es schlechthin Unheil anrichtet, so sollen in solchem Falle auch die Staatsbürger handeln.

Es gibt also auch nach der Lehre des Protestantismus jenen Fall, dass der Staat von Römer 13, der Obrigkeit von Gott her ist, pervertiert wird in das Tier aus dem Abgrund und ein gesetzloser Mensch in seiner eigenen Potenz sich zum Gesetz aller Dinge des Staatslebens emporschwingt. In diesem Falle gilt diesem gegenüber kein Gesetz. Hier ist das Recht bis in seine letzten Positionen hinein aufgelöst, und jetzt haben alle Träger der Gewalt, soweit sie das noch können, und alle Träger irgendwelcher Autorität die Pflicht, von ihrer Gewalt aus das Recht neu aufzurichten. Das Schwertamt, das die Obrigkeit trägt, ist nicht nur das Schwertamt des einen, der jetzt wütet und das Volk tyrannisiert, sondern es ist in die Hand aller derer gegeben, die sowohl mit der Gewalt als auch mit dem Recht umzugehen wissen. Hier kommen wir zu Gedanken, die dann stärker bei Calvin herausgebildet sind, dass der Magistratus bzw. die Fürsten im Falle, dass der Tyrann in solch einen Abgrund der Rechtlosigkeit stürzt, an seiner Stelle das Recht aufzurichten haben im Sinne einer aristokratischen Demokratie. Ich darf vielleicht an diesem Punkt schliessen. Ich denke, dass von da aus die grundsätzlichen Momente der protestantischen Haltung deutlich sind.

Ich darf noch einmal zusammenfassend sagen, dass wir kein aktives Widerstandsrecht kennen, wo es um den Glauben geht, sondern wir dann aufgerufen sind, alles zu leiden. Wir können nicht um des Glaubens willen eine fremde Macht etwa ohne weiteres zu Hilfe rufen. Es gibt auch eine solche Andeutung. Aber wir können nicht Bündnisse mit einer ausländischen Macht schliessen und wir haben es auch im Kirchenkampf nie erwogen, weil wir wussten, dass dieser Kampf nur dem Zeugnis des Evangeliums gilt.

Eine ganz andere Situation ergibt sich aus den bürgerlichen Rechten und Pflichten. Hier im leidenden Gehorsam gegenüber dem Verfall des rechtlichen Staatsganzen zu verharren, wäre Ungehorsam. Hier haben wir geradezu als Membra, als Glieder dieser bürgerlichen Rechtsgemeinschaft, selbst den Kampf ums Recht aufzunehmen, und wir haben schliesslich in dem Falle, dass es zur absoluten Perversion des Staates in die Anomia kommt, wo wir auch stehen, alle aufzurufen und zu ermahnen, dass sie von ihrem Schwertamt Gebrauch machen, um das Recht wiederherzustellen, das Volk zu schützen und dadurch die anderen Völker zu schützen vor dem Unheil, das von solcher Rechtlosigkeit eines Volkes ausgeht.

Angewandt auf die wirkliche Situation, die wir vor uns haben, glaube ich also nach Massgabe meiner Erkenntnis sagen zu müssen: wenn ein Kommandierender General am 9. November 1938 erklärt hätte, dass er jetzt in Vollmacht die obrigkeitliche Gewalt über seinen Wehrkreis übernimmt, weil jüdische Staatsbürger, ohne dass sie irgendeine Schuld hatten, ihres Eigentums, ihrer Freiheit und teilweise ihres Lebens beraubt wurden, und wenn er die Räuberbanden

eingesperrt hätte, diese SA-Leute, die sich an den jüdischen Staatsbürgern vergingen, dann hätte er im echten aktiven Gehorsam eines protestantischen Christen gehandelt, denn er hätte wahrgemacht, was in Römer 13 steht, dass die Gewalt dazu berufen ist, die Guten zu schützen und die Bösen zu strafen, dass Gewalt aber aufhört, ihre göttliche Anordnung zu verwirklichen, wenn die, die ins Gefängnis gehören, auf der Strasse frei herumlaufen, und die, die zum Aufbau des Staates berufen sind, ins Gefängnis geworfen werden.

In dem Moment, wo die Gewalt diese ihre Sendung nicht mehr ernst nimmt und nicht mehr durchführt, verliert sie ihr Recht und pervertiert zur blossen *Violentia* und wird nicht mehr menschliche Gewalt, d.h. die wir mit Würde und Adel durchzuführen haben, um den Unterschied von Gut und Böse aufrechtzuerhalten, sondern wird rfine Funktion des Bösen. Wenn der Staat zulässt, dass der Übermensch, der glaubt, jenseits von Gut und Böse zu leben, zum Prinzip des politischen Wesens erhoben wird, dann gibt er sich selber auf.

Wenn man in folgedessen nun auf den letzten Fall sieht, den wir hier vor uns haben, so können wir gerade im Hinblick auf die Männer des 20. Juli von der evangelischen Glaubensauffassung her ihnen höchstens den Vorwurf machen, dass sie zu spät eingegriffen haben. Man wird es ihnen aber nicht als Schuld anrechnen dürfen, dass Erwägungen über einen gewaltsam herbeizuführenden Wechsel in der Staatsführung in den Kreisen der politischen und militärischen höchsten Beamten des Dritten Reiches von da an ernsthaft erwogen wurden, als deutlich wurde, dass die Staatsführung unter Adolf Hitler einen ungerechtfertigten Krieg vorbereitete.

Luther erklärt direkt in seinen Thesen, dass man für dieses Tier nicht «kriegen» dürfe bei dem Verlust seiner ewigen Seligkeit. Man wird für das Zuspätkommen jener Männer erklärend und entschuldigend anführen können, dass die reformatorische Lehre von einem gebotenen Widerstand der Christen innerhalb der evangelischen Kirche seit langem in Verfall geraten war durch den politischen Absolutismus und den kirchlichen Pietismus, so dass sie gänzlich zurückgetreten ist hinter der anderen Lehre vom leidenden Gehorsam. Wenn aber schliesslich in dem Augenblick, da deutlich wurde, dass alles verloren war und das Chaos einzubrechen drohte, Männer aus dem Kreis der Widerstandsbewegung sich entschlossen, unter dem formellen Bruch eidlicher Verpflichtung und mit Gewalt den Inhaber der obersten Staatsgewalt zu beseitigen, so haben sie damit ein Zeichen aufgerichtet für echte, christliche und politische Verantwortung, welches der Ansatz sein könnte zu einer Neubesinnung auf das Recht und die Grenzen der politischen Gewalt.

Die Tatsache, dass dieses Unternehmen vom Misserfolg begleitet war, besagt wenig gegenüber der geistigen Bedeutung ihrer Tat.

Vielleicht darf man es als eine Fügung Gottes ansehen, dass der Misserfolg ihre Tat als ein reines Opfer erscheinen lässt, welches in den geistlichen und sittlichen Bezirken unseres Lebens grössere Bedeutung haben wird, als wenn das Attentat gelungen wäre. Wir haben als Christen nicht über den politischen Ertrag dieses Einsatzes zu befinden, auch nicht über die politischen Konsequenzen, wohl aber über die Aufgabe, die sittliche Bedeutung der hier sichtbaren Staatsgesinnung als Ansatzpunkt für einen echten Neubau unseres bis in den Grund hinein zerrütteten politischen Denkens zu würdigen.

Ich darf schliessen mit den Worten von Luther in seiner Schrift: «Warnung an seine lieben Deutschen»:

«Man muss nicht alles aufrührerisch sein lassen, was die Bluthunde aufrührerisch heissen, denn damit wollen sie aller Welt das Maul und die Faust binden, dass sie niemand weder mit Predigen strafen noch mit der Faust sich wehren sollen und sie ein offen Maul und freie Hand behalten. Wollen also durch den Namen der Aufruhr alle Welt schrecken und fangen, sich selbst aber trösten und sicher machen. Nein, lieber Gesell, man müsste dir die Definition und Deutung anders vorlegen. Aufruhr ist nicht, wenn einer wider das Recht tut, sonst müssten alle Übertretungen des Rechten Aufruhr heissen, sondern der heisst ein Aufrührer, der die Obrigkeit und Recht nicht leiden will, sondern greift sie an und streitet wider sie und will sie unterdrücken und selbst Herr sein und selbst Recht stellen, wie der Münzer tat. Das heisst recht ein Aufrührerischer, dass also die Gegenwehr wider die Bluthunde nicht aufrührerisch sein kann.»

(Sondernummer des «Parlament» a. a. O.)

## 4. Widerstand und Eidverpflichtung

*von Professor D. Ernst Wolf*

### 1. Zum Problem des Widerstandes

Ich muss auf die merkwürdige Tatsache hinweisen, dass drei Jahrhunderte lang, von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, das Problem des Widerstandsrechts als ein religiös-theologisches im Vordergrund der abendländischen Staatstheorie stand. In diesem Zusammenhang und innerhalb dieser drei Jahrhunderte gab es auf der einen Seite eine besondere katholische Tradition des Widerstandsrechts, auf der anderen Seite eine gemein-protestantische. Ich rede mit Absicht von gemein-protestantischer, weil ich hier gewisse Unterschiede zwischen den Konfessionen als spätere Eintragung ausklammern möchte. Es läge mir daran, das im Einzelnen darzulegen. Der Nachweis dafür lässt sich sehr exakt führen. Die gemein-protestantische Auffassung gegenüber und im Unterschied von der katho-

lischen Auffassung begründet das Widerstandsrecht im juristischen Sinne innerhalb der Staatstheorie evangelischerseits nicht naturrechtlich, sondern im Anschluss an das positive Recht des ständischen staatlichen Gefüges, unter Aufnahme ganz bestimmter germanisch rechtlicher Motive. Ich will den Unterschied markieren mit folgendem Ergebnis: Man erklärte durchschnittlich dort, wo seitens der Juristen in Bezug auf irgendeinen staatspolitischen Notstand von der Möglichkeit eines Widerstandsrechts, wohlgemerkt eines Widerstandsrechts, gesprochen wird, könnte von Seiten des Evangeliums dagegen kein grundsätzlicher Einspruch erhoben werden; man wälzte damit die Verantwortung für das Handeln auf die juristische Entscheidung ab. Das ist der eine Satz.

Der Satz, der wichtiger ist in der Anwendung auf den vorliegenden Fall, ist der zweite; da wird nicht von einem Widerstandsrecht, sondern von einer Widerstandspflicht gesprochen. Im Einzelnen ist die Widerstandspflicht in der ev.-theologischen Ethik verankert im Bereich der dem Christen zukommenden Pflichten gegenüber dem Nächsten. Es ist sehr charakteristisch, dass die besonders präzise Formulierung im 14. Artikel des schottischen Bekenntnisses jenen Satz «Der Tyrannis zu widerstehen», einfach in einer Aufstellung von sonstigen Pflichten im Bereich der Nächstenliebe rangieren lässt. Er gehört, ganz selbstverständlich sozusagen, dazu, und in einer entsprechenden Weise hat auch im lutherischen Lager die Widerstandspflicht ihren Ort.

Wo der Einzelne im Staate verpflichtet wird, den Gehorsam gegenüber der Staatsherrschaft in den Akt einer mehr oder minder formulierenden Anbetung, d.h. also in den Akt der vollständigen Eingliederung in eine Weltanschauung umzuwandeln, wird auch von einer Widerstandspflicht des Einzelnen gesprochen. Diese Widerstandspflicht des Einzelnen kann darüber hinaus, dass sie festgestellt wird, freilich nicht mehr näher kasuistisch umrissen werden. Es ist schlechterdings nicht möglich, hier nach Regeln zu fragen: Wo beginnt es? Wo hört es auf? Es ist auch hier nicht einmal möglich, nach der Erlaubtheit oder Unerlaubtheit bestimmter Mittel zu fragen. Es ist höchst charakteristisch, dass Luther selbst, der ja bekanntlich gegenüber allem Widerstand schwere Bedenken hatte, für diesen Fall für seine Person den Satz sprechen kann: «wenn ich einen Aufbruch anzetteln könnte, würde ich es tun».

Infolgedessen würde z.B. auch eine, wie man sagt, theoretisch, auf die Sache gesehen, aber abstrakt (das ist ein erheblicher Unterschied) vorgenommene Unterscheidung etwa von Hochverrat und Landesverrat in diesem moraltheologisch an visierten Fall überhaupt nicht unterzubringen sein. Eine solche abstrakte Unterscheidung erscheint dem Moraltheologen als ein überaus billiges Argument, weil nämlich der in abstracto ganz einwandfreie Hochverräter und der in



abstracto ganz einwandfreie Landesverräter im konkreten Handeln nicht in dieser Weise geschieden werden können.

Ich gebe zu, dass immerhin unter Anwendung der bestimmten strafrechtlichen Entscheidungen ein Mehr oder Minder nach der einen oder anderen Seite hin im Einzelfall festgestellt werden könnte. Aber eine Unterscheidung, die in so komplexen Fällen etwa Hoch- und Landesverrat wirklich trennen wollte, lässt sich hier, innerhalb des evangelischen Predigens von einer Widerstandspflicht gegenüber gesetzlosem Zustand, schlechterdings nicht unterbringen; sondern hier entscheidet lediglich das Wagnis des Einzelnen auf Grund seiner Erkenntnis der Lage, ein Wagnis, das er mit dem vollen Einsatz seines ganzen Seins und – um mit Luther zu sprechen – «seiner Seelen Seligkeit» unternehmen muss.

## 2. Die Frage des Eides und der Eidverpflichtung

Hier kann ich mich ganz kurzfassen. Aus Anlass der ersten Verteidigungen zu Beginn des Dritten Reiches hat ein grosser Teil der ev. Kirche, der sich damals unter der vorläufigen Kirchenleitung der damaligen ev. Kirche gesammelt hatte, zu dem ausschliesslichen, an die Person Adolf Hitler gebundenen Eid Stellung genommen und diese Stellungnahme in einer öffentlichen Erklärung niedergelegt. Diese Stellungnahme, die so etwas wie eine kirchliche Eidesbelehrung darstellte, hat vor allem den Hinweis auf die Grenzen des Eides zum Ziele gehabt. Das hat sich aus der Situation ergeben. Dazu ist damals eine Erklärung abgegeben worden. Diese Erklärung lautet: «Der unter Anrufung Gottes dem Führer Adolf Hitler geleistete Eid gibt der Treue- und Gehorsamsverpflichtung den Ernst der Verantwortung vor Gott und damit ihre rechte Begründung. Er schliesst durch die Berufung auf Gott ein Tun aus, das wider das in der Heiligen Schrift bezeugte Gebot Gottes ist. Damit halten wir uns an das Wort des Herren: ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist‘ und an die apostolische Auslegung: ‚Man muss Gott mehr gehorchen denn den Menschen‘ und Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.» Diese Auffassung ist dann durch die Bekenntnisnote der ev. Kirche der altpreussischen Union am 5. 3. 1935 noch einmal unterstrichen worden mit dem Satz: «Jeder Eid wird vor Gottes Angesicht geleistet und stellt die in ihm übernommene Verpflichtung unter die Verantwortung vor Gott. Der Eid findet seine Grenze darin, dass allein Gottes Wort uns unbedingt bindet.»

Auch diese Erklärung war für das Verhalten mancher unter den Leuten des Widerstandes wichtig, weil sie hier zwar nicht, wie das innerhalb der katholischen Moraltheologie möglich ist, sozusagen einen Dispens gegenüber dem Eid erhielten oder auch nur einen par-

tiellen Dispens, weil sie aber darauf aufmerksam gemacht wurden, dass aus der Entscheidung des christlichen Gewissens heraus auch eine formelle Verletzung des Eides moralisch möglich und tragbar ist, wobei selbstverständlich bei dieser Verletzung zugleich alle irgendwie strafrechtlich damit verbundenen Folgen mit in Kauf genommen werden müssen.

(Sondernummer des «Parlament» a. a. O.)

## 5. Gutachten über die Stellung des Offizierskorps zum 20. Juli 1944 (für den Remerprozess)

*von Generalleutnant a. D. Helmut Friebe*

.. . Die Wehrmacht und ihr Offizierskorps, zu Treue und Gehorsam erzogen, durch den Fahneneid dem Obersten Befehlshaber verpflichtet, stand in den dem Attentat vorausgehenden Monaten in schwersten Abwehrkämpfen nicht nur an der Ostfront, sondern auch an der Invasionsfront im Westen und in Italien. Weit von der Heimat entfernt, gar nicht in der Lage, die Dinge dort zu überblicken, sah der Soldat seine alleinige Aufgabe darin, den Feind von der schon durch Luftangriffe so schwer leidenden Heimat fernzuhalten. Vor dieser alles beherrschenden, überaus schweren Aufgabe hatten für den Frontoffizier alle anderen Fragen zurückzutreten. Ich möchte es ganz klar aussprechen, dass der Frontoffizier bei den dauernden schweren Kämpfen und ununterbrochenen Belastungen gar keine Möglichkeit hatte, die Dinge ausserhalb seines örtlichen Bereiches zu übersehen ...

Aber nicht nur der an der Front kämpfende Soldat, sondern auch die in der Heimat stehenden militärischen Einheiten und Dienststellen hatten im Allgemeinen, ebenso wie das gesamte Volk, keinen so klaren Einblick in die Dinge, dass das Verbrecherische des Regimes ohne weiteres erkannt werden konnte . . .

In der Situation der überaus schweren Abwehrkämpfe erreichte die Front die Nachricht vom Attentat des 20. Juli. Dass der Schock, den diese Nachricht an der Front auslöste, nicht damals bereits zum Zusammenbruch führte, ist wohl der schlagendste Beweis für die Disziplin und das Verantwortungsbewusstsein der Frontkämpfer . . . Als langsam die Namen der hohen und höchsten Offiziere bekannt wurden, die führend an dem Attentat beteiligt waren, da stutzte so mancher und fing an, sich Gedanken zu machen. Männer ... wie der Generaloberst Beck, der Generalfeldmarschall v. Witzleben, der Generaloberst Hoepner, der Generalquartiermeister General Wagner und der Generalleutnant v. Hase waren für das Offizierskorps der Begriff des militärischen Vorbildes .. . Wenn diese überragenden Soldaten in ihrer bekannten christlichen und vaterlandsliebenden

Einstellung hinter dem Attentat standen, dann musste dies besondere Gründe haben und war nicht einfach mit Worten wie Eidbrüchige und Vaterlandsverräter abzutun . . .

Inzwischen sind sieben Jahre vergangen. In diesen Jahren nach dem Zusammenbruch erst erfuhr der Frontkämpfer, was wirklich geschehen war. als er, selbst weit von der Heimat entfernt, für Volk und Vaterland kämpfte. Viele Prozesse, Dokumente und Veröffentlichungen öffneten ihm die Augen. Daraus ergaben sich für ihn neue Erkenntnisse. Jetzt erst wurde es ihm bewusst, dass das Regime und dessen Repräsentant Volk und Vaterland ins Verderben geführt, Deutschland zum Trümmerfeld und zum Paria unter den gesitteten Nationen der Welt gemacht hat. Er musste als wahr erkennen, dass das Regime sich angemastet hatte, Gott und die von ihm geschaffene Welt zu korrigieren, indem es versuchte, eine ganze Rasse auszurotten, musste erkennen, dass Tausende eigener Volksgenossen, ja selbst eine grosse Zahl seiner eigenen Kameraden ermordet worden waren . . .

Jetzt erst kam die Masse des Offizierskorps zur Erkenntnis der dilettantenhaften militärischen Führung durch Hitler, der seine höchsten militärischen Ratgeber ausgeschaltet hatte und dessen «Führungskunst» – je ernster die Lage wurde – sich im Halten der Stellung um jeden Preis erschöpfte. Dadurch hat er der Front Verluste auferlegt, die bei einer einsichtigen und sachgemässen Führung in diesem Ausmasse nicht notwendig gewesen wären. Schliesslich wurde es der Frontgeneration jetzt erst bewusst, dass Hitler sich entschlossen hatte, die Nation mit sich und seiner Bewegung in den Abgrund zu reissen.

All dies hatten aber die Männer des 20. Juli, weiter blickend und klarer sehend als der an der Front kämpfende Soldat, schon seit langem erkannt. Und wir Soldaten sollten heute dankbar sein, dass sich unter diesen Männern eine grosse Anzahl unserer Kameraden befand, die führend und bereit waren, ihr Leben für die Befreiung unseres Volkes von einem unmoralischen und verantwortungslosen Regime einzusetzen in der Hoffnung, noch unter erträglichen Bedingungen den für Deutschland schon damals verlorenen Krieg beenden zu können.

Generalleutnant a. D. Dr. Hans Speidel, ... im Jahre 1944 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B, deren Oberbefehlshaber der Generalfeldmarschall Rommel war, selbst mit den Widerstandskämpfern in Verbindung, gibt rückblickend in seinem Buch «Invasion 1944» eine Schilderung der ganzen Situation, wie sie wohl auch die am Attentat beteiligten Soldaten gesehen und die für ihren Entschluss bestimmend war. Er schreibt:

«Unter den Erschütterungen der militärischen und politischen Lage hatte sich auch die Struktur der Wehrmacht, ihr inneres Gefüge,

grundlegend geändert. Hitler hatte am 2. August 1934 den Oberbefehl über die Wehrmacht übernommen und seine Verpflichtung in folgendem Brief vom 20. August 1934 an den damaligen Generaloberst v. Blomberg festgestellt: «Heute nach der erfolgten Bestätigung des Gesetzes vom 2. August will ich Ihnen und durch Sie der Wehrmacht Dank sagen für den mir als Ihrem Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueeid. So, wie die Offiziere und Soldaten sich dem neuen Staat in meiner Person verpflichteten, werde ich es jederzeit als meine höchste Pflicht ansehen, für den Bestand und die Unantastbarkeit der Wehrmacht einzutreten in Erfüllung des Testaments des verewigten Generalfeldmarschalls und getreu meinem eigenen Willen, die Armee als einzigen Waffenträger in der Nation zu verankern.»

Er hat dieses «Gelöbnis», das er auch dem Reichspräsidenten v. Hindenburg abgegeben hatte, bis zum 4. Februar 1938 im Grossen gehalten und eine Politisierung des Heeres abgelehnt. Er hielt sich auch in den ersten Jahren nach der «Machtübernahme» im Urteil über alles Militärische zurück.

Der Herrschaftsanspruch der SA war durch die Ereignisse des 30. Juni 1934 vereitelt. 1937 aber begann der Reichsführer SS Heinrich Himmler mit der Bewaffnung von SS-Einheiten, die zu dem Dualismus Heer-Waffen-SS und zu der politischen und militärischen Führungsforderung der SS geführt hat.

Hitler hat sein Versprechen gegenüber dem «alleinigen Waffenträger» gebrochen. Die Waffen-SS bekam die Vorrechte einer Prätorianergarde und war als künftiges Friedensheer gedacht. Die Stärke dieses Staates im Staate, dieses Heeres im Heere, betrug bei Kriegsende 700'000 Mann<sup>2</sup>.

Das Übergewicht der geschichtlichen Kräfte im Heere endete am 4. Februar 1938 mit dem Versuch der Diffamierung des Generaloberst Freiherr v. Fritsch und der Ausübung des Oberbefehls über die Wehrmacht durch Hitler. Eine gefährliche Selbstbescheidung der militärischen Führer begann. Auch sie waren wie die Persönlichkeiten auf allen öffentlichen Gebieten Kinder ihrer Zeit, die nicht alles sahen, was sie später erkennen mussten. Die traditionellen Tugenden des Heeres wurden in zunehmendem Masse geschickt und skrupellos missbraucht. Nur Generaloberst Bede unternahm es, besonders 1938, wiederholt, unter Einsatz seiner Stellung und seiner Person, dem verhängnisvollen Treiben eines zum äussersten entschlossenen Staatsoberhauptes Einhalt zu gebieten. Der aussenpolitische Erfolg Hitlers in München, zu dem ihm die Alliierten verhülften hatten, schlug ihm und seinem Nachfolger Halder die Waffen aus der Hand.

<sup>2</sup> Nach neuesten dokumentarischen Unterlagen waren es etwa 900'000.

Mit Kriegsbeginn, vor allem aber seit 1941, strebte Hitler darauf hin, aus dem Heer eine «politische Organisation» zu machen ... Die Mehrzahl der Offiziere aller Dienstgrade, vor allem die Masse der Generalstabsofnziere, stellte sich innerlich sowohl gegen die Politisierung des Heeres, die zu einer Erschütterung der Vertrauensgrundlage zwischen Führung und Truppe führen musste, als auch gegen die militärische «Führung» durch Hitler. Hinzu kamen Willkür und Übersteigerung Hitlers, die nicht nur in den Kommissar- und Kommandobefehlen ihren verhängnisvollen Aussich fanden, sondern auch in der Handhabung der militärischen Gerichtsbarkeit. Der Winter 1943/44 brachte als neue Überraschung die Einführung der nationalsozialistischen Führungsoffiziere ...

Mit der Einbeziehung des Heeres in das Labyrinth der Parteipolitik, mit der Zerstörung von Treue und Glauben durch die Einrichtung des nationalsozialistischen Führungsoffiziers, mit der Unterhöhlung jeder Autorität wurde das innere Gefüge des Heeres und sein äusseres Aussehen brüchig ...

Die militärischen Führer aller Grade teilten sich in drei Gruppen: die Nur-Soldaten des blinden Gehorsams, der Gutgläubigkeit und auch der Bequemlichkeit – die Partei-Soldaten des Ehrgeizes und der Konjunktur – die denkenden Soldaten mit dem Ethos der Vaterlandsliebe . .

Vor dem Kriege hatte eine bedeutende Gruppe von Offizieren, hauptsächlich aus dem Generalstab, die Aussen- und Innenpolitik Adolf Hitlers missbilligt. Sie hat nach vielen Unterlassungssünden (z.B. stillschweigende Hinnahme der Ermordung der Generale v. Schleicher und v. Bredow am 30. Juni 1934) im Jahre 1938 einzugreifen versucht. Nach der Beseitigung der Generalobersten Freiherr v. Fritsch und Beck fehlten nicht etwa nur der zielbewusste Wille zu einer Opposition, sondern auch Macht und Möglichkeiten. Volk und Wehrmacht hatten sich bis zur Jahreswende 1937/38 mit den von Hitler gestellten Forderungen, die auf dem Wege der Aussenpolitik friedlich zu verfolgen waren, in vollem Recht gefühlt. Dem unbestreitbaren Erfolge Hitlers in München folgte der Abschluss eines Freundschaftspaktes mit Frankreich am 6. Dezember 1938. Nur wenige ahnten, dass Hitler sein Wort nicht halten werde und den Krieg wollte.

Während des Krieges war das Problem für die militärischen Führer wesentlich schwieriger. Die Soldaten haben in ihrer überwältigenden Mehrheit an der Front einen guten Kampf gekämpft. Es wäre sachlich ungerecht und politisch kurzsichtig, dem deutschen Soldaten die Achtung versagen zu wollen, die bei allen Kulturvölkern auch der gegnerische Kämpfer genossen hat. Das Urteil der Weltgeschichte ging immer über augenblickliche Verdammungen eines unterlegenen Gegners hinweg ...

Das Offizierskorps der Reichswehr war nach 1920 bewusst unpolitisch gehalten worden, sowohl aus der Forderung der Staatskonstruktion als auch aus dem Sicherheitsbedürfnis der führenden Männer heraus. Das Fernhalten von der Politik führte aber meist nicht zur klaren Trennung von Parteipolitik und wahrer Politik. Notwendige Erfahrungen konnten nicht gesammelt werden; eine gesunde Urteilsbildung wurde versäumt.

Sicher haben die höchsten Führer im Kriege nicht immer den Gehorsam gegenüber Gott und dem Gewissen und den Gehorsam gegen Menschen unterscheiden können. Diese Unsicherheit bleibt aber nicht auf Deutschland beschränkt.

Eine «Gehorsamsverweigerung» und die Vorbereitung eines Staatsstreiches bedurften für die höchsten Führer, und nur für diese, eines besonderen Einblicks und Weitblicks und einer «metaphysischen Zivilcourage».

Die Entscheidung wäre unseren besten Männern leichter geworden, wenn nicht die in Casablanca beschlossene Forderung der bedingungslosen Kapitulation ein gerade für Soldaten psychologisch schwer zu bewertendes Hindernis aufgestellt hätte.»

Soweit Generalleutnant Dr. Speidel.

Die am Attentat beteiligten Soldaten haben sich, sicher unter schwersten inneren Kämpfen und Konflikten aus tiefem Verantwortungsgefühl und wahrer Vaterlandsliebe zu dieser Entscheidung durchgerungen. Dazu kam als ausschlaggebend die militärische Lage. Generalfeldmarschall Rommel formulierte seine Gedanken in einem Vortrag bei Generalfeldmarschall Keitel im Juni 1944 etwa so:

«Bei der reissenden Verschlechterung der Lage ist ein totaler Sieg, von dem Hitler heute noch sprach, absurd, die totale Niederlage ist zu erwarten. Es ist daher mit allen Mitteln und unter Verzicht auf bisher Erreichtes und unter Aufgabe aller Wunschträume anzustreben, den Krieg zunächst im Westen unverzüglich zu beenden, um die Front des Ostens zu halten, Deutschland aber vor dem Chaos, vor allem vor der völligen Zertrümmerung durch den feindlichen Luftkrieg zu bewahren.»

Noch am 15. Juli berichtet Rommel in einer Denkschrift an Hitler über den Ernst und die Hoffnungslosigkeit der Lage ...

Es war alles vergebens. So sahen die Männer des 20. Juli nur noch den Weg in der Beseitigung des Mannes, der Volk und Vaterland in das Verderben führte, und sie schritten zur Tat.

Haben nun diese vorher skizzierten Erkenntnisse, die uns nach dem Zusammenbruch bekannt wurden, die Einstellung des ehemaligen Offizierskorps zum Attentat vom 20. Juli geändert? Ich glaube, diese Frage mit einem klaren «Ja» beantworten zu können, und will hierfür einige Belege bieten.

Ich darf als bekannt voransetzen, dass im vergangenen Herbst durch Äusserungen des «provisorischen Vorsitzenden» des neugegründeten «Verbandes deutscher Soldaten» zu den Vorgängen des 20. Juli, insonderheit zum Verhalten der dabei beteiligten Offiziere, ein Sturm der Entrüstung durch die Presse ging, der auch im Kreise der alten Soldaten zu erregten Debatten führte. Der durch die Landes- und Traditionsverbände der ehemaligen Soldaten erzwungene Rücktritt des «provisorischen Vorsitzenden» zeigt ganz eindeutig die nunmehrige Einstellung zum 20. Juli.

Der Vorsitzende des «Bundes versorgungsberechtigter Berufssoldaten», dem wohl die grosse Masse der ehemaligen aktiven Offiziere angehört, Admiral Hansen, sah sich bereits im März 1951, besorgt um den Frieden in den eigenen Reihen, veranlasst, zu dem Problem des 20. Juli Stellung zu nehmen. Er kam zu folgender Formulierung, die versuchte, die Kluft zwischen den verschiedenen Auffassungen zu überbrücken.

«Der Riss, der durch den 20. Juli 1944 in unsere Reihen gebracht ist, muss überbrückt werden. Der eine von uns ist seinem Eide treu geblieben, der andere hat in weitgehender Kenntnis aller Vorgänge die Treue zu seinem Volk über die Eidespflicht gestellt. Keinem ist aus seiner Einstellung ein Vorwurf zu machen, wenn nicht Eigennutz, sondern ein edles Motiv sein Handeln bestimmt hat. Aus dieser Anerkennung des Motivs folgt, dass man Verständnis für die Handlungsweise des anderen aufbringen muss.» . . .

Durch die Äusserungen des provisorischen Vorsitzenden des «Verbandes deutscher Soldaten» im Herbst 1951 wurde die Kluft auch in den Reihen des alten Offizierskorps aufgerissen. Ich selbst habe damals den Standpunkt vertreten, dass es als Einverständniserklärung gedeutet werden könnte, wenn man diese Äusserung widerspruchslos hinnimmt. Meinen dem provisorischen Vorsitzenden entgegengesetzten Standpunkt hat die «Neue Zeitung» am 24.10.51 veröffentlicht, und ich habe meine dort niedergelegte Fassung auch zur Grundlage dieses Gutachtens gemacht. Denn ich erhielt auf Grund meiner Veröffentlichung eine grosse Anzahl von Zuschriften aus den Reihen des alten Offizierskorps, die sich, mit einer einzigen Ausnahme, durchweg zustimmend dem von mir vertretenen Standpunkt anschlossen.

Diese fast 100prozentige Zustimmung darf ich wohl als Gradmesser für die jetzige Auffassung der überwiegenden Mehrheit des ehemaligen Offizierskorps werten. Ich will noch anführen, dass auch der Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern des «Bundes versorgungsberechtigter Berufssoldaten», Herr Generaloberst a. D. Ruoff, für seine Person meiner Stellungnahme voll beigetreten ist, wenn er auch wegen Zeitkürze nicht in der Lage war, darüber einen Beschluss des Vorstandes herbeizuführen.

Zur Untermauerung meiner Ansicht, dass sich die Auffassung des ehemaligen Offizierskorps zum Attentat des 20. Juli nach dem Zusammenbruch geändert hat, will ich noch einige weitere Stimmen ehemaliger Offiziere aus Literatur und Presse anführen.

Generalmajor a. D. Dethleffsen in «Armee ohne Pathos»:

«Es wird notwendig sein, dass die ehemaligen Soldaten eine klare Stellung zu dem Problem des 20. Juli beziehen. Dazu ist zu sagen, dass im Grunde nur wenige sich in ihrem Inneren mit der eigentlichen Problematik des 20. Juli auseinanderzusetzen hatten und die Masse lediglich als Zuschauer den Ereignissen des 20. Juli beiwohnte. Diejenigen, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, am Putsch teilzunehmen, haben Verständnis für diejenigen, die ihr Gewissen zwang, einzugreifen. Der Kreis, der überhaupt vor dieses Problem gestellt war, war klein. Der grosse Kreis der anderen darf deshalb von sich aus nicht entscheiden, wo der ‚Hoch- und Landesverrat‘ beginnt, weil er nur gefühlsmässig urteilen kann.»

Major i. G. Helfer sagt ebenda:

«Weil hierin die Tragik des Geschehens vom 20. Juli liegt, kann man an diese Probleme nicht in der Form von Verfahren herangehen. Gerade die ehemaligen Soldaten sollten sich hüten, von einem Geist angesteckt zu sein, der dem Geist der Entnazifizierung gleicht. Es muss vielmehr der Durchbruch zu einer Auffassung vollzogen werden, die man als eine innere Amnestie bezeichnen kann.

Das Richten sollten – vor allem die Soldaten – der Geschichtsschreibung einer späteren Zeit überlassen und nicht fragwürdigen Kommissionen, die nur aus einem vorübergehenden Zeitgeist heraus urteilen können ... Es hat ausserdem in den letzten Kriegsjahren unabhängig und ohne Verbindung zu den Männern des 20. Juli eine breite, jedoch nicht organisierte Schicht deutscher Soldaten gegeben, die der Notwendigkeit einer deutschen Staatsreform im Sinne der Abkehr von der Diktatur nicht verschlossen war, obwohl sie angesichts der feindlichen Forderung nach bedingungsloser Kapitulation dem Hitlerreich bis zur letzten Stunde loyal gedient hat.»

Der General der Flieger Dr. Knauss in «Die Zeit» vom 4.10.51:

«Es sollte heute nur noch eine klare Richtlinie geben: Ziehen wir entschlossen einen Strich unter die Vergangenheit bis 1945! Wir wollen keinem Soldaten vorwerfen, besonders nicht den jungen Jahrgängen und denen, die an der Front kämpften, dass sie hitlergläubig waren bis zum Zusammenbruch. Wir halten es auch für eine unzulässige Verallgemeinerung, «den Generalen» vorzuhalten, sie hätten nicht rechtzeitig das deutsche Volk von Hitler, den Nazis und der Gestapo befreit. Denn so einfach liegen die Dinge nicht. Aber heute sollte es keine Entschuldigung mehr für die Gutgläubigkeit von damals geben, weder bei den jungen noch bei den alten Soldaten. Heute liegen für jeden, der sehen will, die politischen und



militärischen Fehler offen zutage, mit denen Hitler das deutsche Volk in die Katastrophe trieb, aber auch die Verbrechen, mit denen man Schande über uns brachte. Die Männer des 20. Juli haben sich aus ihrem christlichen Gewissen zu dem Entschluss durchgerungen, Hitler zu beseitigen. Die Verantwortung vor Gott und vor ihrem Volk stand ihnen höher als ihr Leben.»

Oberst a. D. Teske im «Rheinischen Merkur» vom 20. Juli 1951:

«Die Tat des 20. Juli 1944 und ihre Träger sind heute in weiten Kreisen unpopulär. Man könnte sich mit der billigen Erfahrung trösten, dass Weisheit noch nie populär war, weil sie stets nur wenigen zugänglich ist.

Die Problematik der soldatischen Anerkennung der Tat und der Träger des 20. Juli ist nur lösbar durch die Hintansetzung des beruflichen Gehorsams hinter die allgemeinen Pflichten gegenüber der Nation und Menschheit. Die Entscheidung zu diesem Schritt ist zunächst Aufgabe derer, die das Ganze überblicken. So waren dann auch in Vorbereitung und Durchführung der Auflehnung gegen die destruktive Führung des Dritten Reiches auf dem soldatischen Sektor fast ausschliesslich Generale und Generalstabsoffiziere aus übersichtlichen Stellen beteiligt.»

Ich habe diese aus Literatur und Presse herausgegriffenen Stellungnahmen zum 20. Juli hier angeführt, um zu zeigen, wie alte und junge Soldaten, hohe und niedere Dienstgrade um Klarheit und Erkenntnis ringen, und wie sie zu einer ganz anderen Beurteilung der Teilnahme von Soldaten am Attentat des 20. Juli kommen, als es die Ursache dieses Prozesses ist.

Ich komme nun auf den Treueid des Soldaten zu sprechen und auf das heute viel diskutierte Problem der unbegrenzten oder der begrenzten Bindung an den Eid.

Jeder Eid setzt bedingungsloses Vertrauen voraus. Ein Vertrauen, wie es in der alten Armee selbstverständlich war und wie es in einer Unterrichtsbesichtigung im preussischen Heer zum Ausdruck kam. Ein Soldat stellt die Frage: «Ich bin zur Bewachung von Kriegsgefangenen eingesetzt. Ich erhalte von SM. den Befehl, jeden zehnten Kriegsgefangenen zu erschiessen. Wie soll ich mich verhalten?» Der Regimentskommandeur: «Ihre Frage ist müssig. Denn SM. Wird einem deutschen Soldaten nie einen solchen Befehl geben.»

Die Eidesformel des Soldaten in der Weimarer Republik lautete:

«Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, dass ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmässigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.»

Die Eidesformel vom 1. 12. 1933 hiess:

«Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich meinem Volk

und Vaterland allzeit treu und redlich dienen und als tapferer und gehorsamer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.»

Im Gegensatz dazu am 2.8.1934 der Eid auf Hitler:

«Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.»

Dem Wortlaut nach handelt es sich also hier um einen rein persönlichen Eid auf das Staatsoberhaupt.

Der Kommentar in den militärischen Handbüchern sagt zum Eide des Soldaten aber erläuternd und ergänzend: «Der Fahneneid ist die Verpflichtung des deutschen Mannes, bei seinem Eintritt in die Wehrmacht in feierlicher Form sich jederzeit mit Leib und Leben für den Führer, für Reich und Volk nach den ‚Pflichten des deutschen Soldaten‘ einzusetzen.»

In diesen «Pflichten des deutschen Soldaten» – gültig vom ältesten General bis zum jüngsten Rekruten – heisst es in Nr. 2: «Die Ehre des Soldaten liegt im bedingungslosen Einsatz seiner Person für Volk und Vaterland bis zur Opferung seines Lebens!»

Soweit das geistige und moralische Gerippe, in das der Soldat durch Ableistung des Eides hineingestellt wurde.

Wir Soldaten haben alle diesen Eid im guten Glauben geleistet und waren bereit, ihn zu halten. Und doch sahen sich Kameraden von uns durch ihr Gewissen und ihr Verantwortungsgefühl für Volk und Vaterland gezwungen, den geleisteten Eid, nicht etwa leichtfertig, sondern ganz bewusst und im Wissen um die möglichen Folgen zu brechen.

Nur rückblickend kommen wir zu einer gerechten Beurteilung.

In der demokratischen Republik schwören wir den Eid auf das Staatsoberhaupt, das gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist. Wir schwören den Eid nicht auf einen Fritz Ebert, Paul v. Hindenburg und Adolf Hitler als solche, sondern wir schwören den Eid diesen Männern als den vom Volke gewählten Staatsoberhäuptern und damit den Repräsentanten des deutschen Volkes<sup>3</sup>. So schliesst meiner Ansicht nach der dem Staatsoberhaupt geleistete Eid zwangsläufig die Eidesverpflichtung gegenüber Volk und Vaterland ein, gleichgültig ob das in der Eidesformel besonders zum Ausdruck kam oder nicht.

Hitler hatte am 30. Januar 1933 vor dem greisen Reichspräsidenten v. Hindenburg geschworen, dass er seine Kraft für das Wohl des

<sup>3</sup> Ist dahin zu verbessern, dass in der Weimarer Republik der Eid auf die Verfassung, nicht auf das Staatsoberhaupt geleistet wurde.

deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, die ihm obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und seine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen will.

Wie aber sollten wir uns verhalten, wenn das Staatsoberhaupt den dem deutschen Volk geleisteten Eid brach? Und das hat doch Hitler fortlaufend getan! Allein die Umwandlung der Demokratie in eine Diktatur war doch Verfassungsbruch im höchsten Masse ...

Erstmalig in der langen Geschichte des deutschen Volkes stand ein Staatsoberhaupt an der Spitze der Nation, das von krankhaften Ideen besessen und an seine Unfehlbarkeit glaubend – auch das ist krankhaft – das Volk in das Verderben führte und es der Verachtung der gesitteten Welt preisgab.

Wir müssen uns darüber klar sein, dass Hitler in der deutschen Geschichte eine einmalige Erscheinung ist und hoffentlich bleibt.

Allein aus dieser Erkenntnis können wir zu einer gerechten Würdigung der Motive der Männer des 20. Juli, insonderheit der daran beteiligten Soldaten, und ihres Eidbruches kommen.

Auf der einen Seite sehen wir im ehemaligen Offizierskorps die «Nur-Soldaten», denen Eid unbedingt Eid ist und bleibt, deren Standpunkt wir durchaus würdigen und achten können, auf der anderen Seite die «Denkenden Soldaten», die in dem einmaligen besonderen Fall Hitler die begrenzte Eidespflicht für richtig und vertretbar halten.

Auch dazu kann ich Stimmen ehemaliger Offiziere anführen.

Generalleutnant a. D. Mahlmann vertritt in einem Artikel «Der Eid des Soldaten» folgende Auffassung:

«Zwei Auffassungen stehen sich gegenüber. Die der unbegrenzten und die der begrenzten Bindung an den Eid. Hitler, der den Eid auf seine Person forderte, hatte nicht wie die Masse der Eidesleistenden ein Gott verantwortliches Gewissen. Es wäre daher allenfalls ein weltlicher Eid – also ohne Anrufung von Gott – zu rechtfertigen gewesen. Der Begriff birgt zwar einen Widerspruch in sich selbst, war aber nach dem geltenden Recht möglich. Er stellt nichts anderes dar als eine juristische oder ethische Verpflichtung, die nur innerweltliche Abrechnung kennt und nach Massstäben, die vom Gesetz gegeben sind, oder die man sich selbst setzt und die man darum jederzeit kündigen kann, wenn man nämlich erkennt, dass zwischen Recht und Gewissen ein unüberbrückbarer Abgrund besteht.

Der Soldat aber lebte im Autoritätsglauben, der einen Grundpfeiler der Monarchie in Deutschland gebildet hatte, mit dem später Seeckt die Reichswehr erfüllte, und der durch die Erscheinung Hindenburgs neue Nahrung erhalten hatte. Und so gehorchte die Wehrmacht und schwor Hitler den geforderten religiösen Eid. Juri-

sten und Theologen aber blieben im eisigen Schweigen<sup>4</sup> und liessen den Soldaten ungewant sich in Konflikte verstricken.» . . .

Unter ihnen standen auch die Männer des 20. Juli. Sie hatten, soweit sie Soldaten und Beamte waren, dem Staatsoberhaupt die Treue geschworen, mussten aber dann sehen, wie eben dieses Staatsoberhaupt die Treue brach und die Nation in das Verderben führte. Band sie nun der Eid unter allen Umständen an die Person des Staatsoberhauptes oder durften sie das Wohl des Staates und Volkes – als das Primäre – über den Eid stellen?

Will man den Männern des 20. Juli gerecht werden – ich darf es noch einmal wiederholen – dann soll man nicht ausser Acht lassen, dass eine Erscheinung wie die Hitlers in der deutschen Geschichte erstmalig und hoffentlich einmalig war. Soldatisch gesprochen, erfordern besondere Lagen besondere Mittel. Dieses Mittel sahen sie in der Tat des 20. Juli...

Zusammenfassend gebe ich mein Gutachten, wie das ehemalige Offizierskorps zum Attentat des 20. Juli seiner Zeit stand und wie es heute dazu steht, indem ich mich der Klassifizierung des Generals Speidel bediene, die aber kein Werturteil bedeuten soll, dahingehend ab: «Nur-Soldaten» lehnten das Attentat aus Gründen des soldatischen Gehorsams und der soldatischen Eidestreue, die zu den Grundlagen jeder militärischen Disziplin gehören, ab, weil für sie Eid = Eid ist, und pvar bedingungslos ist. Die «Denkenden Soldaten» kamen durch den einmaligen Fall des 20. Juli, wobei es sich tatsächlich um Sein oder Nichtsein der Nation handelte und der Eidesträger – also das Staatsoberhaupt – eine tödliche Gefahr für sie wurde und war, zu der Auffassung, dass ein Eid unter besonderen ganz aussergewöhnlichen Gegebenheiten seine Begrenzung finden darf. Beide Standpunkte haben ihre volle Berechtigung. Keinem darf aus seiner Auffassung ein Vorwurf gemacht werden.

Im Kriege überwog der Standpunkt der «Nur-Soldaten», die als Frontoffiziere allein ihre schwere Aufgabe sahen und sehen durften. Nach dem Zusammenbruch sind wohl sehr viele «Nur-Soldaten», wie ich aus vielen Veröffentlichungen, aus einer grossen Korrespondenz und zahlreichen Gesprächen mit ehemaligen Offizieren aller Dienstgrade feststellen konnte, zu «Denkenden Soldaten» geworden. Beide Gruppen stehen heute nebeneinander, die gegenseitigen Auffassungen würdigend und verstehend. Beide Gruppen erkennen in ihrer überwältigenden Mehrheit die in Wahrheit edlen und vaterländischen Motive der am Attentat des 20. Juli beteiligten Kameraden an. Die wenigen, die die Auffassung des Herrn Remer ver-

<sup>4</sup> Beide Hauptkonfessionen haben aber wiederholt auch im Dritten Reich die Bindung des Gewissens an die Gebote Gottes verkündet und verteidigt.

treten, sind gegenüber der grossen Masse der anderen eine so verschwindende Minderheit, dass deren Stimme – mit welcher Lautstärke sie auch vorgebracht wird – keine Beachtung verdienen sollte. Sie als die Stimme eines reaktionären Offizierskorps hinzustellen, das nichts hinzulernt hat und nichts hinzulernen will, empfinden wir alten Offiziere als bitter und ungerecht.

Aus dem ehemaligen Geschehen des 20. Juli Folgerungen über den Eid, insonderheit für zukünftige deutsche Soldaten, ziehen zu wollen, ist verfehlt. Der Soldat hat den geschworenen Eid zu halten, und zwar bedingungslos!

Wie deutsches Soldatentum den Eidbruch eines Generals v. Yorck in der Vergangenheit nicht als Norm ansah, so darf der bewusste, und wie wir glauben, vertretbare Eidbruch der Männer des 20. Juli auch in Zukunft nicht als Norm angesehen oder als möglich zur Diskussion gestellt werden. Er ist als einmalig nur auf Grund tragischer Umstände in unserer jüngsten Geschichte zu verstehen.

Wenn in diesem Rahmen über die Möglichkeit eines Eidbruches überhaupt gesprochen werden muss, dann kann man ihn nur wahrhaften und aktiv handelnden Revolutionären, die auch Soldaten sein können, zubilligen, wenn sie aus höherer Einsicht und aus hohem Verantwortungsgefühl heraus zum Handeln gezwungen werden ... Zum Schluss meines Gutachtens noch ein Wort über die Stellung des ehemaligen Offizierskorps zur Person des Herrn Remer.

Wir, seine ehemaligen Kameraden, haben es ausserordentlich bedauert, dass das Schicksal im Juli 1944 diesen jungen Offizier vor eine Situation stellte, deren Folgen zu tragen wohl über eines Menschen Kraft gehen sollte. Es soll hier nicht beurteilt werden, ob sein Entschluss am 20. Juli richtig oder falsch war. Die Folgen seines Entschlusses waren aber solch furchtbare und haben soviel bestes deutsches Blut gekostet, dass wir alten Soldaten erwartet haben, dass ein Mann, dem das Schicksal solch eine Bürde bis an sein Lebensende zu tragen gab, dies erkennen und danach still und in grosser Zurückgezogenheit leben würde. Dass Herr Remer diese Selbstbescheidenheit nicht aufbringt, dafür fehlt uns, seinen früheren Kameraden, jedes Verständnis!

(Sondernummer des «Parlament» a. a. O. und Herbert Kraus: a.a.O., S. 83 ff.)

## VII

# GESCHICHTLICHE UND ETHISCHE WÜRDIGUNG

### 1. Der deutsche Widerstand Seine Motive und seine geschichtliche Bedeutung

*von Dr. Hans Rothfels, Universitätsprofessor der Geschichte, Tübingen*

Die Zeiten sind längst vorbei, da man in breiteren Kreisen des In- und Auslandes vom deutschen Widerstand gegen Hitler kaum etwas wusste ausser der Tatsache des missglückten Attentats vom 20. Juli. Und nur eine verzerrende Geschichtsauffassung, wie sie allerdings jenseits des Vorhangs gepflegt wird, kann auch heute noch wagen, mit Bezug auf dies Ereignis von einer «kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere» zu sprechen, wie es Hitler am Abend des Tages über den Rundfunk tat und die Alliierten von ihm übernahmen. Wir wissen heute, dass Widerstand nicht als Massenbewegung, wohl aber in breiterer Streuung, als nach den Bedingungen eines Polizeistaates vermutet werden durfte, in allen Schichten und Klassen des deutschen Volkes lebendig war und sich betätigte, in der Arbeiterschaft und im Bürgertum, bei den Intellektuellen und den Kirchen, im Beamtentum und im Offizierskorps. Wir wissen auch von der Vieltätigkeit der Motive, die im Einzelfall zum Anschluss an die Bewegung führten, von der oft quälenden Langsamkeit des Weges, auf dem die Opposition gegen Teilerscheinungen oder gegen Eingriffe in den eigenen Lebensbereich sich zur grundsätzlichen Opposition gegen ein verbrecherisches Regime als solches entwickelte. Ebenso ist seit langem deutlich geworden, dass es zwar die Inflation des Widerstandsbegriffs zu vermeiden gilt aus jenen Jahren, da möglichst jeder zu ihm gehört haben wollte, dass aber unter den Begriff gewiss nicht nur aktive politische Opposition im unmittelbaren Sinne oder die Reihe der Attentatsversuche vom März 1943 bis zum 20. Juli 1944 hin zu rechnen sind, sondern auch all das, was sich unter dem Terror des Dritten Reiches ergab an Leiden und Martyrium, an humanitärer Tätigkeit und Hilfe für die Verfolgten wie auch an bestimmten Formen des schweigenden Beiseitestehens. Für all dies liegen echte Zeugnisse in reicher Fülle vor, freilich nicht in gleichmässiger Verteilung. Der Natur der Sache nach ist der Widerstand der Arbeiterschaft und auch sonst vieler Namenloser

weniger gut bezeugt als der einzelner führender Männer und Gruppen.

Es ist daher schwierig, ein allseitiges Bild zu geben, und die Aufmerksamkeit hat sich somit vornehmlich bestimmten Richtungen zugewandt, etwa den Honoratioren mit der Mittelpunktfigur von Goerdeler oder den Jüngeren um Stauffenberg oder dem Kreisauer Kreis um den Grafen Moltke, oder aber bestimmten Teilproblemen, wie dem Verhältnis der Wehrmacht zum Nationalsozialismus, also dem militärischen Sektor des Widerstands, oder dem Kirchenkampf beider Konfessionen oder der Opposition der Wilhelmstrasse. Aber es wird herauszuheben sein, dass es einen Vereinigungspunkt der verschiedenen Gruppen bei allen Unterscheidungen letzten Endes gab: Er liegt im sittlichen und religiösen Bereich einer Auflehnung gegen das Böse. So wie es Ernst Jünger, der mit vielen Kreisen des Widerstands in Fühlung war, in sein Tagebuch schrieb: «Man sieht dann auch, dass die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische.» Vielleicht kann man im besonderen Fall der deutschen Opposition sagen, dass beide zusammenfielen.

Was zunächst den politischen Ausgangspunkt betrifft, so war die Opposition in den ersten Jahren nach der Machtergreifung wesentlich von den Anhängern jener Parteien getragen, die vorher schon die eigentlichen Verteidiger der Weimarer Republik gewesen waren. Aber ihre tätigsten Führer verschwanden hinter Zuchthausmauern und Stacheldraht oder mussten über die Grenze weichen. Auf unterirdischem Wege wurde dann von den Exilgruppen der Kampf fortgesetzt, doch die Entdeckung liess in aller Regel nicht lange auf sich warten, und die Opfer waren schwer. So kam der direkte politische Angriff zum Erliegen. An seine Stelle trat eine Zellenbildung besonders in der Arbeiterschaft, vor allem von alten Gewerkschaftlern beider Richtungen getragen, mit Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser an der Spitze. Das kam praktisch auf ein Bereitstehen hinaus, konnte aber nach allen Voraussetzungen nicht zu elementarem Ausbruch führen. Schon lange vor dem Kriege galt, was Leuschner 1939 an einen englischen Gewerkschaftler übermitteln liess: «Wir sind Gefangene in einem grossen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genauso Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwerbewaffneten Aufseher erheben würden.»

Zu elementaren Ausbrüchen ist es gleichwohl gekommen, unter jungen Menschen zumal, die ihrer Empörung Worte verliehen. Die Witwe des Sozialisten Julius Leber, selbst eines elementar politischen Menschen unter den Führern der Opposition, hat in zwei schönen Gedenkbüchern Beispiele dieser Art festgehalten, in ergreifenden Zeugnissen wie im Bild menschlich reiner Antlitze. Auch die Münchener Studenten, die Geschwister Scholl und ihre Freunde, gehören hierher. Sie folgten einem inneren Gesetz, das ihnen nicht

erlaubte, die Hände in den Schoss zu legen. «Der deutsche Name», hiess es in einem ihrer Flugblätter, «bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rädit und sühnt . . . und ein neues geistiges Europa aufrichtet.» Diese jungen Menschen waren weder Fanatiker noch Sektierer. Mit einer freudigen Aufgeschlossenheit zu allem Guten und Schönen und dodi in einer unerschütterlichen Geradlinigkeit sind sie ihren Weg gegangen – durch lauernde Gefahr und schwere Erprobung, bis in einen gefassten, ja frohgemuten Tod hinein – «als schaue sie in die Sonne», wie es von Sophie, «ohne Hass, mit allem, allem unter sich», wie es von Hans Scholl bezeugt ist.

Diese Haltung wiederholt sich im Prinzipiellen in vielen Männern des Widerstands auch der mittleren und der älteren Generation, sowohl im Gedanken der stellvertretenden Reinigung und Sühnung, den Persönlichkeiten so verschiedener Art wie v. Hassell und v. Tresckow, Planck und Goerdeler in fast gleichlautenden Worten ausgesprochen haben, wie auch in der Transzendenz der Todesstunde. Dass so gestorben wurde, wie es Graf Lehndorff etwa in dem Abschiedsbrief an seine Frau ausgedrückt hat, nachdem «alles Alte gewaltsam von uns gerissen» sei, damit man eine neue «Kreatur» werde, oder indem nach den Worten Halems der «Vordergrund des Ich so schattenhaft zu werden beginnt», nach Überwindung «der letzten kleinen Unruhe», die «den Baumwipfel erfasst, ehe er stürzt», weiterhin dass gehandelt wurde in einem Moment, als noch einige Aussicht zu bestehen schien, das Äusserste für Deutschland und Europa zu vermeiden, und doch gehandelt wurde vor allem, um unter Beweis zu stellen, dass das deutsche Volk sich selbst zu befreien und sich von Verbrechen loszusagen wünsche, die täglich und stündlich in seinem Namen begangen wurden, das gehört nicht nur zu den menschlich ergreifenden Zügen des deutschen Widerstands, sondern war auch ein echtes politisches Aktivum. Es ist damit in der Fernwirkung mindestens die angebliche Gleichsetzung von Deutschen und Nationalsozialisten zerrissen worden. Und es konnte damit dem Vansittartschen und Morgenthauischen Bild vom «Ewigen Deutschen» ein anderes entgegengestellt werden, wirklich im Ewigen verwurzelt und im Martyrium bezeugt.

Freilich, soldie letzten moralischen Positionen sind oft erst langsam und mühsam errungen worden, auf einem Weg, der durch Bedenken mandierlei Art und einen Konflikt der Pflichten hindurchgeführt hat. Nicht selten blieb es bei teilhaftem Widerstand auf dem eigenen Fachgebiet. Aber wenn der Generalstabschef Beck angesichts der von Hitler enthüllten Angriffspläne von der «Grenze des soldatischen Gehorsams» sprach, so ist neben der unbestechlichen Einsicht in das Frivol-Abenteuerliche doch auch der elementare Durchbruch nicht zu verkennen.



In der Tat wird man bei jeder näheren Untersuchung der echten Widerstandsbewegung irgendwann und irgendwie, früher oder später, auf moralische Auflehnung gegen das Böse schlechthin, auf Empörung gegen das Unmenschliche als Grundmotiv stossen und damit in allen wesentlichen Fällen eben doch auf mehr als ressorthaften, d.h. eben auf totalen Widerstand gegen ein totales System. Das gilt im gewissen Sinne schon von all denen, die sich persönlich integer hielten, deutlicher noch von den nicht wenigen Einzelnen oder locker organisierten Gruppen, die sich unschuldig Verfolgter annehmen oder Verfemten Menschlichkeit bezeugten. Sie taten nichts Sensationelles, nichts, was das Regime unmittelbar angriff, sie hatten kein politisches Ziel ausser dem, den ununterdrückbaren Forderungen der Humanität nachzuleben; aber eben damit richtete sich ihre oppositionelle Tätigkeit gegen den zynischen und menschenverachtenden Kernbestand der herrschenden Doktrin.

Das gilt ebenso von den Mitgliedern wissenschaftlicher und künstlerischer Kreise, deren Widerstand nach der Natur alles Geistigen auf die tief demoralisierende Wirkung der Tyrannei gerichtet sein musste. So beschwor Ernst Wiechert in einer Rede an die deutsche Jugend 1935 seine Zuhörer, nicht zu schweigen, wenn das Gewissen zu reden befiehlt, weil «nichts das Mark eines Mannes so zerfrisst wie die Feigheit». – Das gilt erst recht von den Ergriffenen innerhalb beider Kirchen, bei deren Opposition die Verteidigung des Evangeliums voranstand, die dann aber fortschritt über den Angriff auf die rassendogmatische Umdeutung des Christentums zum Angriff auf die wesenhaften Züge des Systems im Ganzen: auf die Vergöttlichung eines Sterblichen, auf die Missachtung der Heiligkeit des Lebens und die Verspottung elementarer Rechtsbegriffe. So betonte ein Hirtenbrief der deutschen Bischöfe, dass sie nicht nur für religiöse und kirchliche Rechte einträten, sondern für «menschliche Rechte schlechthin». – Man hat alle Ursache, dies zentrale Motiv immer wieder zu betonen, und es spricht gerade für das Bleibende und Gültige des religiösen Widerstands, dass er nicht unmittelbar politisch war, sondern vom innerlichsten Anliegen her in das Ganze des staatlichen und sozialen Gefüges hineingritt. Gewiss gab es auch im Kirchenkampf Lauheiten.

Und es gab den Widerstand des Fachmannes, sei es, dass er sich gegen eine unsinnige Finanzierungspolitik oder eine friedensgefährdende Diplomatie oder gegen eine dilettantische Kriegführung richtete. Von einer so teilhaften Opposition war es schwer, zum Entscheidenden und Ganzen vorzustossen. Aber es wird ebenso festzustellen sein, dass es Fälle gab, in denen es – wenn auch spät – zu diesem Durchstoss kam, wie etwa beim Feldmarschall Rommel, ja Fälle, in denen die Opposition des Fachmanns erst geschichtliche Tragweite erlangte auf der Grundlage

einer vorherigen tiefen Erschütterung gewohnter Vorstellungen. Ein Beispiel dafür bieten die Briefe des Generalmajors Stieff. Er schloss sich der Verschwörung erst im Sommer 1942 an, sein Entschluss erwuchs zum Teil aus der Empörung über unverantwortbares militärisches Handeln an der Moskauer Front. Aber dem ging eine andere Erfahrung voraus, gleich zu Beginn des Polen-Feldzuges und im Anblick der SS-Verbrechen, die dort begangen wurden. Sie pressten ihm den Satz in die Feder: «Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.»

Es sind das Worte, die mancher Zeitgenosse heute nicht gern mehr hören mag und die doch als ergreifendes Zeugnis der Gewissensbedrängnis vor der Vergessenheit bewahrt werden sollten. Zudem knüpfen sich hier Erwägungen allgemeiner Art an. Es ist eine weit verbreitete Meinung, dass die deutsche Generalität bereitwillig mit dem Regime gegangen sei, solange die Aufrüstung grosse berufliche Aussichten eröffnete, und weiter dann, solange Siege geerntet wurden oder der Endsieg zu winken schien. Das trifft für Einzelfälle ohne Zweifel zu; und es ist auch einzuräumen, dass es schwer sein musste und in der kämpfenden Truppe kaum Widerhall finden konnte, wenn eine Offiziers-Opposition sich den zunächst ja atemberaubenden Erfolgen des Führers entgegenstellte, auf einem Wege noch dazu, der wenigstens zu Anfang als eine Revision gewisser Fehlentscheidungen von 1919 gelten konnte. Eine vielfältige Schicht von Motiven sehr verschiedener Art und Wertigkeit mochte sich hier querlegen. Man kennt die Kritik, die Männer des Widerstandes an den Karrieremachern und Ordenssternjägern geübt haben, oder auch an denen, die prinzipiell bereit, aber aus an sich pflichtmässigen Erwägungen nicht zum Handeln entschlossen waren.

Um so mehr ist hervorzuheben, dass es gerade in der höheren militärischen Führung der Männer genug gab, die auf einem Standpunkt standen oder früh zu ihm sich durchgerungen hatten, auf dem nur noch die Stimme des eigenen Gewissens Richter war. Sie haben zum Teil schon den Weg zum Kriege bekämpft oder durch eine innere Erhebung abzufangen gesucht, und zwar nicht nur, weil er zur Niederlage Deutschlands führen werde; auch setzte ihrer aller Widerstand nicht erst ein, als die Phase des Erfolges abgelaufen war. Sie haben sich dem Verbrecherischen, das dieser Politik wie dieser Kriegführung im Ganzen eigen war, entgegengestellt.

Entsprechendes wäre von der diplomatischen Opposition zu sagen. Gewiss, der Staatssekretär v. Weizsäcker und die Männer der Wilhelmstrasse, die ihm nahestanden, sind aus einer Politik, die sie missbilligten, nicht frontal ausgebrochen. Sie suchten, in ihrem Rahmen den Frieden zu wahren oder mindestens den Ausbruch des Krieges hinauszuschieben, wozu das Hereinbringen von Einzelerfolgen und die Auflösung festgefahrener Situationen mit den kon-

ventionellen Mitteln der Diplomatie durchaus gehörte. Aber daneben läuft eine andere, sehr unkonventionelle Linie. Sie beginnt während der Tschechen-Krise im August/September 1938, als nach einem Vorfühlen durch den pommerschen Cutsbesitzer v. Kleist eine Aktion Weizsäckers in London folgte, die durch die Erwirkung einer entschiedenen englischen Stellungnahme und damit durch die Klarstellung der Kriegsgefahr die Voraussetzung für den inneren Staatsstreich schaffen sollte. Diese Art indirekten Handelns setzte sich fort bis zum Kriegsausbruch. Entscheidend dabei war, dass ein Durchbruch traditioneller Bindungen geschah, dass eine Diplomatie gegen ihre eigene Regierung und für die Erhaltung des Friedens kämpfte, weiterhin, dass sie es tat, nicht nur, weil sie vom Angriff eine Katastrophe Deutschlands erwartete, sondern auch um einer menschenwürdigen Ordnung zwischen den Völkern willen.

Man kann gewiss fragen, ob bei den Führern des militärischen wie des diplomatisch-politischen Widerstandes der Klarheit der Einsicht und der moralischen Unantastbarkeit die Kraft und Massivität des Willens entsprach. Es waren das ja Männer, denen keine andere Rolle von Haus aus so wenig lag wie die des Revolutionärs oder Verschwörers. An Brutalität war ihnen der innere Gegner gewiss überlegen. Man braucht nur die Rede Himmlers an die Gauleiter zum 20. Juli zu lesen, um dessen gewahr zu werden, auf wie verschiedenen Ebenen nicht nur des Menschentums, sondern auch fanatischer Entschlossenheit sich dieser Kampf abgespielt hat. Aber für die Männer der mittleren Generation, für Sozialisten, Konservative und Christen, wenn nicht fanatischer so doch radikaler Art, dürfte der Abstand schon etwas anders zu formulieren sein. Nicht an Bedenklichkeit jedenfalls und Mangel an Einsatz oder an technischen Fehlern dilettantischer Verschwörer, wie man wohl lesen kann, und nicht am Widerstand gegen den Widerstand ist die Reihe der Anschläge bis zum 20. Juli und der dieses Tages selbst gescheitert.

Auch wird nicht zu übersehen sein, dass es den Männern des Widerstands nicht nur um die unmittelbare Reinigungstat ging, so sehr sie zentral blieb, es ging auch um die Frage, wie der Bürgerkrieg zu vermeiden und doch dem Weissbluten ein Ende zu machen sei. Und es ging nicht zum wenigsten darum, was an die Stelle des gestürzten Regimes treten sollte, für welches Zukunftsbild Deutschlands und Europas die Tat geschähe.

Dazu sind von Goerdeler, von Popitz und Jessen sowie vor allem im Kreisauer Kreise Überlegungen angestellt und Entwürfe ausgearbeitet worden, die auch heute noch starke Beachtung verdienen und bei denen es letzten Endes um Wiederherstellung und Bewahrung der Würde des Menschen, aber auch um durchgreifende gesellschaftliche Reformen ging. So hat einer aus diesem Kreise und zugleich ein Mann des Auswärtigen Amtes. Adam v. Trott, formu-

liert: «Die Opposition glaubt, dass die entscheidende Entwicklung in Europa auf sozialem, nicht auf militärischem Gebiet stattfinden wird.» Wie aber fanden Männer, die so stark religiös und sozial gebunden waren, den Entschluss zum Tyrannenmord? Und konnte eine solche Tat überhaupt das Unheil wenden? Moltke neigte zu der Auffassung, dass eine innere Revolte die Probleme nur verwirren werde. Aber weder verhärtet sich diese Ansicht bei ihm zu einem Dogma des nur passiven Widerstands noch wurde sie von anderen Mitgliedern des Kreises geteilt, einige nahmen vielmehr an der Vorbereitung wie an der Tat selbst aktiven, ja führenden Anteil. Und doch ist keinem von ihnen die quälende Frage erspart geblieben, ob Gewalt ein Heilmittel sein konnte. Erst recht in der älteren Generation war, wie schon betont, der Weg zu solchem Entschluss ein mühsamer. Um so weniger sollte man die Achtung vergessen gegenüber dem Gewissenskampf, mit dem hier um das Problem des politischen Mordes und auch des Treueids gerungen worden ist. Gerade, dass man diese Fragen nicht leicht nahm, macht zu einem Teil das sittliche Gewicht einer Entscheidung aus, die alle Hemmnisse überwand und die auch vor dem vollen Austrag des Dilemmas zwischen Beamten- oder Offizierspflicht, zwischen den üblichen Geboten nationaler Disziplin und einer höheren Vaterlandsliebe nicht zurückgeschreckt ist.

Dieses Dilemma musste sich im Kriege ungemein verschärfen. Wenn es darum ging, Deutschland und Europa vor dem drohenden Chaos zu bewahren, wenn es zu diesem Zweck galt, Kontakte mit dem Ausland aufzunehmen, so war eine selbstverständliche Voraussetzung dafür die entschiedenste Absetzung vom innerdeutschen Regime und von seinen Verbrechen. Man durfte nicht im leisesten dem Verdacht Vorschub leisten, dass es nur darum gehe, mit einem blauen Auge aus dem sowieso verlorenen Krieg herauszukommen, und nicht um eine radikale Wendung gegen Hitler und sein innen- wie aussenpolitisches System als gleichermassen sündhaft.

Aber bedeutete der Kampf gegen die eigene Regierung mitten im Krieg nicht zugleich ein Sichabsetzen von der Frontgemeinschaft, um so belastender, je schärfer sie unter sich gestellt, je hoffnungsloser sie insbesondere in der Abwehr der bolschewistischen Drohung verstrickt war? – Die Männer des deutschen militärischen Widerstandes in Heimatstäben wie in leitenden Kommandostellen in Ost und West wären gewiss die letzten gewesen, der opferreichen Kameradschaftsgesinnung, in der ihre Söhne, Verwandten und Freunde lebten, und der Härte der Pflichterfüllung, wie sie an der Front tagaus tagein geübt wurde, die hohe Achtung zu versagen, die ihnen für immer gebührt. Aber sie mussten für sich selbst eine schwere Pflicht und eine höhere Verantwortung auf sich nehmen, indem sie einer Führung sich widersetzten, die jene Opfer zu unmenschlichen Zielen eines barbarischen Grossreichs verbrauchte und zuletzt in einem

Götterdämmerungswahn versank, der in den eigenen Untergang ein ganzes Volk mit herabzureissen gedachte. Diejenigen, die am tiefsten loteten, waren von Anfang an überzeugt, dass man unter dem NS-Regime einen Sieg nicht einmal wünschen dürfe, den Sieg des Antichrist, wie es der Abwehrchef Canaris formulierte, des «Tiers aus dem Abgrund». Dass ein solcher Sieg an sich unwahrscheinlich war, auch im äusseren Triumph der ersten Jahre, und immer unwahrscheinlicher wurde, mochte deutlich sein, mindert aber nicht die Schwere des Konflikts.

Das Dilemma, vor dem viele standen, hat der Theologe Dietrich Bonhoeffer am schärfsten mit den Worten herausgestellt: «. . . Nur durch Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben.» Und als der Angriff auf die Neutralen, auf Dänemark und Norwegen, auf Holland und Belgien bevorstand, da hat der Abteilungsleiter der Abwehr, der Generalmajor Oster, aus freier Gewissensentscheidung dem neuen Unrecht durch eine Warnung an die Bedrohten Einhalt zu bieten gesucht.

An solches Denken und Handeln setzt das Geraune um den Dolchstoss an, mit dem der deutsche Widerstand die Kriegführung sabotiert habe oder mit dem die von Opposition zersetzten Heimatstäbe der Front in den Rücken gefallen seien, so dass dem Führer der sichere Sieg entglitt. Ja man kann heute lesen, dass nicht nur der Zusammenbruch von 1945, sondern auch der Kriegsausbruch selbst durch die deutsche Opposition verschuldet sei, weil nur das Wissen um ihre Existenz England zum Eingriff ermutigt habe. Das sind krasse Fälschungen und verzerrte Abwehrreaktionen, mit denen eine Entlastungsoffensive vorgetragen wird.

Aber auch eine zu niedrig gegriffene Verteidigung, die das Widerstandsproblem im Kriege bagatellisiert, weicht der geschichtlichen Wirklichkeit aus. Gewiss ist es richtig, dass keinerlei Sabotage irgendwie erheblicher Art geübt worden ist, nicht einmal von Fremdarbeitern, dass Osters Mitteilungen keinen Schaden taten, weil man sie für eine Finte hielt, und dass der Sieg aus vielen Gründen unerreicht war. Das ist von Sachverständigen für die verschiedensten Teilfragen in einwandfreier Untersuchung bestätigt worden.

Man kann weiterhin auch begründetermassen vom Unrechtscharakter des Regimes sprechen, demgegenüber man nicht habe Unrecht tun können, oder vom erschlichenen Eid, der im Sinne eines zweiseitigen Treueverhältnisses schon längst von dem aufgelöst war, dem man ihn geleistet hatte. Aber solche Beweisführung verhüllt den Kern des Problems, seine geschichtliche sowohl wie seine bleibende Bedeutung. Der Widerstand bedarf nicht dieser Art von Verteidigung; die Besten in seinen Reihen wussten ohnehin, dass sie der letzten Gerechtigkeit entbehrten und der Gnade Gottes unterworfen

blieben. Aber dies Bewusstsein entband sie nicht davon, sondern bestärkte sie in der Pflicht des Angriffs gegen ein System, das des Menschen Gewissen zu vergewaltigen und ein ganzes Volk in Verbrechen zu verstricken und in den Untergang zu führen unternahm.

Damit ist eine Grenzsituation bezeichnet, in der die Rangordnung traditioneller Werte in Frage gestellt wird und der Anspruch eines Unbedingten hindurchbricht. Das hatten im deutschen Widerstand gerade Kreise zu erfahren, die besonders stark an überkommenen Massstäben hingen. Was für sie der Grenzfall und die Herausforderung zum Durchbruch war, das hat einer der Kreisauer, der Graf Yorck, vor dem Volksgerichtshof in aller Klarheit und Schlichtheit ausgesprochen: «Das Wesentliche ist der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Bürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen.»

Solche Erfahrungen und Situationen müssen ins Gedächtnis gerufen werden, nicht nur um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen, sondern auch mit dem Blick auf Möglichkeiten der Gegenwart und der Zukunft. Es sind vom deutschen Widerstand Umwertungen vorgelebt und vorgestorben worden, die zum Wesen der Zeit gehören, in der wir existieren, jedenfalls überall da, wo das Totalitäre herrscht oder droht – Umwertungen im Sinn einer international gültigen Front des Menschlichen gegen das Unmenschliche. In einem oft zitierten Wort hat ein anderer Kreisauer, der Graf Moltke selbst, geschrieben, dass die Zukunft Europas weniger ein Problem von Grenzen und Soldaten, von wasserkopffartigen Organisationen und grossartigen Planungen sei als vielmehr davon abhängen, «wie das Bild des Menschen» wiederhergestellt werden könne.

Der bekannte amerikanische Sowjetexperte G. F. Kennan hat dies Wort mit ungewöhnlichem Nachdruck aufgenommen und davon gesprochen, wie bitter nötig Männer von der Art des Grafen Moltke seien, wenn «die Zukunft der Region von der Elbe bis zur Beringstrasse wieder eine glücklichere sein soll.»

Es liegt darin die Anerkennung einer Realität, die als Überzeugung und Opferwille an der Grenze des menschlich Zumutbaren zur Wirkung kommt, wie der 17. Juni und die Ereignisse in Posen und Budapest seitdem unter Beweis gestellt haben. Der deutsche Widerstand sah sich einer in vieler Hinsicht einmaligen Grenzsituation gegenüber. Aber die Art, wie seine führenden Männer für die Pflichten und die Würde des Humanen und des Christlichen Zeugnis abgelegt haben, macht sie zum Vortrupp einer Bewegung über den Einzelfall wie über nationale Ziele und nationale Grenzen hinaus.

## 2. Erklärung Churchills im britischen Unterhaus 1946

«In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Grössten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne eine Hilfe von innen oder aussen – einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Solange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar und unerkennbar, weil sie sich tarnen mussten. Aber an den Toten ist der Widerstand sichtbar geworden. Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah. Aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus. Wir hoffen auf die Zeit, in der das heroische Kapitel der innerdeutschen Geschichte seine gerechte Würdigung finden wird.»

## VIII

### AUS DER CHRONIK DES DEUTSCHEN WIDERSTANDES GEGEN HITLER

- 1933  
30.1. Adolf Hitler Reichskanzler einer sog. «nationalen Regierung» aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Stufenweise wird das totalitäre nationalistische System errichtet.
- 23.3. Rede des sozialdemokratischen Parteiführers O. Wels im Reichstag gegen das «Ermächtigungsgesetz».
- September M. Niemöller gründet in Berlin-Dahlem den «Pfarrer-Notbund» (Keimzelle der «Bekennenden Kirche»); Weihnachten gehören ihm bereits 6'000 Pfarrer an (das ist ein Drittel aller evangelischen Geistlichen).
- 1934  
7.2. Indizierung des Buches von A. Rosenberg «Der Mythos des 20. Jahrhunderts» durch die katholische Kirche.
- 22.4. Erstes gemeinsames Auftreten der «Bekennenden Kirche» in Ulm.
- 7.6. Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates: Darlegung und Verteidigung des wahren Glaubens gegen die Irrtümer der Zeit.
- 17.6. Papens (von Edgar Jung entworfene) Rede in Marburg.
- 19./20.10. Die Evangelische Kirche beruft sich auf das «kirchliche Notrecht» (Zweite Bekenntnissynode) Illegale Tätigkeit (in Betriebszellen u.a.) sozialistischer und gewerkschaftlicher Kreise setzt ein.
- 1935  
4./5.3. Zurückweisung der nationalsozialistischen Weltanschauung auf der Bekenntnissynode der evgl. Kirche der Altpreuussischen Union («Wir sehen unser Volk von einer tödlichen Gefahr bedroht. Die Gefahr besteht in einer neuen Religion»).



- Verstärkter Kampf der NSDAP gegen die katholische Bekenntnisschule.
- August Denkschrift der deutschen katholischen Bischöfe an Adolf Hitler zur religiös-kirchlichen Lage.
- 1936  
Mai Denkschrift des radikalen Flügels der kämpfenden evgl. Kirche gegen die «Entchristlichung» des deutschen Lebens und gegen die «Beseitigung des Bechtsstaates» (Für Hitler bestimmt).
10. 9. Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates zum Schutze der Bekenntnisschule.
- 1937  
1. 1. Rundschreiben von Papst Pius XI. «Mit brennender Sorge» gegen das «Völkische Neuheidentum».
- Höhepunkt des Kirchenkampfes: etwa 800 Mitglieder der «Bekennenden Kirche» und zahlreiche katholische Geistliche werden verhaftet und ins KZ gebracht.
- 1938  
5. 5. Erste Denkschrift des Chefs des Generalstabs des Heeres, des Generals L. Beck, gegen Hitlers Aggressionspolitik.
3. 6. Becks zweite Denkschrift.
16. 7. Becks grosse dritte Denkschrift (Warnung vor einer Katastrophe).
29. 7. Becks Vortrag beim Oberbefehlshaber des Heeres, Gen.-Oberst v. Brauchitsch (erster Keim für eine Staatsstreichplanung).
19. 8. Unterredung Churchills mit Ewald v. Kleist.
19. 8. Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates über Kampf gegen Kirche und Christentum in Deutschland.
31. 8. Entlassung Becks (öffentlich erst Ende Oktober bekanntgegeben).
7. 9. E. Kordt legt dem britischen Aussenminister Halifax eine Erklärung des Staatssekr. v. Weizsäcker vor (Forderung nach einer unzweideutigen Stellungnahme der britischen Regierung gegen Hitlers Kriegspolitik).
28. 9. Zum erstenmal Festnahme Hitlers vorgesehen (Halder-Witzleben-Oster-Aktion); infolge des Münchener Abkommens unausführbar.

12. 12. Stellungnahme zu «Die grosse Lüge des politischen Katholizismus» von Dr. Konrad Graf v. Preysing, Bischof von Berlin, überreicht den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung und den deutschen Bischöfen.
- 1939**
- Sommer Im Ausland berichten über Hitlers Politik: Goerdeler in England und Frankreich, Pechel in England, Trott zu Solz und die Brüder Kordt in den USA und England, Schlabrendorff in England
3. 9. Gen.-Oberst v. Hammerstein (OB einer Armee-gruppe im Westen) beabsichtigt, Hitler bei einem Frontbesuch festzunehmen. (Der Frontbesuch wird abgesagt.)
- Oktober Erster Versuch von J. Müller, mit der britischen Regierung über den Vatikan Verbindung aufzunehmen.
11. 10. u. 31. 10. Denkschriften des Gen.-Oberst W. Ritter v. Leeb (OB der Heeresgruppe C) gegen Hitlers geplante Westoffensive.
- Anfang Nov. Erstes geplantes Attentat auf Hitler (Halder-Oster-Kordt), wegen des Bürgerbräu-Attentats (Elser) am 8.11. und infolge des Zögerns der Generale nicht ausgeführt.
27. 11. Engerer Kontakt zwischen Leuschner (SPD) – Kaiser (Christl. Gewerkschaften) zu Beck – Goerdeler hergestellt.
- Nov.-Febr. 1940 Trott zu Solz sondiert in den USA.
- 1940**
- Januar-Februar Erstes (bis heute bekannt gewordenes) Verfassungsprogramm für den Fall des Umsturzes ausgearbeitet (Goerdeler-Hassell) mit der Primärforderung, die Würde des Gesetzes wiederherzustellen
22. 2. Aussprache Hassells mit J. Lonsdale Bryans in Arosa.
- 14./15. 4. Zweite Aussprache.
- 1941**
30. 5. Friedensplan Goerdelers, für die britische Regierung bestimmt.
20. 6. Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopates über die Bedrückung der Kirche in Deutschland.

16. 7. Denkschrift Kardinal Bertrams an das Reichsjustizministerium über Tötung Geisteskranker.
28. 7. Bischof Clemens August Graf v. Galen erhebt beim Polizeipräsidenten von Münster Anklage wegen Mordes sog. «unproduktiver Volksgenossen» in Heilanstalten.
4. 8. Plan, Hitler während einer Besprechung im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte (v. Bock) zu beseitigen, wegen zu starker Sicherungsmassnahmen aufgegeben.
- Ende November Erneuter Versuch der Widerstandsgruppe Beck-Goerdeler, Verbindung mit der amerikanischen Regierung herzustellen (über P. L. Lochner).
- Ende Dezember GFM v. Witzleben ist bereit, mit Beck und Goerdeler an der Westfront einen Umsturz durchzuführen (im März 1942 aufgegeben, da Witzleben operiert wird).
- 1942
- April Goerdeler trifft in Stockholm den Bankier Wallenberg, um über diesen die Verhandlungs- und Friedensbereitschaft der Alliierten zu erkunden (im November treffen sich beide in Berlin. Kontakt besteht bis 1944).
- Pfingsten Zusammenkünfte des «Kreisauer Kreises» auf dem schlesischen Besitztum des Grafen v. Moltke (bei Schweidnitz), ebenso im Oktober 1942 und
26. 5.-31. 5. Fühlungnahme der Pastoren Schoenfeld und Bonhoeffer mit dem englischen Bischof von Chichester in Schweden.
- Juli Goerdeler versucht in Smolensk, GFM v. Kluge für die Opposition zu gewinnen.
- 1943
- Februar Studentenerhebung in München (Geschwister Scholl: «Wiederherstellung der Ehre»).
22. 2. Hinrichtung der Geschwister Scholl.
13. 3. Die Zeitbombe in Hitlers Flugzeug (Schlabrendorff-Tresckow) versagt.
21. 3. Das Attentat im Zeughaus lässt sich nicht durchführen (Gersdorff).
26. 3. Geheime Denkschrift Goerdelers für die Genera- lität über die Notwendigkeit eines Staatsstreiches.
5. 4. Dohnanyi und Bonhoeffer verhaftet.

17. 5. Brief Goerdelers an Gen. Olbricht, den rechten Moment für den Staatsstreich herbeizuführen.
- Anfang Juli Oberstlt. Graf v. Stauffenberg in die Verschwörung eingeweiht.
25. 7. Brief Goerdelers an GFM v. Kluge.
9. 8. Letzter Reformentwurf der «Kreisauer» (Weisung an die Landesverweser und Grundsätze für die Neuordnung mit Forderung nach «Bestrafung von Rechtsschändern»).
26. 8. Aussprache Popitz mit Himmler.
- September Aussprache Becks mit Goerdeler und v. Kluge in der Wohnung von Gen. Olbricht («Geburtsstunde des 20.7.»).
- Anfang Oktober Graf v. Stauffenberg zum Chef des Stabes AHA ernannt.
- Ende November Auf den Vorarbeiten Tresckows aufbauend, hat Stauffenberg die technischen Vorbereitungen für den Umsturz abgeschlossen.
- 1944
- Januar Mitglieder des «Solf-Kreises» werden verhaftet. Der «Kreisauer-Kreis» wird durch die Verhaftung Moltkes gesprengt. Die deutsche Abwehr gerät unter die Kontrolle Kaltenbrunners.
11. 2. Bombenattentat auf Hitler geplant. (Nicht ausgeführt, weil Himmler bei der Besprechung fehlte.)
9. 3. Plan, Hitler bei der Lagebesprechung zu erschies-sen.
15. 5. GFM Rommel und Gen. v. Stülpnagel (Paris) planen die Festnahme Hitlers und seine Aburteilung durch ein deutsches Gericht.
- Mai/Juni Graf v. Stauffenberg sucht Verhandlungen mit England.
- 4./5. 6. Verhaftung der Sozialdemokraten Leber und Reichwein.
1. 7. Oberst i. G. Graf v. Stauffenberg zum Chef des Stabes des BdE ernannt; am
11. 7. versuchte er zum ersten Male (Obersalzberg) und
15. 7. am
- zum zweiten Male («Wolfsschanze»), ein Attentat auf Hitler durchzuführen.
- GFM Rommel schickt an Hitler die ultimative Aufforderung, den Krieg einzustellen, und ist zu einem eigenmächtigen Waffenstillstand bereit.

17. 7. GFM Rommel schwer verletzt nach einem Fliegerangriff.
20. 7. Bombenanschlag des Grafen v. Stauffenberg auf Hitler in der «Wolfsschanze».  
Sein Misslingen zerschlägt alle Pläne, und die Widerstandsbewegung wird grauenvoll ausgerottet.

## IX

### LITERATURVERZEICHNIS

(Kritische Auswahl)

- Abshagen, Karl Heinz: Canaris. Stuttgart (DVG) 1954.
- Adolph, Walter: Im Schatten des Galgens. Berlin (Morus-Verlag) 1955.
- Beck, Ludwig: Studien (Hrsg. Hans Speidel). Stuttgart 1955.
- Beckmann, Joachim (Hrsg.): Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933-1944. Gütersloh 1948.
- Besgen, Achim: Der stille Befehl, Medizinalrat Kersten, Himmler und das Dritte Reich, München 1960.
- Bonhoeffer, Dietrich: Widerstand und Ergebung. München (Chr. Kaiser) 1951.
- Bonhoeffer, Dietrich: Gesammelte Schriften (Hrsg. v. E. Bethge). Bd. I u. II. München 1958 ff.
- Borch, Herbert v.: Obrigkeit und Widerstand. Tübingen (Mohr) 1954.
- Boveri, Margret: Der Verrat im 20. Jahrhundert. 4 Bde. Hamburg (Rowohlt) 1956 ff.
- Braubach, Max: Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht. Köln/Opladen 1953.
- Budde, Eugen und Lütsehes, Peter: Der 20. Juli. Düsseldorf (Raven) 1952.
- Churchill, Winston Spencer: The Second World War. 6 Bde. London/Boston 1948 ff. (Deutsche Übersetzung: Der zweite Weltkrieg. Hamburg 1949 ff.).
- Delp, Alfred S.J.: Im Angesicht des Todes. Frankfurt/M. (Jos. Knecht) 1947.
- Dehn, G. und Wolff, E.: Gottesrecht und Menschenrecht. München 1954.
- Dörnberg, E. v.: Wehrmachtsjustiz im Dritten Reich. Hannover 1948.
- Dönhoff, Gräfin Marion: Den Freunden zum Gedächtnis. Hamburg (Dulk) 1946.
- Dulles, Allen Welsh: Verschwörung in Deutschland. Zürich (Europa-Verlag) 1948.
- Erdmann, Karl Dietrich: Die Zeit der Weltkriege (in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4 mit umfassender Bibliographie). Stuttgart 1959.
- Fitz Gibbon. Constantine: 20th July. New York (Norton) 1955.

- Foerster, Wolfgang: Generaloberst Ludwig Bede. Sein Kampf gegen den Krieg. München (Isar-Verlag) 1953, 2. Aufl.
- Foertsch, Hermann: Schuld und Verhängnis. Stuttgart (DVA) 1951.
- Gallin, Mary Aline (Hrsg.): Die Vollmacht des Gewissens. München (H. Rinn) 1956.
- Gisevius, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende. 2 Bde. Zürich (Neuauf-  
lage) 1954.
- Gollwitzer, Helmut, Kuhn, Käthe und Schneider, Reinhold: Du hast mich heimgesucht bei Nacht. München (Chr. Kaiser) 3. Aufl. 1955.
- Görlitz, Walter: Der zweite Weltkrieg. 2 Bde. Stuttgart (Steingrüben) 1951/52.
- Hagen, Hans W.: Zwischen Eid und Befehl. Tatzeugen-Bericht von den Ereignissen am 20. Juli 1944. München 2. Aufl. 1959.
- Hammer, Walter: Theodor Haubach zum Gedächtnis. Frankfurt/M. (Europ. Verlagsanstalt) 1955.
- Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Frankfurt/M. (Europ. Verlagsanstalt) 1956.
- Hassell, Johann Dietrich v.: Verräter? Patrioten! Köln (Bachem) 1946.
- Hassell, Ulrich v.: Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Zürich (Atlantis) 1946.
- Haushofer, Albrecht: Moabiter Sonette. Berlin (Blanvalet) 1946.
- Hermelink, Heinrich: Kirche im Kampf. Tübingen/Stuttgart (Rainer Wunderlich) 1950.
- Heusinger, Adolf: Befehl im Widerstreit. Tübingen/Stuttgart. (R. Wunderlich) Neuauf-  
lage. 1959.
- Heyland, G.: Das Widerstandsrecht des Volkes gegen verfassungswid-  
rige Ausübung der Staatsgewalt im neuen deutschen Verfassungs-  
recht. Tübingen (Mohr) 1950.
- Hildebrandt, Rainer: Wir sind die Letzten. Aus dem Leben des Wider-  
standskämpfers Albrecht Haushofer und seiner Freunde.  
Neuwied/Berlin (Michael-Verlag) 1948.
- Hirt, Simon (Hrsg.): Mit brennender Sorge. Das päpstliche Rundschrei-  
ben gegen den Nationalsozialismus und seine Folgen in Deutschland.  
Freiburg/Br. (Herder) 1946.
- Hofer, Walther: Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945.  
(Fischer-Bücherei) Frankfurt/M. 1957.
- Hofer, Walther: Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. (Fischer-  
Bücherei) Frankfurt/M. 1960.
- Hofmann, Konrad (Hrsg.): Zeugnis und Kampf des deutschen Episko-  
pates. Freiburg/Br. (Herder) 1946.
- Jacobsen, Hans-Adolf: Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumen-  
ten. Darmstadt (Wehr und Wissen) 4. Aufl. 1960.
- Käst, Augustin: Die Bad. Märtyrerpriester. Karlsruhe (Badenia) 1949.
- Kiesel, Georg: SS-Bericht über den 20. Juli. Nordwestdeutsche Hefte,  
2. Jg. Nr. 2, Febr. 1947, Hamburg (Hammerich und Lesser).

- Klepper, Jochen: Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942. Stuttgart 1956.
- Kloenne, Arno: Gegen den Strom. Ein Bericht über die Jugendopposition im Dritten Reich. Frankfurt/M. (Goedel) 1958.
- Kogon, Eugen: Der SS-Staat. München (Alber) 1946.
- Kordt, Erich: Wahn und Wirklichkeit. Stuttgart (DVG) 1947.
- Kordt, Erich: Nicht aus den Akten ... Stuttgart (DVG) 1950.
- Kosthorst, Erich: Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug. Bonn (Bundeszentrale für Heimatdienst) 1954.
- Kraus, Herbert: Die im Braunschweiger Remerprozess erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. Hamburg (Girardet) 1953.
- Krausnick, Helmut: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler (in: Die Vollmacht des Gewissens). München (Hermann Rinn) 1956.
- Künne, Walter: Die evangelisch-lutherische Theologie und das Widerstandsrecht (ebd.). München (Hermann Rinn) 1956.
- Künne, Walter: Der grosse Abfall. Hamburg (Franz Wittig) 1949.
- Leber, Annedore: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-1945. Berlin/Frankfurt (Mosaik-Verlag) 1954.
- Leber, Annedore: Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933 bis 1945 in Lebensbildern. Ebd. 3. Aufl. 1958.
- Leber, Julius: Ein Mann geht seinen Weg. Berlin 1952.
- Lilje, Hanns: Im finstern Tal. Nürnberg (Lätare-Verlag) 1948.
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Frankfurt 1958.
- Materialien zu einem Weissbuch der deutschen Opposition SPD. London 1946.
- Mau, Hermann, und Krausnick, Helmut: Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933-1945. Tübingen/Stuttgart 1959.
- Medizin ohne Menschlichkeit, Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Hrsg. von A. Mitscherlich u. Fred Mielke. Frankfurt/M. (Fischer-Bücherei) 1960.
- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Wiesbaden (Brockhaus) 4. Aufl. 1949.
- Miller, Max: Eugen Bolz. Stuttgart (Schwabenverlag) 1951.
- Moltke, Graf Helmuth James v.: Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel. Berlin (Karl H. Henssel) 1951.
- Neuhäusler, Johann: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand. 2 Teile. München (Verlag Kath. Kirche Bayerns) 1946.
- L'opposition Allemande à Hitler, Sondernummer der Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale, Paris, Oktober 1959.



- Oven, Wilfred v.: Mit Goebbels bis zum Ende. Buenos Aires (Dürer-  
verlag) 1949.
- Paetel, Karl Otto (Hrsg.): Deutsche innere Emigration. New York  
(Friedrich Krause) 1946.
- Pechel, Rudolf: Deutscher Widerstand. Erlenbach-Zürich (Eugen  
Rentsch) 1947.
- Picard, Max: Hitler in uns selbst. Zürich (Eugen Rentsch) 1946.
- Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier  
1941/42. Bonn (Athenäum) 1951.
- Pölchau, Harald: Die letzten Stunden. Berlin (Verl. Volk u. Welt) 1949.
- Portmann, Heinrich (Hrsg.): Bischof Graf v. Galen spricht. Freiburg  
(Herder) 1946.
- Pribilla, Max: Der Eid nach der Lehre der kath. Moraltheologie (in:  
Die Vollmacht des Gewissens). München (Hermann Rinn) 1956.
- Rauschnig, Hermann: Gespräche mit Hitler. Zürich (Europaverlag)  
1939.
- Reichmann, Eva: Die Flucht in den Hass. Die Ursachen der deutschen  
Judenkatastrophe. Frankfurt/M. (Europ. Verlagsanst.) o. J.
- Remer, Otto: 20. Juli 1944. Hamburg (Verlag Deutsche Opposition)  
1951.
- Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewe-  
gung. Stuttgart 3. Aufl. 1956.
- Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Frankfurt/M.  
(Fischer-Bücherei) 1958.
- Rüge, Friedrich: Rommel und die Invasion. Stuttgart 1959.
- Scheurig, Bodo: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der  
Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945. München  
1960.
- Schlabrendorff, Fabian v.: Offiziere gegen Hitler. Frankfurt/M.  
(Fischer-Bücherei) 1959.
- Schmidt, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945. Bonn  
(Athenäum) 1949.
- Scholl, Inge: Die Weisse Rose. Frankfurt/M. (Fischer-Bücherei) 1955.
- Schramm, Wilhelm Ritter v.: Der 20. Juli in Paris. Wörishofen 1953.
- Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewe-  
gung. Hannover/Frankfurt 1958.
- Schwerin v. Krosigk, Graf Lutz: Es geschah in Deutschland. Tübingen  
(Rainer Wunderlich) 1952.
- Speidel, Hans: Invasion 1944. Tübingen (R. Wunderlich) 1949.
- Steltzer, Theodor: Von deutscher Politik. Frankfurt/M. (Knecht) 1949.
- Strölin, Karl: Verräter oder Patrioten? Stuttgart (Vorwerk) 1952.
- Tippelskirch, Kurt v.: Geschichte des zweiten Weltkrieges. Bonn  
(Athenäum) 2. Aufl. 1956.
- Treue, Wilhelm: Die Staatsideen der deutschen Widerstandsbewegung  
gegen den Nationalsozialismus. Göttingen 1955.

- Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart 1953 ff.
- Die Vollmacht des Gewissens. Hrsg, von der Europäischen Publikation  
e. V. München (Hermann Rinn) 1956.
- Vollmer, Bernhard: Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und  
Regierungsberichte (1934-1936). Stuttgart 1957.
- Weisenborn, Günther: Der lautlose Aufstand. Hamburg (Rowohlt)  
2. Aufl. 1954.
- Wheeler-Bennet, John: Die Nemesis der Macht. Düsseldorf (Droste)  
1954.
- Zeller, Eberhard: Geist der Freiheit. Der 20. Juli 1944. Taschenbuch-  
ausgabe, München (Hermann Rinn) 1957.
- Zuckmayer, Carl: Carlo Mierendorff. Berlin (Suhrkamp) 1949.

## X

### PERSONENVERZEICHNIS

- Abetz, Otto, dt. Botschafter in Frankreich 132 ff.
- Adam, Wachtmeister, Telefonist im Führerhauptquartier 111
- Albers, Joh» KAB 30
- Albrecht v. Württemberg 55
- Ander, Hauptfeldwebel 129
- Angermair, Rupert, Professor Dr. 219 ff.
- Antonescu, Marschall 88 91
- Arnold, Karl KAB 30
- Assmann, Kapitän zur See 109 135
- Badoglio, ital. General 92 97
- Bargatzky, Walter 130 ff.
- Bauer, Oberst 56
- Beck, Ludwig, Generaloberst 12 14 f. 30 43 ff. 49 f. 81 108 135 156 167 173 182 235 ff. 248
- Berger, Stenograph Hitlers 105 109 135
- Bernardis, Robert, Oberstleutnant 178 182
- Bernstorff, Graf Albrecht v., Botschaftsrat 182
- Bethge, Eberhard 51
- Blomberg, v., Generaloberst 237
- Blumenthal, Hans Jürgen, Graf v., Major 182
- Bode, v., Generalfeldmarschall 50
- Bodenschatz, General 109 135
- Boehmer, Hasso v., Oberstleutnant 182
- Bolz, Eugen, Staatspräsident von Württemberg 179 182
- Bonhoeffer, Claus, Chefsyndikus der Lufthansa 182
- Bonhoeffer, Dietrich, evang. Pfarrer 12 47 51 f. 182 254
- Borgmann, Oberstleutnant 78 109 135
- Bormann, Reichsleiter 165 177
- Bose, Dietrich v., Oberstleutnant 100
- Boeselager, Georg v., Oberstleutnant 53 101
- Brandt, Oberst 54 f. 105 109 111 135
- Brauchitsch, v., General 124
- Bredow, v., General 238
- Breidbach-Bürresheim, Randalph, Freiherr v. 182
- Brücklmeier, Eduard, Legationsrat im AA 183
- Brüning, Heinridr, Reichskanzler 31
- Buchholz, Peter, kath. Pfarrer 178 ff. 194
- Buck, Leutnant 125 ff.
- Budde, Eugen 170 f. 174
- Buhle, General 109 ff. 135
- Busch, General 89
- Bussche, Axel von dem, Hauptmann 101

- Caminecci, Oscar 183  
 Canaris, Wilhelm, Admiral 30  
 254  
 Chevallerie, General 78  
 Churchill, Winston 256  
 Conti, Dr., Reichsärzteführer 23  
 Cramer, Walter, Industrieller,  
 Direktor der Stöhr-AG 179 183
- Daladier, franz. Ministerpräsi-  
 dent 43  
 Delbrück, Justus, Fabrikant 183  
 Delp, Alfred, Jesuitenpater 36 f.  
 179 183 187 ff. 195  
 Dethleffsen, Generalmajor 241  
 Dieckmann, Wilhelm, Oberregie-  
 rungsrat 183  
 Dietrich, Reichspressechef 59  
 Dietrich, SS-Obergruppenführer  
 83 ff.  
 Dohna-Tolksdorf, Heinrich Graf  
 zu, Gutsbesitzer 183  
 Dohnanyi, Hans v., Reichsge-  
 richtsrat 54 f. 183  
 Dollmann, Generaloberst 76 ff.  
 Dönitz, Grossadmiral 160 163 165  
 223  
 Dorsch, Hans Martin, Oberleut-  
 nant 183  
 Drechsel, Max Ulrich Graf v.,  
 Gutsbesitzer 183 196 f.
- Eberhard, Heinz, General 79 ff.  
 Ebert, Friedrich, Reichspräsident  
 203  
 Eden, Anthony 52  
 Einsiedel, Horst v. 36 ff.  
 Eisenhower, amerik. Präsident
- Elsas, Dr. Fritz, 2. Bürgermeister  
 von Berlin 183  
 Engelhorn, Karl-Heinz, Oberst-  
 leutnant 183  
 Erdmann, Hans Otto, Oberst-  
 leutnant 183  
 Erthel, Oberstleutnant 122 ff.  
 Even, Mitglied der KAB 30
- Faulhaber, Kardinal 12  
 Fellgiebel, Erich, General 106 112  
 168 176 183  
 Finckh, Eberhard, Oberst 76 183  
 Fleischmann, Max, Universitäts-  
 professor 183  
 Foerster, Wolfgang 15  
 Frank, Reinhold, Rechtsanwalt  
 183  
 Freisler 36 172 ff. 176 180 f. 193  
 195 f.  
 Freytag-Loringhoven, Wessel,  
 Freiherr v., Oberst 183  
 Frick, Walter, Kaufmann 183  
 Friebe, Helmut, Generalleutnant  
 a. D. 235  
 Fritsch, von, Generaloberst 237 f.  
 Fromm, Generaloberst 104 f. 111  
 128  
 Fugger zu Glött, Fürst 36
- Galen, Graf v., Bischof 12 18 ff.  
 Gehre, Ludwig, Hauptmann, 54 f.  
 183  
 Gehrke, Oberstleutnant 128  
 Gerstenmaier, Eugen 36 193 ff.  
 Geyr v. Schweppenburg, Frei-  
 herr, General 76 78 f.  
 Gloeden, Elisabeth Charlotte  
 geb. Kutznizki 183

- Goebbels, Josef 41 48 108 124 f.  
129 f. 132 179
- Gockeln, Mitglied der KAB 30
- Gollwitzer, Helmut 199 f.
- Goerdeler, Carl Friedrich, Oberbürgermeister von Leipzig 12  
30 32 35 46 f. 50 55 75 141 ff.  
177 ff. 183 248 f. 252
- Goerdeler, Fritz, Stadtkämmerer von Königsberg 183
- Göring, Hermann 48 57 59 81 105  
135 160 162 165
- Gröber, Conrad, Erzbischof 12
- Gronowski, Arbeitersekretär 30
- Gross, Nikolaus, christl. Gewerkschaftsführer und Redakteur  
29 ff. 179 183 197 ff.
- Groscurth, Helmut, Oberst 183
- Guderian, Generaloberst 127 162
- Guttenberg, Karl Ludwig, Freiherr von, Gutsbesitzer 183
- Habermann, Max, christl. Gewerkschaftsführer 183
- Haeften, Hans Bernd v., Legationsrat 183
- Haeften, Hans, Oberleutnant  
36ff. 101 108 f. III f. 176
- Haeften, Werner v., Syndikus  
183
- Hagen, Albrecht v., Syndikus 183
- Hagen, v., Oberleutnant 101  
122 ff.
- Hahn, Kurt, Oberst 183
- Halder, Generaloberst 237
- Halem, Nikolaus von, Kaufmann  
183
- Hamm, Eduard, Staatssekretär  
a. D. 183
- Hammer, Walter 166
- Hammerstein, v., Generaloberst  
50
- Hansen, Georg, Oberst 183
- Hansen, Admiral 240
- Harnack, Ernst v., Regierungspräsident a. D. 183
- Hase, Paul v.» Generalleutnant  
108 122 124 ff. 128 ff. 178 f.  
183 235
- Hassell, Ulrich v., dt. Botschafter in Rom 177 183 249
- Haubach, Dr. Theodor, Sozialdemokrat 36 183 195
- Haushofer, Albrecht, Professor  
183
- Hausser, SS-Obergruppenführer  
78 83
- Hayessen, Egbert, Major 123 ff.  
129 f. 183
- Heise, G., Oberstleutnant 129
- Helfer, G., Major 241
- Helldorf, Wolf Graf von, Polizeipräsident 184
- Herfurth, Otto, Generalmajor 184
- Hermelink, Heinrich 25 28
- Heusinger, Generalleutnant 102  
108 135
- Himmler 48 50 81 105 126 ff.  
161 ff. 166 172 218 237 252
- Hindenburg 237 243
- Hinkel, Hans, Reichsfilmintendant 180 f.
- Hirt, Simon, Prälat 18
- Hitler 11 f. 27 30 41 f. 43 ff. 52 ff.  
57 ff. 76 ff. 78 ff. 85 ff. 88 ff.  
96 ff. 100 ff. 133 137 156 ff.  
159 ff. 165 f. 171 f. 180 187  
193 201 ff. 220 ff. 231 236 ff.  
243 ff. 249 f. 253
- Hofacker, Cäsar v., Oberstleutnant 81 ff. 130 ff. 134 f. 184

- Hofmann, Konrad, Redakteur 17  
197
- Hoepner, Erich, Generaloberst  
107f. 118 ff. 179 184 235
- Horst, Dr. Max 81 135
- Horthy, v. 90
- Hösslin, Roland v., Major 184
- Hübener, Otto, Versicherungs-  
direktor 184
- Husen, Paulus van 36
- Iwand, Dr. Hans-Joachim, Pro-  
fessor 226 ff.
- Jacobsen, Hans-Adolf 46
- Jaeger, Friedrich, Oberst 184
- Jennewein, Max, Mechaniker 184
- Jessen, Jens, Professor 252
- Jodl, General 135 165 f.
- John, Hans, Jurist 184
- Joos, Josef, KAB 29 f.
- Jünger, Ernst 248
- Kaiser, Hermann, Studienrat 184
- Kaiser, Jakob, Gewerkschaftler  
30 f. 50 180 248
- Kaiser, Hauptmann 75
- Kaltenbrunner 172
- Keitel, Generalfeldmarschall 77 ff.  
81 ff. 106 Ulf. 135 239
- Kempner, Franz, Staatssekretär  
184
- Kennan, G. E., amerik. Sowjet-  
experte 255
- Kesselring, Generalfeldmarschall  
93
- Kiep, Otto, dt. Generalkonsul in  
New York 184
- Kissling, Georg Gonrad 184
- Klamroth, Bernhard, Oberstleut-  
nant 184
- Klamroth, Hans-Georg, Kauf-  
mann 184
- Klausing, Friedrich-Karl, Haupt-  
mann 178 184
- Kleist-Schmenzin, Ewald v.»  
Gutsbesitzer 184 252
- Kluge, Günther v., Generalfeld-  
marschal) 50 ff. 54 f. 79 ff. 82  
96 131 133 ff.
- Knaak, Gerhard, Major 184
- Knauss, Dr., General der Flieger  
241
- Koch, Hans, Rechtsanwalt 184
- Köhler, Dr. 36
- Kolbe, Feldwebel im Führer-  
hauptquartier 113
- König, P.» SJ 195
- Könzgen, Gottfried, KAB 29 ff.
- Koerner, Heinrich, christl. Ge-  
werkschaftsführer 30 184
- Korten, General 105 109 135
- Kossmann, Minister der Saar-  
Regierung 180
- Kranzbühler, Flottenrichter 223
- Kranzfelder, Alfred, Korvetten-  
kapitän 184
- Kraus, Herbert 226 246
- Küchler, Feldmarschall 50
- Kuhn, Major 101 199 f.
- Kuenzer, Richard, Legationsrat  
184
- Kutznitzki, Elise Auguste, geb. v.  
Liliencron 184
- Landcer, Fritz v. d., Oberstleut-  
nant 184
- Langbehn, Carl, Rechtsanwalt  
184

- Leber, Julius, führender Sozialdemokrat 36 ff. 184 248  
 Lehdorff-Steinort, Heinrich Graf v., Gutsbesitzer 184 249  
 Lejeune-Jung, Paul, Syndikus 177 f. 184  
 Leonrod, Ludwig Freiherr v., Major 184  
 Letterhaus, Bernhard, Führer der KAB 29 ff. 179 184  
 Leuninger, Franz, Generalsekretär des CMV 184  
 Leuschner, Wilhelm, hessischer Innenminister, führender Sozialdemokrat 50 177 179 184 248  
 Ley, Robert 28  
 Lindemann, Else 184  
 Lindemann, Fritz, General 184  
 Linstow, Hans-Ottfried v., Oberst 132 135 184  
 Löhr, Generaloberst 92  
 Louis-Ferdinand, Prinz 50  
 Ludendorff, Erich, General 55 f. 66  
 Ludwig II. von Bayern 168  
 Lukaschek, Hans, Minister 36 ff.  
 Lüninck, Ferdinand Freiherr v., Gutsbesitzer 184  
 Lütsches, Peter 170 f. 174  
 Lüttwitz, Freiherr v., Generalleutnant 77 82  
 Lynar, Wilhelm Graf zu, Gutsbesitzer 184  
  
 Maass, Hermann, SPD-Jugendführer 184  
 Mahlmann, Generalleutnant 244  
 Manitus, Oberst 129  
 Mannerheim, Generalfeldmarschall 87  
  
 Manstein, v., Generalfeldmarschall 59  
 Marchs, Erich, General 78  
 Mareks, Karl, Kaufmann 184  
 Marogna-Redwitz, Rudolf Graf v., Oberst 184  
 Matuschka, Michael Graf v., Regierungsdirektor 179 184  
 Meichssner, Joachim, Oberst 185  
 Mertz v. Quirnheim, Albrecht, Oberst 106 108 f. 185  
 Metzger, Max, Wortführer der Una-Sancta 175 185  
 Michel, Karl, Oberstleutnant 185  
 Mierendorff, Carlo 36 ff. 195  
 Model, Generalfeldmarschall 89  
 Möllendorf, Rittmeister v. 113  
 Moltke, Helmuth James, Graf v. 12 36 f. 179 184 187 191 ff. 196 248 255  
 Montgomery, Feldmarschall 132f.  
 Müller, Otto, Prälat 28 ff. 31 185  
 Müller, Gestapochef 169 f. 193  
 Mumm v. Schwarzenstein, Herbert, Legationsrat 185  
 Munzinger, Ernst, Oberstleutnant 185  
 Mussolini 63 92 97 135  
  
 Nebe, Arthur, Chef des Reichskriminalamtes 185  
 Nieden, Wilhelm zur, Generaldirektor 185  
 Niemann, Major 55  
 Niemöller, Martin, Kirchenpräses 12f.  
  
 Oberg, Oberster des SD in Paris 132 ff.  
 Olbricht, Friedrich, General 105 ff. 107f. 128 185

- Oertzen, Ulrich v., Major 185
- Oster, Hans, Generalmajor 30  
54 f. 185 254
- Paasikivi, finnischer Staatsrat 86f.
- Pavlowitsch, Ante 97
- Pechel, Rudolf 31
- Pereis, Friedrich Justus, Justitiar  
der Bekennenden Kirche 185
- Pius XI. 17 f.
- Planck, Erwin, Staatssekretär a.D.  
185 249
- Plettenberg, Kurt Freiherr v.,  
Kammerpräsident 185
- Poelchau, Harald, evang. Pfarrer  
36 ff. 179
- Popitz, Johannes, Professor,  
preuss. Finanzminister 185 252
- Portmann, Heinrich 24
- Preysing, Konrad, Graf v., Bi-  
schof von Berlin 50
- Puttkamer, v., Konteradmiral 109  
135
- Rabenau, Friedrich v., General  
185
- Rathgens, Karl Ernst, Oberstleut-  
nant 185
- Reichwein, Adolf, Professor 36 ff.
- Reisert, Franz, Mitglied des  
Kreisauer Kreises 36
- Remer, Ernst, Führer des Wach-  
regiments 122 ff. 246
- Ribbentrop, Joachim v. 81 87 100  
165
- Ritter, Gerhard, Professor 35 47  
75
- Rommel, Erwin, Generalfeld-  
marschall 76 ff. 85 f. 96 ff. 132  
ff. 135 185 236 239 250
- Roenne, Alexis, Freiherr v.,  
Oberst 185
- Rösch, Pater, SJ 191 195
- Rothfels, Hans, Universitäts-  
professor 247
- Rundstedt, v., Generalfeldmar-  
schall 77 ff. 95 ff.
- Ruoff, Generaloberst a. D. 240
- Ryti, General 87
- Sack, Ministerialdirektor und  
Chefrichter des Heeres 185
- Sadrozinski, Joachim, Oberstleut-  
nant 185
- Salmuth, Generaloberst 76
- Salviati, Hans-Viktor v., Major  
185
- Sander, Oberstleutnant 112
- Sasse, Kameramann 181
- Schacht, Hjalmar, Reichsbank-  
präsident 50
- Schack, Adolf Friedrich Graf v.,  
Major 123 130 185
- Scherff, Generalmajor 109 135
- Schiller, Melita, Flugkapitän 171
- Schlabrendorff, Fabian v. 55 100  
107 171
- Schlee, Oberleutnant 128
- Schleicher, Kurt v., General 78  
238
- Schleicher, Rüdiger, Ministerial-  
rat, Professor der Rechte 185
- Schmitt, Hermann Joseph, Ver-  
bandspräses der KAB 28 ff.
- Schmundt, Generalleutnant 53  
102 105 109 135
- Schneider, Reinhold, Schriftstel-  
ler 199 f.
- Schneppenhorst, Ernst, Gewerk-  
schaftsführer 185



- Schöne, Hermann, Oberstleutnant 123 ff. 128 ff. 185
- Schönfeld, Pastor 47
- Scholl, Hans 41 214 248
- Scholl, Inge 42
- Scholl, Sophie 41 214 248
- Scholz-Babisch, Friedrich 185
- Schrader, Werner, Oberstleutnant 185
- Schramm, Percy Ernst, Professor 86
- Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf v. d., Regierungspräsident 37 185
- Schulenburg, Werner Graf v. d., dt. Botschafter in Moskau 185
- Schultze-Büttger, Georg, Oberstleutnant 185
- Schwamb, Ludwig, Sozialdemokrat, Staatsrat 185
- Schwerin v. Schwanefeld, Ulrich Wilhelm Graf, Gutsbesitzer 174 f. 185
- Senger, General 92
- Siebert, Leutnant 123
- Sierks, Hans-Ludwig, Stadtbaurat 185
- Smend, Günther, Oberstleutnant 185
- Speer, Albert, nat. soz. Politiker 36 60 126 195
- Speidel, Hans, General 76 84 ff. 96 133 ff. 236 239
- Sperr, Franz, bayr. Gesandter in Berlin 185
- Stahle, Wilhelm, Oberst a. D. 185
- Stauffenberg, Berthold Graf Schenk v. 37 185
- Stauffenberg, Klaus Graf Schenk v., Oberst 30 37 75 94 101 104 106ff. 108f. 110f. 130 161 f. 164 171 f. 186 194 220 248
- Steinäcker, Hans-Joachim Freiherr v., Oberst a. D. 186
- Steltzer, Theodor 36 ff. 41 180 195
- Stieff, Helmut, Generalmajor 54 f. 101 111 171 186 251
- Stoll, Erich, Kameramann 180
- Streve, Oberstleutnant 112
- Strünck, Theodor, Versicherungsdirektor 186
- Stülpnagel, Carl-Heinrich von, General 81 131 133 ff. 186
- Stumpf, Generaloberst 163
- Sztögay, ungar. Regierungschef 91
- Teske, Oberst a. D. 242
- Teuchert 130 ff. 134
- Thadden, von, Generalleutnant 111f.
- Thadden, Elisabeth v., Internatsleiterin 186
- Thiele, Fritz, General 186
- Thierack, Reichsjustizminister 177
- Thierfelder 130 ff.
- Thoma, Busso, Major 186
- Thüngen, Freiherr v., Generalleutnant 108
- Tito 91 f.
- Tresckow, Gerd v., Oberstleutnant 52 54 f. 102 186 f. 249
- Tresckow, Henning v., Generalmajor 186
- Trotha, Dietrich v., Mitglied des Kreisauer Kreises 36 ff.
- Trott zu Solz, Adam v., Legationsrat im AA 36 186 252

- Uexküll, Nikolaus Graf v., Oberst  
a. D. 186
- Voigt, Fritz, Polizeipräsident,  
Sozialdemokrat 186
- Voss, Admiral 135
- Voss, Hans-Alexander v., Oberst-  
leutnant 186
- Vossen, Peter, Stenograph 175
- Wagner, Eduard, General 76 101  
113 167 186 235
- Wagner, Siegfried, Oberst 186
- Waizenegger, Oberstleutnant 112
- Wehrle, Hermann, Kaplan 179  
186
- Weinkauff, Hermann, Präsident  
des Bundesgerichtshofes 201 ff.
- Weisenbom, Günther 166
- Wezsäcker, Ernst Freiherr v.,  
Staatssekretär 251
- Wels, SPD-Abgeordneter 12 ff.
- Wentzel-Teutschenthal, Carl,  
Gutsbesitzer 186
- Wiechert, Ernst, Schriftsteller 250
- Wierisch, Oswald, Gewerkschafts-  
führer 186
- Wilhelm II. 73
- Wirmer, Joseph, Rechtsanwalt  
176 f. 179 186
- Witzleben, Erwin v., General-  
feldmarschall 50 107 115 156  
160 173 176 178 f. 186 235
- Wolf, Ernst, Professor 232
- Wurm, Theophil, württ. Landes-  
bischof 12 50
- Yorck v. Wartenburg, Peter Graf,  
Oberregierungsrat 36 ff. 173  
178 f. 186 199 f.
- Zeitler, Generaloberst 104
- Zeller, Eberhard 176
- Ziehlberg, Gustav v., General 186

**20. JULI 1944**

Dokumentation des deutschen Widerstands

Herausgegeben von der Bundeszentrale

für Heimatdienst

Bearbeitet von Hans Royce,

neubearbeitet von Erich Zimmermann

und Hans-Adolf Jacobsen

4., ergänzte Auflage

356 Seiten, mit vielen Zeugnissen,

Bildern und Fotokopien

Kartonierte DM 9.80



**BERTO-VERLAG**

Bonn 2, Postfach 76

Das Taschenbuch über den «20. Juli 1944» schildert einen der erregendsten, aber auch verhängnisvollsten und schmachlichsten Abschnitte des Nazi-Regimes. Der Band 92 der «Herder-Bücherei»

HERMANN GLASER

## Das Dritte Reich

Anspruch und Wirklichkeit

190 Seiten, Bestell-Nr. 01592

gibt dazu einen Gesamtüberblick über das «Tausendjährige Reich».

Hermann Glaser leuchtet hinter die Fassade des Nationalsozialismus. Dabei geht es ihm nicht nur darum, eine Geschichte des Dritten Reiches zu geben – das erste Kapitel vermittelt sie in einem zusammenfassenden Überblick –, sondern Anspruch und Wirklichkeit dieser Diktatur deutlich zu machen. Er stellt den Nationalsozialismus dar in der weltanschaulichen Auseinandersetzung, in seinem Propagandasystem, in der Zerstörung des Rechts und im Terror bis zum Untergang. Zahlreiche eindrucksvolle und zum Teil noch wenig bekannte Dokumente verstärken die Anschaulichkeit der Darstellung, die, dank der reichen Quellenkenntnis des Autors, meisterhaft die Atmosphäre jener Zeit einfängt und ein getreues Bild des Dritten Reiches gibt.

Mit seinem 24seitigen Literatur- und Quellenanhang dient dieser Band jedem, der sich weiterinformieren will, nicht zuletzt als zuverlässiger Wegweiser durch die Literatur über jene Zeit und die Dokumentenquellen.